

Aus diesem Heft	771
-----------------------	-----

Textteil

Methodische, systematische und anmeldetechnische Änderungen in der Außenhandelsstatistik ab 1988	773
Sozialversicherung im ersten Halbjahr 1986	780
Personalfuktuation im unmittelbaren öffentlichen Dienst 1984/1985	786
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1985	790
Wohngeld 1985	801
Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs 1985	808
Umfang und Struktur von Gefahrguttransporten im Jahr 1984	813
Kriegsopferfürsorge 1985	821
Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1986	826
Öffentliche Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen	833
Private Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen 1973 und 1983 ..	836
Zur Entwicklung der Verdienste in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst	841
Preise im September 1986	848
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	853

Tabellentell

Übersicht	391*
Statistische Monatszahlen	392*
Ausgewählte Tabellen	406*

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz

Contents	Page
In this issue	771

Texts

Changes of methodology, classification and declaration techniques in foreign trade statistics as from 1988	773
Social security in the first half of 1986	780
Fluctuation of public service personnel, 1984/85 ..	786
Purchasing values of agriculturally used real estate, 1985	790
Housing allowances, 1985	801
Enterprises, traffic performance and receipts of public road passenger transport, 1985	808
Volume and structure of transports of dangerous goods in 1984	813
Additional aid to war victims, 1985	821
Public finance in the first half of 1986	826
Public revenue from gambling and betting pools ..	833
Private households as owners or partners of commercial enterprises, 1973 and 1983	836
Development of earnings in the private sector and in public service	841
Prices in September 1986	848
List of the contributions published in the current year	853

Tables

Summary survey	391*
Monthly statistical figures	392*
Selected tables	406*

Data relate to the Federal Republic; they include Berlin (West).

Table des matières	Pages
Dans ce numéro	771

Textes

Modifications méthodologiques, systématiques et de la technique de déclaration dans la statistique du commerce extérieur à partir de 1988 ...	773
Sécurité sociale au premier semestre de 1986	780
Fluctuation du personnel du service public direct en 1984/85	786
Valeurs d'acquisition des terres agricoles en 1985 .	790
Allocations de logement en 1985	801
Entreprises, prestations de transport et recettes du transport routier public de voyageurs en 1985	808
Volume et structure des transports de biens dangereux en 1984	813
Assistance supplémentaire aux victimes de guerre en 1985	821
Finances publiques au premier semestre de 1986 .	826
Recettes publiques provenant des établissements de jeux et de paris	833
Ménages particuliers étant propriétaires ou associés d'établissements industriels, commerciaux ou artisanaux en 1973 et 1983	836
Evolution des gains dans l'économie privée et au service public	841
Prix en septembre 1986	848
Liste des contributions publiées dans l'année en cours	853

Tableaux

Résumé	391*
Chiffres statistiques mensuels	392*
Quelques tableaux sélectionnés	406*

Les données se rapportent au territoire de la République fédérale; Berlin-Ouest y est inclus.

Aus diesem Heft

Methodische, systematische und anmeldetechnische Änderungen in der Außenhandelsstatistik ab 1988

Berichtet wird über die bisherige Entwicklung der Außenhandelsstatistik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften (EG), und zwar insbesondere im Hinblick auf die Harmonisierung der Systematiken, Methoden und Definitionen. Ein wichtiges Datum für weitere methodische, aber auch systematische und anmeldetechnische Änderungen wird der 1. Januar 1988 sein. Die Änderungen werden sich sowohl auf den Bereich der Anmeldung beziehen, als auch Auswirkungen auf die Ergebnisdarstellung haben. Ausgelöst werden die Umstellungen in der Außenhandelsstatistik durch die Einführung des sogenannten Einheitspapiers in der EG, das im Rahmen der Bemühungen zur Stärkung des EG-Binnenmarktes nach mehrjährigen Verhandlungen vom Rat beschlossen worden ist. Es führt in der EG zu einer Vereinfachung und Vereinheitlichung der Vordrucke, Merkmale und Code für die Anmeldung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs. Zusammen mit der Einführung des Einheitspapiers wird es zu einer tiefgreifenden Änderung der Warensystematik des Außenhandels kommen. Maßgebend hierfür ist die Anwendung des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren, das ab 1988 die derzeitige Nomenklatur des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens, auf der jetzt die Zolltarife von rund 150 Ländern der Welt aufbauen, ersetzen soll.

Sozialversicherung im ersten Halbjahr 1986

Ergänzend zu der umfassenden Ergebnisbeschreibung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das erste Halbjahr 1986, die in WiSta 9/1986 erschienen ist, wird in diesem Heft über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Teilssektors Sozialversicherung berichtet. Diese machten in den zurückliegenden Jahren und auch im ersten Halbjahr 1986 in Relation zum Bruttosozialprodukt jeweils rund 19 % aus, d. h. knapp ein Fünftel der gesamten wirtschaftlichen Leistung wurde über die Institutionen der Sozialversicherung umverteilt.

Im ersten Halbjahr 1986 waren die Einnahmen der Sozialversicherung um 1,9 % höher als im ersten Halbjahr 1985, die Ausgaben um 3,0 %. Als Saldo der Einnahmen und Ausgaben ergab sich ein Finanzierungsdefizit von 0,6 Mrd. DM. Auf der Einnahmenseite haben die Sozialbeiträge um 5,2 % zu-

genommen, die Zuschüsse der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung waren dagegen erheblich niedriger als im ersten Halbjahr 1985, weil 1985 erhebliche Beträge vom zweiten in das erste Halbjahr vorgezogen worden waren. Von den Ausgaben stiegen die sozialen (Geld-)Leistungen an private Haushalte im ersten Halbjahr 1986 um 2,1 %, die sozialen Sachleistungen um 5,3 %.

Personalfluktuations im unmittelbaren öffentlichen Dienst

Neben den jährlichen Personalstand- und Versorgungsempfängerstatistiken des öffentlichen Dienstes sieht das Gesetz über die Finanzstatistik eine Personalwechselstatistik vor, die alle sechs Jahre durchgeführt wird. Ihre Ergebnisse liefern u. a. die notwendigen Fluktuationsdaten für die Personalbedarfsrechnungen sowie die Daten zur Kostenermittlung bei allgemeinen Personalentscheidungen. Der Beitrag in diesem Heft analysiert die Ergebnisse für den Zeitraum vom 1. Juli 1984 bis zum 30. Juni 1985.

Die berichtspflichtigen Dienststellen meldeten für die Berichtszeit rund 610 000 Fälle, die zu einer Veränderung im Personalbestand der Vollbeschäftigten führten. Dabei sind kurzfristige und im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfolgte Personaleinstellungen nicht berücksichtigt. Rund 320 500 Personalabgängen standen rund 311 000 Personalzugänge gegenüber, so daß sich ein Rückgang um knapp 10 000 Vollzeitbeschäftigte ergibt. Aufgrund der um Konsolidierung bemühten Haushaltspolitik wurden im öffentlichen Dienst Dauerarbeitsplätze für Vollbeschäftigte abgebaut bzw. in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt. Bei der Deutschen Bundespost und bei den Gemeinden lag die Fluktuationsrate merklich über dem Durchschnitt.

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1985

Seit 1974 werden jährlich durch die amtliche Statistik die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke ermittelt. Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse dieser Statistik für das Jahr 1985 und die in der Zeit zwischen 1974 und 1985 eingetretenen Veränderungen dargestellt und kommentiert.

In den für 1985 registrierten rund 34 300 Veräußerungsfällen, bei denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar veräußert wurde, wechselten insgesamt rund 43 400 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mit

einem Gesamtwert von 1,602 Mrd. DM den Eigentümer. Für diese Fälle betrug der durchschnittliche Kaufwert je ha 36 864 DM, das waren 3,7 % weniger als 1984. Zwischen 1974 und 1985 erhöhte sich der durchschnittliche Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von 16 668 auf 36 864 DM und damit um 121 %.

Wohngeld 1985

Die tiefgegliederten Ergebnisse der jährlich durchgeführten Wohngeldstatistik für 1985 geben u. a. Einblick in den Personenkreis der Wohngeldempfänger, ihre soziale Stellung und Haushaltsgröße sowie in ihre Einkommensverhältnisse, Wohnkosten und Wohngeldansprüche. Dieser Darstellung ist ein Überblick über die langfristige Entwicklung der Wohngeldleistungen und -empfänger vorangestellt. Die Zahl der Empfänger von Wohngeld verringerte sich 1985 gegenüber 1984 um 2,4 % auf 1,51 Mill. Haushalte. Das 1985 gezahlte Wohngeld lag mit 2 469 Mill. DM um 1,6 % höher als im Vorjahr.

Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs 1985

Die Entwicklung im Straßenpersonenverkehr 1985 wird anhand der ausgewerteten Daten von rund 5 700 auskunftspflichtigen Unternehmen dargestellt. Dabei wird über die Unternehmen, die Anzahl und Funktion ihrer Beschäftigten und die vorhandene Beförderungskapazität berichtet. Für die rund 2 100 größeren Unternehmen, die auch zur Verkehrsstatistik meldepflichtig sind, werden darüber hinaus die Verkehrsleistungen in den verschiedenen Verkehrsarten und -formen und die Einnahmen nachgewiesen. Die Ergebnisse zeigen u. a., daß sich das Fahrgastaufkommen in der Sonderform des Linienverkehrs „Berufsverkehr“ auch 1985 gegenüber dem Vorjahr verringert hat (— 1,9 % auf 101 Mill. beförderte Personen) und die Verkehrsleistung weiter abnahm (— 3,2 % auf 2,42 Mrd. Personenkilometer).

Umfang und Struktur von Gefahrguttransporten 1984

Einige spektakuläre Unfälle sowie ein insgesamt gestiegenes Ökologiebewußtsein haben das Interesse der Öffentlichkeit am statistischen Nachweis von Gefahrguttransporten erhöht. Durch die Entwicklung eines neuen Schätzverfahrens können nunmehr Angaben über Umfang und Struktur von Gefahrguttransporten vermittelt werden. In die Schätzung flossen neben Ergebnissen aus den verschiedenen Güterverkehrsstatistiken freiwillig

ge Angaben von Firmen und Verbänden ein. Der Beitrag beschreibt das Schätzverfahren. Die Ergebnisse über die ermittelten Gefahrgutmengen werden nach Gefahrenklassen, Verkehrszweigen und Hauptverkehrsbeziehungen dargestellt.

1984 wurden im Bundesgebiet 177 Mill. t gefährlicher Güter befördert. Dies sind 16 % der Gesamttransporte von rund 1,1 Mrd. t (ohne Straßennahverkehr und Rohrleitungen). Die meisten Gefahrgüter wurden in der Binnenschifffahrt befördert — nämlich 53,2 Mill. t —, gefolgt von der Seeschifffahrt mit 48,8 Mill. t.

Kriegsopferfürsorge 1985

Grundlage dieses Beitrags sind die Ergebnisse der jährlich durchgeführten Bundesstatistik über die Zahl der Empfänger von Kriegsopferfürsorge und die Aufwendungen hierfür. Die Ergebnisse für 1985 sind u. a. nach Empfängergruppen und Leistungsarten gegliedert. Die Ausgabenstruktur wird auch in der Gliederung nach Bundesländern dargestellt.

Die Zahl der Empfänger laufender Leistungen hat 1985 im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Für die Kriegsopferfürsorge wurden im Berichtsjahr 1 317 Mill. DM ausgegeben; das waren 58 Mill. DM oder 4,6 % mehr als 1984.

Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1986

Die Vierteljahresergebnisse der Finanzstatistik, die auf den kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie des Lastenausgleichsfonds und des ERP-Sondervermögens beruhen, vermitteln ein aktuelles Bild über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Laufe eines Rechnungsjahres. Nach den bisher vorliegenden Daten für das 1. Halbjahr hat sich auch 1986 die öffentliche Finanzwirtschaft weiter konsolidiert; der Ausgabenanstieg blieb deutlich hinter der Steigerung der Einnahmen zurück. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte insgesamt waren mit 278,8 Mrd. DM im Berichtszeitraum nur um 1,9 % höher als im ersten Halbjahr 1985. Demgegenüber stiegen die Einnahmen in der gleichen Zeit um 4,9 % auf insgesamt 252,8 Mrd. DM. Unter Einbeziehung des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen ergab sich im ersten Halbjahr 1986 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 26,0 Mrd. DM.

Öffentliche Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen

Die öffentlichen Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen umfassen im

derzeit gültigen Steuer- und Abgabensystem der Bundesrepublik Deutschland die Lotterien- und Rennwettsteuer, die Gewinnablieferung aus Zahlenlotto, Fußballotto und Lotterien sowie die Spielbankabgabe.

Bevor auf Art und Höhe dieser ausschließlich den Ländern zustehenden Einnahmen näher eingegangen wird, werden in diesem Beitrag zunächst Organisation und Gegenstand des Glücksspiels sowie die Steuer- und Abgabetarife zusammen mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen beschrieben.

Die Einnahmen werden für den Zeitraum 1970 bis 1986 für die Länder insgesamt sowie für zwei Jahre, 1980 und 1986, nach einzelnen Ländern dargestellt. Für 1986 erwarten die Länder insgesamt 3,7 Mrd. DM Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen.

Private Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen 1983

1973 sind im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die beteiligten Haushalte im Rahmen des Schlußinterviews erstmals danach befragt worden, ob Haushaltsmitglieder Unternehmenseigentum oder entsprechende Anteile besaßen. 1983 ist diese Frage erneut gestellt worden. Die Ergebnisse für 1983 lassen vor allem in ihrer Struktur keine wesentlichen Unterschiede zu 1973 erkennen. Rund 6 % aller Haushalte (ohne Ausländer, Anstaltsbevölkerung und Großverdiener) hatten Unternehmenseigentum, bei denen in etwa 80 von 100 Fällen ein Selbständiger Bezugsperson war, in knapp 13 ein Arbeitnehmer und in rund 7 ein Nichterwerbstätiger. Bei mehr als drei Vierteln der Unternehmen handelte es sich um Einzelhandelsfirmen. Am größten war der Anteil der Haushalte mit Unternehmenseigentum bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 25 000 DM (31 %), der höchsten der in der Erhebung erfaßten Nettoeinkommensgruppen, am niedrigsten (rund 2 %) bei den Haushalten in der untersten nachgewiesenen Einkommensgruppe (unter 1 600 DM). Bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 2 500 bis unter 5 000 DM verfügte jeder zwölfte Haushalt über Unternehmenseigentum.

Zur Entwicklung der Verdienste in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Indexergebnisse aus der Lohnstatistik und Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst seit 1975 zunehmend einen Entwicklungsrückstand der Verdienste gegenüber den Arbeitneh-

mern in der Privatwirtschaft auf. Da das Statistische Bundesamt hierzu in den letzten Monaten zahlreiche Anfragen erhalten hat, werden in diesem Beitrag die für den Entwicklungsvergleich am häufigsten verwendeten Kennzahlen — die jährliche Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Inland sowie die Verdienst- und Tarifindizes für die Angestelltenvergütungen in Industrie und Handel und bei Gebietskörperschaften — mit ausführlichen Hinweisen auf ihre Berechnung und Aussagefähigkeit dargestellt. Abschließend wird die Entwicklung an den Jahresergebnissen von 1960 bis 1985 dargestellt und der teilweise unterschiedliche Verlauf der Durchschnittswerte und der Indizes erläutert.

Preise im September 1986

Die monatlich in dieser Zeitschrift beschriebene Entwicklung wichtiger Preisindizes weist im September 1986 gegenüber dem Vormonat keine Abnahmeraten auf, verlief aber auch ohne starke Aufschläge.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte blieb gegenüber August 1986 mit einem Stand von 117,5 (1980 = 100) unverändert und nahm im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 3,8 % ab.

Nachdem der Preisindex für die Lebenshaltung im August 1986 noch um 0,2 % im Vergleich zum Vormonat abgenommen hatte, mußte für den Berichtsmonat eine Zunahme um 0,2 % auf einem Stand von 120,4 (1980 = 100) verbucht werden. Gegenüber September 1985 lag der Index — wie im Vormonat — um 0,4 % niedriger. Damit liegt der Indexstand nunmehr seit einem halben Jahr niedriger als im Vorjahr.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte endgültige Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des Produzierenden Gewerbes lag im August 1986 mit einem Stand von 90,1 (1980 = 100) um 10,2 % unter dem Stand des Vormonats und um 0,4 % höher als im August 1985.

Außenhandel

Im September 1986 lag der Wert der Einfuhr mit 34,0 Mrd. DM um 6,7 % niedriger und der Wert der Ausfuhr mit 44,4 Mrd. DM um 1,2 % höher als im September 1985. Im Zeitraum Januar/September 1986 war die Einfuhr mit 311,6 Mrd. DM um 10,7 % und die Ausfuhr mit 391,2 Mrd. DM um 1,9 % zurückgegangen. *Ha./St.*

Methodische, systematische und anmeldetechnische Änderungen in der Außenhandelsstatistik ab 1988

Vorbemerkung

Die Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland erfaßt als Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs die Einfuhren, die Ausfuhren und die seewärtigen Durchfuhren einschließlich des Seeumschlages. Sie wird als die zur Zeit größte laufende Bundesstatistik zentral beim Statistischen Bundesamt geführt. Das Anmeldeverfahren der Außenhandelsstatistik ist eingebunden in die zoll- und außenwirtschaftsrechtlichen Verfahren und Anmeldepraktiken, so daß für die Erfassung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs ein hoher Grad an Vollständigkeit und Genauigkeit gewährleistet ist. Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik werden vom Statistischen Bundesamt in ausführlichen periodischen und einmaligen Veröffentlichungen¹⁾ in einer großen fachlichen Tiefengliederung dargestellt. Die Veröffentlichungen werden ergänzt durch ein umfangreiches zusätzliches Tabellenprogramm, das den Interessenten im Wege eines vielgestaltigen und aktuellen Auskunftsdienstes in moderner technischer Form dargeboten wird. Hauptbenutzer der Außenhandelsstatistik sind die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden mit ihren nachgeordneten Behörden, die Deutsche Bundesbank sowie die Dienststellen der EG-Kommission und andere internationale Organisationen (wie UN, ECE, FAO, OECD). Diese Stellen benötigen die Angaben zur Erfüllung ihrer politischen Aufgaben, insbesondere im Rahmen der Handelspolitik, der Zollpolitik, der Währungspolitik, der Verkehrspolitik, der Konjunkturpolitik, der Energiepolitik und der Regionalpolitik. Aber auch die Wirtschaft und die Wissenschaft nutzen das Datenangebot der Außenhandelsstatistik in vielfältiger Weise, insbesondere zur Marktbeobachtung und zur Analyse der Außenhandelsentwicklung. Dementsprechend ist das Informationsbedürfnis vor allem der Wirtschaft auf zum Teil sehr detaillierte Nachweisungen gerichtet, von denen ein hohes Maß an Zuverlässigkeit erwartet wird. Die Ergebnisreihen der Einfuhr und Ausfuhr, die im Mittelpunkt des Interesses an der Außenhandelsstatistik stehen, weisen in ihrer Merkmalsausprägung eine langjährige Kontinuität auf, so daß das heutige Bild dieser Statistik durch ein großes Maß an Vergleich-

barkeit und Aussagefähigkeit geprägt ist. Die letzten etwas einschneidenderen systematischen Änderungen im Zusammenhang mit der unmittelbaren Anwendung der NIMEXE²⁾ ab 1. Januar 1975 sowie die methodischen Änderungen im Ländernachweis für Zwecke der Berichterstattung an die EG wurden in dieser Zeitschrift erläutert³⁾.

Bisherige Entwicklung in den Europäischen Gemeinschaften (EG)

Die Entwicklung der Außenhandelsstatistik ist seit 1958 eng mit den Aufgabenstellungen und Aktivitäten der EG verknüpft. Die Zunahme des Warenaustausches innerhalb der Gemeinschaft und die Notwendigkeit für die EG-Kommission, für zollpolitische Aufgaben vergleichbare Daten über den Außenhandel der Zollunion auf Grund der Ergebnisse der Mitgliedstaaten zu erhalten, führten sehr schnell dazu, die Methoden, Definitionen und Systematiken der Außenhandelsstatistiken zu harmonisieren⁴⁾. So gelang es in Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Amt der EG und den Mitgliedstaaten, bereits 1962 ein einheitliches Länderverzeichnis einzuführen und bis 1965 ein harmonisiertes Warenverzeichnis zu erarbeiten und anzuwenden. Mit den Arbeiten zur Anpassung und Vereinheitlichung der Definitionen und Methoden wurde 1964 begonnen⁵⁾. Sie konnten nach langjährigen und zum Teil sehr schwierigen Verhandlungen 1975 zu einem ersten Abschluß gebracht werden. In Rechtsvorschriften festgelegt wurden die Ergebnisse der Harmonisierungsarbeiten insbesondere durch die Verordnung (EWG) Nr. 1445/72 des Rates vom 24. April 1972, in der das gemeinsame Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten verankert worden ist, und durch die Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975, die die Abgrenzungen, Definitionen und Methoden der Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten sowie die Berichtspflichten der Mitgliedstaaten über die monatliche Lieferung der Außenhandelsergebnisse an das Statistische Amt der EG geregelt hat. Mit Inkrafttreten dieser Rechtsgrundlagen waren zwar die wesentlichen Bereiche der Außenhandelsstatistik auf eine einheitliche Basis gestellt, es blieben aber trotzdem noch viele Erhebungs-, Aufbereitungs- und Abgrenzungsfragen übrig, die den mit der Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 institutionalisierten Ausschuß für die Außenhandelsstatistik in den folgenden Jahren beschäftigt haben und in Zukunft noch beschäftigen werden. Die Anwendung dieser Grundverordnungen zur Außenhandelsstatistik hat bisher viel dazu beigetragen, die Vergleichbarkeit korrespondierender Ergebnisse der Mit-

²⁾ Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten.

³⁾ Siehe Jung, J. und Mitarbeiter: „Methodische Änderungen in der Außenhandelsstatistik ab 1975“ in WiSta 4/1975, S. 242 ff. und „Außenhandel 1977 nach Herstellungs- und Verbrauchsländern“ in WiSta 2/1978, S. 112 ff.

⁴⁾ Siehe hierzu Bergmann, W.: „Harmonisierung der Außenhandelsstatistik in der Europäischen Gemeinschaft (EG)“ in „Zeitschrift für Verbrauchsteuern und Zölle“, Nr. 6/1982.

⁵⁾ Siehe hierzu auch Sannwald, R.: „Die Harmonisierung der Außenhandelsstatistik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ in Mitteilungen der Listgesellschaft, Fasc. 6(1968), Nr. 8 vom 10. April 1968, S. 186 ff.

¹⁾ Siehe Fachserie 7 „Außenhandel“.

gliedstaaten zu verbessern; in der Anmeldepraxis gibt es jedoch noch immer Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der inzwischen auf 12 Länder gewachsenen Gemeinschaft. Ziel der Harmonisierungsarbeiten war und ist es aber nicht nur, die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern, sondern auch ihre Additionsfähigkeit zu Ergebnissen über den Außenhandel der Zollunion herzustellen. Die Gemeinschaft benötigt methodisch einheitliche Daten für die oben bereits erwähnten zollpolitischen Zwecke und für ihr Instrumentarium der Handelspolitik, für die sie seit 1973 die Kompetenz besitzt. Aber auch auf den Feldern der gemeinschaftlichen Agrarpolitik, der Energiepolitik, der Entwicklungspolitik usw. sind Außenhandelsergebnisse notwendig, die von den Mitgliedstaaten nach gemeinschaftlichen Regeln erhoben und aufbereitet worden sind.

So war insbesondere die Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung zu einer methodisch einheitlichen EG-Außenhandelsstatistik. Die Zielrichtung zeigt sich in den Bestimmungen über den Nachweis der Länderangaben für EG-Zwecke. Die Mitgliedstaaten wurden verpflichtet, ab 1977 die Einfuhrdaten dem Statistischen Amt der EG nicht mehr ausschließlich nach Herstellungsländern (Ursprungsländern) zu liefern, sondern einen Ländernachweis zu führen, der einer Darstellung des Außenhandels der Gemeinschaft besser entspricht. Für die aus Drittländern stammenden Waren, die sich in der Gemeinschaft nicht im freien Verkehr befinden, ist nach wie vor das Ursprungsland, für die anderen Waren jedoch das Versendungsland zu melden. Inzwischen wurden diese Bestimmungen durch die Verordnung (EWG) Nr. 3345/80 des Rates vom 23. Dezember 1980 ergänzt (Nachweis des Versendungslandes auch im aktiven Veredelungsverkehr für EG-Zwecke). Mit dem Nachweis des Versendungslandes werden für die EG-Einfuhrstatistik Doppelzählungen vermieden, die vor 1977 den Vergleich mit den entsprechenden Ausfuhrzahlen der Partnerländer der Gemeinschaft verzerrt haben. Beispielsweise wird eine Ware, die in den Vereinigten Staaten hergestellt und in den Niederlanden in den freien Verkehr der EG überführt und danach in die Bundesrepublik Deutschland ausgeführt worden ist, nicht mehr sowohl von der niederländischen als auch von der deutschen Einfuhrstatistik als Einfuhr aus den Vereinigten Staaten gemeldet. Der Ursprung Vereinigte Staaten wird nur noch von den Niederlanden für die EG-Einfuhrstatistik erfaßt, während die Bundesrepublik Deutschland für EG-Zwecke das Versendungsland Niederlande anschreibt. Mit dieser Regelung können seit 1977 aus EG-Sicht Doppelzählungen vermieden werden; in den von den Mitgliedstaaten national geführten und veröffentlichten Außenhandelsstatistiken kann es bei der Anschreibung des Ursprungslandes bleiben (wie z. B. im Falle der deutschen und der französischen Außenhandelsstatistik).

Die seit 1977 geänderte Länderanschiebung bei der Einfuhr führte dazu, daß die EG-Außenhandelsstatistik mit den national veröffentlichten Außenhandelsstatistiken nicht mehr voll übereinstimmt⁶⁾. Die EG-Außenhandelsstatistik

soll den Außenhandel der Gemeinschaft darstellen. Diese Zielsetzung bedingt die Verwirklichung eigener methodischer Grundsätze. Ein weiterer Schritt in diese Richtung war die Verordnung (EWG) Nr. 200/83 des Rates vom 24. Januar 1983 über die Anpassung der Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft an die Richtlinien zur Harmonisierung der Verfahren für die Ausfuhr von Waren und für die Überführung von Waren in den zollrechtlich freien Verkehr. Durch die Vorschriften dieser Verordnung kam es in bestimmten Bereichen zu einer neuen Abgrenzung der Darstellungsform des Spezialhandels für EG-Zwecke, während sich der in der deutschen Außenhandelsstatistik angewandte Spezialhandelsbegriff nicht änderte⁷⁾. In Auswirkung der Verordnung (EWG) Nr. 200/83 werden die Einfuhren für EG-Zwecke prinzipiell im Zeitpunkt der Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr angeschrieben und ausfuhrseitig alle Waren erfaßt, die das Erhebungsgebiet der Gemeinschaft unter ihrem Ausfuhrregime verlassen. So ist beispielsweise eine zollrechtlich freie Ware, die aus einem anderen Mitgliedstaat in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt und dort aus verbrauchssteuerrechtlichen Gründen auf ein Zolllager (z. B. ein offenes Zollager) genommen wird, bei ihrer Ausfuhr aus dem deutschen Lager in ein Drittland für die EG-Außenhandelsstatistik als Ausfuhr zu melden, während sie in der deutschen Außenhandelsstatistik weiterhin als Lagerverkehr im Generalhandel angeschrieben wird (Ausfuhr aus Lager). Das Statistische Bundesamt hat dieser methodischen Änderung für EG-Zwecke in seinen Meldungen an das Statistische Amt der EG seit 1985 Rechnung getragen. Im Jahr 1985 handelte es sich um Waren im Werte von 268 Mill. DM.

Außenhandelsstatistik ab 1988

Ein wichtiges Datum für weitere methodische, aber auch systematische und anmeldetechnische Änderungen wird der 1. Januar 1988 sein. Die Änderungen werden sowohl den Bereich der Anmeldung zur Außenhandelsstatistik betreffen als auch zu Auswirkungen in der Ergebnisdarstellung führen. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang die Einführung des sogenannten Einheitspapiers zu erwähnen, das im Rahmen der Bemühungen zur Stärkung des Binnenmarktes der Gemeinschaft nach mehrjährigen Beratungen vom Rat beschlossen worden ist. Es dient der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Förmlichkeiten im grenzüberschreitenden Warenverkehr. Es deckt für den innergemeinschaftlichen Verkehr mit Gemeinschaftswaren in Form eines achteiligen Verbunddruckes die Verfahrensabschnitte Versendung (bisher als Ausfuhr bezeichnet), Versand und Bestimmung (bisher als Einfuhr bezeichnet) ab. Das Einheitspapier wird eine große

⁶⁾ Der Spezialhandel umfaßt bei der Einfuhr im wesentlichen nur die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch, zur Bearbeitung oder Verarbeitung in das statistische Erhebungsgebiet eingehen und bei der Ausfuhr die Waren, die aus der Erzeugung, Bearbeitung oder Verarbeitung des Erhebungsgebietes stammen und ausgehen. Der Generalhandel umfaßt alle ein- und ausgehenden Waren mit Ausnahme der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs. Spezialhandel und Generalhandel unterscheiden sich durch die unterschiedliche Behandlung des Lagerverkehrs (Freihafenlager, Zollager), und zwar sind die Einfuhr von Waren auf Lager und die Ausfuhr von Waren aus Lager im Generalhandel, die Einfuhr von Waren aus Lager dagegen im Spezialhandel enthalten.

Zahl der heutigen Anmeldeformulare ersetzen⁸⁾). Das Formularmuster ist so ausgelegt, daß es auch im innergemeinschaftlichen Warenverkehr mit Nicht-Gemeinschaftswaren (Drittlandsgut) und im Warenverkehr mit Drittländern verwendet werden kann. Für die Anmeldung zur Außenhandelsstatistik werden die Exemplare 2 (Versendung/Ausfuhr) und 7 (Bestimmung/Einfuhr) maßgebend sein, während für bestimmte Verfahrensteile der Durchfuhr die Exemplare 5 bzw. 7 herangezogen werden.

Bei den teilweise recht schwierigen Verhandlungen zur Vorbereitung des Einheitspapiers ist es gelungen, die Zahl der Merkmale zu vermindern. Man einigte sich auf einen Kern von Merkmalen, der für alle Mitgliedstaaten obligatorisch ist. Eine weitere Anzahl von Merkmalen kann von den Mitgliedstaaten fakultativ verlangt werden. Der Datenkranz für den innergemeinschaftlichen Warenverkehr mit Gemeinschaftswaren unterscheidet sich insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland nur wenig von dem noch nicht vollständig vereinheitlichten Datenkranz für den innergemeinschaftlichen Warenverkehr mit Nicht-Gemeinschaftswaren (Drittlandsgut) und den Warenverkehr mit Drittländern. Das Einheitspapier kann im innergemeinschaftlichen Warenverkehr mit Gemeinschaftswaren entweder in durchgestellter Form (Ausfertigung der Exemplare 1 bis 8 zusammen) oder ansonsten in sogenannter fraktionierter Form (Ausfertigung der erforderlichen Exemplare für die betreffenden Verfahrensabschnitte getrennt) benutzt werden. Ab 1. Januar 1988 wird es jedoch nicht nur ein einheitliches Formular mit Festlegung der maximal zugelassenen Merkmale geben, sondern auch eine weitgehend einheitliche Codierung für die wichtigsten Angaben.

Folgende Rechtsgrundlagen sind im Zusammenhang mit der Einführung des Einheitspapiers ab 1. Januar 1988 anzuwenden:

- Verordnung (EWG) Nr. 678/85 des Rates vom 18. Februar 1985 zur Vereinfachung der Förmlichkeiten im innergemeinschaftlichen Warenverkehr;
- Verordnung (EWG) Nr. 679/85 des Rates vom 18. Februar 1985 zur Festlegung des Musters des im innergemeinschaftlichen Warenverkehr zu verwendenden Anmeldevordrucks;
- Verordnung (EWG) Nr. 1900/85 des Rates vom 8. Juli 1985 über die Einführung gemeinschaftlicher Ausfuhr- und Einfuhrmeldungen;
- Verordnung (EWG) Nr. 1901/85 des Rates vom 8. Juli 1985 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 222/77 über das gemeinschaftliche Versandverfahren;
- Verordnung (EWG) Nr. 2855/85 der Kommission vom 18. September 1985 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 678/85 des Rates zur Vereinfachung der Förmlichkeiten im innergemeinschaftlichen Warenverkehr und der Verordnung (EWG) Nr. 679/85 des Rates

zur Festlegung des Musters des im innergemeinschaftlichen Warenverkehr zu verwendenden Anmeldevordrucks;

- Verordnung (EWG) Nr. 1059/86 des Rates vom 8. April 1986 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1900/85 über die Einführung gemeinschaftlicher Ausfuhr- und Einfuhrmeldungen;
- Verordnung (EWG) Nr. 2791/86 der Kommission vom 22. Juli 1986 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 679/85 des Rates hinsichtlich des Vordruckmusters für das Einheitspapier;
- Verordnung (EWG) Nr. 2792/86 der Kommission vom 22. Juli 1986 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2855/85 hinsichtlich der Durchführungsvorschriften zu dem Muster des im innergemeinschaftlichen Warenverkehr zu verwendenden Anmeldevordrucks;
- Verordnung (EWG) Nr. 2793/86 der Kommission vom 22. Juli 1986 über die bei Verwendung der in den Verordnungen (EWG) Nr. 678/85, (EWG) Nr. 1900/85 und (EWG) Nr. 222/77 des Rates vorgesehenen Vordrucke zu gebrauchenden Code;
- Vermerk zur Verwendung des Einheitspapiers im Warenverkehr mit Drittländern sowie im Verkehr von Drittlandsgütern im Intra-EG-Handel;
- Verordnung (EWG) Nr. 2954/85 des Rates vom 22. Oktober 1985 mit Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten.

Die zuletzt genannte Verordnung (EWG) Nr. 2954/85 dient der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten. Sie definiert den Gegenstand dieses Teils der Außenhandelsstatistik aus EG-Sicht neu und legt diejenigen Merkmale fest, die von den Mitgliedstaaten für die Berichterstattung an das Statistische Amt der EG zu erheben und nachzuweisen sind. Hinsichtlich der in dieser Verordnung verlangten Verkehrsmerkmale (aktives Verkehrsmittel beim Grenzübergang, Angabe des Behälters der beförderten Waren und Nationalität des aktiven Verkehrsmittels beim Grenzübergang) bedarf es noch einer ergänzenden EG-Verordnung, um den Zeitpunkt für den Beginn der Aufbereitungsarbeiten zum 1. Januar 1988 festzulegen und die Erhebung und Nachweisung auch im innergemeinschaftlichen Warenverkehr mit Nicht-Gemeinschaftswaren (Drittlandsgut) und im Warenverkehr mit Drittländern festzulegen. Die im Ausschuß für die Außenhandelsstatistik bereits angenommene Verordnung wird in Kürze von der EG-Kommission verabschiedet und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden.

Die Verordnung (EWG) Nr. 2954/85 ist im übrigen als weitere Maßnahme zur Verwirklichung eigener methodischer Grundsätze für die EG-Außenhandelsstatistik zu sehen. Der Gegenstand der Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten wird damit ab 1988 so festgelegt, daß es in einem bestimmten Bereich zu Abweichungen zu der nationalen deutschen Außenhandelsstatistik kommen kann. So werden Drittlandsgüter, die in einem ersten Mitgliedstaat in den zollrechtlich freien Verkehr überführt worden, aber

⁸⁾ Siehe hierzu Hohmann, F.: „Das Einheitspapier für den innergemeinschaftlichen Warenverkehr und seine Verwendung für den Drittlandshandel“ in „Zeitschrift für Verbrauchsteuer und Zölle“, Nr. 1/1986. — Vgl. ferner: „Vorschriftensammlung Bundesfinanzverwaltung N 5686 Nr. 331 vom 8. Oktober 1986: „Vorinformation zur Einführung des Einheitspapiers am 1. 1. 1988“.

noch nicht in den steuerrechtlich freien Verkehr gegangen sind und anschließend in einen zweiten Mitgliedstaat ausgeführt werden, für die EG-Außenhandelsstatistik nicht mehr als Export in den zweiten Mitgliedstaat zu melden sein, weil diese Waren im Sinne eines gemeinsamen Marktes als frei zirkulierend gesehen werden. Für die Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland bleibt es jedoch in solchen Fällen bei der Anschreibung als Ausfuhr, die national stets im Zusammenhang mit der vorangegangenen Einfuhr zu sehen ist.

Zusammen mit der Einführung des Einheitspapiers wird es auch zu einer tiefgreifenden Änderung der Warenanmeldung im grenzüberschreitenden Warenverkehr kommen. Ausgangspunkt hierfür ist die Anwendung des „Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren“, das die derzeitige „Nomenklatur des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens“, auf der jetzt die Zolltarife von rund 150 Ländern der Welt aufbauen, ersetzen soll⁹⁾. Über die Einzelheiten dieser systematischen Änderung wird im Rahmen dieser Zeitschrift in einem gesonderten Aufsatz berichtet werden. Beim Harmonisierten System handelt es sich um eine polyvalente internationale Warennomenklatur, die die für die Tarifierung notwendigen Beschreibungen, die statistischen Nomenklaturen und die Transportnomenklaturen umfaßt. Es wurde im Laufe von 10 Jahren von Sachverständigen aus 60 Ländern und unter Beteiligung der EG erarbeitet. Es hat für die Warenanmeldung zur Folge, daß ab 1988 mit einem gegenüber heute verlängerten Warencode gearbeitet werden wird. Das Harmonisierte System (mit sechsstelliger Codierung) wird die Grundlage der in der EG anzuwendenden Warennomenklatur des Außenhandels bilden. Der heutigen NIMEXE wird künftig die sogenannte Kombinierte Nomenklatur entsprechen, die aus den sechsstelligen Unterpositionen des Harmonisierten Systems und zwei weiteren Stellen (also achtstellige Codierung) bestehen wird. An die acht Stellen der Kombinierten Nomenklatur wird als neunte Stelle die nationale Unterteilung für die Außenhandelsstatistik der Mitgliedstaaten angefügt, so daß der heutigen siebenstelligen Warennummer des nationalen Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik ab 1988 eine neunstellige Warennummer entsprechen wird. Durch Anfügen einer zehnten und elften Stelle werden die Erfordernisse des künftigen integrierten EG-Zolltarifs (TARIC) erfüllt, während nationale Belange des integrierten deutschen Gebrauchs-Zolltarifs in einer zwölften Stelle zum Ausdruck kommen werden. Ein vierstelliger Zusatzcode wird zur Kennzeichnung und Erfassung von Sonderfällen des Warenverkehrs (Überwachungsmaßnahmen in bestimmten Bereichen) von Fall zu Fall bei der Anmeldung zu berücksichtigen sein. Eine entsprechende Ratsverordnung als EG-Rechtsgrundlage für die Einführung der Kombinierten Nomenklatur und des TARIC ist noch in Vorbereitung.

Die neue Warencodierung wird zu einer Erhöhung der Anzahl der Nomenklaturpositionen führen. Die Vergleich-

⁹⁾ Siehe hierzu Lux, M.: „Das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren des internationalen Handels“ in „Bundesanzeiger“ und Ebersberger, H.: „Internationale Wirtschaftszweig- und Gütersystematiken und ihre Harmonisierung“ in WiSta 2/1986, S. 79 ff. — Vgl. ferner: Vorschriftenammlung Bundesfinanzverwaltung „Harmonisiertes System“ ZT 01 02 vom 2. Mai 1986

Übersicht 1: Struktur des heutigen Warencodes und des ab 1988 anzuwendenden Warencodes

Struktur		Anzahl der Einheiten ¹⁾
Heute		
XX	Kapitel	99
XXXX	Tarifnummer	1 010
XXXXXX	NIMEXE ²⁾	8 115
XXXXXXXX	Warennummer	9 300
XXXXXXXXXX	Codenummer ³⁾	12 000
1988		
XX	Kapitel	96
XXXX	Position	1 241
XXXXXX	Harmonisiertes System	5 019
XXXXXXXX	Kombinierte Nomenklatur ⁴⁾	9 500
XXXXXXXXXX	Warennummer	10 500
XXXXXXXXXXXX	TARIC ⁵⁾	.
XXXXXXXXXXXXXX	Codenummer ³⁾	.
XXXXXXXXXXXXXXXXXX	Zusatzcode	.

¹⁾ Soweit nach dem derzeitigen Stand der Arbeiten bekannt („.“ = noch nicht bekannt). — ²⁾ Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten. — ³⁾ Des Deutschen Gebrauchs-Zolltarifs — ⁴⁾ Die Kombinierte Nomenklatur tritt ab 1988 an die Stelle der NIMEXE — ⁵⁾ Integrierter Zolltarif der EG.

barkeit der Warennomenklatur ab 1988 gegenüber der heutigen Systematik wird in weiten Bereichen nicht mehr gegeben sein, so daß die Bildung von vergleichbaren statistischen Zeitreihen auf der Basis der kleinsten Bausteine der Außenhandelsstatistik etwa bei der Hälfte aller heutigen Warenpositionen mehr oder weniger gestört sein wird. Vom Statistischen Bundesamt wird eine systematische Gegenüberstellung der neuen Nomenklatur zur bisherigen erstellt werden, die bei der Auswertung der Ergebnisse ab 1988 herangezogen werden kann. Gleichzeitig mit der Einführung der neuen Warennomenklatur wird das bei der Darstellung der Ergebnisse der Außenhandelsstatistik angewandte Internationale Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-rev. II) durch eine auf den Bausteinen des Harmonisierten Systems beruhende SITC-rev. III ersetzt werden¹⁰⁾.

Das Einheitspapier führt im übrigen dazu, daß sich die Anordnung der Merkmale und Datenfelder gegenüber der heutigen Form ändern wird. Ein ausführliches Merkblatt wird zu den einzelnen Feldern die notwendigen Erläuterungen für die Auskunftspflichtigen geben. Aus dem Merkblatt wird auch zu ersehen sein, welche von den für die Mitgliedstaaten fakultativen Datenfeldern des Vordruckes von den Auskunftspflichtigen in der Bundesrepublik Deutschland auszufüllen sind. Es wird einer großen Kraftanstrengung aller am Anmeldeprozeß beteiligten Auskunftspflichtigen, Anmeldestellen und des Statistischen Bundesamtes bedürfen, um das durch die genannten EG-Verordnungen und die noch anzupassenden deutschen Rechtsvorschriften ab 1988 vorgegebene neue Anmeldeverfahren in die Praxis umzusetzen. Von der Umstellung betroffen sind nicht nur die einzeln anmeldenden Auskunftspflichtigen, sondern auch diejenigen Firmen, denen vereinfachte Anmeldeverfahren (Sammelanmeldungen) bewilligt worden sind. Die vereinfachten Anmeldeverfahren bleiben an sich unberührt. Es muß jedoch eine Anpassung der Merkmale und der Codierungen an die Vorgaben des Einheitspapiers ab 1988 erfolgen. Dies gilt für Sammelanmeldungen mit Datenträgern (Maschinentabelle, Ma-

¹⁰⁾ Siehe hierzu „Statistical Papers: Standard International Trade Classification Revision 3“, Series M, No. 34/Rev. 3, United Nations, New York, 1986.

Verkleinerte Reproduktion der Exemplare 2 und 7 des Einheitspapiers

Nachstehend wird die Vorderseite der für die Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland wesentlichen Exemplare 2 (Versendung und Ausfuhr) und 7 (Bestimmung und Einfuhr) des Einheitspapiers dargestellt. Das Einheitspapier wird den am grenzüberschreitenden Warenverkehr Beteiligten in zwei Versionen angeboten, und zwar entweder in Sätzen von 8 Exemplaren oder, insbesondere im Falle einer Ausstellung der Anmeldungen unter Einsatz einer Datenverarbeitungsanlage, in zwei aufeinander folgenden Sätzen von 4 Exemplaren. Aus Platzgründen wird im Rahmen dieses Beitrages nur das für statistische Zwecke vorgesehene Exemplar des zuletzt genannten Vierersatzes reproduziert, das sowohl die Merkmale des Exemplars 2 als auch die des Exemplars 7 beinhaltet:

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT						A VERSENDUNGS-/AUSFUHR-/BESTIMMUNGSZOLLSTELLE							
2 7 Exemplar für die Statistik - Versendungs- / Ausfuhrland Exemplar für die Statistik - Bestimmungsland	2 Versender/ Ausfuhrer Nr					1 ANMELDUNG							
	6 Empfänger Nr					3 Vordrucke		4 Ladelisten					
						5 Positionen		8 Packet insgesamt		7 Bezugsnummer			
	14 Anmelder/Vertreter Nr					9 Verantwortlicher für den Zahlungsverkehr Nr							
						10 E Best./L Herk Land		11 Hand /Erz Land		12 Angaben zum Wert		13 G L P	
	16 Ursprungsland					15 Versendungs-/Ausfuhrland		15 Vers /Ausf L Code		17 Bestimm L Code			
						16 Ursprungsland		17 Bestimmungsland					
	18 Kennzeichen u Staatszugehörigkeit des Beförderungsmittels beim Abgang/bei Ankunft					19 Ctr		20 Lieferbedingung					
	21 Kennzeichen und Staatszugehörigkeit des grenzüberschreitenden aktiven Beförderungsmittels					22 Währung u in Rechn gestellter Gesamtbetr		23 Umrechnungskurs		24 Art des Geschäfts			
	25 Verkehrszweig an der Grenze		26 Inländischer Verkehrszweig		27 Ladeort/Entladeort		28 Finanz- und Bankangaben						
29 Ausgangs-/Eingangszollstelle					30 Warenort								
31 Packstücke und Warenbezeichnung					32 Position Nr		33 Warennummer						
					34 Urspr land Code		35 Rohmasse (kg)		36 Präferenz				
					37 VERFAHREN		38 Eigenmasse (kg)		39 Kontingent				
					40 Summarische Anmerkung/Vorpapier								
44 Besondere Vermerke/ Vorgelegte Unterlagen/ Bescheinigungen u Genehmigungen					41 Besondere Maßeinheit		42 Artikelpreis		43 B M Code				
					Code B.V.		45 Benchtigung						
					46 Statistischer Wert								
47 Abgabeberechnung					48 Zahlungsaufschub		49 Bezeichnung des Lagers						
					B ANGABEN FÜR VERBUCHUNGSZWECKE								
49 Hauptverpflichteter Nr					Unterschrift:		C ABGANGSZOLLSTELLE						
51 Vorgesehene Grenzübergangsstellen (und Land)					vertreten durch Ort und Datum:								
52 Sicherheit nicht gültig für					Code		53 Bestimmungs-zollstelle (und Land)						
D/J PRÜFUNG DURCH DIE ABGANGSZOLLSTELLE/BESTIMMUNGSZOLLSTELLE					Stempel		54 Ort und Datum						
Ergebnis					Angebrachte Verschlüsse Anzahl Zeichen		Unterschrift und Name des Anmelders/vertreters						
Frist (letzter Tag)					Unterschrift								

gnetband oder Diskette) ebenso wie für derartige Anmeldungen auf Vordrucken.

Die Tabelle 2 zeigt, welche Felder des neuen Vordruckmusters künftig in der Außenhandelsstatistik unmittelbar ausgewertet werden. Sie macht deutlich, daß die Aussagefähigkeit der Außenhandelsstatistik einen hohen Stand be-

Übersicht 2: Merkmale des Einheitspapiers, die ab 1988 unmittelbar zur Datenerfassung und zur Aufbereitung herangezogen werden¹⁾

Merkmale im Einheitspapier	Feldnummer	Bestimmung/Einfuhr	Versendung/Ausfuhr
1	2	3	4
1 Versender/Ausführer	2		x ²⁾
2 Empfänger/Einführer	8	x ²⁾	
3 Nachweis der fremden Länder			
Versendungsland	15, 15a	x	
Bestimmungsland	17, 17a		x
Ursprungsland	16, 34a	x	x
Käuferland/Einkaufsland	11	x ³⁾	x ³⁾
4. Regionalnachweis			
Ursprungsbundesland	34b		x
Zielbundesland	17b	x	
5 Nachweis des Verkehrsweges und des Verkehrszweiges			
Ausgangszollstelle	29		x
Eingangszollstelle	29	x	
Verkehrszweig beim Grenzübergang	25	x	x
Staatszugehörigkeit des grenzüberschreitenden aktiven Beförderungsmittels	21	x	x
Behältereigenschaft (Container) ..	19	x	x
6. Art des Geschäftes	24	x	x
7 Warencodierung			
Warennummer	33	x	x
8 Mengenangaben			
Eigenmasse (Eigengewicht)	38	x	x
Besondere Maßeinheit	41	x	x
9. Wertangaben/Wertstellung			
Lieferbedingung	20	x	
Währung	22		x
Fälligkeit der Forderung	28		x
Statistischer Wert	46	x	x
10 Verfahren			
Versendung/Ausfuhr	37		x
Bestimmung/Einfuhr	37	x	
11. Abgabensatz, Grund der Abgabenvergünstigung	47	x	

¹⁾ Merkmale, die nur der Sicherung der Anmeldung dienen (wie z. B. Angaben zum Beförderungsmittel beim Abgang/Ankunft in Feld 18) oder die zur Überprüfung der Richtigkeit bestimmter Angaben mit herangezogen werden (wie z. B. Art der Anmeldung in Feld 1, Packstücke und Warenbezeichnung in Feld 31 und Rechnungsbetrag in Feld 22) sind nicht aufgeführt. Nicht behandelt wird auch der für die Durchfuhrstatistik erforderliche Datenkranz — ²⁾ Aufbereitung nach dem Sitz des Ausführers bzw. des Einführers in Teilbereichen (z. B. für die Hansestädte) — ³⁾ Im Warenverkehr mit Drittlandsgut zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der EG und im Warenverkehr mit Drittländern

halten wird, daß aber bestimmte Informationen aus dem neuen Formular in einer anderen Weise entnommen werden müssen, als dies heute der Fall ist.

Abgesehen von den gravierenden Änderungen bei der Warencodierung sei insbesondere auf folgende Umstellungen hingewiesen:

1. Im Nachweis der am Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland beteiligten fremden Länder entfällt aus Vereinfachungsgründen im Warenverkehr mit Gemeinschaftswaren zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EG die Angabe des Einkaufslandes und des Käuferlandes. Es

wird somit nicht mehr möglich sein, die Darstellung der Handelswege und des mittelbaren Handels in der bisherigen Vollständigkeit fortzusetzen¹¹⁾. Die statistische Anschreibung des Einkaufslandes auf der Importseite und des Käuferlandes auf der Exportseite wird somit beschränkt werden auf den Warenverkehr mit Nicht-Gemeinschaftswaren (Drittlandsgut) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EG und auf den Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit Drittländern.

Unverändert bleibt hingegen die Darstellung der Warenwege des Außenhandels auf der Grundlage der Angaben des Herstellungslandes (Ursprungslandes) bei der Bestimmung/Einfuhr und des Verbrauchslandes (Bestimmungslandes) bei der Versendung/Ausfuhr. Hinzu kommt die Auswertung des Versendungslandes bei der Bestimmung/Einfuhr, das in erster Linie für die Berichterstattung an das Statistische Amt der EG herangezogen wird (vgl. Art. 11 der Verordnung [EWG] Nr. 1736/75 des Rates und die Verordnung [EWG] Nr. 3345/80 der Kommission), allgemein aber auch im Zusammenspiel mit den Angaben für das Ursprungsland als sinnvolle Ergänzung im Nachweis der Warenwege zu sehen ist.

2. Da im Zuge der Vereinheitlichung der Merkmale für die Gestaltung des Einheitspapiers das bisher in der deutschen Ausfuhranmeldung enthaltene Merkmal „Sitz des Ausführers und Verkehrsweg“ entfallen mußte, wird es notwendig werden, solche Informationen aus den Angaben über den Versender/Ausführer in Verbindung mit der Ausgangszollstelle zu entnehmen, so wie dies bereits heute auf der Einfuhrseite über die Merkmale Einführer und Eingangszollstelle geschieht.
3. Die Nachweisung der Außenhandelsströme nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen beim Grenzübergang, die heute in vollständiger Gliederung nur bei den Einfuhren vorgenommen werden kann¹²⁾, wird ab 1988 auch vollständig für die Versendung/Ausfuhr möglich sein (heute beschränkt sich der Nachweis auf die Ausfuhr über die wichtigsten deutschen Seehäfen).
4. Im Rahmen der Berichterstattung an das Statistische Amt der EG wird ab 1988 ein Nachweis in beiden Handelsrichtungen nach Verkehrszweigen beim Grenzübergang, über die Staatszugehörigkeit des aktiven Beförderungsmittels beim Grenzübergang sowie über die Behältereigenschaft (Container: ja/nein) erfolgen.
5. Das bisher in den deutschen Einfuhr- und Ausfuhranmeldungen enthaltene Merkmal „Anlaß der Einfuhr/Ausfuhr“, in dem heute nicht codierte Angaben in Worten über das zugrundeliegende Geschäft usw. zu machen sind, wird im Einheitspapier als Merkmal „Art des Geschäftes“ fortgeführt. Die Informationen sind ab 1988 weitgehend in verschlüsselter Form auf Basis eines vereinheitlichten EG-Codes zu geben.

¹¹⁾ Siehe hierzu Bergmann, W.: „Handelswege im Außenhandel 1983“ in WiSta 6/1984, S. 503 ff. und Green, R.: „How different methods of country attribution affect trade statistics“ in „Trade and industry“ vom 21. April 1978, S. 168 ff.

¹²⁾ Siehe hierzu Müller, K.: „Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen 1985“ in WiSta 7/1986, S. 536 ff.

6. Die Anmeldung der Lieferbedingungen bleibt bei der Anmeldung mit Formularen uncodiert (Angabe der „Incoterms“ oder der sonstigen tatsächlich vereinbarten Lieferbedingungen), während sie bei der Anmeldung im Rahmen vereinfachter Verfahren der Einfuhr in der bisherigen einfachen deutschen Codierung erfolgt.
7. Die Angabe des Statistischen Wertes entspricht im Warenverkehr mit Nicht-Gemeinschaftswaren (Drittlandsgut) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EG und im Warenverkehr mit Drittländern weiterhin dem heute verlangten Grenzübergangswert. Für den Statistischen Wert im innergemeinschaftlichen Warenverkehr mit Gemeinschaftswaren werden jedoch ab 1988 neue Vorschriften gelten, nach denen dieser Wert ausgehend von der Besteuerungsgrundlage zu bilden ist. Dabei sind jedoch die Fracht- und Versicherungskosten bei der Versendung bis zur Grenze des Versendungsmitgliedstaates einzubeziehen. Bei der Bestimmung sind die Fracht- und Versicherungskosten insoweit einzubeziehen, als sie sich auf die Strecke außerhalb des Bestimmungsmitgliedstaates beziehen (Artikel 6 der Verordnung [EWG] Nr. 2954/85). Dieses Berechnungsverfahren führt dazu, daß auch im innergemeinschaftlichen Warenverkehr ein Wert frei nationale Grenze des betreffenden Mitgliedstaates anzumelden sein wird. Insofern bleibt das bisherige Prinzip der Erfassung eines einheitlichen Wertes frei nationale Grenze, das für die Auswertung der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland aus den verschiedensten Gründen (Verwertung der Angaben im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Additionsfähigkeit der Ergebnisse, Möglichkeit der Beobachtung von Durchschnittswerten im Außenhandel) unerlässlich ist, im Ergebnis auch ab 1988 erhalten.
8. Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik werden nach Einfuhrarten und Ausfuhrarten unterteilt erfaßt und nachgewiesen¹³⁾. In der deutschen Außenhandelsstatistik sind diese Unterteilungen so eingerichtet, daß gewisse Verfahrensteile des Außenhandels (Lagerverkehr, Veredelungsverkehr, freier Verkehr), die sich weitgehend mit zollrechtlichen Abgrenzungen decken, gesondert dargestellt werden können. Die Einfuhr- und Ausfuhrarten dienen aber auch dazu, das Datenmaterial des Außenhandels in den beiden eingangs bereits erwähnten und international üblichen Darstellungsformen Spezialhandel und Generalhandel nachweisen zu können¹³⁾. Neben diesen weitgehend durch zollrechtliche Abgrenzungen bestimmten Einfuhr- und Ausfuhrarten gibt es im Bereich des „freien Verkehrs“ noch Unterteilungen, die es ermöglichen, den sogenannten wirtschaftlichen Lohnveredelungsverkehr zu erfassen und für bestimmte Auswertungen nachzuweisen. Mit Einführung des Einheitspapiers, das bei fast allen Anmeldemerkmalen codierte Angaben durch die Auskunftspflichtigen vorsieht, wird es künftig einen vereinheitlichten Verfahrenscode geben, der an die Stelle der

heutigen deutschen Einfuhr- und Ausfuhrarten tritt. Es wird sich um einen vierziffrigen EG-Code handeln, der in den ersten beiden Ziffern das beantragte Verfahren und in den zwei weiteren Ziffern das vorangegangene Verfahren beinhaltet. In drei weiteren Ziffern können von den Mitgliedstaaten Unterteilungen hinzugefügt werden, die nationalen Charakter haben. Für Zwecke der deutschen Außenhandelsstatistik wird hiervon eine Stelle in Anspruch genommen werden. Der neue Verfahrenscode ist in seiner Ausprägung wesentlich detaillierter als der bisherige Code der deutschen Einfuhr- und Ausfuhrarten. Es wird auf seiner Grundlage möglich sein, die Verfahrensarten des Außenhandels im einzelnen zu erfassen und für spezielle Zwecke auch nachzuweisen (vgl. Verordnung [EWG] Nr. 2793/86 der Kommission). Für die statistische Darstellung der Außenhandelsergebnisse in den deutschen Veröffentlichungen zur Außenhandelsstatistik wird eine Zusammenfassung zu Verfahrensteilen des Außenhandels vorgenommen, die weitgehend den heutigen Abgrenzungen entsprechen werden.

Ausblick auf künftige Entwicklungen

Die mit dem 1. Januar 1988 eintretenden Änderungen der Außenhandelsstatistik werden zwar in gewissen Bereichen der Anmeldung und der Auswertung zu einer Neuorientierung der am Außenhandel Beteiligten und der an den Ergebnissen Interessierten führen, sie werden aber im Ganzen die Kontinuität dieser Statistik nicht unterbrechen. Es bleibt bei den für jede Außenhandelsstatistik charakteristischen Elementen, die es ermöglichen, die Außenhandelsströme in tiefer waren- und ländermäßiger Gliederung mit Mengen- und Wertangaben darzustellen. Weitere Merkmale, wie die Angaben zum Verfahren, zur Art des Geschäftes, regionalstatistische und verkehrsrelevante Daten, werden die Grundmerkmale der Außenhandelsstatistik als einer Vielzweckstatistik weiterhin sinnvoll ergänzen. Die Außenhandelsstatistik wird aus heutiger Sicht die sich ab 1. Januar 1988 ergebende Form zumindest bis zum Jahr 1992 beibehalten, wenn man davon absieht, daß insbesondere bei den Waren- und Ländersystematiken die notwendigen Anpassungen an die neueste Entwicklung vorgenommen werden müssen. Das Jahr 1992 kann wiederum zu vielleicht noch einschneidenderen Änderungen führen, wenn es im Rahmen der Gemeinschaft gelingt, bis zu diesem Zeitpunkt das im sogenannten „Weißbuch“ der EG-Kommission niedergelegte Aktionsprogramm zur Beseitigung der noch bestehenden Hemmnisse im Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu verwirklichen. Es müßten in diesem Fall dann nach Fortfall der Zollkontrollen an den Binnengrenzen der EG Wege gefunden werden, die Statistik des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs auf eine neue Erhebungsgrundlage zu stellen¹⁴⁾. Für die Erfassung des Warenverkehrs mit Drittländern könnte es bei einem Anmeldeverfahren bleiben, das weitgehend dem heutigen entspräche.

Wolfgang Bergmann

¹³⁾ Siehe hierzu „Vorbemerkung“ zu Fachserie 7 „Außenhandel“, Reihe 1.

¹⁴⁾ Siehe hierzu Heimann, J.: „Zur Statistik des Außenhandels zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften — Auswirkungen eines Fortfalls dieser Statistik“ in WiSta 9/1986, S. 717 ff.

Sozialversicherung im ersten Halbjahr 1986

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorbemerkung

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird als Teil des Sektors Staat auch die Sozialversicherung nachgewiesen, zu der die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung, die landwirtschaftlichen Alterskassen, die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und die Arbeitslosenversicherung gezählt werden. Die Einnahmen und die Ausgaben der Sozialversicherung machten im abgelaufenen Jahr 1985 348,3 bzw. 342,1 Mrd. DM aus. In Relation zum Bruttosozialprodukt waren das jeweils rund 19 %, das heißt knapp ein Fünftel der gesamten wirtschaftlichen Leistung wurde über die eigens für diesen Zweck geschaffenen Institutionen der sozialen Sicherung umverteilt. Die beträchtliche Größe dieser Umverteilungsvorgänge und ihr in der Vergangenheit häufig sehr starkes Wachstum lassen es angemessen erscheinen, gesondert von der umfassenden Ergebnisbeschreibung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen¹⁾ einschließlich der darin enthaltenen Angaben für den Sektor Staat über den Teilsektor Sozialversicherung zu berichten. Wie die nachfolgende Übersicht und das Schaubild zeigen, waren deutlich über die Zunahmen des Bruttosozialprodukts hinausgehende Erhöhungen der Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung vor allem zwischen 1970 und 1975 zu verzeichnen. Die Relation der Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung zum Bruttosozialprodukt stieg in diesem Zeitraum von 14 bzw. 13 % auf jeweils knapp 19 % steil an. In den Folgejahren waren dann nur noch relativ geringe Schwankungen um diesen Prozentsatz zu beobachten.

Durchschnittliche jährliche Zunahme in %

	Sozialversicherung		Gebietskörperschaften		Brutto-sozial-produkt
	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	
1950/1960 ²⁾	14,4	14,8	12,6	11,4	11,2
1960/1970	9,9	10,0	8,9	10,1	8,4
1970/1975	15,2	17,1	9,5	12,8	8,8
1975/1980	7,7	7,1	8,8	7,2	7,6
1980/1985	4,7	4,6	4,5	3,4	4,5
1950/1985 ³⁾	10,8	11,1	9,4	9,5	8,6

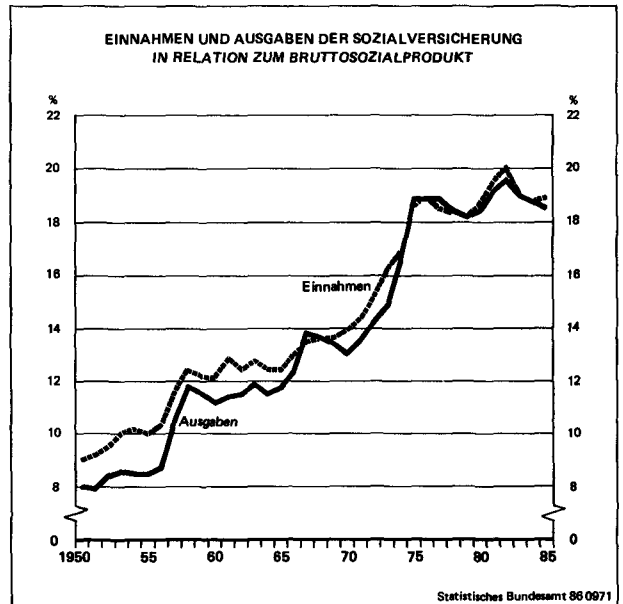
Die Zahlenangaben in diesem Aufsatz über die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung sind hinsichtlich

1) Siehe Lützel, H., und Mitarbeiter „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 1. Halbjahr 1986“ in WiSta 9/1986, S. 671 ff

2) Ohne Saarland und Berlin.

3) Gebietssprung 1960 rechnensch ausgeschaltet

der Konzepte, Definitionen und Abgrenzungen voll in das System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen integriert. Eine ausführliche Erläuterung der wichtigen begrifflichen Grundlagen enthalten die Jahressbände der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1 „Konten und Standardtabellen“. Die Angaben entsprechen im wesentlichen dem Berichtsstand der im Septemberheft 1986 von „Wirtschaft und Statistik“ enthaltenen



Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nur für die Krankenversicherung wurden zwischenzeitlich verfügbare Informationen über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im zweiten Vierteljahr 1986 zusätzlich berücksichtigt. Auf der Einnahmenseite werden die Sozialbeiträge dadurch etwas höher ausgewiesen als zum Stand der September-Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und auf der Ausgaben-seite die sozialen Geldleistungen sowie die sozialen Sachleistungen. Für die gesonderte Betrachtung des Teil-sektors Sozialversicherung in diesem Aufsatz sind die erwähnten Korrekturen von Bedeutung; sie wurden deshalb in dieser Veröffentlichung berücksichtigt. Auf die gesamtwirtschaftlichen Aggregate und dabei insbesondere auf das Bruttosozialprodukt ergeben sich jedoch nur ganz geringfügige Auswirkungen, so daß die Übernahme der neuen Zahlen in das gesamte Rechenwerk bis zur nächsten Neuberechnung des Sozialprodukts 1986 im März 1987 zurückgestellt werden kann.

Es sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, daß von den in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen insgesamt nachgewiesenen Sozialbeiträgen und sozialen Leistungen zwar der weitaus größte Teil von der Sozialversicherung vereinnahmt bzw. verausgabt wird, daß aber nicht unerhebliche Umverteilungsvorgänge auch über die Gebietskörperschaften (z. B. öffentliche Pensionen, Kindergeld, Kriegsoferversorgung, Sozialhilfe) und den Unternehmenssektor (insbesondere die betriebliche Altersversorgung) abgewickelt werden. Auf letztere Transaktionen wird in diesem Aufsatz nicht eingegangen.

Ergebnisse

Die Ausgaben der Sozialversicherung beliefen sich im ersten Halbjahr 1986 auf 175,4 Mrd. DM, die Einnahmen waren, wie Tabelle 1 zeigt, mit 174,8 Mrd. DM annähernd gleich hoch, so daß sich ein geringes Finanzierungsdefizit von 0,6 Mrd. DM ergab. Ein Vergleich mit dem Vorjahr, in dem im ersten Halbjahr ein Finanzierungsüberschuß von 1,3 Mrd. DM, im zweiten sogar von 5,0 Mrd. DM zu verzeichnen war, ist insbesondere wegen der 1985 vom zweiten in das erste Halbjahr vorgezogenen Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung — im einzelnen wird hierauf noch eingegangen — nur eingeschränkt möglich. Schaltet man den Vorzieheffekt rechnerisch aus, so hätte die Sozialversicherung auch 1985, wie bereits 1983 und 1984, im ersten Halbjahr ein Defizit aufgewiesen, das dann im zweiten Halbjahr allerdings deutlich überkompensiert worden wäre. 1983 und 1984 wurden die Finanzierungsdefizite im ersten Halbjahr durch entsprechende Überschüsse im zweiten Halbjahr jeweils annähernd ausgeglichen. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt machten die Ausgaben der Sozialversicherung im Berichtshalbjahr 18,8 % aus, die Ausgaben des Staates insgesamt im Vergleich hierzu 46,4 %. Von den Einnahmen der Sozialversicherung wurden knapp 85 % über tatsächliche Sozialbeiträge (147,8 Mrd. DM) aufgebracht, 13 % steuerten die

Gebietskörperschaften — insbesondere der Bund — durch Zuschüsse an die verschiedenen Sozialversicherungsträger (22,9 Mrd. DM) bei. Bei dem geringen Rest handelt es sich vor allem um empfangene Vermögenseinkommen wie Zinsen u. ä. Die Umverteilungsfunktion der Sozialversicherung läßt sich an dem Anteil, den die sozialen Leistungen an den gesamten Ausgaben ausmachten, unmittelbar ablesen: Knapp 95 % der Ausgaben kamen direkt den Versicherten zugute, und zwar 63,4 % (111,3 Mrd. DM) als soziale Barleistungen an private Haushalte (Renten, Krankengeld, Arbeitslosengeld u. ä.), 1,2 % (2,0 Mrd. DM) als soziale Leistungen und sonstige laufende Übertragungen an die übrige Welt und 29,8 % (52,3 Mrd. DM) als soziale Sachleistungen (insbesondere Übernahme der Kosten für Arzt-, Zahnarzt- und Krankenhausleistungen, für Arzneimittel u. ä. durch die gesetzliche Krankenversicherung). Daneben entstehen bei der Sozialversicherung Ausgaben für die Verwaltung (Löhne und Gehälter, laufende Käufe von Waren und Dienstleistungen, Investitionen) sowie für Subventionen und Vermögensübertragungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der Arbeitsmarktförderung.

Verglichen mit den Werten des ersten Halbjahres 1985 waren die Ausgaben der Sozialversicherung im Berichtshalbjahr um 3,0 % höher, die Einnahmen dagegen nur um

Tabelle 1: Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung nach Einnahme- und Ausgabearten

Jahr ¹⁾ Halbjahr ¹⁾	Einnahmen ²⁾			Ausgaben ²⁾				Finanzierungs- saldo
	insgesamt	darunter		insgesamt	soziale Leistungen an private Haushalte	Staatsverbrauch		
		tatsäch- liche Sozial- beiträge	Über- tragungen von Gebietskör- perschaften			zusammen	darunter: soziale Sachleistungen	
	Mill. DM							
1980	276 900	230 200	37 260	272 930	175 190	91 830	79 340	3 970
1981	300 900	248 840	42 250	294 600	189 280	99 060	85 780	6 300
1982	319 030	263 950	45 970	311 180	204 410	100 860	86 630	7 850
1983	318 380	269 190	40 680	318 430	207 820	103 960	89 280	- 50
1984	331 820	282 800	40 340	332 050	211 190	111 500	96 330	- 230
1985	348 330	297 450	41 990	342 060	216 080	117 390	101 560	6 270
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
1980	9,0	8,0	13,7	7,5	6,4	9,9	10,1	x
1981	8,7	8,1	13,4	7,9	8,0	7,9	8,1	x
1982	6,0	6,1	8,8	5,6	8,0	1,6	1,0	x
1983	- 0,2	2,0	- 11,5	2,3	1,7	3,3	3,1	x
1984	4,2	5,1	- 0,8	4,3	1,6	7,3	7,9	x
1985	5,0	5,2	4,1	3,0	2,3	5,3	5,4	x
	Mill. DM							
1982 1. Hj	157 100	127 270	25 330	155 750	103 190	49 600	43 140	1 350
2. Hj	161 930	136 680	20 640	155 430	101 220	51 080	43 490	6 500
1983 1. Hj	155 930	128 570	23 350	157 690	104 410	50 250	43 510	- 1 760
2. Hj	162 450	140 620	17 330	160 740	103 410	53 710	45 770	1 710
1984 1. Hj	161 120	133 700	23 350	164 810	106 870	54 170	47 160	- 3 690
2. Hj	170 700	149 100	16 990	167 240	104 320	57 330	49 170	3 460
1985 1. Hj	171 500	140 420	26 960	170 180	109 000	57 000	49 670	1 320
2. Hj	176 830	157 030	15 030	171 880	107 080	60 390	51 890	4 950
1986 1. Hj	174 820	147 760	22 860	175 370	111 270	60 000	52 290	- 550
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %							
1982 1. Hj	7,9	7,0	14,9	7,1	8,9	3,9	3,6	x
2. Hj	4,3	5,2	2,1	4,2	7,1	- 0,4	- 1,4	x
1983 1. Hj	- 0,7	1,0	- 7,8	1,2	1,2	1,3	0,9	x
2. Hj	0,3	2,9	- 16,0	3,4	2,2	5,1	5,2	x
1984 1. Hj	3,3	4,0	0	4,5	2,4	7,8	8,4	x
2. Hj	5,1	6,0	- 2,0	4,0	0,9	6,7	7,4	x
1985 1. Hj	6,4	5,0	15,5	3,3	2,0	5,2	5,3	x
2. Hj	3,6	5,3	- 11,5	2,8	2,6	5,3	5,5	x
1986 1. Hj	1,9	5,2	- 15,2	3,0	2,1	5,3	5,3	x

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ohne Vorgänge der Finanzierungsrechnung, ohne Übertragungen zwischen Sozialversicherungsträgern.

1,9 %. Die schwache Einnahmentwicklung ist vor allem auf die gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wesentlich niedrigeren Zuschüsse der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung (— 15,2 %) zurückzuführen, die tatsächlichen Sozialbeiträge stiegen dagegen um 5,2 % und damit in etwa gleichem Maße wie im Jahr 1985. Maßgeblich für den Rückgang der Übertragungen der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung war insbesondere ein im Vergleich zum Vorjahr veränderter Zahlungsrhythmus des Bundes an die Rentenversicherung der Arbeiter — die angespannte finanzielle Lage der Rentenversicherungsträger im ersten Halbjahr 1985 wurde durch erhebliche vorgezogene Zahlungen des Bundes aufgefangen, im Berichtshalbjahr war dies nur in geringem Maße erforderlich —, im zweiten Halbjahr 1986 dürfte sich deshalb eine stark positive Entwicklung ergeben. Darüber hinaus zahlten im ersten Halbjahr 1986 die Rentenversicherungsträger eine vom Bund im zweiten Halbjahr 1985 gewährte Sonderzuweisung (620 Mill. DM) zu mehr als der Hälfte zurück (im Nachweis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde diese Rückzahlung gegen die Leistungen des Bundes saldiert). Die Entwicklung der tatsächlichen Sozialbeiträge, von denen rund 85 % auf die Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) und der Rest auf Beiträge des

Staates für Empfänger sozialer Leistungen, auf Eigenbeiträge dieser Personengruppe sowie auf Beiträge von Selbständigen, Hausfrauen, Studenten u. ä. entfallen, erklärt sich in erster Linie aus der Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme (+ 4,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr 1985). Ein im Durchschnitt aller Sozialversicherungsträger leicht gestiegenes Beitragssatzniveau trug zusätzlich zu dem Anstieg der Sozialbeiträge bei.

Die Entwicklung der Ausgaben der Sozialversicherung wird geprägt von den sozialen Leistungen und von den Ausgaben für den Staatsverbrauch, von denen annähernd 90 % auf soziale Sachleistungen entfallen. Während die sozialen (Geld-)Leistungen an private Haushalte im ersten Halbjahr nur um 2,1 % zunahm, erhöhten sich die sozialen Sachleistungen — ebenso wie die Ausgaben für den Staatsverbrauch insgesamt — mit 5,3 % mehr als doppelt so stark. Zum Teil sogar noch etwas größere Abstände zwischen den Zuwachsraten der sozialen Geldleistungen an private Haushalte einerseits und der sozialen Sachleistungen andererseits waren bereits in den vorangegangenen Halbjahren seit dem zweiten Halbjahr 1983 zu beobachten gewesen (siehe Tabelle 1). Die ungleiche Entwicklung beider Ausgabearten im Zeitablauf führte zu einer leichten Verschiebung in der Ausgaben-

Tabelle 2: Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung¹⁾

Jahr ²⁾ Halbjahr ²⁾	Einnahmen ³⁾				Ausgaben ³⁾					Finanzierungs-saldo ³⁾
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter			Übertragungen zwischen Sozial- versicherungs- trägern	
		tatsächliche Sozial- beiträge	Über- tragungen von Gebiets- körper- schaften	Übertragungen zwischen Sozial- versicherungs- trägern		soziale Leistungen an private Haushalte	Staatsverbrauch zusammen	darunter soziale Sach- leistungen		
Mill. DM										
1980	146 130	113 150	29 160	340	143 090	133 440	6 240	2 560	780	3 040
1981	153 890	123 010	27 270	270	150 470	140 220	6 610	2 800	980	3 420
1982	159 370	124 770	32 130	100	159 810	149 410	6 630	2 720	870	— 440
1983	157 890	123 480	32 570	60	163 010	153 000	6 130	2 160	810	— 5 120
1984	168 430	132 610	34 160	60	172 000	159 400	6 290	2 310	1 080	— 3 570
1985	178 400	141 320	35 530	20	175 460	163 450	6 730	2 730	1 070	2 940
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1980	7,9	7,8	6,0	21,4	5,4	5,1	9,3	10,8	34,5	x
1981	5,3	8,7	— 6,5	— 20,6	5,2	5,1	5,9	9,4	25,6	x
1982	3,6	1,4	17,8	— 63,0	6,2	6,6	0,3	— 2,9	— 11,2	x
1983	— 0,9	— 1,0	1,4	— 40,0	2,0	2,4	— 7,5	— 20,6	— 6,9	x
1984	6,7	7,4	4,9	0	5,5	4,2	2,6	6,9	33,3	x
1985	5,9	6,6	4,0	— 66,7	2,0	2,5	7,0	18,2	— 0,9	x
Mill. DM										
1982 1. Hj	77 270	59 740	16 310	50	79 340	74 450	3 040	1 250	420	— 2 070
2. Hj	82 100	65 030	15 820	50	80 470	74 960	3 590	1 470	450	1 630
1983 1. Hj	75 020	58 160	16 010	30	79 300	74 740	2 670	880	390	— 4 280
2. Hj	82 870	65 320	16 560	30	83 710	78 260	3 460	1 280	420	— 840
1984 1. Hj	81 880	62 050	19 030	30	84 380	79 170	2 750	900	490	— 2 500
2. Hj	86 550	70 560	15 130	30	87 620	80 230	3 540	1 410	590	— 1 070
1985 1. Hj	90 050	65 750	23 600	10	86 680	80 950	2 930	1 090	510	3 370
2. Hj	88 350	75 570	11 930	10	88 780	82 500	3 800	1 640	560	— 430
1986 1. Hj	90 160	69 970	19 490	10	88 200	82 780	3 140	1 190	490	1 960
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %										
1982 1. Hj	4,9	2,0	21,6	— 61,5	6,6	6,8	6,3	10,6	— 12,5	x
2. Hj	2,3	0,9	14,1	— 64,3	5,8	6,3	— 4,3	— 12,0	— 10,0	x
1983 1. Hj	— 2,9	— 2,6	— 1,8	— 40,0	— 0,1	0,4	— 12,2	— 29,6	— 7,1	x
2. Hj	0,9	0,4	4,7	— 40,0	4,0	4,4	— 3,6	— 12,9	— 6,7	x
1984 1. Hj	9,1	6,7	18,9	0	6,4	5,9	3,0	2,3	25,6	x
2. Hj	4,4	8,0	— 8,6	0	4,7	2,5	2,3	10,2	40,5	x
1985 1. Hj	10,0	6,0	24,0	— 66,7	2,7	2,2	6,5	21,1	4,1	x
2. Hj	2,1	7,1	— 21,2	— 66,7	1,3	2,8	7,3	16,3	— 5,1	x
1986 1. Hj	0,1	6,4	— 17,4	0	1,8	2,3	7,2	9,2	— 3,9	x

1) Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten sowie knappschaftliche Rentenversicherung. — 2) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — 3) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ohne Vorgänge der Finanzierungsrechnung, einschl. Übertragungen zwischen Sozialversicherungsträgern.

struktur der Sozialversicherung. Der Anteil der an die privaten Haushalte gezahlten sozialen Geldleistungen an den Gesamtausgaben der Sozialversicherung lag im ersten Halbjahr 1983 noch bei 66,2 %, im Berichtshalbjahr dagegen nur noch bei 63,4 %, der Anteil der sozialen Sachleistungen nahm im gleichen Zeitraum von 27,6 auf 29,8 % zu. In diesen Zahlen kommt vor allem zum Ausdruck, daß die Kostenexpansion im Gesundheitswesen, die im wesentlichen den Reihenverlauf der sozialen Sachleistungen bestimmt, bei weitem nicht in dem Maße gebremst werden konnte wie die Ausgabenentwicklung bei den Renten, bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung usw.

Innerhalb der sozialen Geldleistungen an inländische private Haushalte (111,3 Mrd. DM) nahmen im ersten Halbjahr 1986, wie die nachfolgende Übersicht zeigt, die Zahlungen der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten sowie der knappschaftlichen Rentenversicherung um 2,3 % zu.

Soziale (Geld-)Leistungen der Sozialversicherung an die privaten Haushalte

	Anteil an den sozialen (Geld-) Leistungen in %	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %		
		1985		
		1. Hj	2. Hj	1 Hj
Insgesamt	100	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,1
Renten	74,3	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,3
Krankengeld u. ä.	5,0	+ 4,0	+ 0,2	+ 2,8
Leistungen der Arbeitslosenversicherung	11,6	- 0,4	+ 0,6	+ 0,2
darunter:				
Arbeitslosengeld	6,9	- 0,9	+ 0,3	- 1,1
Kurzarbeitergeld	0,6	- 15,3	- 57,4	- 33,0
Schlechtwettergeld	0,5	+ 38,3	+ 214,3	- 12,3
Konkursausfallgeld	0,2	+ 10,7	± 0,0	- 16,1
Unterhaltsgeld	0,9	+ 2,5	+ 6,6	+ 18,3
Zuschüsse zur Berufsförderung	1,9	+ 6,7	+ 10,1	+ 15,3
Sonstige soziale Leistungen	9,1	+ 2,0	+ 4,6	+ 2,8

Maßgeblich für diesen Anstieg war vor allem die Rentenanpassung zum 1. Juli 1985 um 3,0 % bei gleichzeitiger Anhebung der Eigenbeiträge der Rentner zu ihrem Krankenversicherungsschutz um 1,5 Prozentpunkte und entsprechender Kürzung der hierfür von den Rentenversicherungsträgern zu leistenden Beiträge. Nahezu den gleichen Betrag wie im ersten Halbjahr 1985 wiesen im Berichtshalbjahr die sozialen Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf. Die Veränderungsdaten der einzelnen Leistungsarten streuten, wie aus der Übersicht hervorgeht, sehr stark, wobei insbesondere Leistungen im Rahmen von berufsfördernden Maßnahmen deutlich höher waren als im ersten Halbjahr 1985.

Bei den sozialen Sachleistungen (52,3 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1986) entfallen rund 95 % auf die gesetzliche Krankenversicherung. Bei den restlichen 5 % handelt es sich im wesentlichen um Ausgaben der Rentenversicherungsträger und der Unfallversicherung für Rehabilitationsmaßnahmen. Innerhalb der sozialen Sachleistungen der Krankenversicherung sind die Ausgaben für die Krankenhauspflege der größte Einzelposten. Im ersten Halbjahr 1986 machten sie mehr als ein Drittel der Gesamtposition aus. Auf die Aufwendungen für Arzneimittel sowie Heil- und Hilfsmittel entfiel knapp ein Viertel. Die Behand-

lung durch Ärzte nahm 20 % und die Behandlung durch Zahnärzte (einschl. Zahnersatz) knapp 15 % der Ausgaben der Krankenversicherung für soziale Sachleistungen in Anspruch. Die Zunahmen dieser Größen im Berichtszeitraum und in den Halbjahren 1985 zeigt die folgende Übersicht:

Soziale Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung

	Anteil an den sozialen Sachleistungen in %	Zunahme gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %		
		1985		
		1. Hj	2 Hj	1 Hj
Insgesamt	100	5,2	5,2	5,3
darunter:				
Krankenhauspflege	36,5	6,1	4,8	7,2
Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel	23,9	7,3	5,7	7,1
Behandlung durch Ärzte	20,3	3,5	5,5	2,7
Behandlung durch Zahnärzte (einschl. Zahnersatz)	14,3	1,2	4,8	0,3

Die beiden größten Einzelposten, die Ausgaben für die Krankenhauspflege und die Ausgaben für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel, sind im Berichtshalbjahr mit Abstand am stärksten gestiegen. Bereits im Jahr 1985 wiesen diese Größen eine überdurchschnittliche Entwicklung auf.

In den Tabellen 2 bis 4, die eine Gliederung der Einnahmen und der Ausgaben der wichtigsten Träger der sozialen Sicherung nach Einnahme- und Ausgabearten enthalten, sind in die Einnahmen und Ausgaben zusätzlich zu den in Tabelle 1 nachgewiesenen Transaktionen auch die Übertragungen zwischen den verschiedenen Sozialversicherungsträgern einbezogen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Erstattungen von Leistungen der Krankenversicherung durch die Renten- und die Unfallversicherung u. ä. Die Zahlung von Sozialbeiträgen für Empfänger sozialer Leistungen durch einzelne Sozialversicherungsträger wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht als Übertragung zwischen Sozialversicherungsträgern gebucht. Die Beträge werden vielmehr als soziale Leistungen des zahlenden Sozialversicherungsträgers (z. B. Rentenversicherung bei den Krankenversicherungsbeiträgen der Rentner, Arbeitslosenversicherung bei den Kranken- und Rentenversicherungsbeiträgen für Arbeitslose) an die privaten Haushalte nachgewiesen und von diesen als Sozialbeiträge an den begünstigten Träger der sozialen Sicherung abgeführt. Ausgleichszahlungen der Rentenversicherungsträger (Rentenversicherungen der Angestellten und Arbeiter sowie knappschaftliche Rentenversicherung) untereinander wurden in Tabelle 2 bei der Darstellung der gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt konsolidiert.

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, sind im ersten Halbjahr 1986 die Einnahmen der Rentenversicherung (90,2 Mrd. DM) nur schwach gestiegen (+ 0,1 %). Maßgeblich für diese Entwicklung ist, wie bereits erwähnt, die im Vergleich zum Vorjahr veränderte zeitliche Verteilung der Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherungsträger. Die Sozialbeiträge, die rund 80 % der Einnahmen der Rentenversicherung ausmachen, erhöhten sich im Berichtshalbjahr um 6,4 % gegenüber dem ersten Halbjahr 1985. Neben dem Anstieg der Brutto- und -gehaltssumme im

Berichtshalbjahr (+ 4,9 %) wirkten sich vor allem die Anhebungen der Beitragssätze zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten von 18,7 auf 19,2 % und zur knappschaftlichen Rentenversicherung von 24,45 auf 24,95 % jeweils ab Juni 1985 einnahmensteigernd aus. Die Zunahme der Ausgaben der Rentenversicherung (88,2 Mrd. DM im Berichtshalbjahr) um 1,8 % gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 erklärt sich aus dem Anstieg der Rentenzahlungen an die privaten Haushalte (einschl. Zuschüsse zu den Krankenversicherungsbeiträgen der Rentner), die nahezu 90 % der gesamten Ausgaben der Rentenversicherung ausmachen und die sich im ersten Halbjahr 1986, insbesondere aufgrund der Rentenanpassung zum 1. Juli 1985, um 2,3 % erhöhten. Zurückgegangen sind im Berichtshalbjahr die in Tabelle 2 nicht gesondert nachgewiesenen Zahlungen an die übrige Welt, vor allem wegen erheblich geringerer Beitragserstattungen an ausländische Arbeitnehmer. Bemerkenswert ist, daß der Finanzierungssaldo der Rentenversicherung trotz der im Vergleich zum ersten Halbjahr 1985 stark verminderten Zuschüsse des Bundes einen Überschuß von 2,0 Mrd. DM aufweist.

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung (siehe Tabelle 3) machten die Einnahmen im Berichtshalbjahr

57,6 Mrd. DM aus. Die Zuwachsrate lag mit 6,3 % erheblich über dem Durchschnitt aller Sozialversicherungsträger. Dies lag zum einen daran, daß die zeitlichen Verschiebungen der Zuschüsse des Bundes bei der Krankenversicherung keine Auswirkungen hatten, zum anderen war der durchschnittliche Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung im Berichtshalbjahr um nahezu ½ Prozentpunkt höher als im ersten Halbjahr 1985, während die Beitragsanhebungen bei der Rentenversicherung durch Herabsetzungen des Beitragssatzes der Arbeitslosenversicherung nahezu ganz ausgeglichen wurden. Aufgrund der starken Zunahme der sozialen Sachleistungen, die bei der gesetzlichen Krankenversicherung rund 85 % der gesamten Ausgaben ausmachen, sind die Ausgaben (59,4 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1986) mit 5,1 % ebenfalls deutlich stärker gestiegen als bei den übrigen Sozialversicherungsträgern, für die die sozialen Geldleistungen die bei weitem wichtigste Ausgabeart darstellen. Auf die Entwicklung der einzelnen Komponenten der sozialen Sachleistungen der Krankenversicherung wurde im Zusammenhang mit der Beschreibung der Ausgabearten bereits eingegangen. Der Finanzierungssaldo der Krankenversicherung war im ersten Halbjahr 1986 negativ, das heißt die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um 1,8 Mrd. DM. Im

Tabelle 3: Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung

Jahr ¹⁾ Halbjahr ¹⁾	Einnahmen ²⁾				Ausgaben ²⁾					Finanzierungssaldo ²⁾
	insgesamt	darunter			insgesamt	soziale Leistungen an private Haushalte	Staatsverbrauch		Übertragungen zwischen Sozialversicherungs-trägern	
		tatsächliche Sozialbeiträge	Übertragungen von Gebietskörperschaften	Übertragungen zwischen Sozialversicherungs-trägern			zusammen	darunter soziale Sachleistungen		
Mill. DM										
1980	88 680	83 500	2 180	930	90 440	10 280	79 580	75 030	—	-1 760
1981	96 860	90 890	2 590	1 140	97 210	10 320	86 060	81 120	—	- 350
1982	102 330	96 350	2 590	1 020	98 190	9 950	87 350	82 030	—	4 140
1983	103 860	98 240	2 320	960	101 750	9 990	90 790	85 220	—	2 110
1984	106 390	100 650	2 120	1 240	109 560	10 730	97 950	92 050	—	-3 170
1985	113 320	107 530	2 120	1 250	114 880	10 960	103 100	96 820	—	-1 560
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1980	9,1	8,5	23,9	27,4	10,9	18,6	10,0	10,1	—	x
1981	9,2	8,9	18,8	22,6	7,5	0,4	8,1	8,1	—	x
1982	5,6	6,0	0	-10,5	1,0	-3,6	1,5	1,1	—	x
1983	1,5	2,0	-10,4	-5,9	3,6	0,4	3,9	3,9	—	x
1984	2,4	2,5	-8,6	29,2	7,7	7,4	7,9	8,0	—	x
1985	6,5	6,8	0	0,8	4,9	2,1	5,3	5,2	—	x
Mill. DM										
1982 1. Hj	50 160	47 190	1 310	500	48 880	5 070	43 400	40 960	—	1 280
2. Hj	52 170	49 160	1 280	520	49 310	4 880	43 950	41 070	—	2 860
1983 1. Hj	50 840	48 070	1 190	470	49 720	4 990	44 270	41 710	—	1 120
2. Hj	53 020	50 170	1 130	490	52 030	5 000	46 520	43 510	—	990
1984 1. Hj	51 150	48 390	1 070	570	53 840	5 420	48 000	45 280	—	-2 690
2. Hj	55 240	52 260	1 050	670	55 720	5 310	49 950	46 770	—	- 480
1985 1. Hj	54 140	51 370	1 030	600	56 530	5 630	50 520	47 610	—	-2 390
2. Hj	59 180	56 160	1 090	650	58 350	5 330	52 580	49 210	—	830
1986 1. Hj	57 570	54 740	1 060	600	59 400	5 780	53 220	50 140	—	-1 830
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %										
1982 1. Hj	7,1	7,4	1,6	-9,1	2,7	-4,7	3,6	—	—	x
2. Hj	4,3	4,7	-1,5	-11,9	0,6	-2,4	-0,5	-1,0	—	x
1983 1. Hj	1,4	1,9	-9,2	-6,0	1,7	-1,6	2,0	1,8	—	x
2. Hj	1,6	2,1	-11,7	-5,8	5,5	2,5	5,8	5,9	—	x
1984 1. Hj	0,6	0,7	-10,1	21,3	8,3	8,6	8,4	8,6	—	x
2. Hj	4,2	4,2	-7,1	36,7	7,1	6,2	7,4	7,5	—	x
1985 1. Hj	5,8	6,2	-3,7	5,3	5,0	3,9	5,2	5,1	—	x
2. Hj	7,1	7,5	3,8	-3,0	4,7	0,4	5,3	5,2	—	x
1986 1. Hj	6,3	6,6	2,9	0	5,1	2,7	5,3	5,3	—	x

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ohne Vorgänge der Finanzierungsrechnung, einschl. Übertragungen zwischen Sozialversicherungsträgern.

Tabelle 4: Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung

Jahr ¹⁾ Halbjahr ¹⁾	Einnahmen ²⁾				Ausgaben ²⁾					Finanzierungs- saldo ²⁾
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter			Übertragungen zwischen Sozial- versicherungs- trägern	
		tatsächliche Sozial- beiträge	Über- tragungen von Gebiets- körper- schaften	Übertragungen zwischen Sozial- versicherungs- trägern		soziale Leistungen an private Haushalte	Staatsverbrauch zusammen	darunter soziale Sach- leistungen		
Mill. DM										
1980	21 110	18 500	2 260	20	21 800	16 400	2 690	—	340	— 690
1981	28 180	19 240	8 580	30	27 990	22 580	2 830	—	270	190
1982	34 020	26 220	7 400	30	32 840	27 850	2 980	—	100	1 180
1983	33 000	30 490	2 000	30	32 390	26 980	3 230	—	70	610
1984	33 150	32 110	370	20	29 010	22 850	3 350	—	60	4 140
1985	31 810	30 560	470	20	29 590	22 870	3 550	—	30	2 220
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1980	18,5	8,1	545,7	x	11,1	12,3	7,6	—	21,4	x
1981	33,5	4,0	279,6	x	28,4	37,7	5,2	—	— 20,6	x
1982	20,7	36,3	— 13,8	x	17,3	23,3	5,3	—	— 63,0	x
1983	— 3,0	16,3	— 73,0	x	— 1,4	— 3,1	8,4	—	— 30,0	x
1984	0,5	5,3	— 81,5	x	— 10,4	— 15,3	3,7	—	— 14,3	x
1985	— 4,0	— 4,8	27,0	x	2,0	0,1	6,0	—	— 50,0	x
Mill. DM										
1982 1. Hj	18 350	12 530	5 630	10	17 370	15 020	1 380	—	50	980
2. Hj	15 670	13 690	1 770	20	15 470	12 830	1 600	—	50	200
1983 1. Hj	19 060	14 410	4 410	10	18 060	15 700	1 490	—	30	1 010
2. Hj	13 940	16 080	— 2 410	20	14 340	11 280	1 740	—	40	— 400
1984 1. Hj	16 830	15 090	1 420	10	15 710	13 000	1 550	—	30	1 120
2. Hj	16 320	17 020	— 1 050	10	13 300	9 850	1 800	—	30	3 020
1985 1. Hj	15 410	14 860	190	10	15 920	12 950	1 640	—	10	— 510
2. Hj	16 400	15 700	280	10	13 670	9 920	1 910	—	20	2 730
1986 1. Hj	14 700	14 170	160	—	16 380	12 970	1 730	—	10	— 1 680
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %										
1982 1. Hj	23,7	36,6	x	x	23,4	28,4	6,2	—	x	x
2. Hj	17,5	35,9	x	x	11,2	17,9	4,6	—	x	x
1983 1. Hj	3,9	15,0	x	x	3,9	4,5	8,0	—	x	x
2. Hj	— 11,0	17,5	x	x	— 7,3	— 12,1	8,7	—	x	x
1984 1. Hj	— 11,7	4,7	x	x	— 13,0	— 17,2	4,0	—	x	x
2. Hj	17,1	5,8	x	x	— 7,3	— 12,7	3,4	—	x	x
1985 1. Hj	— 8,4	— 1,5	x	x	1,3	— 0,4	5,8	—	x	x
2. Hj	0,5	— 7,8	x	x	2,8	0,7	6,1	—	x	x
1986 1. Hj	— 4,6	— 4,6	x	x	2,9	0,2	5,5	—	x	x

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ohne Vorgänge der Finanzierungsrechnung, einschl. Übertragungen zwischen Sozialversicherungsträgern.

ersten Halbjahr 1985 hatte der Finanzierungssaldo — 2,4 Mrd. und im zweiten Halbjahr 1985 + 0,8 Mrd. DM betragen.

Die finanzielle Situation der Arbeitslosenversicherung (siehe Tabelle 4) ist im Berichtshalbjahr dadurch gekennzeichnet, daß sich bei gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 rückläufigen Einnahmen (— 4,6 % auf 14,7 Mrd. DM im Berichtshalbjahr) und leicht gestiegenen Ausgaben (+ 2,9 % auf 16,4 Mrd. DM) ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,7 Mrd. DM ergab. 1985 war im ersten Halbjahr ein Fehlbetrag von 0,5 Mrd. DM, im zweiten Halbjahr ein Überschuß von 2,7 Mrd. DM zu verzeichnen gewesen. Der Rückgang der Einnahmen im Berichtszeitraum beruhte im wesentlichen auf niedrigeren empfangenen Sozialbeiträgen (— 4,6 % gegenüber dem ersten Halbjahr 1985) aufgrund der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 4,4 auf 4,1 % ab Juni 1985 und weiter auf 4,0 % ab Januar 1986. Auf der Ausgabenseite wiesen die sozialen Geldleistungen, wie bereits eingehend erläutert, bei sehr unterschiedlicher Entwicklung der einzelnen Komponenten keine Veränderung gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 auf. Höher als im entsprechenden Halbjahr des Vorjahres waren in der Berichtsperiode dagegen die in Tabelle 4 nicht gesondert nachgewiesenen Subventionen und geleisteten Vermögensübertra-

gungen der Arbeitslosenversicherung, das heißt die Zuschüsse an Unternehmen im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (zusammengenommen Erhöhung um 29,8 % auf 1,5 Mrd. DM).

Dipl.-Kaufmann Günter Kopsch

Personalfluktuaton im unmittelbaren öffentlichen Dienst 1984/1985

Vorbemerkung

Das Gesetz über die Finanzstatistik sieht neben den jährlichen Personalstand- und Versorgungsempfängerstatistiken des öffentlichen Dienstes alle sechs Jahre die Durchführung einer Personalwechselstatistik vor. Ihre Ergebnisse ergänzen die Daten über den Personalbestand um die für Personalbedarfsrechnungen notwendigen Fluktuationsdaten, die zur Kostenermittlung bei allgemeinen Personalentscheidungen und im Zusammenhang mit der Beendigung und dem Neubeginn von Dienst- und Arbeitsverhältnissen benötigt werden. Außerdem werden sie für langfristige Prognosen auf personalwirtschaftlichem Gebiet verwendet.

Nach dem Erhebungskonzept waren die Personalab- und -zugänge bei den Vollbeschäftigten in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 bei Bund (einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost), Ländern, Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbänden (einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) zu erfassen und nach ausgewählten Gründen in Kombination mit Dienstverhältnis, Laufbahngruppe und Geschlecht zu gliedern. Gegenüber der vorangegangenen Erhebung 1978/79 sind einige methodische Änderungen vorgenommen worden, die den Erhebungsaufwand für die Berichtsstellen vermindern und die Anwendung automatisierter Erhebungsverfahren erleichtern sollen. So sind Personalbewegungen zwischen den Berichtsstellen eines Dienstherrn (z. B. zwischen verschiedenen Bundes- bzw. Landesministerien oder entsprechenden nachgeordneten Behörden) nicht mehr erfaßt worden. Es wurden nur die Fälle erhoben, die den Bestand der Vollbeschäftigten eines Dienstherrn verändert haben. Entsprechend den Erhebungsrichtlinien galten der Bund (einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost), die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände als Dienstherrn. Ferner wurde die Fluktuation bei kurzfristigen Arbeitsverhältnissen, insbesondere auch im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, nicht

einbezogen. Aus diesem Grund ist eine Abstimmung mit der Personalstandstatistik, zumal auf Kommunalebene, nur in begrenztem Rahmen möglich.

Da die Fluktuationsdaten bisher nur in Teilbereichen aus automatisierten Verwaltungsdateien gewonnen werden können, beschränkt sich der Fragenkatalog schwerpunktmäßig auf die Personalabgänge. Diese Veränderungen führen in der Regel zu einem entsprechenden Bedarf an Ersatzkräften und sind deshalb für personalpolitische Planungen zur Gewinnung von Nachwuchskräften von besonderer Bedeutung. Unter den Personalabgängen kommt den natürlichen Abgangsgründen — Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, Erreichen einer Altersgrenze — besondere Bedeutung zu. Einerseits werden diese Abgangsgründe durch gesetzliche Bestimmungen geregelt und bedürfen deshalb einer statistischen Erfassung, um Entscheidungshilfen für zukünftige Regelungen zu erhalten. Zum anderen liefern sie, verbunden mit der Gliederung nach Altersjahrgängen, fundiertes Zahlenmaterial für Ersatzbedarfsberechnungen und ermöglichen so längerfristige Personalplanungen. Außerdem werden der Tod eines Beschäftigten, der Wechsel eines Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis sowie als Sammelposition die sonstigen Beendigungsgründe des Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnisses durch den Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer nachgewiesen. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die Umwandlung eines Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis zwar den Bestand des vollbeschäftigten Personals verändert, der Beschäftigte jedoch weiter im Bereich seines Dienstherrn verbleibt.

Im Anschreibungszeitraum 1984/1985 meldeten die berichtspflichtigen Dienststellen des unmittelbaren öffentlichen Dienstes rund 631 000 Fälle, die zu einer Veränderung im Personalbestand der Vollbeschäftigten führten. Den 320 500 Personalabgängen standen 311 000 Personalzugänge gegenüber, so daß sich per saldo ein Rückgang um knapp 10 000 Vollzeitarbeitsplätze errechnet. Demgegenüber wird in der Personalstandstatistik ein geringfügiger Personalanstieg nachgewiesen. Diese unterschiedlichen Ergebnisse sind darauf zurückzuführen, daß kurzfristige sowie im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfolgte Personaleinstellungen bei der Personalwechselstatistik nicht berücksichtigt wurden. Zugleich wird damit bestätigt, daß die Personalwirtschaft der öffentlichen Haushalte im Zeichen einer auf Konsolidierung bedachten Haushaltspolitik Dauerarbeitsplätze für Vollbeschäftigte abgebaut bzw. in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt hat.

Tabelle 1: Personalfluktuaton im unmittelbaren öffentlichen Dienst vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach Beschäftigungsbereichen

Beschäftigungsbereich	Personalabgänge			Personalzugänge			Saldo der Zu- (+) und Abgänge (-)		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Gebietskörperschaften ..	253 464	115 071	138 393	256 764	118 350	138 414	+ 3 300	+ 3 279	+ 21
Bund	16 023	11 169	4 854	16 129	10 435	5 694	+ 106	- 734	+ 840
Länder	139 814	63 475	76 339	135 167	63 975	71 192	- 4 647	+ 500	- 5 147
Gemeinden/Gv. ¹⁾	97 627	40 427	57 200	105 468	43 940	61 528	+ 7 841	+ 3 513	+ 4 328
Deutsche Bundesbahn	18 235	16 676	1 559	5 824	4 785	1 039	- 12 411	- 11 891	- 520
Deutsche Bundespost	48 842	29 653	19 189	48 409	27 742	20 667	- 433	- 1 911	+ 1 478
Insgesamt	320 541	161 400	159 141	310 997	150 877	160 120	- 9 544	- 10 523	+ 979

¹⁾ Ohne Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern.

Tabelle 2: Personalfluktuat ion im unmittelbaren öffentlichen Dienst vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach dem Dienstverhältnis

Dienstverhältnis	Personalabgänge			Personalzugänge			Saldo der Zu- (+) und Abgänge (-)		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Beamte und Richter	98 377	56 328	42 049	73 679	39 521	34 158	- 24 698	- 16 807	- 7 891
Angestellte	135 446	45 563	89 883	145 771	47 398	98 373	+ 10 325	+ 1 835	+ 8 490
Arbeiter	86 718	59 509	27 209	91 547	63 958	27 589	+ 4 829	+ 4 449	+ 380
Insgesamt	320 541	161 400	159 141	310 997	150 877	160 120	- 9 544	- 10 523	+ 979

Stärkerer Personalwechsel bei der Deutschen Bundespost und den Gemeinden

Der Anteil der Personalab- und -zugänge an der Gesamtzahl der Beschäftigten lag im Durchschnitt bei jeweils rund 9 %. In den einzelnen Beschäftigungsbereichen war die Personalfluktuat ion jedoch unterschiedlich hoch. Während die Fluktuat ionsrate bei den Ländern genau dem Durchschnitt entsprach, ergab sich bei der Deutschen Bundespost und den Gemeinden/Gemeindeverbänden (Gv.) ein etwas höherer (11 %) und bei den Bundesbehörden (5 %) und der Deutschen Bundesbahn ein niedrigerer Wert. Von den 320 500 freigewordenen Arbeitsplätzen entfielen 16 000 auf die Bundesbehörden (einschl. rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen), 18 200 auf die Deutsche Bundesbahn, 48 800 auf die Deutsche Bundespost, 139 800 auf die Länder und 97 600 auf die Gemeinden/Gv. Während die Bundesbehörden und die Deutsche Bundespost die freigewordenen Arbeitsplätze per saldo wieder besetzten, zeigte sich aus unterschiedlichen Gründen bei der Deutschen Bundesbahn ein starker und bei den Ländern ein leichter Personalrückgang des vollbeschäftigten Personals. Bei der Deutschen Bundesbahn war hierfür ihre seit Jahren restriktive Personalpolitik maßgebend, während auf Länderebene die Umschichtung von Voll- in Teilzeitarbeitsplätze eine wesentliche Rolle gespielt haben dürfte. Allein im Bereich der Gemeinden/Gv. war ein merklicher Überhang an Personalzugängen durch neugeschaffene Arbeitsplätze festzustellen.

Niedrige Fluktuat ionsrate bei den Beamten

Wie aus der Gliederung der Personalabgänge nach dem Dienstverhältnis hervorgeht, entfielen 135 400 oder 42 % auf Angestellte, 98 400 oder 31 % auf Beamte ¹⁾ und 86 700 oder 27 % auf Arbeiter. Bezieht man die Zahl der Personalabgänge auf die Gesamtzahl der Beschäftigten in den einzelnen Statusgruppen, so ergibt sich bei den Angestellten (12 %) und Arbeitern (11 %) eine wesentlich höhere

¹⁾Einschl. Richter.

Fluktuat ionsrate als bei den Beamten (6 %). Die Veränderungsrate differiert jedoch bei den natürlichen Personalabgängen sowie beim Wechsel von einem Voll- in ein Teilzeitarbeitsverhältnis zwischen den einzelnen Dienstverhältnissen kaum. Lediglich bei den sonstigen Gründen für die Beendigung des Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnisses waren Personalbewegungen im Tarifbereich wesentlich häufiger als bei den Beamten. Hierin kommt die stabilisierende Wirkung zum Ausdruck, die das in der Regel auf Lebenszeit ausgelegte öffentlich-rechtliche Dienst- und Treueverhältnis zwischen Dienstherr und Beamten beinhaltet. Eine weitere Aufgliederung der sonstigen Gründe der Beendigung des Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnisses konnte nicht erfragt werden. Da jedoch rund 75 % dieser Personalabgänge von Beamten im Bereich der Länderbehörden liegen, kann daraus geschlossen werden, daß es sich hier überwiegend um Widerrufsbeamte handelt, die nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes nicht bzw. nicht sofort in ein Beamtenverhältnis auf Probe übernommen worden sind. Dieser Tatbestand ist insbesondere auf die Monopolstellung der Länder bei der Lehrer- und Juristenausbildung zurückzuführen. Bei den Bundesbehörden kommen über 50 % der sonstigen Beendigungsgründe beim Bundesgrenzschutz vor. Dies erklärt sich dadurch, daß die Vollzugsbeamten des Bundesgrenzschutzes in der Regel nach einer Dienstzeit von 10 bis 15 Jahren in den Dienst der Landespolizeibehörden übernommen werden, um durch ständige Verjüngung die mobile Einsatzbereitschaft des Vollzugspersonals des Bundesgrenzschutzes zu erhalten.

Bei den Personalzugängen fällt die niedrige Zahl der in den Dienst der jeweiligen Dienstherrn eingetretenen Beamten auf; sie lag um 25 000 unter der Zahl der ausgeschiedenen Beamten. Ein Vergleich mit der Personalstandstatistik zeigt, daß es sich nur um einen effektiven Rückgang um 14 000 vollbeschäftigte Beamte handelt, da rund 11 000 Angestellte und Arbeiter im Berichtszeitraum in das Beamtenverhältnis übernommen wurden. Bei dieser Betrachtung muß außerdem noch berücksichtigt werden, daß per saldo rund 9 000 bisher vollbeschäftigte Beamte eine Verringerung ihrer Arbeitszeit beantragt haben und nun-

Tabelle 3: Personalfluktuat ion im unmittelbaren öffentlichen Dienst vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach Laufbahngruppen

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	Personalabgänge			Personalzugänge			Saldo der Zu- (+) und Abgänge (-)		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Beamte, Richter und Angestellte	233 823	101 891	131 932	219 450	86 919	132 531	- 14 373	- 14 972	+ 599
Höherer Dienst	44 643	29 503	15 140	43 426	28 543	14 883	- 1 217	- 960	- 257
Gehobener Dienst	56 332	24 343	31 989	45 341	19 813	25 528	- 10 991	- 4 530	- 6 461
Mittlerer Dienst	110 819	37 419	73 400	104 169	30 847	73 322	- 6 650	- 6 572	- 78
Einfacher Dienst	22 029	10 626	11 403	26 514	7 716	18 798	+ 4 485	- 2 910	+ 7 395
Arbeiter	86 718	59 509	27 209	91 547	63 958	27 589	+ 4 829	+ 4 449	+ 380
Insgesamt ..	320 541	161 400	159 141	310 997	150 877	160 120	- 9 544	- 10 523	+ 979

mehr einen Teilzeitarbeitsplatz innehaben. Demgegenüber wurden im Angestelltenverhältnis (+ 10 300) und bei den Arbeitern (+ 4 800) jeweils erheblich mehr Personen eingestellt als im Berichtszeitraum ausgeschieden sind.

Frauen stärker an der Fluktuation beteiligt

Knapp 320 000 oder 50,6 % der erfaßten Personalbewegungen betrafen weibliche Beschäftigte. Die Fluktuationsrate der vollbeschäftigten Frauen lag damit wesentlich über ihrem Anteil am Gesamtpersonal (30. 6. 1983: 30,5 %). Dieses Verhalten dürfte u. a. mit dem traditionellen Rollenverständnis der Frauen zusammenhängen, das dazu führt, daß Frauen zumindest zeitweise aus dem Berufsleben ausscheiden, um sich ganz der Familie und der Kindererziehung zu widmen.

Der Frauenanteil lag bei den Personalzugängen mit 51,5 % leicht über der Quote bei den Personalabgängen (49,6 %); dadurch ist der Frauenanteil bei den Vollbeschäftigten weiter gestiegen. Auch absolut hat sich die Zahl der weiblichen Vollzeitkräfte erhöht (+ 1 000). Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß insgesamt gesehen per saldo 12 500 Frauen ihren Vollzeitarbeitsplatz in einen Teilzeitarbeitsplatz eingetauscht und damit für andere Frauen freige-macht haben. Da außerdem Frauen auf Teilzeitarbeitsplätzen neu eingestellt wurden, ist das erklärte Ziel der öffentlichen Arbeitgeber, Frauen die Verwirklichung der Gleichberechtigung im Berufsleben zu ermöglichen, ein weiteres Stück vorangekommen. Demgegenüber ist die Zahl ihrer männlichen Kollegen im Berichtszeitraum um insgesamt 10 000 zurückgegangen.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage, in welchen beruflichen Tätigkeitsfeldern dieser Anstieg der Frauenbeschäftigung aufgetreten ist. Das Anforderungsprofil an die berufliche Qualifikation der Bewerber ist im öffentlichen Dienst relativ einheitlich geregelt. So wird in der Regel für eine Tätigkeit im höheren Dienst ein Hochschulabschluß, im gehobenen Dienst eine zum Hochschulstudium berechtigende Schulbildung, im mittlere-

ren Dienst ein Realschulabschluß und im einfachen Dienst ein Hauptschulabschluß gefordert. Diese strengen rechtlichen Laufbahnvorschriften, die im wesentlichen auch auf den Tarifbereich angewandt werden, geben Aufschluß über die berufliche Qualifikation der Personalzugänge. Faßt man Beamte und Angestellte zusammen und saldiert die Personalzu- und -abgänge, so ergibt sich ein Rückgang um 14 500 Beschäftigte. Hierbei ist die Zahl der weiblichen Mitarbeiter noch um 500 gestiegen, während die Zahl der Männer um 15 000 zurückgegangen ist. Die Gliederung nach Laufbahngruppen zeigt mit Ausnahme des einfachen Dienstes eine rückläufige Personalentwicklung. Der Personalanstieg im einfachen Dienst ist ausschließlich durch die verstärkte Einstellung von Frauen erfolgt, während auch in diesem Bereich die Zahl der männlichen Mitarbeiter weiter zurückgegangen ist. Die Untergliederung nach Beschäftigungsbereichen ergibt, daß hauptsächlich die Deutsche Bundespost und die Gemeinden/Gv. Frauen für diese weniger qualifizierten Arbeitsplätze eingestellt haben. Läßt man jedoch den Wechsel von Voll- in Teilzeitarbeit unberücksichtigt, so erkennt man, daß auch bei den Neueinstellungen in die höheren Laufbahngruppen Frauen etwas stärker berücksichtigt wurden als Männer.

Öffentlicher Dienst entlastet Arbeitsmarkt

Aus der Untergliederung der 320 500 Personalabgänge nach den Gründen für die Beendigung des Dienstverhältnisses geht hervor, daß rund 83 700 Beschäftigte aufgrund von natürlichen Personalabgängen aus dem Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnis und damit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind; 205 900 beendeten aus sonstigen Gründen ihr Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnis, weitere 31 000 beantragten die Verkürzung ihrer Arbeitszeit und üben bei ihrem bisherigen Dienstherrn nunmehr eine Teilzeitbeschäftigung aus. Die natürlichen Personalabgänge sind sowohl für die Personalplanung als auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen besonders datenrelevant. Zum einen muß frühzeitig qualifizierter Nachwuchs

Tabelle 4: Personalfluktuaton im unmittelbaren öffentlichen Dienst vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach ausgewählten Gründen

Fluktuationsgründe	Insgesamt	Beamte, Richter, Angestellte				Arbeiter	
		zusammen	höherer	gehobener	mittlerer		einfacher
			Dienst				
Personalabgänge	320 541	233 823	44 643	56 332	110 819	22 029	86 718
dar. weiblich	159 141	131 932	15 140	31 989	73 400	11 403	27 209
durch:							
Tod	6 934	4 906	722	1 358	2 312	514	2 028
dar. weiblich	1 122	898	84	239	533	42	224
Vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit	37 160	25 844	1 608	6 686	13 826	3 724	11 316
dar. weiblich	9 294	7 222	478	2 373	3 869	502	2 072
Erreichen einer Altersgrenze	39 569	30 850	4 115	9 774	15 493	1 468	8 719
dar. weiblich	13 881	10 709	623	2 294	7 402	390	3 172
Wechsel von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis	30 957	26 199	3 505	10 482	11 413	799	4 758
dar. weiblich	27 017	23 439	2 426	9 433	10 858	722	3 578
Sonstige Beendigungsgründe	205 921	146 024	34 693	28 032	67 775	15 524	59 897
dar. weiblich	107 827	89 664	11 529	17 650	50 738	9 747	18 163
Personalzugänge	310 997	219 450	43 426	45 341	104 169	26 514	91 547
dar. weiblich	160 120	132 531	14 883	25 528	73 322	18 798	27 589
dar. Wechsel von einem Teilzeit- in ein Vollbeschäftigungsverhältnis	17 602	13 338	1 865	4 081	6 778	614	4 264
dar. weiblich	14 539	11 205	960	3 390	6 307	548	3 334

Tabelle 5: Personalabgänge im unmittelbaren öffentlichen Dienst vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach Erreichen einer Altersgrenze

Altersgrenzen	Insgesamt	Beamte, Richter und Angestellte				Arbeiter	
		zusammen	höherer	gehobener	mittlerer		
			Dienst				
			einfacher				
Vor der allgemeinen Altersgrenze auf Antrag	31 848	24 123	2 505	7 743	12 603	1 272	7 725
dar. weiblich	12 457	9 669	457	2 075	6 793	344	2 788
im Alter von 60 Jahren	13 578	10 033	404	2 499	6 627	503	3 545
dar. weiblich	7 777	5 822	88	975	4 542	217	1 955
im Alter von 61 Jahren	2 835	2 051	186	608	1 124	133	784
dar. weiblich	1 236	956	50	193	679	34	280
im Alter von 62 Jahren	4 684	4 146	839	1 832	1 330	145	538
dar. weiblich	1 872	1 558	171	531	813	43	314
im Alter von 63 Jahren	8 302	5 860	640	1 944	2 851	425	2 442
dar. weiblich	1 034	857	91	208	525	33	177
im Alter von 64 Jahren	2 449	2 033	436	860	671	66	416
dar. weiblich	538	476	57	168	234	17	62
Allgemeine Altersgrenze	5 339	4 391	1 497	1 267	1 434	193	948
dar. weiblich	1 269	924	157	191	532	44	365
Besondere Altersgrenze	2 382	2 336	113	764	1 456	3	46
dar. weiblich	135	116	9	28	77	2	19
Insgesamt	39 569	30 850	4 115	9 774	15 493	1 468	8 719
dar. weiblich	13 881	10 709	623	2 294	7 402	390	3 172

für die freiwerdenden Arbeitsplätze angeworben werden, zum anderen bringt diese Ersatznachfrage eine echte Entlastung für den Arbeitsmarkt. Der öffentliche Dienst hat im Zeitraum 1984/1985 am Arbeitsmarkt für den Ersatz- und Zusatzbedarf auf neugeschaffene Stellen rund 120 000 Mitarbeiter gesucht, wobei sich nach den Ergebnissen der Personalstandstatistik die zusätzliche Nachfrage ausschließlich auf Teilzeitarbeitsplätze (+ 36 000) konzentrierte.

Im Berichtszeitraum haben 39 600 Vollbeschäftigte des unmittelbaren öffentlichen Dienstes eine Altersgrenze erreicht und sind aus dem Erwerbsleben ausgeschieden; damit ist im Durchschnitt jeder 91. Beschäftigte aus diesem Grunde in den Ruhestand getreten. Gegenüber der Erhebung 1978/79 hat sich dieser Personenkreis leicht vergrößert. Diese Erscheinung dürfte weniger mit der Altersstruktur zusammenhängen als vielmehr mit der unverkennbaren Neigung, frühzeitiger aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Nach der Altersstruktur von 1977 ist erst gegen Ende des Jahrhunderts mit einer starken Zunahme der jährlich in den Ruhestand tretenden Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu rechnen.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß der Altersaufbau des Personalkörpers durch Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit stark tangiert wird. Mit insgesamt 37 200 erfaßten Personen sind aus diesen Gründen fast ebenso viele Beschäftigte vorzeitig ausgeschieden wie nach Erreichen einer Altersgrenze. Hierbei trat jeder zweite Fall einer Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit vor dem 58. Lebensjahr ein.

Faßt man die Fälle der wegen vorzeitiger Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit oder Erreichen einer Altersgrenze in den Ruhestand versetzten Mitarbeiter zusammen, so ergibt sich, daß knapp 60 % dieses Personenkreises im Alter von 60 Jahren oder jünger den aktiven Dienst verlassen haben. Entsprechend den besonderen beruflichen Anforderungen ist der Anteil der Mitarbeiter, die vorzeitig dienstunfähig geworden sind, bei der Deutschen Bundesbahn (87 %) und der Deutschen Bundespost (67 %) sehr

hoch, während er bei den Ländern und Gemeinden/Gv. bei 38 % und bei den Bundesbehörden bei 33 % liegt.

Wachsende Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersgrenze

Von den knapp 40 000 Beschäftigten, die wegen Erreichen einer Altersgrenze ausschieden, nahmen knapp 32 000 oder 80 % eine vorgezogene flexible Altersgrenze in Anspruch, 5 300 oder 13,5 % beendeten ihre Erwerbstätigkeit mit Erreichen des 65. Lebensjahres und weitere 2 400 oder 6 % gingen aufgrund einer besonderen Altersgrenze (Poli-zevollzugskräfte, Feuerwehrkräfte, Justizvollzugskräfte, Angehörige des Flugverkehrkontrolldienstes) in den Ruhestand.

Die Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze hat im Vergleich zur Erhebung 1978/79 weiter stark zugenommen; ging damals jeder vierte Ruheständler bis zum 65. Lebensjahr noch seinen Dienstgeschäften nach, so war es sechs Jahre später nur noch jeder siebte. Die Differenzierung nach dem Dienstverhältnis zeigt, daß die Beamten eher bis zum 65. Lebensjahr im aktiven Dienst bleiben als Angestellte und Arbeiter. Dies dürfte im wesentlichen mit der unterschiedlichen Laufbahnstruktur der Beamten und Tarifbediensteten zusammenhängen. Die Laufbahngliederung zeigt nämlich eine auffällige Interdependenz zwischen ausgeübter Tätigkeit und Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersgrenze. Nach den vorliegenden Ergebnissen ist der Anteil der Beschäftigten, die erst mit vollendetem 65. Lebensjahr in den Ruhestand treten, im höheren Dienst mit 36 % am höchsten, während im einfachen Dienst nur 13 % und bei den Arbeitern nur 11 % bis zu dieser Altersgrenze im Erwerbsleben stehen.

Dr. Werner Breidenstein

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1985

Vorbemerkung

Die Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke¹⁾ wird seit 1974 geführt. Ihre Ergebnisse werden in jährlicher Periodizität veröffentlicht. Einbezogen in die Kaufwertestatistik für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke sind alle Kauffälle mit mindestens 0,1 ha veräußerter Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN)²⁾, von der angenommen werden darf, daß sie in der übersehbaren Zeit weiterhin in landwirtschaftlicher Nutzung verbleibt. Die Abgrenzung dieser Veräußerungs-/Kauffälle von der Statistik der Kaufwerte für Bauland, über die seit 1961 Vierteljahres- und Jahresergebnisse veröffentlicht werden³⁾, stützt sich im wesentlichen auf die Belegenheit der betreffenden Flächen innerhalb der Katasterfläche der Gemeinden, da Flächen, die außerhalb der in den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen als Bauland ausgewiesenen Areale liegen, angesichts der vielfältigen Auflagen, die einer Nutzungsände-

rung entgegenstehen, in der Regel der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz zugeordnet werden können.

Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für das Jahr 1985⁴⁾ und die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke in der Zeit zwischen 1974 und 1985 kommentiert. Gegenüber 1984 wurde in Baden-Württemberg das Verfahren zur Erfassung des Grundstücksverkehrs in der Kaufwertestatistik geändert. Wie schon in Niedersachsen seit dem Berichtsjahr 1981⁵⁾ wurde der Meldeweg der Kaufwertestatistik organisatorisch mit dem Genehmigungsverfahren für Grundstücksveräußerungen der Landwirtschaftsverwaltung nach dem Grundstücksverkehrsgesetz vom 28. Juli 1961⁶⁾ verknüpft. Seit dem 1. Januar 1985 geben die Landwirtschaftsämter in Baden-Württemberg Durchschläge der erforderlichen Genehmigungsbescheide sowohl an das zuständige Finanzamt als auch an das Statistische Landesamt weiter, so daß eine erheblich bessere Erfassung des landwirtschaftlichen Grundstücksverkehrs in der Kaufwertestatistik sichergestellt ist⁷⁾.

In den übrigen Bundesländern hat sich gegenüber dem Vorjahr hinsichtlich der Art und Weise, wie die Angaben erhoben und aufbereitet werden, nichts geändert. Die Definitionen und Abgrenzungen wurden in allen Bundesländern ohne Änderungen beibehalten. Deshalb wird hinsichtlich der methodischen und definitorischen Fragen auf die Darlegungen im Einführungsaufsatz zu diesem Thema für das Berichtsjahr 1974 verwiesen⁸⁾.

¹⁾ Rechtsgrundlage dieser Statistik sind § 2 Nr. 5 und § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

²⁾ Die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) umfaßt im wesentlichen die Flächen des Ackerlandes und des Grünlandes, die bei der Einheitsbewertung zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehören und einer Pauschalbewertung unterliegen. Ihre Abgrenzung deckt sich nicht voll mit der in der Agrarstatistik üblichen landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF); denn u. a. zählen diejenigen Flächen, die bei der Einheitsbewertung einer Sonderbewertung unterliegen (u. a. garten- und weinbaulich genutzte Flächen), zur LF, aber nicht zur FdIN.

³⁾ Siehe Fachserie 17, Reihe 5 „Kaufwerte für Bauland“.

⁴⁾ Siehe auch Fachserie 3, Reihe 2.4 „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1985“.

⁵⁾ Siehe „Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1981“ in WiSta 11/1982, S. 810.

⁶⁾ Gesetz über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Sicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (Grundstücksverkehrsgesetz — GrdStVG) vom 28. Juli 1961 (BGBl. I S. 1 091).

⁷⁾ Siehe Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Statistische Berichte, Agrarwirtschaft 27/86, „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1985“, S. 1.

⁸⁾ Siehe „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1974“ in WiSta 7/1976, S. 428 ff.

Tabelle 1: Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung 1985

Land	Veräußerungsfälle insgesamt						Darunter Veräußerungsfälle ohne Gebäude und ohne Inventar					
	Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert		durchschnittliche		Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert		durchschnittliche	
			insgesamt	je ha Fläche der landw. Nutzung	Fläche der landw. Nutzung je Veräußerungsfall	Ertragsmeßzahl ¹⁾ je ha Fläche der landw. Nutzung			insgesamt	je ha Fläche der landw. Nutzung	Fläche der landw. Nutzung je Veräußerungsfall	Ertragsmeßzahl ¹⁾ je ha Fläche der landw. Nutzung
Schleswig-Holstein	1 753	8 571	205 339	23 957	4,89	43	1 704	7 461	165 463	22 176	4,38	43
Niedersachsen	7 385	18 523	608 507	32 852	2,51	42	7 008	16 284	474 940	29 165	2,32	41
Nordrhein-Westfalen	3 055	5 226	325 621	62 304	1,71	48	3 027	4 762	283 654	59 565	1,57	48
Hessen	2 870	2 184	71 578	32 774	0,76	49	2 866	2 140	70 306	32 849	0,75	49
Rheinland-Pfalz	6 587	3 661	99 119	27 074	0,56	47	6 582	3 656	98 878	27 046	0,56	47
Baden-Württemberg ²⁾	8 295	4 728	239 368	50 626	0,57	50	8 280	4 639	234 360	50 519	0,56	50
Bayern	4 027	4 393	282 621	64 336	1,09	45	4 008	4 183	266 677	63 759	1,04	45
Saarland	841	360	8 342	23 200	0,43	40	840	318	7 232	22 734	0,38	41
Bundesgebiet ³⁾	34 813	47 646	1 840 496	38 629	1,37	45	34 315	43 444	1 601 510	36 864	1,27	44

¹⁾ Die Ertragsmeßzahl (EMZ) wird anhand der Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung (Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens vom 16. Oktober 1934; RGBl. I S. 1050) berechnet und kennzeichnet die naturale Ertragsfähigkeit des Bodens aufgrund der natürlichen Ertragsbedingungen (sie wird üblicherweise in Hundert angegeben). — ²⁾ Im Jahr 1985 Mehrererfassung aufgrund einer Verfahrensänderung. — ³⁾ Ohne Hamburg, Bremen und Berlin.

Überblick über die Ergebnisse für das Jahr 1985

Im Berichtsjahr 1985 sind insgesamt rund 34 800 Veräußerungs-/Kauffälle mit rund 47 600 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung und einem Kaufwert von insgesamt 1,840 Mrd. DM erfaßt und in die Ergebnisse einbezogen worden (siehe Tabelle 1). Daraus errechnet sich ein durchschnittlicher Kaufwert von 38 629 DM je ha FdIN. Diese Zahlen enthalten allerdings auch die Angaben zu 498 Kauffällen, bei denen neben der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung auch Gebäude mit oder ohne Inventar erworben wurden. Diese Veräußerungsfälle, bei denen es sich im allgemeinen um geschlossen verkaufte landwirtschaftliche Betriebe oder um Restbetriebe handelt, bleiben mit ihren rund 4 200 ha FdIN (8,44 ha je Veräußerungsfall) und einer Kaufsumme von rund 239 Mill. DM (56 874 DM je ha FdIN) im folgenden außer Betracht, weil bei ihnen der erzielte Kaufpreis von dem Wert der miterworbenen Gebäude bzw. des miterworbenen Inventars, über deren Größe, Qualität und Wert keine Informationen vorliegen, beeinflusst wird.

In den rund 34 300 Veräußerungsfällen, in denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar verkauft wurde, wechselten insgesamt rund 43 400 ha FdIN mit einem Gesamtwert von 1,602 Mrd. DM den Eigentümer (siehe Tabelle 1). Für diese Fälle wurde der durchschnittliche Kaufwert mit 36 864 DM je ha FdIN errechnet bei einer mittleren Flächengröße je Veräußerungsfall von 1,27 ha. Gegenüber dem Vorjahr (1,22 ha) erhöhte sich die durchschnittliche Flächengröße je Veräußerungsfall um 4 %.

Die Aufgliederung der durchschnittlichen Kaufwerte nach Klassen der Ertragsmeßzahlen (siehe Tabelle 2) zeigt deren deutliche Abhängigkeit von der Ertragsfähigkeit des Bodens (Bodengüte), die ihrerseits durch die Ertragsmeßzahlen je ha FdIN gekennzeichnet ist. Für Flächen mit Böden geringer Ertragsfähigkeit (Ertragsmeßzahlen unter 30 [in Hundert] je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung) wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von 25 860 DM je ha FdIN ermittelt, der 70 % des durchschnittlichen Ergebnisses für das Bundesgebiet — bezogen auf alle Bodengüteklassen — von 36 864 DM je ha FdIN entspricht. Für Flächen mit guten und sehr guten Böden (Ertragsmeßzahlen 60 und mehr [in Hundert] je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung) wurden durchschnittlich 58 013 DM je ha FdIN bezahlt, mithin also 157 % des Bundesdurchschnitts. Der für die oberste Ertragsmeßzahlklasse errechnete Wert belief sich somit auf das 2,2fache des für die unterste Klasse nachgewiesenen Wertes.

Veränderungen gegenüber 1984

Die Zahl der in die Statistik einbezogenen Veräußerungs-/Kauffälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar erhöhte sich von 31 423 im Jahr 1984 um 9,2 % auf 34 315 im Jahr 1985 und die dabei gekaufte Fläche von 38 268 ha um 13,5 % auf 43 444 ha (siehe Tabelle 2). Die für die Kauffälle ohne Gebäude und ohne Inventar bereitgestellte Kaufsumme stieg von 1,464 Mrd. DM (1984) um 9,4 % auf 1,602 Mrd. DM (1985). Davon entfallen rund 80 Mill. DM auf die Mehrerfas-

sung von Kauffällen in Baden-Württemberg aufgrund einer Verfahrensänderung im Jahr 1985 (siehe oben). Aus der höheren prozentualen Veränderung der veräußerten Flächen, verglichen mit der relativ niedrigeren Zunahme der Kaufwertsumme, ergab sich für 1985 der um 3,7 % unter dem Ergebnis des Vorjahres (38 265 DM je ha FdIN) liegende durchschnittliche Kaufwert von 36 864 DM je ha FdIN.

Tabelle 2: Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Ertragsmeßzahlklassen

Ertragsmeßzahl in Hundert von , bis unter. je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Jahr	Veräußerungsfälle Anzahl	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ha	Kaufwert	
				insgesamt 1 000DM	je ha Fläche der landw. Nutzung DM
unter 30	1981	3 258	4 930	138 152	28 025
	1984	4 070	6 770	176 757	26 108
	1985	4 547	8 062	208 485	25 860
30—40	1981	6 562	7 849	239 887	30 561
	1984	8 239	10 937	304 620	27 852
	1985	8 896	12 355	334 328	27 061
40—50	1981	6 118	5 913	221 854	37 520
	1984	7 331	8 027	301 600	37 572
	1985	7 917	9 381	338 687	36 103
50—60	1981	4 185	4 109	184 460	44 887
	1984	4 914	5 659	259 611	45 872
	1985	5 167	5 863	268 501	45 798
60 und mehr	1981	5 730	5 153	312 726	60 687
	1984	6 869	6 874	421 732	61 352
	1985	7 788	7 783	451 509	58 013
Insgesamt ..	1981	25 853	27 955	1 097 078	39 245
	1984	31 423	38 268	1 464 319	38 265
	1985	34 315	43 444	1 601 510	36 864

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin. — Ohne Gebäude und ohne Inventar.

Gemessen an der Zahl der Veräußerungsfälle und den veräußerten Flächen im gesamten Bundesgebiet wurde im Jahr 1985 die bisher stärkste Aktivität am Markt für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke seit Einführung der Kaufwertestatistik (1974) entfaltet. Diese Einschätzung behält ihre Gültigkeit auch unter Berücksichtigung der Auswirkungen der oben beschriebenen verfahrenstechnischen Veränderung in der Kaufwertestatistik in Baden-Württemberg auf das Bundesergebnis. In diesem Bundesland wurden im Jahr 1985 um 37 % mehr Veräußerungsfälle als 1984 in die Statistik einbezogen; der gleichzeitig festgestellte Anstieg der veräußerten Flächen um 60 % (siehe Tabelle 5) wird fast ausschließlich auf die verbesserte Erfassung der Veräußerungsfälle zurückgeführt. Am Zuwachs der umgesetzten Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet gegenüber 1984 hatte Baden-Württemberg einen Anteil von 34 %; die restlichen 66 % entfallen auf die übrigen Bundesländer, in denen keine Veränderung des Erfassungsweges stattgefunden hat.

Die Verringerung des durchschnittlichen Kaufwertes im Bundesgebiet von 1984 bis 1985 um 3,7 % ist teils auf statistische, teils auf ökonomische Faktoren zurückzuführen. Einen — allerdings nur marginalen — Einfluß auf den durchschnittlichen Kaufwert kann man dem Faktum zu-

schreiben, daß die durchschnittliche Ertragsmeßzahl (in Hundert je ha FdIN) aller in die Statistik einbezogenen Flächen von — ungerundet — 44,85 im Jahr 1984 geringfügig auf 44,46 im Berichtsjahr 1985, das heißt um 0,9 %, zurückgegangen ist. Auch die Erhöhung der durchschnittlichen Flächengröße je Veräußerungsfall um 4,0 % dürfte den Rückgang des Durchschnittskaufwertes tendenziell begünstigt haben. Auf die Auswirkungen der Mehrerfassung der Veräußerungsfälle in Baden-Württemberg dürfen — unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Kaufwertes in diesem Bundesland von 50 519 DM je ha FdIN auf der Vorjahresfläche von 2 901 ha — etwa 1,5 % von den 3,7 % entfallen, um die sich der durchschnittliche Kaufwert je ha FdIN für das gesamte Bundesgebiet von 1984 bis 1985 ermäßigte⁹⁾.

Den größten Einfluß auf die Verringerung des durchschnittlichen Kaufwertes für landwirtschaftlichen Grundbesitz im Jahr 1985 dürften jedoch ökonomische Faktoren ausgeübt haben. Zu nennen sind insbesondere die nicht voll befriedigende Entwicklung der Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe in den Wirtschaftsjahren 1983/84 und 1984/85¹⁰⁾ und die gedämpften mittel- und längerfri-

stigen Einkommenserwartungen aufgrund der Veränderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EG sowie die geringe Nachfrage nach Flächen für außerlandwirtschaftliche Zwecke.

Entwicklung seit 1974

Aus der Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz liegen nunmehr Ergebnisse für zwölf Berichtsjahre (1974 bis 1985) vor, die detailliert auf S. 410* f. und auszugsweise in Tabelle 3 in der Gliederung nach Größenklassen der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung je Veräußerungsfall und nach Ertragsmeßzahlklassen wiedergegeben werden.

Für den gesamten Zeitraum 1974 bis 1985 läßt sich eine Steigerung des durchschnittlichen Kaufwertes je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten) von 16 668 auf 36 864 DM, das heißt um 121 %, feststellen. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 7,5 % nach Zinseszins. Die Entwicklung in der genannten Zeitspanne war zunächst — von 1974 bis 1981 — relativ gleichmäßig nach oben gerichtet. In diesen sieben Jahren erhöhte sich der durchschnittliche Kaufwert für landwirtschaftlichen Grundbesitz um 135 % auf 39 245 DM je ha FdIN im Jahr 1981, das heißt mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 13,0 % nach Zinseszins. In den folgenden vier Jahren (bis 1985), seit die Finanzierung der Agrarpolitik im Gemeinsamen Markt zunehmend schwieriger wurde, stagnierten die

⁹⁾ Die Berechnung wurde durchgeführt analog dem Verfahren für die Bundesländer Niedersachsen und Rheinland-Pfalz im Aufsatz von Traphagen, F.: „Kaufwerte landwirtschaftlich genutzter Grundstücke 1982“ in WiSta 11/1983, S. 873.

¹⁰⁾ Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1982/83 sank der Gewinn der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe je Familien-Arbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1983/84 um 18,2 % auf 21 508 DM; er erhöhte sich im Wirtschaftsjahr 1984/85 um 15,4 % auf 24 828 DM. Siehe Agrarbericht 1986 der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 10/5015, 1986.

Tabelle 3: Durchschnittliche Kaufwerte je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Flächengrößen- und Ertragsmeßzahlklassen

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung je Veräußerungsfall von... bis unter... ha	Jahr	Davon Veräußerungsfälle mit Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung mit Ertragsmeßzahlen in Hundert von... bis unter... je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung											
		Insgesamt		unter 30		30-40		40-50		50-60		60 und mehr	
		Kaufwert											
		DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100
Insgesamt	1974	16 668	100	10 756	100	11 686	100	16 050	100	19 584	100	27 435	100
	1979	30 474	183	22 629	210	23 141	198	29 323	183	35 947	184	45 150	165
	1981	39 245	235	28 025	261	30 561	262	37 520	234	44 887	229	60 687	221
	1984	38 265	230	26 108	243	27 852	238	37 572	234	45 872	234	61 352	224
	1985	36 864	221	25 860	240	27 061	232	36 103	225	45 798	234	58 013	211
0,1-0,25	1974	27 501	100	16 840	100	16 172	100	20 651	100	31 361	100	42 751	100
	1979	34 446	125	23 144	137	22 207	137	27 456	133	37 941	121	50 737	119
	1981	44 027	160	26 942	160	28 085	174	35 432	172	48 329	154	65 144	152
	1984	50 868	185	27 439	163	30 165	187	38 310	186	55 121	176	82 172	192
	1985	49 538	180	28 716	171	30 274	187	38 376	186	54 518	174	75 733	177
0,25-1	1974	19 881	100	12 358	100	12 601	100	16 857	100	22 495	100	34 410	100
	1979	29 503	148	18 877	153	20 749	165	26 121	155	34 054	151	46 237	134
	1981	39 302	198	26 379	213	27 903	221	34 615	205	44 721	199	62 927	183
	1984	41 990	211	25 526	207	27 959	222	38 639	229	50 122	223	66 720	194
	1985	41 205	207	26 806	217	27 914	222	36 492	216	49 084	218	64 177	187
1-2	1974	17 396	100	12 421	100	11 762	100	16 702	100	21 153	100	28 268	100
	1979	29 667	171	22 467	181	22 501	191	28 303	169	33 797	160	48 176	170
	1981	41 369	238	29 503	238	30 311	258	38 449	230	48 925	231	66 049	234
	1984	40 721	234	28 890	233	28 161	239	39 954	239	53 400	252	64 631	229
	1985	39 849	229	26 964	217	28 878	246	39 112	234	52 609	249	63 228	224
2-5	1974	15 519	100	11 045	100	12 022	100	16 155	100	18 108	100	23 659	100
	1979	32 115	207	25 016	226	25 218	210	33 566	208	38 084	210	45 805	193
	1981	39 244	253	28 261	256	32 542	271	40 813	253	46 227	255	59 504	252
	1984	37 710	243	26 833	243	29 285	244	38 771	240	47 746	264	57 704	244
	1985	37 090	239	27 849	252	28 190	234	39 176	243	45 995	254	54 958	232
5 und mehr	1974	13 800	100	8 557	100	10 232	100	14 405	100	17 198	100	20 321	100
	1979	29 186	211	22 110	258	23 777	232	29 577	205	37 165	216	38 188	188
	1981	36 691	266	27 806	325	30 793	301	35 937	249	39 996	233	54 152	266
	1984	33 577	243	24 092	282	25 944	254	33 732	234	37 035	215	54 404	268
	1985	31 134	226	23 198	271	24 119	236	30 789	214	38 010	221	49 599	244

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin. — Ohne Gebäude und ohne Inventar.

durchschnittlichen Kaufwerte für das Bundesgebiet jedoch. Gegenüber 1981, dem Jahr mit dem bisher höchsten durchschnittlichen Kaufwert, liegt das Ergebnis für 1985 sogar um 6,1 % niedriger.

Die nach Größenklassen der Fläche je Veräußerungsfall gegliederten Ergebnisse für den Zeitraum 1974 bis 1985 zeigen, daß die Kaufwerte für kleine Flächen stets deutlich höher als diejenigen für größere Grundstücke lagen. In der Entwicklung der Kaufwerte für verschiedene Größenklassen der Flächen je Veräußerungsfall lassen sich allerdings zwei Zeitabschnitte mit auffallend unterschiedlicher Tendenz erkennen. Zwischen 1974 und 1981 hatte sich der Kaufwert je Hektar der kleinen und großen Grundstücke deutlich angeglichen, denn die größeren — einem tiefergelegenen Preisniveau angehörenden — Kaufflächen erfuhren auffallend stärkere Wertsteigerungen als die kleineren Flächenstücke (z. B. um 166 % bei Veräußerungsfällen mit 5 ha FdIN und mehr gegenüber + 60 % bei Veräußerungsfällen zwischen 0,1 und 0,25 ha FdIN). In den folgenden Jahren 1982 bis 1984 verlief die Entwicklung jedoch wieder entgegengesetzt. Während bei den kleineren Grundstücken weitere Wertsteigerungen (z. B. um 16 % bei Veräußerungsfällen zwischen 0,1 und 0,25 ha FdIN) zu verzeichnen waren, fielen in diesen Jahren die durchschnittlichen Kaufwerte für größere Flächen (z. B. um 8 % bei Veräußerungsfällen mit 5 ha FdIN und mehr). Im letzten Berichtsjahr 1985 kam es in allen Größenklassen der Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung zu Einbußen beim durchschnittlichen Kaufwert, am deutlichsten mit — 7,3 % bei den Veräußerungsfällen mit 5 ha FdIN und mehr. Der Abstand im durchschnittlichen Kaufwert hat sich somit wieder etwas zugunsten der Parzellen der untersten Größenklasse erweitert, für die im Jahr 1985 je Flächeneinheit um 59 % höhere Preise zu bezahlen waren als für Grundstücke der obersten Größenklasse.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz in der Gliederung nach Ertragsmeßzahlklassen führte um das Jahr 1981 zu einem ähnlichen Tendenzwechsel wie bei der Gliederung nach Größenklassen der veräußerten Grundstücke. Im ersten Zeitabschnitt von 1974 bis 1981 lassen sich höhere Zunahmen der am Markt erzielten Kaufwerte für Flächen mit niedrigen Ertragsmeßzahlen als für Grundstücke mit hohen Ertragsmeßzahlen nachweisen. Beispielsweise erhöhte sich der durchschnittliche Kaufwert bei Veräußerungsfällen mit Ertragsmeßzahlen unter 30 (in Hundert) je ha FdIN im genannten Zeitabschnitt um 161 %, hingegen erreichten zum Beispiel Grundstücke mit Ertragsmeßzahlen von 60 und mehr (in Hundert) je ha FdIN nur eine Wertsteigerung um 121 %. In den folgenden Jahren 1982 bis 1984 paßten sich die Kaufwerte stärker den in den Ertragsmeßzahlklassen zum Ausdruck kommenden Unterschieden im Ertragsniveau an; bei Veräußerungsfällen der untersten Ertragsmeßzahlklasse war der durchschnittliche Kaufwert in dieser Zeitspanne gesunken, während bei der höchsten Klasse eine wenn auch geringe Steigerung um 1 % festzustellen war. Die Verringerung der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke von 1984 bis 1985 erfaßte alle Ertragsmeßzahlklassen, am stärksten jedoch die Klasse mit 60 und mehr Ertragsmeß-

zahlen (in Hundert) je ha FdIN (— 5,4 %). Dennoch blieb ein beträchtlicher Abstand im durchschnittlichen Kaufwert zugunsten der Böden mit hoher Ertragsfähigkeit auch 1985 bestehen. Während man im Anfangsjahr der Kaufwertestatistik (1974) die Grundstücke der obersten Ertragsmeßzahlklasse am Markt mit dem 2,6fachen des Durchschnittskaufwertes der untersten Ertragsmeßzahlklasse bewertet hatte, erzielten die Veräußerer der Parzellen mit 60 und mehr Ertragsmeßzahlen (in Hundert) je ha FdIN im Jahr 1985 noch immer durchschnittlich das 2,2fache des Kaufwertes für Flächen mit weniger als 30 Ertragsmeßzahlen (in Hundert) je ha FdIN.

Aus der Häufigkeitsverteilung der nach der Höhe des Kaufwertes je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung gegliederten Veräußerungs-/Kauffälle (siehe Tabelle 4 und Schaubild 1), die insbesondere zwischen 1974 und 1981 zu einer kräftigen Verlagerung der auf die einzelnen Kaufwertklassen entfallenden Besetzungen von den unteren (im Schaubild: links) nach den oberen Kaufwertklassen (im Schaubild: rechts) geführt hat, wird die Wertsteigerung des landwirtschaftlich genutzten Bodens erkennbar. Im Zuge dieser Entwicklung ist der Anteil der Kauffälle, die unter 10 000 DM je ha FdIN abgeschlossen wurden, rasch von 37 % (1974) auf 12,5 % (1981) und in den Folgejahren auf unter 9 % (1985) zurückgegangen. Hingegen hat sich die Häufigkeit der Kauffälle mit Kaufwerten von 10 000 bis unter 20 000 DM je ha FdIN in den letzten fünf Jahren bei etwa 20 % stabilisiert, während sie im Jahr 1974 noch knapp 30 % betragen hatte. Mit Anteilssätzen zwischen 14 und 18 % weist die Kaufwertklasse von 20 000 bis unter 30 000 DM je ha FdIN in der Zeitspanne von 1974 bis 1985 die relativ stabilste Besetzung auf. Demgegenüber hat die

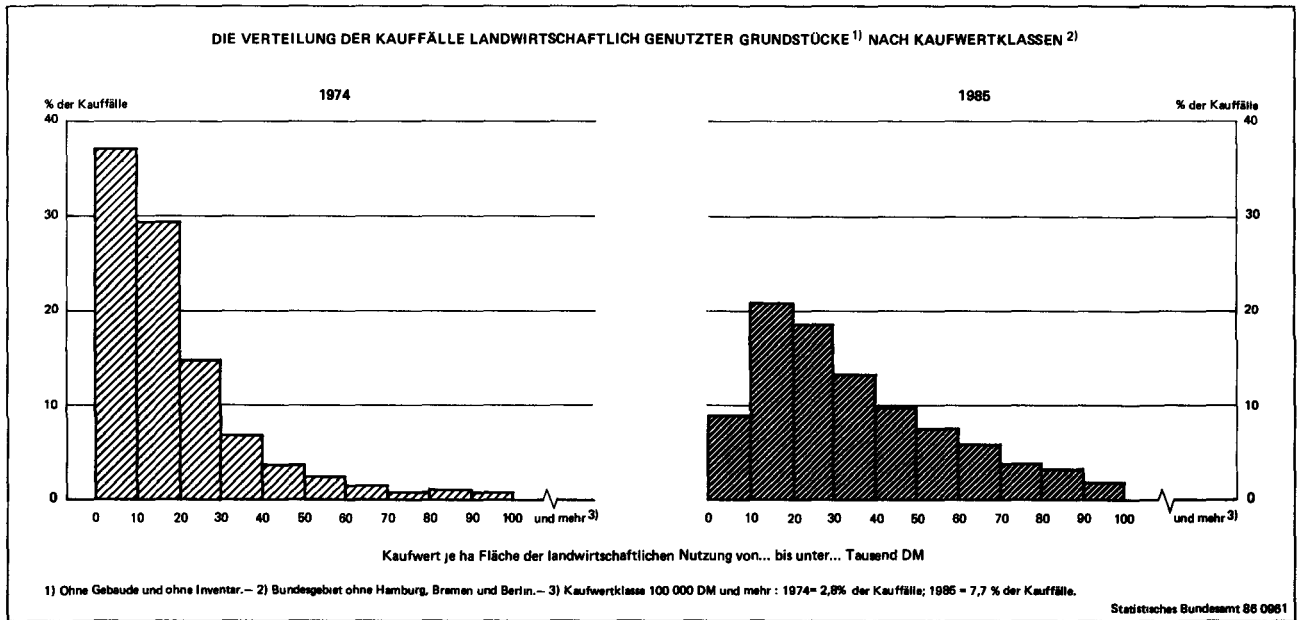
Tabelle 4: Veräußerungsfälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Kaufwertklassen

Kaufwert von ... bis unter ... DM je ha Fläche der landw. Nutzung	Veräußerungsfälle					
	1974	1979	1981	1983	1984	1985
	Prozent					
unter 10 000	37,1	19,3	12,5	10,2	9,8	8,6
10 000 — 20 000	29,2	23,4	19,9	20,1	20,0	20,8
20 000 — 30 000	14,3	18,5	17,2	17,4	17,4	18,3
30 000 — 40 000	6,8	12,6	12,7	12,8	12,4	13,0
40 000 — 50 000	3,8	8,4	9,1	9,2	9,5	9,7
50 000 — 60 000	2,3	5,5	7,0	7,4	7,3	7,3
60 000 — 80 000	2,3	6,1	8,8	9,5	9,9	9,7
80 000 — 100 000	1,4	2,7	5,3	5,3	5,4	4,9
100 000 — 150 000	1,7	2,2	5,4	5,7	5,9	5,4
150 000 und mehr	1,1	1,2	2,2	2,3	2,5	2,3
Insgesamt ...	100	100	100	100	100	100
	Anzahl					
Insgesamt ...	22 356	27 922	25 853	29 652	31 423	34 315

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin. — Ohne Gebäude und ohne Inventar.

nächst höhere Kaufwertklasse von 30 000 bis unter 40 000 DM je ha FdIN im genannten Zeitraum anteilmäßig von 7 auf 13 % zugenommen. Der Anteil der Kauffälle in den Kaufwertklassen von 50 000 DM und mehr je ha FdIN hat sich von 9 % (1974) auf 30 % (1985) erhöht. Für die über 80 000 DM je ha FdIN liegenden Kaufwertklassen ist festzustellen, daß die relative Häufigkeit der Kaufabschlüsse bis 1984 ständig zunahm, aber im letzten Berichtsjahr 1985 wieder unter das Niveau von 1981 zurückgefallen ist.

Schaubild 1



Die durch die wachsenden Überschüsse an Agrarerzeugnissen ausgelöste Kritik an der Agrarpolitik und die gegenwärtig unsichere Einkommenslage der Landwirtschaft haben offensichtlich dazu geführt, daß die Käufer von landwirtschaftlich genutztem Grund und Boden sich wieder stärker an dem in der Ertragsmeßzahl zum Ausdruck kommenden nachhaltigen wirtschaftlichen Ertrag orientieren. Kaufabschlüsse zu Beträgen, die erheblich über dem Durchschnitt der jeweiligen Ertragsmeßzahlklasse liegen, dürften im allgemeinen von Käufern getätigt worden sein, die über ein entsprechendes Einkommen bzw. Kapital aus anderen Quellen, z. B. aus dem Verkauf von Bauland, verfügen.

Regionale Unterschiede der Kaufwerte

Während der durchschnittliche Kaufwert für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten) im Jahr 1985 mit 36 864 DM je ha FdIN um 3,7 % unter dem Ergebnis des Vorjahres blieb, waren auch die durchschnittlichen Kaufwerte in den meisten Bundesländern und Regierungsbezirken im Vergleich zu 1984 rückläufig. Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund einer gegenüber 1984 gestiegenen Anzahl der in die Statistik einbezogenen Veräußerungs-/Kauffälle und einer deutlichen Ausweitung der registrierten Kauffläche, die allerdings regional sehr unterschiedlich ausfiel. In Tabelle 5 werden die Ergebnisse der Kaufwertestatistik nach Bundesländern und Regierungsbezirken nachgewiesen.

Vom Ausnahmefall des Saarlandes abgesehen, verzeichnete Bayern im Jahr 1985 von allen Bundesländern die geringste Abnahme des durchschnittlichen Kaufwertes, und zwar um 2,2 % auf 63 759 DM je ha FdIN. Somit weist Bayern — bereits das dritte Jahr hintereinander — den höchsten Kaufwert im Bundesgebiet auf, wobei das bayerische Ergebnis um 73 % über dem Bundesdurchschnitt liegt. An zweiter Stelle unter den Bundesländern steht nach wie vor Nordrhein-Westfalen, wengleich hier eine Abnahme des durchschnittlichen Kaufwertes um

5,9 % auf 59 565 DM je ha FdIN, das heißt auf 162 % des Bundesdurchschnitts, registriert wurde. Der Rückgang der Kaufwerte in Nordrhein-Westfalen ging einher mit einem Anstieg der veräußerten Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung um 16,5 %. In Baden-Württemberg liegt der durchschnittliche Kaufwert von 50 519 DM je ha FdIN (— 5,6 % gegenüber 1984) um 37 % über dem durchschnittlichen Ergebnis des Bundesgebiets. Die Zunahme der veräußerten Flächen in Baden-Württemberg um 60 % gegenüber 1984 beruht fast ausschließlich auf der oben beschriebenen verbesserten Erfassung der Veräußerungsfälle. Verhältnismäßig wenig, um 2,5 % auf 32 849 DM je ha FdIN (89 % des Bundesdurchschnitts), ist der durchschnittliche Kaufwert in Hessen zurückgegangen. In Niedersachsen, dem Bundesland mit der höchsten Anzahl der Veräußerungsfälle und der nach wie vor größten verkauften Fläche, fiel der Rückgang des durchschnittlichen Kaufwertes um 6,4 % auf 29 165 DM je ha FdIN am stärksten aus. Das Ergebnis von Rheinland-Pfalz für das Jahr 1985 war mit 27 046 DM je ha FdIN (73 % des Bundesdurchschnitts) um 4,6 % niedriger als 1984. Aufgrund der weiteren Verringerung des durchschnittlichen Kaufwertes in Schleswig-Holstein um 4,0 % auf 22 176 DM je ha FdIN (60 % des Bundesergebnisses) und des Anstiegs des durchschnittlichen Kaufwertes im Saarland um 7,3 % auf 22 734 DM je ha FdIN (62 % des Bundesdurchschnitts) wurden 1985 in Schleswig-Holstein die niedrigsten Kaufwerte im Bundesgebiet erzielt. Der Vergleich von Schleswig-Holstein mit Bayern, also zwischen den Bundesländern mit dem niedrigsten und mit dem höchsten durchschnittlichen Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, ergibt für Bayern den 2,9fachen Kaufwert je Flächeneinheit (22 176 DM je ha gegenüber 63 759 DM je ha).

Wie nicht anders zu erwarten, treten in jedem Jahr zwischen den Regierungsbezirken — und noch mehr zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten — Unterschiede in den durchschnittlichen Kaufwerten auf, die diejenigen zwischen den Bundesländern übertreffen. Die

Spannweiten der Kaufwerte sind beachtlich; sie dürften im wesentlichen auf die regionalen Unterschiede in der Agrar- und Wirtschaftsstruktur, in den natürlichen und wirtschaftlichen Ertragsbedingungen, aber auch — insbesondere in den kreisfreien Städten mit wenigen Veräußerungsfällen pro Jahr — auf die Zufälligkeiten der einzelnen Kaufabschlüsse, wie zum Beispiel Belegenheit der Fläche zum abgebenden/aufnehmenden Betrieb oder Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Käufers und Verkäufers, zurückzuführen sein.

Die Ergebnisse der Kaufwertestatistik nach Regierungsbezirken zeigen für das Jahr 1985 einige gegen die bundesweit rückläufige Tendenz verlaufende Veränderungen wie auch Fälle, bei denen der durchschnittliche Kaufwert sehr viel deutlicher zurückging als im Bundesdurchschnitt. Prozentual am stärksten abgenommen haben die Kaufwerte in den Regierungsbezirken Detmold (— 12,7 %), Hannover (— 9,9 %), Unterfranken (— 9,8 %) und Köln (— 9,6 %). In Bayern ist in vier von sieben Regierungsbezirken noch ein Anstieg der Kaufwerte registriert worden, aber die hohen Minuswerte in Unterfranken, Schwaben und Niederbayern verursachten einen Rückgang des Landesdurchschnitts. Bemerkenswert ist die

kräftige Zunahme der verkauften Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung in einigen Regierungsbezirken. Neben dem bereits genannten gesamten Bundesland Baden-Württemberg, in dem der Regierungsbezirk Freiburg mit einer Zunahme der veräußerten Fläche um 117 % gegenüber 1984 besonders herausragt, sind auch die Regierungsbezirke Detmold, Münster, Weser-Ems und Oberfranken mit Steigerungen von über oder knapp unter 20 % zu erwähnen. Der Vergleich zwischen dem Regierungsbezirk mit dem niedrigsten durchschnittlichen Kaufwert (Trier mit 17 329 DM je ha FdIN) und dem Regierungsbezirk mit dem höchsten Durchschnitt (Oberbayern mit 91 195 DM je ha FdIN) ergibt für Oberbayern den mehr als fünffachen Kaufwert je Flächeneinheit.

Für die Beurteilung der Entwicklung der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke in regional enger umgrenzten Gebieten sind die Ergebnisse der Kaufwertestatistik auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte ¹⁾ wichtig. Dabei ist zu berücksichtigen

¹⁾ Die Kreisergebnisse werden von den Statistischen Landesämtern in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland veröffentlicht.

Tabelle 5: Durchschnittliche Kaufwerte von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung nach Ländern und Regierungsbezirken¹⁾

Land Regierungsbezirk	Veräußerungsfälle			Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung			Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung			
	1984	1985	1985 gegenüber 1984	1984	1985	1985 gegenüber 1984	1984	1985	1985 gegenüber 1984	1985 Bundesgebiet = 100
	Anzahl		%	ha		%	DM		%	
Schleswig-Holstein	1 570	1 704	+ 8,5	6 792	7 461	+ 9,8	23 101	22 176	- 4,0	60
Niedersachsen	6 717	7 008	+ 4,3	14 566	16 284	+ 11,8	31 149	29 165	- 6,4	79
Braunschweig	1 183	1 124	- 5,0	2 218	2 205	- 0,6	37 803	36 357	- 3,8	99
Hannover	1 608	1 676	+ 4,2	3 054	3 595	+ 17,7	39 897	35 940	- 9,9	97
Lüneburg	1 994	2 036	+ 2,1	5 026	5 347	+ 6,4	21 499	20 709	- 3,7	56
Weser-Ems	1 932	2 172	+ 12,4	4 269	5 138	+ 20,4	32 794	30 138	- 8,1	82
Nordrhein-Westfalen	2 761	3 027	+ 9,6	4 089	4 762	+ 16,5	63 284	59 565	- 5,9	162
Düsseldorf	347	385	+ 11,0	619	724	+ 16,9	69 508	72 282	+ 4,0	196
Köln	906	858	- 5,3	977	838	- 14,2	75 350	68 099	- 9,6	185
Münster	501	587	+ 17,2	1 126	1 456	+ 29,3	63 253	61 124	- 3,4	166
Detmold	545	675	+ 23,9	723	997	+ 37,9	54 134	47 254	- 12,7	128
Arnsberg	462	522	+ 13,0	644	746	+ 16,0	49 318	51 053	+ 3,5	138
Hessen	2 962	2 866	- 3,2	2 035	2 140	+ 5,2	33 676	32 849	- 2,5	89
Darmstadt	1 023	1 036	+ 1,3	641	672	+ 4,8	54 819	52 000	- 5,1	141
Gießen	1 035	945	- 8,7	625	583	- 6,7	21 458	22 311	+ 4,0	61
Kassel	904	885	- 2,1	769	886	+ 15,2	25 968	25 258	- 2,7	69
Rheinland-Pfalz	6 442	6 582	+ 2,2	3 517	3 656	+ 4,0	28 345	27 046	- 4,6	73
Koblenz	2 845	2 799	- 1,6	1 541	1 606	+ 4,2	19 800	18 528	- 6,4	50
Trier	1 500	1 489	- 0,7	901	975	+ 8,2	17 609	17 329	- 1,6	47
Rheinhesen-Pfalz	2 097	2 294	+ 9,4	1 075	1 075	± 0,0	49 592	48 581	- 2,0	132
Baden-Württemberg ²⁾	6 035	8 280	+ 37,2	2 901	4 639	+ 59,9	53 493	50 519	- 5,6	137
Stuttgart	2 457	3 007	+ 22,4	1 146	1 583	+ 38,1	67 317	63 707	- 5,4	173
Karlsruhe	1 175	1 751	+ 49,0	464	741	+ 59,8	40 840	38 766	- 5,1	105
Freiburg	1 101	1 796	+ 63,1	453	983	+ 117,1	36 770	34 691	- 5,7	94
Tübingen	1 302	1 726	+ 32,6	838	1 332	+ 59,0	50 628	53 067	+ 4,8	144
Bayern	4 075	4 008	- 1,6	4 065	4 183	+ 2,9	65 218	63 759	- 2,2	173
Oberbayern	583	623	+ 6,9	690	740	+ 7,3	88 322	91 195	+ 3,3	247
Niederbayern	615	564	- 8,3	742	670	- 9,7	78 404	74 996	- 4,3	203
Oberpfalz	308	298	- 3,2	390	330	- 15,4	43 863	44 800	+ 2,1	122
Oberfranken	332	386	+ 16,3	338	406	+ 19,9	26 172	26 904	+ 2,8	73
Mittelfranken	496	469	- 5,4	450	452	+ 0,5	53 335	54 776	+ 2,7	149
Unterfranken	1 003	891	- 11,2	663	655	- 1,2	46 919	42 315	- 9,8	115
Schwaben	738	777	+ 5,3	792	930	+ 17,4	82 005	76 106	- 7,2	206
Saarland	861	840	- 2,4	303	318	+ 5,1	21 179	22 734	+ 7,3	62
Bundesgebiet ³⁾	31 423	34 315	+ 9,2	38 268	43 444	+ 13,5	38 265	36 864	- 3,7	100

¹⁾ Ohne Gebäude und ohne Inventar. — ²⁾ Im Jahr 1985 Mehrererfassung aufgrund einer Verfahrensänderung. — ³⁾ Ohne Hamburg, Bremen und Berlin.

gen, daß in den Kreisen neben den vorhandenen Unterschieden in der Bodengüte und damit in den die Kaufwerte beeinflussenden Ertragsmeßzahlen in der Regel nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Veräußerungs-/Kauffällen festgestellt wird und deshalb die den durchschnittlichen Kaufwerten zugrundeliegenden Kaufflächen in den wertbestimmenden Merkmalen beträchtlich voneinander abweichen können.

Angesichts der erwähnten methodischen Einschränkungen werden hier die Kreisergebnisse für das Jahr 1985 kartographisch in der Gliederung nach fünf Klassen der prozentualen Abweichung vom Bundesdurchschnitt dargestellt. Die unterste Klasse umfaßt die Kreise, deren durchschnittliche Kaufwerte je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung weniger als 60 % des Bundesdurchschnitts im Jahr 1985 betragen. In den weiteren drei Klassen finden sich die Kreise, deren durchschnittliche Kaufwerte je ha FdIN 60 bis unter 90 %, 90 bis unter 110 % und 110 bis unter 140 % des Bundesdurchschnitts erreichten. Die oberste Klasse umfaßt alle diejenigen Kreise, in denen durchschnittliche Kaufwerte von 140 % und mehr des Bundesdurchschnitts für das Jahr 1985 errechnet wurden. Für einige Stadtkreise liegen keine Angaben vor, weil im Berichtszeitraum keine Kauffälle vorgekommen sind ¹²⁾.

Trotz des aus den vorstehend genannten methodischen Gründen gewählten groben Rasters verdeutlicht das Schaubild 2 dennoch, daß die Höhe der durchschnittlichen Kaufwerte je Kreis offensichtlich von mehreren Faktoren wie Bodengüte, Bearbeitbarkeit des Bodens, Betriebsgrößenstruktur, Wettbewerbssituation zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben, Besiedlungsdichte, Nachfrage nach Flächen für nichtlandwirtschaftliche Zwecke, Verkehrslage der Betriebe zu den Märkten oder auch Nähe der Fremdenverkehrszentren bestimmt wird, wobei sich die einzelnen Einflußfaktoren oft überlagern. Gegenüber dem Bundesdurchschnitt deutlich niedrigere Kaufwerte ergeben sich für Kreise mit geringer Ertragsfähigkeit auf der Geest in Schleswig-Holstein und im Nordosten von

Niedersachsen sowie in vielen, oft durch Markferne und geringe Besiedlungsdichte gekennzeichneten Mittelgebirgslagen. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt deutlich höhere Kaufwerte finden sich in der Hildesheimer Börde, im größten Teil von Nordrhein-Westfalen, im Rhein-Main-Gebiet und im Neckartal sowie im gesamten Schwäbisch-Bayerischen Hügel- und Voralpenland.

Kaufwerte nach siedlungsstrukturellen Kreistypen

Die Zusammenfassung der Kreisergebnisse der Kaufwertestatistik für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke in der von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung entwickelten Gliederung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen ¹³⁾ (siehe Tabellen 6 und 7) läßt erkennen, daß die Höhe der durchschnittlichen Kaufwerte neben den bereits genannten Einflußfaktoren in beachtlichem Maße davon abhängt, ob die Gebiete ländlich oder städtisch-industriell geprägt sind.

Auf die kreisfreien Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern, die als Kerngebiete der Verdichtungsräume bezeichnet werden können, entfielen im Jahr 1985 erwartungsgemäß nur sehr wenige Veräußerungsfälle und nur eine geringe Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (Typ 1 und 4 zusammen 2,2 % der veräußerten Fläche). Auch in den Umlandkreisen mit hoher Verdichtung (Typ 2) wurde relativ wenig Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (7,5 % der gesamten veräußerten Fläche) umgesetzt. Das Gros der Veräußerungsfälle (82,5 %) und der veräußerten Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung (90,4 %) ist den Umlandkreisen mit geringer Verdichtung (Typ 3), den Umlandkreisen der Regionen mit Verdichtungsansätzen (Typ 5) und den noch weitgehend ländlich geprägten Regionen (Typ 6) zuzurechnen.

Es zeigt sich, daß der durchschnittliche Kaufwert je ha FdIN entsprechend dem Urbanisierungsgrad der jeweiligen Region recht deutlich abgestuft ist (siehe Schaubild 3). In den Regionen mit großen Verdichtungsräumen (Ty-

¹²⁾ Anders als in den Tabellen sind in das Schaubild 2 auch Angaben für Bremen (nur Bremen, Stadtkreis) aufgenommen worden.

¹³⁾ Siehe Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, „Informationen zur Raumentwicklung“, Heft 11/12, 1981.

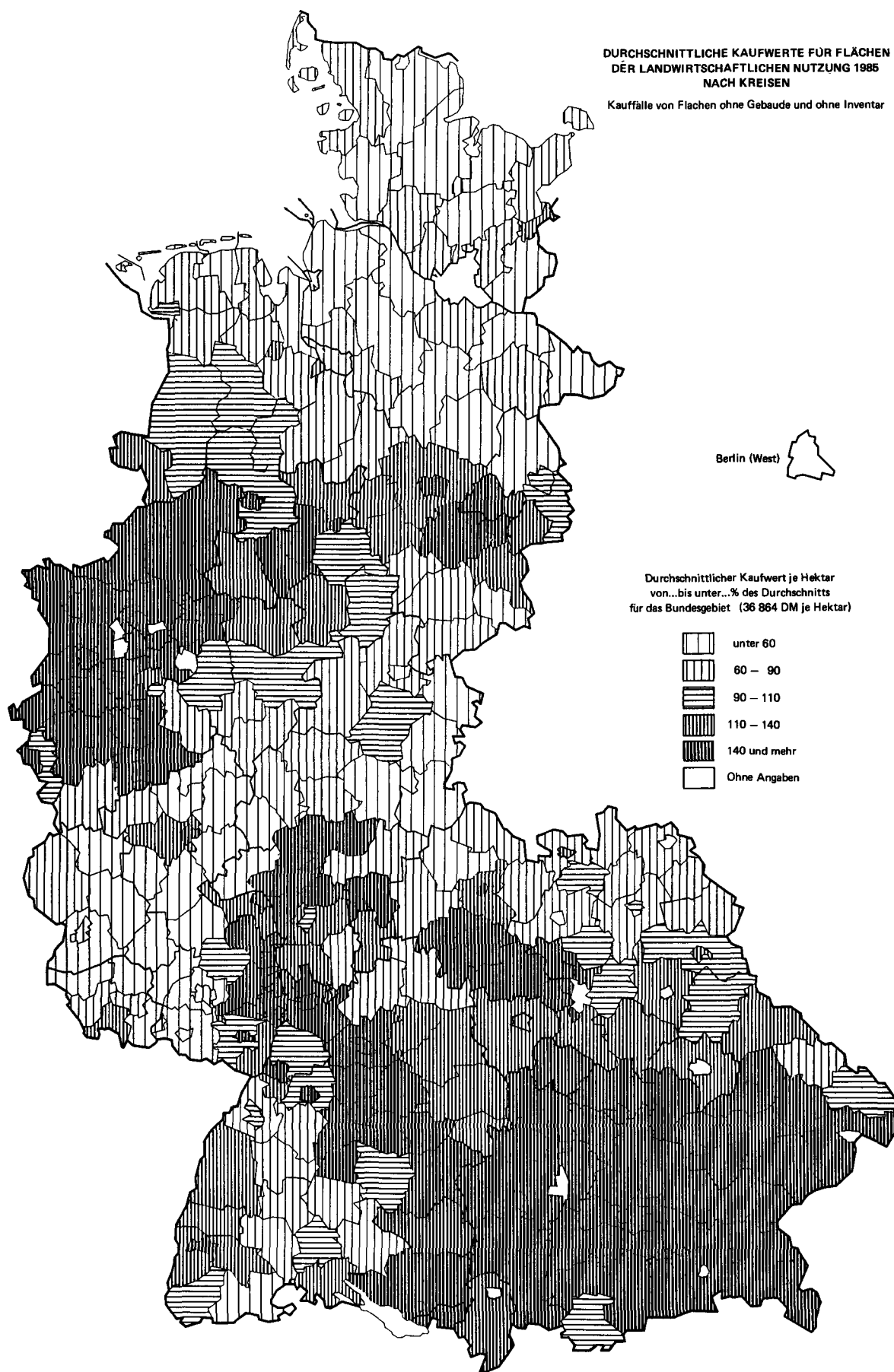
Tabelle 6: Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen 1985¹⁾

Siedlungsstrukturelle Kreistypen ²⁾	Kreise	Veräußerungsfälle		Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN)		Kaufwert			Ertragsmeßzahl in 100 je ha FdIN
		Anzahl	%	ha	%	insgesamt 1 000 DM	je ha FdIN DM	Bundesgebiet = 100	
I Regionen mit großen Verdichtungsräumen	113	10 035	29,2	12 326	28,4	522 643	42 402	115	46
Typ 1: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern	34	389	1,1	343	0,8	35 786	104 406	283	57
Typ 2: Umlandkreise mit hoher Verdichtung	49	5 095	14,8	3 245	7,5	203 500	62 709	170	53
Typ 3: Umlandkreise mit geringer Verdichtung	30	4 551	13,3	8 738	20,1	283 357	32 428	88	42
II Regionen mit Verdichtungsansätzen	113	15 921	46,4	18 059	41,6	659 536	36 522	99	47
Typ 4: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern	18	530	1,5	592	1,4	31 999	54 086	147	53
Typ 5: Umlandkreise	95	15 391	44,9	17 467	40,2	627 537	35 927	97	46
III Ländlich geprägte Regionen									
Typ 6:	83	8 359	24,4	13 059	30,1	419 332	32 111	87	40
Bundesgebiet	309	34 315	100	43 444	100	1 601 510	36 864	100	44

¹⁾ In den Nachweis sind nur die kreisfreien Städte und Landkreise einbezogen, für die in der Kaufwertestatistik Veräußerungsfälle „ohne Gebäude und ohne Inventar“ erfaßt worden sind. — Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin. — ²⁾ Siehe Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, 1981).

**DURCHSCHNITTLICHE KAUFWERTE FÜR FLÄCHEN
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN NUTZUNG 1985
NACH KREISEN**

Kauffälle von Flächen ohne Gebäude und ohne Inventar



Berlin (West)

Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar
von...bis unter...% des Durchschnitts
für das Bundesgebiet (36 864 DM je Hektar)







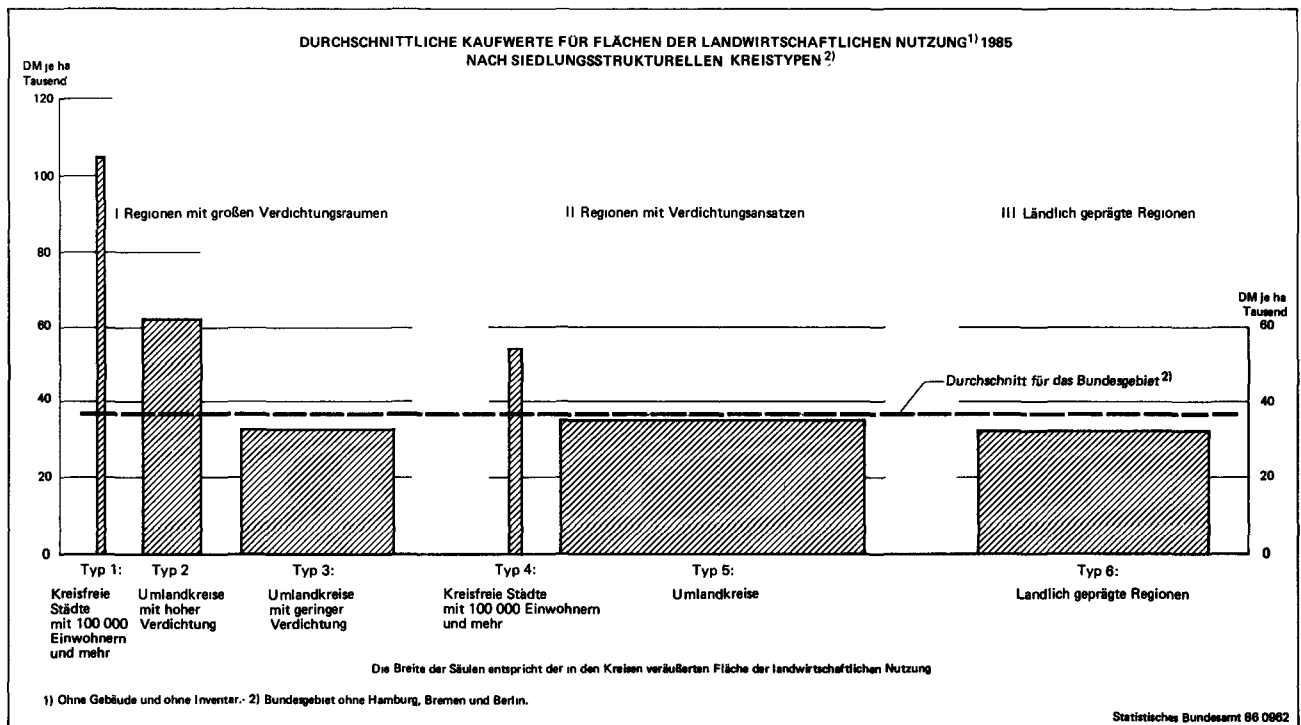
-  unter 60
-  60 – 90
-  90 – 110
-  110 – 140
-  140 und mehr
-  Ohne Angaben

Schaubild 3



pen 1 bis 3) wurden im Jahr 1985 durchschnittlich 42 402 DM je ha FdIN (115 % des Bundesdurchschnitts) bezahlt. In den Regionen mit Verdichtungsansätzen (Typen 4 und 5) wurden durchschnittlich 36 522 DM je ha FdIN (99 % des Bundesdurchschnitts) aufgewendet, während in den ländlich geprägten Regionen des Typs 6 lediglich 32 111 DM je ha FdIN (87 % des Bundesdurchschnitts) als durchschnittlicher Kaufwert ermittelt wurden. Im Kreistyp 3, das heißt in den Umlandkreisen der Regionen mit großen Verdichtungsräumen, belief sich der durchschnittliche Kaufwert auf 32 428 DM je ha FdIN (88 % des Bundesdurchschnitts). Somit lagen die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz in allen drei Kreistypen, deren Urbanisierungsgrad als relativ niedrig bezeichnet werden kann (Typen 3, 5 und 6), unter dem Bundesdurchschnitt. Dabei kann man den durchschnittlichen Kaufwert im Kreistyp 6 — ländlich geprägte Regionen — mit 32 111 DM je ha FdIN als diejenige Größe betrachten, auf deren Zustandekommen am Markt für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke die außerlandwirtschaftlichen Faktoren den geringsten Einfluß ausgeübt haben. Hingegen dürften die in den städtisch-industriell geprägten Gebieten (Kreistypen 1, 2 und 4) für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Vergleich zum Kreistyp 6 gezahlten Mehrbeträge — im Kreistyp 1 das 3,3fache, im Kreistyp 2 das 2,0fache — nur teilweise mit der durchschnittlich höheren Ertragsmeßzahl dieser Grundstücke zu erklären sein, zu einem bedeutenden Teil jedoch auf den unmittelbaren Wettbewerb zum Bauland in Erwartung einer späteren Nutzungsänderung zurückzuführen sein.

Die Aufgliederung der durchschnittlichen Kaufwerte von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen und nach Bundesländern im Vergleich der Jahre 1979 und 1985 (siehe Tabelle 7) zeigt, daß die Entwicklung der Kaufwerte in diesem Zeitraum sehr

heterogen verlaufen ist. Für die Regionen mit großen Verdichtungsräumen (Typen 1 bis 3) errechnet sich zwischen 1979 und 1985 nur ein Anstieg des durchschnittlichen Kaufwertes um 6 %, wobei in den Bundesländern erhebliche Steigerungen (Rheinland-Pfalz um 55 %, Bayern um 49 %), Stagnation (Niedersachsen + 5 %) und Rückgang (Schleswig-Holstein um 18 %) bei den durchschnittlichen Kaufwerten anzutreffen sind. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich die durchschnittlichen Kaufwerte gerade in den Umlandkreisen mit geringer Verdichtung (Typ 3) zwischen 1979 und 1985 im Bundesdurchschnitt nur sehr geringfügig erhöht haben (+ 3,9 %), was vor allem auf die Entwicklung in Niedersachsen mit seiner hohen Anzahl der Veräußerungsfälle und einem Anstieg des durchschnittlichen Kaufwertes um 4,4 % zurückzuführen ist.

Für die Regionen mit Verdichtungsansätzen (Typen 4 und 5) wurde für die Zeit von 1979 bis 1985 eine Steigerung des durchschnittlichen Kaufwertes um 35 % registriert. Dazu haben vor allem die Erhöhung des durchschnittlichen Ergebnisses in Baden-Württemberg um 59 % und die Verdoppelung des in Bayern ermittelten Kaufwertes beigetragen. In Niedersachsen wurde im Kreistyp 5 (Umlandkreise der Regionen mit Verdichtungsansätzen) bei hoher Anzahl der Veräußerungsfälle ein Anstieg des durchschnittlichen Kaufwertes um 16 % verzeichnet, der mit dem Rückgang für den Kreistyp 6 (ländlich geprägte Regionen) in demselben Bundesland um 4 % kontrastiert. Für die ländlich geprägten Regionen des Kreistyps 6 errechnet sich für das Bundesgebiet eine Anhebung des Durchschnittskaufwertes in den Jahren 1979 bis 1985 um 17 %, wobei Steigerungen in Bayern (+ 71 %), in Rheinland-Pfalz (+ 51 %) und in Baden-Württemberg (+ 50 %) herausragen, während sich sowohl für Schleswig-Holstein (– 11 %) als auch für Niedersachsen (– 4 %) ein Rückgang zeigt.

Tabelle 7: Durchschnittliche Kaufwerte je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen und nach Ländern¹⁾

Siedlungsstrukturelle Kreistypen ²⁾	Bundesgebiet ³⁾	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg ⁴⁾	Bayern	Saarland
Kaufwerte									
I Regionen mit großen Verdichtungsräumen									
1985	42 402	23 471	28 273	65 929	52 000	86 144	62 203	88 651	22 734
1979	39 956	28 776	26 949	49 086	42 888	55 640	48 161	59 536	15 713
Veränderung in %	+ 6,1	- 18,4	+ 4,9	+ 34,3	+ 21,2	+ 54,8	+ 29,2	+ 48,9	+ 44,7
Typ 1: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern									
1985	104 406	—	76 489	97 355	120 949	94 301	178 251	140 759	—
1979	85 619	—	44 906	63 396	156 678	58 444	96 677	161 704	—
Veränderung in %	+ 21,9	—	+ 70,3	+ 53,6	- 22,8	+ 61,4	+ 84,4	- 13,0	—
Typ 2: Umlandkreise mit hoher Verdichtung									
1985	62 709	28 405	42 824	68 406	55 682	83 094	66 203	96 957	26 544
1979	49 793	33 587	40 843	54 933	44 826	55 228	52 634	53 834	16 158
Veränderung in %	+ 25,9	- 15,4	+ 4,9	+ 24,5	+ 24,2	+ 50,5	+ 25,8	+ 80,1	+ 64,3
Typ 3: Umlandkreise mit geringer Verdichtung									
1985	32 428	22 367	28 089	57 355	44 165	—	28 239	77 223	17 829
1979	31 215	27 279	26 893	42 523	26 242	—	19 183	45 148	14 854
Veränderung in %	+ 3,9	- 18,0	+ 4,4	+ 34,9	+ 68,3	—	+ 47,2	+ 71,0	+ 20,0
II Regionen mit Verdichtungsansätzen									
1985	36 522	23 404	31 825	54 002	25 054	25 344	48 898	70 862	—
1979	27 150	24 758	27 021	41 894	19 826	19 127	30 837	34 641	—
Veränderung in %	+ 34,5	- 5,5	+ 17,8	+ 28,9	+ 26,4	+ 32,5	+ 58,6	+ 104,6	—
Typ 4: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern									
1985	54 086	41 091	45 489	80 204	25 272	66 103	128 513	152 688	—
1979	40 022	31 741	31 226	62 269	24 551	74 002	92 590	—	—
Veränderung in %	+ 35,1	+ 29,5	+ 45,7	+ 28,8	+ 2,9	- 10,7	+ 38,8	x	—
Typ 5: Umlandkreise									
1985	35 927	23 384	31 310	53 192	25 017	24 830	46 436	70 637	—
1979	26 804	24 702	26 919	41 134	19 129	18 225	30 294	34 641	—
Veränderung in %	+ 34,0	- 5,3	+ 16,3	+ 29,3	+ 30,8	+ 36,2	+ 53,3	+ 103,9	—
III Ländlich geprägte Regionen: Typ 6									
1985	32 111	21 063	25 578	48 190	18 589	17 329	40 955	57 599	—
1979	27 510	23 546	26 536	40 803	12 558	11 485	27 305	33 709	—
Veränderung in %	+ 16,7	- 10,5	- 3,6	+ 18,1	+ 48,0	+ 50,9	+ 50,0	+ 70,9	—
Insgesamt									
1985	36 864	22 176	29 165	59 565	32 849	27 046	50 519	63 759	22 734
1979	30 474	24 894	26 890	46 095	25 988	19 737	35 301	35 914	15 713
Veränderung in %	+ 21,0	- 10,2	+ 8,5	+ 29,2	+ 26,4	+ 37,0	+ 43,1	+ 77,5	+ 44,7
Veräußerungsfälle									
I Regionen mit großen Verdichtungsräumen									
1985	10 035	313	2 416	1 723	1 036	516	2 894	297	840
1979	7 472	178	898	1 530	936	569	2 441	369	561
Veränderung in %	+ 34,3	+ 75,8	+ 172,1	+ 12,6	+ 10,7	- 9,3	+ 18,6	- 19,5	+ 49,7
Typ 1: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern									
1985	389	—	4	111	54	115	92	13	—
1979	292	—	—	102	57	75	31	—	—
Veränderung in %	+ 33,2	—	x	+ 8,8	- 5,3	+ 53,3	+ 198,8	x	—
Typ 2: Umlandkreise mit hoher Verdichtung									
1985	5 095	75	11	746	630	401	2 554	125	553
1979	4 476	33	—	566	610	494	2 223	—	356
Veränderung in %	+ 13,8	+ 127,3	x	+ 31,8	+ 3,3	- 18,8	+ 14,9	x	+ 55,3
Typ 3: Umlandkreise mit geringer Verdichtung									
1985	4 551	238	2 401	866	352	—	248	159	287
1979	2 704	145	882	882	269	—	187	154	205
Veränderung in %	+ 68,3	+ 64,1	+ 172,2	+ 0,5	+ 30,9	—	+ 32,6	+ 3,2	+ 40,0
II Regionen mit Verdichtungsansätzen									
1985	15 921	387	3 049	1 018	1 567	4 577	4 083	1 240	—
1979	13 062	301	1 599	652	1 298	4 818	2 741	1 653	—
Veränderung in %	+ 21,9	+ 28,6	+ 90,7	+ 56,1	+ 20,7	- 5,0	+ 49,0	- 25,0	—
Typ 4: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern									
1985	530	—	103	—	269	67	72	5	—
1979	463	3	26	7	277	112	38	—	—
Veränderung in %	+ 14,5	x	+ 296,2	x	- 2,9	- 40,2	+ 89,5	x	—
Typ 5: Umlandkreise									
1985	15 391	—	2 946	—	1 298	4 510	4 011	1 235	—
1979	12 599	298	1 573	645	1 021	4 706	2 703	1 653	—
Veränderung in %	+ 22,2	x	+ 87,3	x	+ 27,1	- 4,2	+ 48,4	- 25,3	—
III Ländlich geprägte Regionen: Typ 6									
1985	8 359	1 004	1 543	286	263	1 489	1 303	2 471	—
1979	7 388	667	711	230	195	1 177	975	3 433	—
Veränderung in %	+ 13,1	+ 50,5	+ 117,0	+ 24,3	+ 34,9	+ 26,5	+ 33,6	- 28,0	—
Insgesamt									
1985	34 315	1 704	7 008	3 027	2 866	6 582	8 280	4 008	840
1979	27 922	1 146	3 198	2 412	2 429	6 564	6 157	5 455	561
Veränderung in %	+ 22,9	+ 48,7	+ 119,1	+ 25,5	+ 18,0	+ 0,3	+ 34,5	- 26,5	+ 49,7

¹⁾ In den Nachweis sind nur die kreisfreien Städte und Landkreise einbezogen, für die in der Kaufwertestatistik Veräußerungsfälle, ohne Gebäude und ohne Inventar⁴⁾ erfaßt worden sind. — ²⁾ Siehe Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, 1981). — ³⁾ Ohne Hamburg, Bremen und Berlin. — ⁴⁾ Im Jahr 1985 Mehrererfassung aufgrund einer Verfahrensänderung.

Schlußfolgerung

Beim Zustandekommen der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke spielen zahlreiche Faktoren eine Rolle, wobei die Ertragsfähigkeit der Böden als preisbestimmendes Element sehr häufig hinter anderen Komponenten zurücktritt. Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus der Betrachtung und dem Vergleich der längerfristigen Entwicklung der Kaufwerte seit 1974, also in einer Zeit, während welcher die Landwirtschaft zunehmend mit den Folgen der Überschußproduktion (Absatzschwierigkeiten) zu kämpfen hat und das Agrarpreisniveau im Gemeinsamen Markt ohnehin nur noch mit Hilfe von Subventionen gehalten werden kann. Es ist daher bemerkenswert, daß im Jahr 1985 für die veräußerten landwirtschaftlichen Grundstücke durchschnittlich ein wesentlich höherer Kaufwert je Flächeneinheit erzielt wurde als 1979, obwohl in diesen sechs Jahren die landwirtschaftliche Überschußproduktion und die politischen Auseinandersetzungen über die Höhe der Subventionen ständig zugenommen haben. Man kann darin sowohl das Bemühen der Betriebsinhaber sehen, durch eine Anpassung der Betriebsgröße nach oben bessere Voraussetzungen für das Bestehen des zu erwartenden noch schärferen Wettbewerbs auf den EG-Agrarmärkten in der Zukunft zu schaffen, aber auch den Schluß ziehen, daß das Preisgefüge bei landwirtschaftlich genutzten Grundstücken von der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft im Vergleich zu der in den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft und in Zeiten stärkerer Inflation — wie ausgangs der 70er Jahre — von dem Bestreben der Landwirte und Nichtlandwirte, den Boden als werterhaltende Kapitalanlage zu verwenden, stärker als durch kurz- und mittelfristige Änderungen in der Ertrags- und Marktlage der Landwirtschaft beeinflusst wird. Besonders in langfristiger Betrachtung werden diese außerlandwirtschaftlichen Einflußfaktoren auch für das Zustandekommen der Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke mitbestimmend sein, weil — unabhängig von den Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Nutzung und Gewinnerzielung — der zunehmende Landschaftsverbrauch für nichtlandwirtschaftliche Zwecke auch den landwirtschaftlichen Flächen tendenziell einen ständig steigenden Knappheitswert zukommen läßt.

Dr. Vladislav Bajaja

Wohngeld 1985

Ergebnisse der Wohngeldstatistik

Vorbemerkung

Während die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Zins- und Tilgungszuschüsse, öffentliche Baudarlehen, Aufwendungsbeihilfen u. ä. an das Bauobjekt anknüpft, ist das Wohngeld ein auf den Wohnungsinhaber (Subjektförderung) abstellendes Instrument zur sozialen Absicherung marktwirtschaftlich orientierter Wohnungspolitik. Die individuelle Wohngeldförderung hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen, insbesondere da aufgrund des Wohngeldes die verfügbaren Mittel wirksam und treffsicher eingesetzt werden können.

Wohngeld gibt es als Mietzuschuß vor allem für Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers sowie für Heimbewohner. Lastenzuschuß erhalten hauptsächlich Eigentümer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung. Jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, hat einen Rechtsanspruch auf Wohngeld. Die Höhe des Wohngeldes hängt ab von der Zahl der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, vom Familieneinkommen und von der zuschufähigen Miete oder Belastung. Die Einzelheiten regelt das Wohngeldgesetz (WoGG), das nunmehr schon seit über 20 Jahren besteht.

Ungeachtet der vielfältigen Änderungen von Einzelregelungen, die das Wohngeldgesetz seit 1965 erfahren hat, dient es nach wie vor dem ursprünglichen Zweck, einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten ein angemessenes, familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen und auf Dauer zu sichern. Diese Aufgabe ist nur dann zu erfüllen, wenn die Wohngeldbezieher bei gleichbleibenden persönlichen Voraussetzungen von einer gewissen Stetigkeit der durch das Wohngeld bewirkten Entlastung ausgehen können. Deshalb werden die Wohngeldbeträge in den Wohngeldtabellen zusammen mit den Einkommensgrenzen der Wohngeldförderung sowie die Höchstbeträge, bis zu denen die Miete oder Belastung bezuschußt wird, von Zeit zu Zeit an die Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt. Der Leistungsstandard des Wohngeldes hängt — wie der anderer Sozialleistungen — naturgemäß von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte ab. Ohne Anpassung des Wohngeldes würden die Wohngeldleistungen sowie die Zahl der Wohngeldempfänger ständig zurückgehen. Die Gesetzesnovellen dienen jedoch nicht nur der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Wohngeldsystems, sondern ebenso seiner Fortentwicklung und dem Abbau von bestehenden Verzerrungen.

senes, familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen und auf Dauer zu sichern. Diese Aufgabe ist nur dann zu erfüllen, wenn die Wohngeldbezieher bei gleichbleibenden persönlichen Voraussetzungen von einer gewissen Stetigkeit der durch das Wohngeld bewirkten Entlastung ausgehen können. Deshalb werden die Wohngeldbeträge in den Wohngeldtabellen zusammen mit den Einkommensgrenzen der Wohngeldförderung sowie die Höchstbeträge, bis zu denen die Miete oder Belastung bezuschußt wird, von Zeit zu Zeit an die Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt. Der Leistungsstandard des Wohngeldes hängt — wie der anderer Sozialleistungen — naturgemäß von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte ab. Ohne Anpassung des Wohngeldes würden die Wohngeldleistungen sowie die Zahl der Wohngeldempfänger ständig zurückgehen. Die Gesetzesnovellen dienen jedoch nicht nur der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Wohngeldsystems, sondern ebenso seiner Fortentwicklung und dem Abbau von bestehenden Verzerrungen.

Entwicklung des Wohngeldes

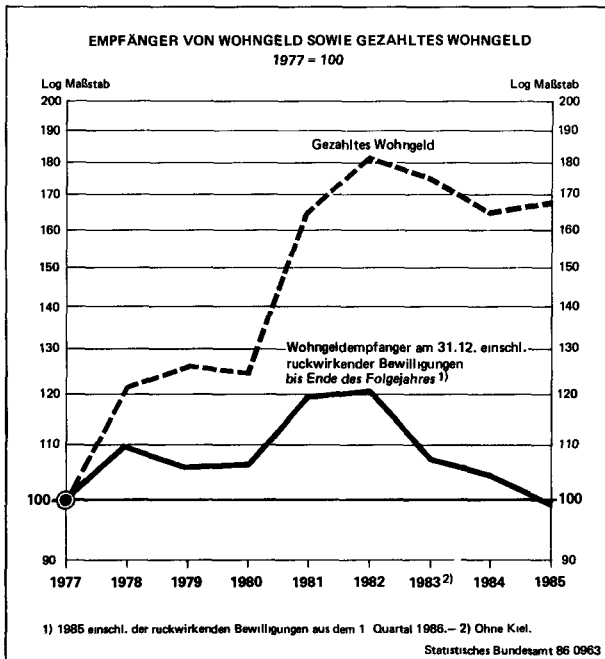
Die sozialen und finanziellen Auswirkungen, die sich aufgrund der Änderungen bzw. Anpassungen des Wohngeldgesetzes ergeben, spiegeln sich deutlich in der Wohngeldstatistik wider. Tabelle 1 zeigt die langfristige Entwicklung der Wohngeldleistungen. Die Anzahl der Wohngeldempfänger hat seit dem Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes im Jahr 1965 bis Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich zugenommen. Bis Ende der siebziger Jahre war dann zunächst die Empfängerzahl rückläufig und erreichte erst nach der 5. Wohngeldnovelle in den Jahren 1981 und 1982 wieder annähernd den Stand von 1975. Seit 1983 ist wieder ein Rückgang der Empfängerzahlen festzustellen.

Tabelle 1: Privathaushalte und Haushalte mit Wohngeldempfang sowie gezahltes Wohngeld

Jahr	Privat- haus- halte ¹⁾ ins- gesamt	Empfänger von Wohngeld ²⁾			Davon						im Berichtsjahr gezahlte Wohngeldbeträge ³⁾	
		ins- gesamt	Verände- rung gegenüber Vorjahr	Anteil von Spalte 1	Mietzuschuß			Lastenzuschuß			ins- gesamt	Verände- rung gegenüber Vorjahr
					zu- sammen	Verände- rung gegenüber Vorjahr	Anteil von Spalte 2	zu- sammen	Verände- rung gegenüber Vorjahr	Anteil von Spalte 2		
1000		%		1000	%		1000	%		Mill. DM	%	
1965	21 211	394,9	—	1,9	356,2	—	90,2	38,8	—	9,8	160	—
1970	21 991	908,3	+ 6,8	4,1	840,9	+ 9,3	92,6	67,4	- 17,2	7,4	599	+ 4,7
1971	22 852	1 153,9	+ 27,0	5,0	1 065,5	+ 26,7	92,3	88,4	+ 31,2	7,7	845	+ 41,1
1972	22 994	1 277,8	+ 10,7	5,6	1 197,6	+ 12,4	93,7	80,2	- 9,3	6,3	1 183	+ 40,1
1973	23 233	1 301,6	+ 1,9	5,6	1 231,7	+ 2,9	94,6	69,8	- 13,0	5,4	1 134	- 4,2
1974	23 651	1 649,9	+ 26,8	7,0	1 541,3	+ 25,1	93,4	108,7	+ 55,6	6,6	1 487	+ 31,0
1975	23 722	1 665,7	+ 1,0	7,0	1 566,6	+ 1,6	94,1	99,1	- 8,8	5,9	1 643	+ 10,5
1976	23 943	1 585,4	- 4,8	6,6	1 502,8	- 4,1	94,8	82,6	- 16,7	5,2	1 615	- 1,7
1977	24 165	1 467,0	- 7,5	6,1	1 400,1	- 6,8	95,4	66,9	- 18,9	4,6	1 473	- 8,8
1978	24 221	1 548,9	+ 5,6	6,4	1 453,6	+ 3,8	93,9	95,2	+ 42,3	6,1	1 789	+ 21,5
1979	24 486	1 518,3	- 2,0	6,2	1 431,1	- 1,6	94,3	87,2	- 8,4	5,7	1 857	+ 3,8
1980	24 811	1 485,7	- 2,1	6,0	1 407,2	- 1,7	94,7	78,5	- 10,0	5,3	1 835	- 1,2
1981	25 100	1 609,0	+ 8,3	6,4	1 487,9	+ 5,7	92,5	121,1	+ 54,3	7,5	2 433	+ 32,6
1982	25 336	1 610,9	+ 0,1	6,4	1 499,9	+ 0,8	93,1	111,0	- 8,3	6,9	2 667	+ 9,6
1983 ⁴⁾	.	1 422,5	- 11,0 ⁶⁾	.	1 329,4	- 10,7 ⁶⁾	93,5	93,1	- 15,9 ⁶⁾	6,5	2 567	- 3,0 ⁶⁾
1984	.	1 383,1	- 3,5 ⁷⁾	.	1 296,4	- 3,3 ⁷⁾	93,7	86,8	- 7,0 ⁷⁾	6,3	2 430	- 6,1 ⁷⁾
1984 ⁵⁾	.	1 548,5	1	.	1 449,7	1	93,6	98,8	1	6,4	2 430	- 6,1 ⁷⁾
1985 ⁵⁾	.	1 511,9	- 2,4	.	1 419,6	- 2,1	93,9	92,3	- 6,5	6,1	2 469	+ 1,6

1) 1965 wohnberechtigte Bevölkerung, 1970 Ergebnis der Volkszählung am 27. 5.; sonst Ergebnisse des Mikrozensus im April 1971, 1972, 1974, 1977, 1978, 1979, 1980 bzw. Mai 1973, 1975, 1976, 1981, 1982. — 2) Jeweils am 31. 12. — 3) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen im Kalenderjahr. — 4) Bundesgebiet ohne Kiel. — 5) Einschl. rückwirkender Bewilligungen aus dem 1. Quartal des Folgejahres. — 6) Den Veränderungsraten wurde 1982 ohne Kiel zugrunde gelegt. — 7) Den Veränderungsraten wurde 1984 ohne Kiel zugrunde gelegt.

Schaubild 1



Die Wohngeldnovellen in den Jahren 1971, 1974, 1978 und 1981 haben jeweils zunächst zu einer Zunahme der Zahl der Wohngeldempfänger geführt. Ab dem zweiten Jahr nach den Novellen setzte dann der Prozeß des „Herauswachsens“ aus der Förderung ein, das heißt infolge von nominalen Einkommenserhöhungen überschritten Wohngeldempfänger die gesetzlich dafür vorgesehenen Höchstbeträge. Dies führte dazu, daß die Empfängerzahlen bis zur nächsten Wohngeldanpassung zurückgingen. Weitgehend parallel zu den Schwankungen der Empfängerzahlen verlief auch die Ausgabenentwicklung. Üblicherweise steigen die Wohngeldausgaben nach den Novellen in den ersten beiden Jahren jeweils deutlich an, danach gehen sie in der Regel zurück.

Die im nachfolgenden beschriebenen Daten beziehen sich auf die Ergebnisse der Wohngeldstatistik zum Erhebungsstichtag 31. Dezember 1985 einschließlich der rückwirkenden Bewilligungen aus dem 1. Quartal 1986, denen ebenfalls noch das alte Wohngeldgesetz zugrunde lag¹⁾. Zum 1. Januar 1986 trat die 6. Wohngeldnovelle in Kraft, die wieder ansteigende Empfängerzahlen mit sich bringen wird.

Personenkreis der Wohngeldempfänger

Im Dezember 1985 bezogen rund 1,51 Mill. Haushalte Wohngeld. Damit nahm die Zahl der Empfänger gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % ab. Die Wohngeldausgaben, die je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden, betragen im gesamten Jahr 1985 rund 2,47 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 1,6 %. Der Rückgang der Bezieherzahl ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Wohngeldempfänger aus der Förderung „herausgewachsen“ ist. Demge-

genüber ist der Anstieg bei den Wohngeldausgaben damit zu erklären, daß einerseits Wohngeldempfänger mit unterdurchschnittlichem Wohngeld — hierbei handelt es sich vor allem um Rentner — aus dem Kreis der Bezieher ausgeschieden sind, andererseits aber Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die aufgrund ihrer relativ ungünstigen Einkommensverhältnisse einen überdurchschnittlich hohen Wohngeldanspruch besitzen, vermehrt Wohngeld in Anspruch genommen haben.

Gegenüber dem Vorjahr ging sowohl die Zahl der Mietzuschußempfänger (— 2,1 %) als auch die der Lastenzuschußempfänger (— 6,5 %) zurück. Insgesamt erhielten 1,42 Mill. Haushalte einen Mietzuschuß und 92 000 Haushalte einen Lastenzuschuß. Das Wohngeld kommt also vorrangig den Mietern zugute. Der durchschnittliche Wohngeldanspruch je Haushalt stieg im Dezember 1985 gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 1 DM auf monatlich 119 DM; die Leistungen an Mieterhaushalte betragen dabei durchschnittlich 118 DM pro Monat, die Leistungen an Eigentümerhaushalte dagegen 135 DM. Bei der Zahl der Bezieher und dem durchschnittlich gezahlten Wohngeld handelt es sich um Zahlen für den Monat Dezember 1985. Hingegen wird das Volumen der Wohngeldausgaben durch Kumulierung der jeweiligen Monatsdaten ermittelt. Die Ergebnisse für den Dezember und die kumulierten monatlichen Wohngeldausgaben können daher nicht in einen direkten Bezug gesetzt werden.

Drei Viertel aller Wohngeldbezieher lebten zum Berichtszeitpunkt außerhalb der Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern. Knapp die Hälfte der Empfänger wohnte in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern. Im Gegensatz zu den Mietzuschußempfängern leben die Lastenzuschußempfänger fast ausschließlich außerhalb der großen Städ-

Tabelle 2: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1985 nach Gemeindegrößenklassen und nach Art des Zuschusses

Gemeinden von ... bis unter ... Einwohnern	Empfänger von Wohngeld insgesamt		Mietzuschuß		Lastenzuschuß	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 100 000	767,4	50,8	684,6	48,2	82,8	89,6
100 000—500 000	365,5	24,2	359,3	25,3	6,2	6,8
500 000 und mehr	379,0	25,1	375,7	26,5	3,3	3,6
Insgesamt ...	1 511,9	100	1 419,6	100	92,3	100

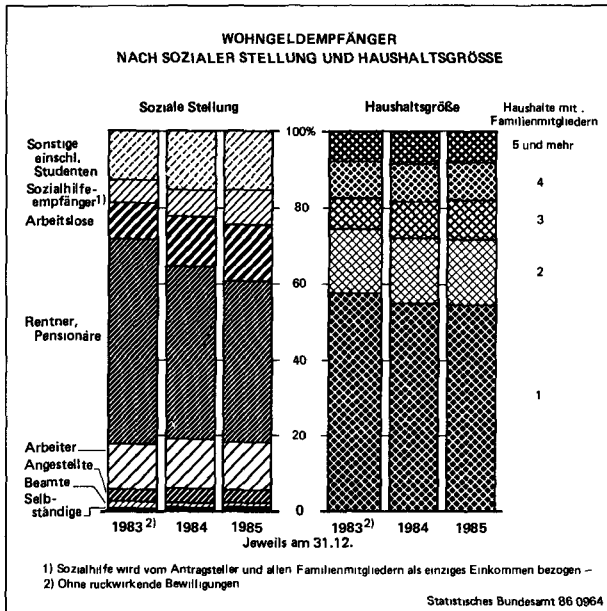
te. Kaum 7 % besaßen ein Haus bzw. eine Eigentumswohnung in Städten zwischen 100 000 und 500 000 Einwohnern und nur knapp 4 % in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern. Die anteilmäßige Verteilung der Miet- und Lastenzuschußempfänger nach Gemeindegrößenklassen hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Gleiches gilt auch für die Wohngeldempfänger insgesamt.

Soziale Stellung und Haushaltsgröße

Im Dezember 1985 waren 67 % aller Wohngeldempfänger nicht erwerbstätig; nahezu zwei Drittel hiervon waren Rentner und Pensionäre. Lediglich 18 % der Bezieher gingen einer beruflichen Tätigkeit nach, wovon allein 69 % Arbeiter waren. Bei knapp 15 % der Haushalte mit Wohngeldbezug war der Antragsteller arbeitslos.

¹⁾Zur Problematik der rückwirkenden Bewilligungen siehe WiSta 9/1985, S. 752 ff.

Schaubild 2



Ein Vergleich mit den Vorjahresdaten verdeutlicht die schon eingangs erwähnten Verschiebungen in der sozialen Struktur der Wohngeldempfänger. Bei den Haushalten mit relativ kontinuierlicher Einkommensentwicklung hat sich 1985 der Prozeß des Herauswachsendens aus der Wohngeldförderung weiter fortgesetzt. So hat sich die Zahl der Rentner und Pensionäre, der traditionell größten Gruppe unter den Wohngeldempfängern, gegenüber 1984 um 59 000 (— 8,3 %) verringert; bei den Erwerbstätigen gab es ebenfalls einen Rückgang, der mit 13 000 oder 4,7 % aber deutlich geringer ausfiel. Dagegen ist die Zahl der Arbeitslosen unter den Wohngeldempfängern gestiegen, und

Tabelle 3: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1985 nach sozialer Stellung und Haushaltsgröße

Soziale Stellung	Empfänger von Wohngeld insgesamt		Davon Haushalte mit ... Familienmitgliedern			
	1 000	%	1	2	3 und 4	5 und mehr
Insgesamt	1 511,9	100	54,5	17,2	20,0	8,4
Erwerbstätiger	272,2	18,0	2,4	2,3	8,1	5,2
Selbständiger	10,7	0,7	0,1	0,1	0,3	0,2
Beamter	20,5	1,4	0,0	0,0	0,9	0,4
Angestellter	54,4	3,6	0,6	0,7	1,6	0,6
Arbeiter	186,6	12,3	1,6	1,4	5,4	3,9
Arbeitsloser	221,7	14,7	6,7	2,6	3,9	1,5
Nichterwerbstätiger	1 018,0	67,3	45,4	12,2	8,0	1,7
Rentner/Pensionär	647,8	42,8	34,3	6,5	1,7	0,4
Student	26,2	1,7	1,0	0,3	0,4	0,0
Sozialhilfeempfänger ¹⁾	135,2	8,9	6,2	1,3	1,2	0,3
Sonstiger	208,8	13,8	4,0	4,1	4,7	1,0
Veränderung gegenüber 1984						
Insgesamt	- 36,6	- 2,4	- 2,6	- 1,5	- 1,6	- 4,4
Erwerbstätiger	- 13,5	- 4,7	+ 0,0	- 2,0	- 5,7	- 6,4
Selbständiger	+ 0,6	+ 5,5	+ 5,8	+ 5,9	+ 9,3	- 0,4
Beamter	- 1,9	- 8,7	- 4,0	- 12,0	- 8,9	- 8,3
Angestellter	- 4,1	- 7,0	- 4,6	- 5,5	- 7,9	- 8,7
Arbeiter	- 8,0	- 4,1	+ 1,7	- 0,5	- 5,2	- 6,0
Arbeitsloser	+ 11,0	+ 5,2	+ 10,5	+ 5,9	- 0,3	- 2,7
Nichterwerbstätiger	- 34,1	- 3,2	- 4,4	- 2,8	+ 2,2	+ 0,7
Rentner/Pensionär	- 58,8	- 8,3	- 7,9	- 10,3	- 8,0	- 9,4
Student	+ 0,8	+ 3,2	+ 6,7	+ 2,2	- 2,7	- 6,3
Sozialhilfeempfänger ¹⁾	+ 31,2	+ 30,0	+ 15,3	+ 63,8	+ 102,1	+ 105,8
Sonstiger	- 7,3	- 3,4	- 0,2	- 3,1	- 5,0	- 8,3

¹⁾ Sozialhilfe wird vom Antragsteller und allen Familienmitgliedern als einziges Einkommen bezogen.

zwar um 11 000 oder 5,2 %. Gleiches gilt auch für die Haushalte mit Sozialhilfe als einzigem Einkommen; binnen Jahresfrist erhöhte sich ihre Anzahl um 31 000 oder 30 %. Der seit der letzten Wohngeldnovelle im Jahr 1981 anhaltende Anstieg des Anteils der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger unter den Wohngeldbeziehern verdeutlicht, daß das Wohngeld verstärkt Aufgaben der sozialen Sicherung wahrnimmt und mittlerweile zu einem wichtigen Bestandteil des sozialen Netzes geworden ist.

Die Gliederung der Empfänger von Wohngeld nach der Haushaltsgröße verdeutlicht, daß die Wohngeldleistungen überwiegend — wie auch schon in den vergangenen Jahren — an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt werden (72 %). Vier Fünftel dieser Wohngeldbezieher — größtenteils Rentner und Pensionäre — waren nicht erwerbstätig. Ein anderes Bild ergibt sich bei den Haushalten mit drei und mehr Personen, die 28 % der Wohngeldbezieher ausmachten. Von diesen Haushalten hatten immerhin 47 % einen erwerbstätigen Haushaltsvorstand.

Wohnsituation der Wohngeldempfänger

Die Wohnungen der Wohngeldempfänger sind im allgemeinen gut ausgestattet. Drei Viertel der Wohngeldbezieher lebten 1985 in Wohnungen mit Sammelheizung und Bad. Insgesamt hat sich damit im Berichtsjahr wie schon im vergangenen Jahr gezeigt, daß die Empfänger von Wohngeld zunehmend in besser ausgestatteten Wohnungen wohnen. So stieg der Anteil der Wohngeldempfänger in Wohnungen mit Sammelheizung und Bad, in denen bereits im Vorjahr der weitaus größte Teil lebte, zum Berichtszeitpunkt nochmals um rund einen Prozentpunkt an.

Schlecht ausgestattete Wohnungen finden sich vornehmlich in den vor 1948 fertiggestellten Altbauten, in denen wie schon im Vorjahr knapp 23 % der Wohngeldbezieher lebten. Hier hatten 14 % der von Wohngeldempfängern bewohnten Wohnungen weder Sammelheizung noch Bad. Ein weiteres Drittel dieser Altbauwohnungen war entweder nur mit Heizung oder nur mit Bad ausgestattet. Demgegenüber verfügen Wohngeldempfänger in Neubauten zu vier Fünfteln über beide Ausstattungskategorien. Die Baustruktur der von Wohngeldbeziehern bewohnten Wohnungen hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Geringfügige Verschiebungen gab es lediglich bei den Neubauwohnungen. So stieg der Anteil der Wohngeldempfänger in den ab 1978 bezugsfertigen Wohnungen binnen Jahresfrist um rund einen Prozentpunkt an.

Die Größe der von den Wohngeldbeziehern bewohnten Wohnungen hat sich in den vergangenen Jahren ebenfalls kaum verändert. Dies gilt sowohl für die Durchschnittswerte der Wohnflächen als auch für deren Verteilung. Wie schon im Vorjahr lebte zum Berichtszeitpunkt ein Fünftel der Mietzuschußempfänger in Wohnungen unter 40 m² Wohnfläche, 64 % in Wohnungen mit einer Fläche von 40 bis 80 m² und 16 % in Wohnungen über 80 m². Für die durchschnittliche Wohnfläche aller Mieterhaushalte ergab sich ein Wert von 58 m².

Gemessen an den Richtflächen, an denen sich die geltenden Höchstbeträge für Miete und Belastung orientieren, ist

die durchschnittliche Wohnflächenversorgung der Mietzuschußempfänger in Haushalten mit ein bis drei Personen relativ gut, während Haushalte mit vier und mehr Personen im Durchschnitt die Richtflächen nicht erreichen. Für die Mieterhaushalte mit zwei Personen ergab sich beispielsweise ein Durchschnittswert von 62 m², der mit dem hierfür vorgesehenen Richtwert übereinstimmt. Dagegen unterschritt die festgestellte Durchschnittsfläche für die Fünfpersonenhaushalte mit 88 m² den entsprechenden Richtwert um 10 m². Die durchschnittliche Wohnfläche, die dieser Haushaltsgruppe zur Verfügung stand, war damit nicht einmal doppelt so groß wie die der Einpersonenhaushalte (46 m²). Ein Drittel dieser großen Familien mußten in Wohnungen leben, die kleiner als 80 m² waren.

Durchschnittsflächen für bestimmte Haushaltsgruppen sind für die Wohnflächenversorgung jedoch nur von begrenzter Aussagekraft, da die Wohnungsgrößen breit streuen. Bei den Einpersonenhaushalten, die in Mietwohnungen lebten, betrug zum Beispiel die durchschnittliche Wohnfläche 46 m² und lag somit nur geringfügig unter der entsprechenden Richtfläche von 48 m², jedoch wohnte ein Drittel dieser Einpersonenhaushalte in Mietwohnungen, die kleiner als 40 m² sind, während zugleich 19 % in Wohnungen lebten, die mehr als 60 m² aufweisen. Diese breite Streuung der Wohnflächen ist u. a. darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil von alleinstehenden Rentnern große Wohnungen beibehält und zugleich andere alleinstehende Wohngeldempfänger relativ kleine Appartements oder Einzelzimmer bewohnen.

Wie schon in den Vorjahren lagen auch 1985 die durchschnittlichen Wohnflächen der Eigentümerhaushalte mit Wohngeld erheblich über den Richtflächen. Gewichtet mit dem Anteil der Wohngeldempfänger je Haushaltsgröße hatten Eigentümerhaushalte eine um 63 % höhere Wohnfläche zur Verfügung als Mieterhaushalte mit Wohngeld.

Wohnkosten

Miete im Sinne des Wohngeldgesetzes ist das Entgelt für die Gebrauchsüberlassung von Wohnraum. Zur zuschußfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung u. a. Zur Belastung zählen der Kapitaldienst wie Zinsen, Tilgung usw. sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

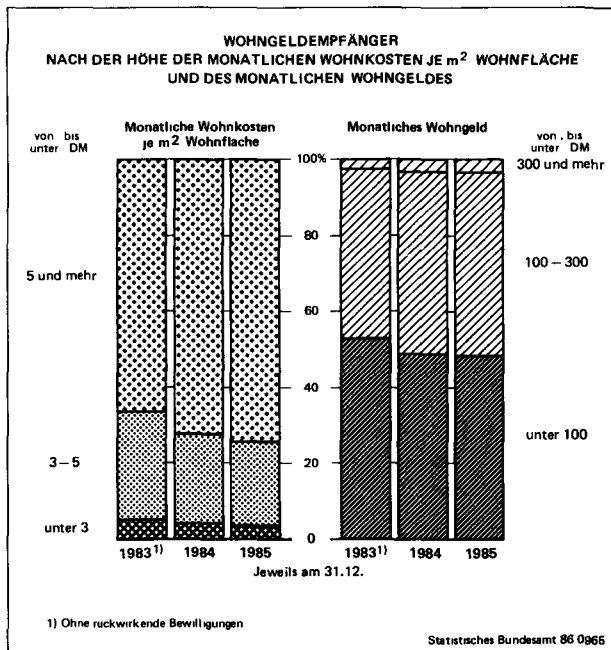
Die durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten der Empfängerhaushalte erhöhten sich binnen Jahresfrist von 367 auf 377 DM (+ 2,7 %) bzw. von 6,05 DM je m² Wohnfläche auf 6,21 DM (+ 2,6 %). Drei Viertel der Wohngeldbezieher hatten eine monatliche Miete bzw. Belastung je m² Wohnfläche von mehr als 5 DM aufzubringen, rund 22 % bezahlten zwischen 3 und 5 DM und lediglich knapp 4 % weniger als 3 DM. Der Anteil der Anspruchsberechtigten, die weniger als 5 DM je m² Wohnfläche zahlten, verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um rund drei Prozentpunkte und liegt derzeit bei 25 %.

Die Wohnkosten der Empfänger von Mietzuschuß betragen zum Berichtszeitpunkt 6,16 DM je m² Wohnfläche. Gegenüber der Vorperiode bedeutet dies eine Steigerung von 3 %. Bei Einpersonenhaushalten betrug die durchschnittliche Monatsmiete zum Berichtszeitpunkt 281 DM und bei Zweipersonenhaushalten 381 DM. Wie schon in den vergangenen Jahren lagen die Mieten in Wohnungen mit einem jüngeren Baudatum über denen mit einem älteren. Durchschnittlich zahlten die Hauptmieter, die in einem Altbau wohnten, 5,35 DM je m² Miete. Dagegen mußten die Bewohner von Wohnungen, die nach 1978 fertiggestellt wurden, eine durchschnittliche Quadratmetermiete von 6,89 DM entrichten. Im Schnitt war die Quadratmetermiete der Hauptmieter mit Wohngeld in den öffentlich geförder-

Tabelle 4: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1985 nach Größe, Ausstattung und Bezugsfertigkeit der Wohnung und nach der Art des Zuschusses

Gegenstand der Nachweisung	Empfänger von Wohngeld			Davon			
	insgesamt		Veränderung gegenüber 1984	Mietzuschuß		Lastenzuschuß	
	1 000	%		zusammen	Veränderung gegenüber 1984	zusammen	Veränderung gegenüber 1984
Insgesamt	1 511,9	100	- 2,4	93,9	- 2,1	6,1	- 6,5
nach der Wohnungsgröße							
von .. bis unter .. m ²							
unter 40	287,5	19,0	- 2,9	99,8	- 2,9	0,2	- 11,7
40 - 80	918,3	60,7	- 2,2	98,4	- 2,1	1,6	- 6,5
80 und mehr	306,2	20,3	- 2,5	74,8	- 1,0	25,2	- 6,5
nach der Ausstattung der Wohnung							
Ohne Sammelheizung und ohne Bad/Duschraum	73,0	4,8	- 10,2	98,2	- 10,2	1,8	- 8,9
Nur mit Sammelheizung oder nur mit Bad/Duschraum	305,2	20,2	- 6,1	96,6	- 6,0	3,4	- 6,4
Mit Sammelheizung und mit Bad/Duschraum	1 133,7	75,0	- 0,8	92,9	- 0,3	7,1	- 6,5
nach der Bezugsfertigkeit von Wohnraum							
Altbauwohnungen	341,5	22,6	- 2,6	96,2	- 2,6	3,8	- 2,3
Neubauwohnungen	1 170,4	77,4	- 2,3	93,2	- 1,9	6,8	- 7,2
bezugsfertig ab:							
1948 - 1965	547,8	36,2	- 2,9	96,7	- 2,8	3,3	- 5,4
1966 - 1971	216,1	14,3	- 5,5	95,2	- 5,1	4,8	- 13,3
1972 - 1977	222,2	14,7	- 5,4	92,2	- 4,4	7,8	- 16,6
1978 und später	184,3	12,2	+ 8,5	81,6	+ 10,7	18,4	- 0,2

Schaubild 3



ten Wohnungen höher als in den frei finanzierten. Demgegenüber lagen in Sozialwohnungen mit weniger als 40 m² Wohnfläche die durchschnittlichen Mieten je m² unter denen entsprechender frei finanziierter Wohnungen. Gleiches gilt für die ab 1972 fertiggestellten Wohnungen in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Die Belastungen der Empfänger von Lastenzuschuß lagen im Dezember 1985 bei 6,64 DM je m² Wohnfläche. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich damit nur eine geringfügige Steigerung von knapp einem Prozent. Ausschlaggebend hierfür dürften die gegenüber 1984 relativ konstant gebliebenen Bau- und Finanzierungskosten gewesen sein.

Wohngeld wird nicht für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt. Bei der Wohngeldberechnung werden die

Wohnkosten der Wohngeldempfänger nur bis zu bestimmten Obergrenzen berücksichtigt, die von mehreren Faktoren abhängig sind. Im zum Erhebungszeitpunkt gültigen Wohngeldgesetz war hierfür neben der Familiengröße sowie der Bezugsfertigkeit und Ausstattung der Wohnung die Einwohnerzahl der Wohnsitzgemeinde maßgebend. Diese Höchstbeträge für Miete und Belastung sollen einerseits marktübliche Mieten abdecken, andererseits sollen sie aber verhindern, daß darüber hinausgehende Kosten für besonders teure oder große Wohnungen zu entsprechend höheren Wohngeldleistungen führen. Mieterhöhungen bewirken für sich genommen nur dann Wohngeldmehrleistungen, solange die zuschufähigen Höchstbeträge nicht überschritten sind. Sobald die Wohnkosten über den Höchstbeträgen liegen, müssen die Mietsteigerungen vollständig vom Wohngeldempfänger getragen werden. Im Dezember 1985 hatten 54,0 % aller Wohngeldempfänger eine Miete bzw. Belastung über dem Höchstbetrag. Diese sogenannte Überschreitungsquote lag damit um 4 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Überdurchschnittliche Höchstbetragsüberschreitungen ergaben sich insbesondere für die Gruppe der Lastenzuschußempfänger (70,6 %) sowie für die Hauptmieter in vor 1965 fertiggestellten oder frei finanzierten Wohnungen (58 bzw. 57,4 %).

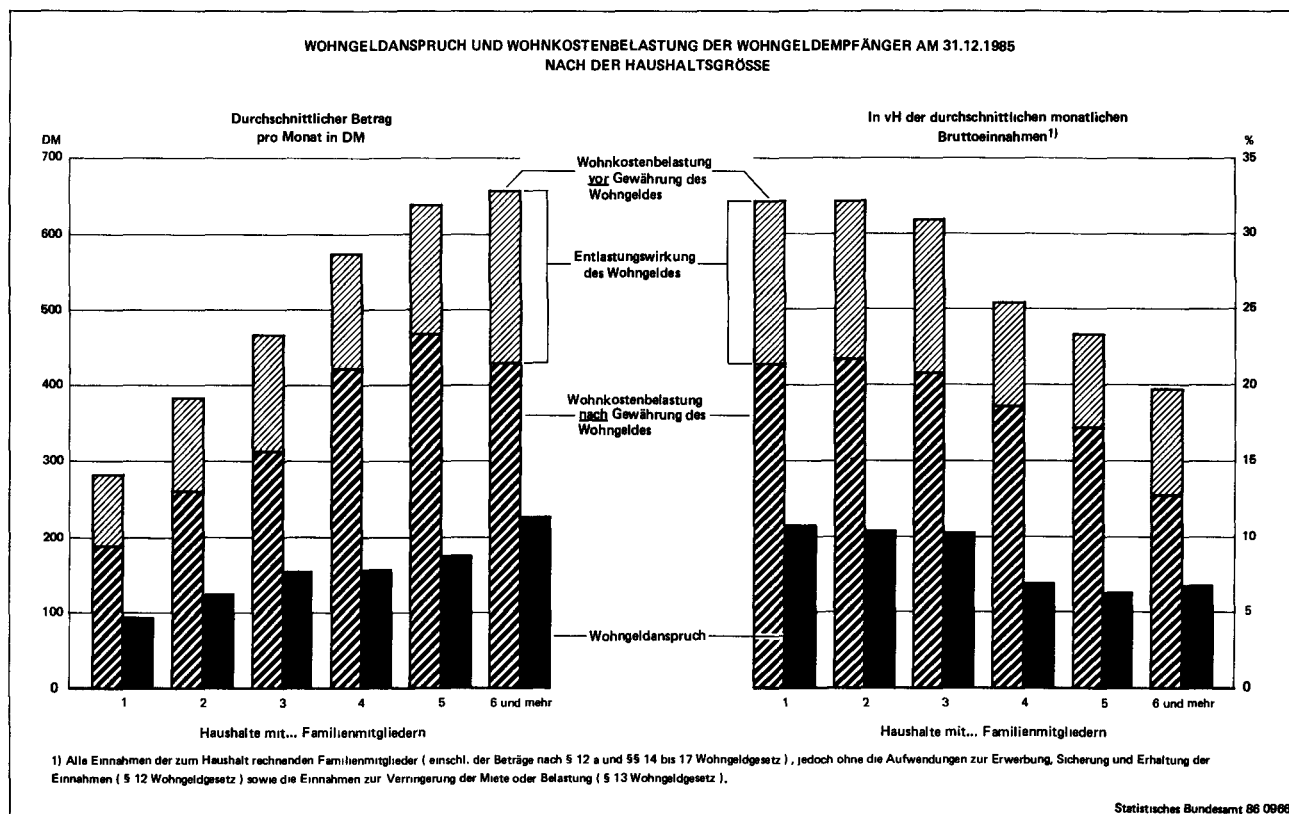
Einkommensverhältnisse und Wohngeldanspruch

Das Wohngeld bemißt sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße und dem Verhältnis von Wohnkosten zum Familieneinkommen. Das Familieneinkommen berechnet sich aus den gesamten Einnahmen des Haushaltes, von denen bestimmte Einkommensbestandteile einschließlich des Kindergeldes sowie Freibeträge für besondere Personengruppen und Pauschalen für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden. Diese Freibeträge sollen besonderen finanziellen Belastungen bei be-

Tabelle 5: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1985 nach Ausstattung, Bezugsfertigkeit und öffentlicher Förderung der Wohnung sowie Höhe der monatlichen Miete bzw. Belastung je m² Wohnfläche

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Davon mit monatlicher Miete bzw. Belastung je m ² Wohnfläche von... bis unter... DM			Durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung je m ² Wohnfläche	Überschreitung der Höchstbeträge für Miete bzw. Belastung	
		unter 3	3-5	5 und mehr		1 000	% v. Sp. 1
		%				DM	
Empfänger von							
Wohngeld	1 511,9	3,5	21,8	74,7	6,21	817,0	54,0
Mietzuschuß	1 419,6	2,7	21,9	75,4	6,16	751,9	53,0
Lastenzuschuß	92,3	14,6	20,1	65,3	6,64	65,1	70,6
Insgesamt	1 334,6	2,8	22,6	74,6	6,09	727,8	54,5
Hauptmieter							
nach der Ausstattung der Wohnung							
Mit Sammelheizung und mit Bad/Duschraum	1 002,9	1,0	13,7	85,3	6,49	540,3	53,9
Mit sonstiger Ausstattung	331,6	8,3	49,5	42,2	4,74	187,5	56,5
nach der Bezugsfertigkeit von Wohnraum							
Bis 1948	301,5	6,7	35,4	57,9	5,35	175,0	58,1
1948-1965	503,8	2,4	27,4	70,1	5,77	293,3	58,2
1966-1971	194,1	1,2	12,3	86,5	6,53	108,0	54,6
1972-1977	193,5	0,8	10,2	89,0	6,86	96,8	50,0
1978 und später	141,7	0,6	9,3	90,1	6,89	56,7	40,0
nach der öffentlichen Förderung der Wohnung							
Nicht öffentlich gefördert	775,6	4,4	26,9	68,7	5,94	445,3	57,4
Öffentlich gefördert	558,9	0,6	16,6	82,8	6,31	282,5	50,5

Schaubild 4



stimmten Personengruppen, wie beispielsweise Schwerbehinderten oder Alleinerziehenden, Rechnung tragen.

Die aussagefähigste Größe zur Beurteilung der Einkommenssituation der Wohngeldempfänger wäre zweifellos deren verfügbares Einkommen. Aus erhebungstechnischen Gründen ist es jedoch in der Wohngeldstatistik nicht möglich, zuverlässige Angaben darüber zu ermitteln. Aus diesem Grund ist die Darstellung der Einkommenssituation der Wohngeldbezieher nur anhand des Familieneinkommens möglich, das der Wohngeldberechnung zugrunde liegt, oder aufgrund der Bruttoeinnahmen (alle Ein-

nahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, jedoch ohne die Werbungskosten sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung nach § 13 WoGG). Das verfügbare Einkommen ist in der Regel höher als das wohngeldrechtliche Familieneinkommen, jedoch niedriger als die Bruttoeinnahmen.

Zum Berichtszeitpunkt lag das durchschnittliche Familieneinkommen der Wohngeldbezieher bei 873 DM. Gesmes-

Tabelle 6: Durchschnittliche(s) monatliche(s) Bruttoeinnahmen, Familieneinkommen und Wohnkostenbelastung der Wohngeldempfänger am 31. Dezember 1985 nach der Haushaltsgröße

Haushalte mit ... Familienmitgliedern	Durchschnittliche(s) monatliche(s)							
	Bruttoeinnahmen ¹⁾		Familieneinkommen ²⁾		Wohnkostenbelastung			
					vor		nach	
	DM	% v. Sp. 1	DM	% v. Sp. 1	Gewährung des Wohngelds		DM	% v. Sp. 1
Insgesamt ...	1 311	873	66,6	377	28,7	258	19,7	
1	879	597	67,9	281	32,0	189	21,5	
2	1 200	841	70,1	384	32,0	260	21,6	
3	1 507	1 041	69,1	466	30,9	313	20,8	
4	2 262	1 502	66,4	574	25,4	420	18,6	
5	2 727	1 690	62,0	637	23,4	465	17,1	
6 und mehr	3 337	1 889	56,6	654	19,6	429	12,9	

1) Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder (einschl. der Beträge nach § 12a und §§ 14 bis 17 Wohngeldgesetz), jedoch ohne die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12 Wohngeldgesetz) sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung (§ 13 Wohngeldgesetz). — 2) Gesamtbetrag der Einnahmen aller zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, abzüglich Werbungskosten u. ä. Außer Betracht bleiben bestimmte Einnahmen, soweit sie steuerfrei sind; darüber hinaus werden spezielle Freibeträge gewährt.

Tabelle 7: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1985 nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngelds

Art des Zuschusses Haushaltsgröße	Insgesamt	Davon mit monatlichem Wohngeld von ... bis unter ... DM			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch		
		unter 100	100 bis 300	300 und mehr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		%			DM	%	
Empfänger von Wohngeld	1 511,9	100	48,2	48,7	3,1	119	+0,8
Mietzuschuß	1 419,6	93,9	48,5	48,6	2,9	118	+0,9
Lastenzuschuß	92,3	6,1	44,0	49,9	6,1	135	-2,2
nach der Haushaltsgröße							
Haushalte von Alleinstehenden	823,6	54,5	59,6	40,4	0,0	93	+1,1
mit 2 Familienmitgliedern	259,8	17,2	41,0	58,3	0,7	124	±0,0
mit 3 Familienmitgliedern	149,4	9,9	30,0	65,3	4,7	153	±0,0
mit 4 Familienmitgliedern	152,8	10,1	36,7	54,0	9,3	154	+1,3
mit 5 Familienmitgliedern	74,0	4,9	29,6	57,0	13,4	172	+0,6
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	52,3	3,5	18,0	56,7	25,3	225	-0,4

sen an den Bruttoeinnahmen von 1311 DM waren dies knapp 67 %. Dieser Anteil reichte von 70 % bei den Zweipersonenhaushalten bis zu 57 % bei den Familien mit sechs und mehr Personen. Dies bedeutet, daß — von den Einpersonenhaushalten einmal abgesehen — mit zunehmender Haushaltsgröße relativ höhere Beträge abgesetzt werden konnten. Wie im Vorjahr konnten im Schnitt die Wohngeldempfänger abzusetzende Beträge in Höhe von 35 % ihrer Bruttoeinnahmen geltend machen.

Im Dezember 1985 lag der durchschnittliche Wohngeldanspruch je Haushalt bei 119 DM. Rund 48 % der Wohngeldempfänger erhielten unter 100 DM, knapp 49 % bezogen Wohngeld zwischen 100 und 300 DM, und nur bei jedem 33. Haushalt überschritten die monatlichen Wohngeldzahlungen den Betrag von 300 DM. Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit die Struktur der monatlichen Wohngeldleistungen nur unwesentlich verändert.

Während sich die durchschnittlich gezahlten Wohngeldbeträge der Mietzuschußempfänger sowohl hinsichtlich der Höhe als auch ihrer Struktur nach nicht wesentlich von den Werten für alle Bezieher unterscheiden, zeigt sich bei den Lastenzuschußempfängern ein deutlich anderes Bild. 56 % der Lastenzuschußempfänger hatten einen Anspruch von mehr als 100 DM und hiervon 11 % sogar von mehr als 300 DM. Im Gegensatz zu den Mieterhaushalten, deren durchschnittliches Wohngeld von 118 DM gegenüber dem Vorjahr um 1 DM gestiegen ist, reduzierte sich dieser Betrag für die Lastenzuschußempfänger um 3 DM und liegt nunmehr bei durchschnittlich 135 DM.

Wie schon in den Vorjahren nahm auch im Berichtsjahr mit steigender Haushaltsgröße der Wohngeldanspruch zu, Einpersonenhaushalten wurde ein durchschnittliches Wohngeld von 93 DM monatlich gezahlt, Haushalte mit sechs und mehr Personen erhielten hingegen Wohngeld in Höhe von 225 DM. Dementsprechend erhöhten sich auch mit zunehmender Haushaltsgröße die Anteile der Haushalte, die Wohngeldbeträge über 100 DM bezogen, von 40 % (Einpersonenhaushalte) auf 82 % (sechs und mehr Personen).

Die Aufgliederung nach der sozialen Stellung zeigt, daß ausschließlich von der Sozialhilfe lebende Haushalte sowie arbeitslose Anspruchsberechtigte überdurchschnittliches Wohngeld erhielten, und zwar im Schnitt 142 bzw. 131 DM. Demgegenüber bezogen die Rentner unterdurchschnittliche Wohngeldbeträge (91 DM). Dies liegt zum einen daran, daß die Haushalte der wohngeldbeziehenden Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen tendenziell größer sind als die der Rentner: Während es sich bei den Rentnerhaushalten in 80 % der Fälle um alleinstehende Personen handelte, betrug dieser Anteil bei den Sozialhilfeempfängern 69 % und bei den Arbeitslosen lediglich 45 %. Zum anderen spielt hierbei auch die unterschiedliche Einkommenssituation der eben genannten Gruppen eine Rolle. Bei allen Haushaltsgrößen lagen die durchschnittlichen Bruttoeinnahmen der Rentner über denen der Arbeitslosen; bei den Einpersonenhaushalten betrug der Unterschied sogar 35 %. Noch geringere Bruttoeinnahmen ergaben sich für die Sozialhilfeempfänger.

Entlastungswirkung des Wohngeldes

Durchschnittlich erhielten die Wohngeldempfänger Leistungen in Höhe von 31,6 % ihrer Wohnkosten. Durch den Bezug von Wohngeld sanken im Schnitt die Wohnkosten von 377 auf 258 DM. Unter Berücksichtigung des Wohngeldes betragen demnach bei den Wohngeldempfängern die selbst zu tragenden Wohnkosten einschließlich der Umlagen, aber ohne Heizung, durchschnittlich 19,7 % der Bruttoeinnahmen. Dieser Belastungssatz hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um einen halben Prozentpunkt erhöht. Den höheren Wohnkosten steht allerdings zumindest teilweise auch eine qualitative Verbesserung der Wohnungen gegenüber.

Die Wohnkostenbelastung nach Wohngeldgewährung streut relativ breit. Im Jahr 1985 hatten 25 % der Empfänger nach Wohngeldgewährung eine Belastung unter 14 %, 38 % eine Belastung von 14 bis 22 % und die übrigen 37 % eine Belastungsquote von über 22 % der Bruttoeinnahmen. Bei kleinen Haushalten sowie bei geringen Einkommen ist diese Quote im allgemeinen höher. So lag der Anteil der selbst zu tragenden Wohnkosten an den Bruttoeinnahmen der Haushalte mit ein bis drei Personen durchschnittlich bei 21 bis 22 %, bei Haushalten mit vier und mehr Personen dagegen durchschnittlich bei 13 bis 19 %.

Zwischen den Wohngeldnovellen erhöhen sich die Belastungsquoten der Wohngeldempfänger vor allem dann, wenn die Wohnkosten über den zuschufähigen Höchstbeträgen liegen. Der Belastungssatz für 1986 wird wieder geringer ausfallen, da die Wohngeldleistungen im Rahmen der 6. Wohngeldnovelle zum 1. Januar 1986 an die Miet- und Einkommensentwicklung angepaßt wurden. Darüber hinaus muß ab 1986 auch wieder mit wachsenden Empfängerzahlen sowie mit einem nochmaligen Anstieg der Wohngeldausgaben gerechnet werden.

Dipl.-Kaufmann Hermann Seewald

Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs 1985

Vorbemerkung

Die Statistik des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs ist angeordnet durch das Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr (PersBefStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1980 (BGBl. I S. 865) in Verbindung mit Artikel 11 der Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikbereinigungsverordnung) vom 14. September 1984 (BGBl. I S. 1247) und dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz — BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289). Die Statistik besteht aus zwei Erhebungsteilen, nämlich der Unternehmensstatistik nach § 2 PersBefStatG, die eine jährliche Stichtagserhebung zum Teil mit auf das Vorjahr bezogenen Summendaten ist, und der Verkehrsstatistik nach § 3 PersBefStatG, einer Verlaufsstatistik mit einer vierteljährlichen Meldeperiodizität.

Zur Unternehmensstatistik sind alle Unternehmen mit Betriebsitz im Inland meldepflichtig, die genehmigungspflichtigen Straßenbahnverkehr (einschl. Stadtbahn-, U-Bahn-, Hochbahn- und Schwebbahnverkehr), Obusverkehr oder Kraftomnibusverkehr betreiben. Zur Verkehrsstatistik müssen dagegen nur diejenigen Unternehmen Angaben über beförderte Personen, geleistete Personen-Kilometer und Wagen-Kilometer sowie aus dem Straßenpersonenverkehr erzielte Einnahmen machen, die über sechs oder mehr Busse verfügen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr betreiben. Sie werden im nachfolgenden Text als „Größere Unternehmen“ bezeichnet.

In diesem Aufsatz wird nur die Entwicklung des Straßenpersonenverkehrs dieser größeren Unternehmen behandelt. Der Versuch, aus den auch für die Kleinunternehmen vorliegenden Angaben über Fahrzeugbestand und Platzkapazität deren Leistungen zu schätzen, hat bisher nicht zu plausiblen Ergebnissen geführt, so daß auf eine Schätzung des Straßenpersonenverkehrs insgesamt verzichtet werden muß. Nur für den Linienverkehr der Straßenverkehrsmittel zusammen — ohne Untergliederung nach Verkehrsformen — konnte eine grobe Schätzung vorgenommen werden, weil hier der Anteil der Kleinunternehmen sehr niedrig ist. So konnte zur Abrundung der Information über den öffentlichen Straßenpersonenverkehr in diesem

Aufsatz abschließend auch ein geschätztes Ergebnis für den „Gesamten öffentlichen Nahverkehr“, worunter die Zusammenfassung des Linienverkehrs der Straßenverkehrsmittel mit dem Eisenbahn-Nahverkehr zu verstehen ist, vorgelegt werden.

Unternehmen, Beschäftigtenzahl und Kapazität

Unternehmen

Am 1. Oktober 1985 gab es insgesamt 5 735 zur Unternehmensstatistik auskunftspflichtige Unternehmen, darunter 2 116 — weniger als die Hälfte — auch zur Verkehrsstatistik meldepflichtige Unternehmen. Im Vergleich zum 1. Oktober 1984 war die Gesamtzahl der Unternehmen um 34 oder 0,6 % kleiner, die Zahl der größeren Unternehmen aber um 4 oder 0,2 % größer.

Von der Gesamtzahl der Unternehmen betrieben 3 321 ausschließlich Straßenpersonenverkehr, 1 379 schwerpunktmäßig Straßenpersonenverkehr kombiniert mit einem oder mehreren Nebengewerben (z. B. der Reisevermittlung) und 1 035 den Straßenpersonenverkehr als Ne-

Tabelle 1: Unternehmen, Beschäftigte und Fahrzeuge des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs

Gegenstand der Nachweisung	1985		1984	Veränderung 1985 gegenüber 1984
	insgesamt	darunter größere Unternehmen ¹⁾	insgesamt	
	Anzahl			%
Unternehmen	5 735	2 116	5 769 ²⁾	- 0,6
mit ausschließlich Straßenpersonenverkehr	3 321	1 137	3 352	- 0,9
mit Straßenpersonenverkehr als Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit ³⁾	1 379	724	1 362	+ 1,2
mit Straßenpersonenverkehr, aber mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Straßenpersonenverkehrs	1 035	255	1 055	- 1,9
Beschäftigte	142 505	128 863	142 384	+ 0,1
Fahrer und Schaffner	84 802	73 906	84 797	+ 0,0
Sonstiges Personal im Fahrdienst und Verkehr	12 632	12 319	12 196	+ 3,6
Technisches Personal	29 322	28 823	29 568	- 0,8
Verwaltungspersonal	15 749	13 815	15 823	- 0,5
Fahrzeuge				
Kraftomnibusse	66 113	56 517	66 341	- 0,3
Sitz- und Stehplätze	5 349 205	4 834 394	5 388 554	- 0,7
Obusse	101	101	112	- 9,8
Sitz- und Stehplätze	15 179	15 179	16 440	- 7,7
Straßenbahnen				
Triebwagen	5 720	5 720	5 705	+ 0,3
Stadtbahnen	2 997	2 997	2 872	+ 4,4
Straßenbahnen herkömmlicher Bauart	2 723	2 723	2 833	- 3,9
Beiwagen	746	746	797	- 6,4
Straßenbahnen herkömmlicher Bauart	746	746	797	- 6,4
Sitz- und Stehplätze	1 156 168	1 156 168	1 160 094	- 0,3
Stadtbahnen	554 703	554 703	525 252	+ 5,6
Straßenbahnen herkömmlicher Bauart	601 465	601 465	634 842	- 5,3
Sitz- und Stehplätze der o. a. Verkehrsmittel zusammen	6 520 552	6 005 741	6 565 088	- 0,7

¹⁾ Berichtskreis der Unternehmen mit sechs oder mehr Bussen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr, nur diese Unternehmen mußten im Jahr 1985 Angaben über beförderte Personen, Personen-Kilometer und Wagen-Kilometer machen. — ²⁾ Aber kombiniert mit anderen Tätigkeiten. — ³⁾ Darunter 2 112 größere Unternehmen (nach den Meldungen zur Verkehrsstatistik im 4. Vierteljahr 1984).

bengewerbe neben einer anderen wirtschaftlichen Tätigkeit, z. B. der Reiseveranstaltung und -vermittlung (193 Unternehmen), dem Handel (78 Unternehmen) oder der Energie- und Wasserversorgung (71 Unternehmen).

Die Zahl der Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt zwar im Straßenpersonenverkehr haben, diesen aber nicht als einzige wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, lag nur etwas über dem Vergleichswert des Vorjahres (+ 17 oder + 1,2 %). Dagegen blieben die Zahl der Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Straßenpersonenverkehrs um 20 oder 1,9 % und die der ausschließlich Straßenpersonenverkehr betreibenden Unternehmen um 31 oder 0,9 % darunter (siehe Tabelle 1).

Regional betrachtet war die Entwicklung der Gesamtzahl der auskunftspflichtigen Unternehmen wiederum sehr unterschiedlich. Zunahmen ergaben sich vor allem im Saarland (+ 24 oder + 40 %) sowie in Hessen (+ 11), Hamburg (+ 3) und Berlin (West) (+ 2); Abnahmen wurden vornehmlich in Bayern (— 42), daneben in Baden-Württemberg (— 11), Nordrhein-Westfalen (— 8), Schleswig-Holstein (— 4), Niedersachsen (— 4), Rheinland-Pfalz (— 3) und Bremen (— 1) ermittelt.

Die Deutsche Bundespost, die keinem Land regional zugeordnet wurde, schied aus dem Kreis der berichtspflichtigen Unternehmen aus, denn zum 30. Mai 1985 wurde der letzte Postreisedienst auf die Bundesbahn übergeleitet.

Beschäftigte

Von auskunftspflichtigen Unternehmen wurden im fachlichen Unternehmensteil „Straßenpersonenverkehr“ am 1. Oktober 1985 einschließlich der Tätigen Inhaber und Mitinhaber sowie der Mithelfenden Familienangehörigen insgesamt 142 505 Personen beschäftigt. In dieser Zahl sind die von den Regionalgesellschaften und der Deutschen Bundesbahn im Straßenpersonenverkehr eingesetzten Postbediensteten eingeschlossen.

Von der Gesamtzahl der Beschäftigten entfielen 84 802 auf Fahrer und Schaffner, 12 632 auf „Sonstiges Personal im Fahrdienst und Verkehr“ (z. B. Kontrolleure, Fahrdienstleiter), 29 322 auf das „Technische Personal“ (z. B. zur Fahrzeugwartung und Instandhaltung sowie — bei schienen- und fahrdrahtgebundenen Verkehrsmitteln — zur Fahrwegwartung) sowie 15 749 auf das Verwaltungspersonal (einschließlich Beschäftigte im Fahrkartenverkauf). Im Vergleich zum 1. Oktober des Vorjahres ergab sich ein beträchtlicher Anstieg beim „Sonstigen Personal im Fahrdienst und Verkehr“ (+ 440 oder 3,6 %), dagegen ein Rückgang beim „Technischen Personal“ (— 250) und beim Verwaltungspersonal (— 74). Die Gesamtzahl der im Straßenpersonenverkehr Beschäftigten war daher am 1. Oktober 1985 geringfügig höher als am 1. Oktober 1984 (+ 0,1 %). Auf Unternehmen, die auch zur Verkehrsstatistik meldepflichtig sind, entfielen am 1. Oktober 1985 von der Gesamtzahl der Beschäftigten 90 %, und zwar vom sonstigen Personal im Fahrdienst und Verkehr und vom technischen Personal jeweils über 97 % sowie vom Verwaltungspersonal und der Zahl der Fahrer und Schaffner 87 %.

Beförderungskapazität

Die zur Unternehmensstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen verfügten am 1. Oktober 1985 über rund 66 000 Kraftomnibusse mit 5,35 Mill. Sitz- und Stehplätzen, nahezu 3 500 Fahrzeuge von Straßenbahnen herkömmlicher Bauart mit über 600 000 Sitz- und Stehplätzen, fast 3 000 Stadtbahnwagen mit rund 555 000 Sitz- und Stehplätzen sowie 101 Obusse mit mehr als 15 000 Sitz- und Stehplätzen. Unternehmen, die Stadtbahnen und/oder Straßenbahnen herkömmlicher Bauart und/oder Obusse einsetzen, gehören nach der Rechtsgrundlage der Statistik alle zu den auch zur Verkehrsstatistik meldepflichtigen Unternehmen. Demgemäß sind die Kleinunternehmen, die nicht zur Verkehrsstatistik meldepflichtig sind, nur an der Fahrzeugzahl und Platzkapazität der Kraftomnibusse beteiligt. Sie hatten am 1. Oktober 1985 an der Zahl der Kraftomnibusse einen Anteil von knapp 15 % und an deren Platzkapazität einen Anteil von nur gut 10 %.

Verkehrsleistungen und Einnahmen der größeren Unternehmen

Überblick

Von den größeren Unternehmen, das heißt denjenigen Unternehmen, die Straßenbahn- und/oder Obusverkehr betreiben und/oder über mehr als fünf Busse verfügen, wurden im öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit Straßenbahnen (einschl. Hoch-, U- und Schwebbahnen), Obussen und Kraftomnibussen im Jahr 1985 insgesamt 5,81 Mrd. Personen befördert, 61,9 Mrd. Personen-Kilometer und 2,90 Mrd. Wagen-Kilometer geleistet und Einnahmen in Höhe von 7,26 Mrd. DM erzielt. Das Fahrgastaufkommen der größeren Unternehmen war damit etwa genauso groß wie im Vorjahr, wogegen ihre Verkehrsleistung rund anderthalb Prozent, ihre Betriebsleistung um rund 1 % und ihre Einnahmen um gut 3 % über dem entsprechenden Vorjahresergebnis lagen (siehe Tabelle 2 unter Berücksichtigung von Fußnote 4 zu dieser Tabelle).

Bei der Aufteilung der Beförderungsleistungen und Einnahmen der größeren Unternehmen auf die Verkehrsarten und -formen, die im großen und ganzen im Berichtsjahr derjenigen des Vorjahres entsprach, ergaben sich dennoch einige bemerkenswerte, wenn auch nicht sehr große Änderungen vom Vorjahr auf das Berichtsjahr: Der Anteil der Schülerbeförderungen am Fahrgastaufkommen ermäßigte sich insgesamt von 36,5 auf 35,3 %; bei den Beförderungen auf Zeitfahrausweisen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende im Rahmen des Allgemeinen Linienverkehrs verringerte sich der Anteil von 30,8 auf 30,1 % und beim Freigestellten Schülerverkehr von 4,9 auf 4,6 %. Der Anteil des Allgemeinen Linienverkehrs¹⁾ insgesamt am Gesamtfahrgastaufkommen nahm von 91,2 auf 91,7 % zu, der an den Verkehrsleistungen dagegen von 57,6 auf 56,6 % ab. Der geringe Prozentsatz des Gelegenheitsver-

¹⁾ Öffentlicher Straßenpersonenverkehr mit Straßenbahnen (einschl. Stadt-, Hoch-, U- und Schwebbahnen), Obusverkehr und Kraftfahrzeuglinienverkehr nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) ohne dessen Sonderformen nach § 43 PBefG.

Tabelle 2: Einnahmen, Verkehrsleistungen und Wagen-Kilometer im Straßenpersonenverkehr der größeren Unternehmen¹⁾ nach Verkehrsarten

Verkehrsart Verkehrsform	Einnahmen ²⁾			Beförderte Personen			Personen-Kilometer			Wagen-Kilometer		
	1985	1984 ³⁾	Veränderung ⁴⁾ 1985 gegen 1984	1985	1984 ³⁾	Veränderung ⁴⁾ 1985 gegen 1984	1985	1984 ³⁾	Veränderung ⁴⁾ 1985 gegen 1984	1985	1984 ³⁾	Veränderung ⁴⁾ 1985 gegen 1984
	Mill DM		%	Mill.		%	Mill		%	Mill.		%
Allgemeiner Linienverkehr (§ 42 PBefG)	5 551	5 389	+ 3,0	5 325	5 301	+ 0,5	35 046	35 177	- 0,4	1 888	1 879	+ 0,5
Einzel- und Mehrfahrausweise	2 900	2 800	+ 3,6	1 702	1 676	+ 1,6						
Zeithausausweise für Schüler, Studenten u. andere Auszubildende	1 334	1 322	+ 0,9	1 746	1 792	- 2,6						
Andere Zeithausausweise	1 318	1 266	+ 4,1	1 409	1 372	+ 2,7						
Schwerbehindertenausweise				376	368	+ 2,2						
Freifahrausweise				92	92	± 0,0						
Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG)	353	350	+ 0,9	142	151	- 6,0	2 954	3 140	- 5,9	160	163	- 1,8
Berufsverkehr	293	283	+ 3,5	101	103	- 1,9	2 419	2 500	- 3,2	135	133	+ 1,5
Schülerfahrten	57	64	- 11,0	38	45	- 15,6	508	614	- 17,3	24	29	- 17,2
Markt- und Theaterfahrten	3	3	± 0,0	3	3	± 0,0	27	26	+ 3,8	1	1	± 0,0
Freigestellter Schülerverkehr				265	284	- 6,7	3 712	3 839	- 3,3	210	214	- 1,9
Gelegenheitsverkehr	1 360	1 293	+ 5,2	78	76	+ 2,6	20 217	18 898	+ 7,0	640	616	+ 3,9
Ausflugsfahrten	347	348	- 0,3	15	15	± 0,0	4 979	4 748	+ 4,9	159	159	± 0,0
Ferienziel-Reisen	142	132	+ 7,6	2	2	± 0,0	1 624	1 470	+ 10,5	52	50	+ 4,0
Verkehr mit Mietomnibussen	871	813	+ 7,1	61	59	+ 3,4	13 614	12 680	+ 7,4	429	407	+ 5,4
Insgesamt dar.: Schülerbeförderungen ⁵⁾	7 264	7 032	+ 3,3	5 809	5 811	- 0,0	61 929	61 054	+ 1,4	2 898	2 872	+ 0,9
				2 048	2 121	- 3,4						

1) Unternehmen mit mehr als fünf Bussen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr. — 2) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer ohne Vergütungen für Auftragsfahrten, Abgeltungszahlungen und Einnahmen aus dem Freigestellten Schülerverkehr. — 3) Einschl. S-Bahn-Verkehr in Berlin (West), der sich nicht genau herausnehmen läßt. — 4) Wenn sich der S-Bahn-Verkehr in Berlin aus den Ergebnissen für 1984 herausrechnen ließe, würden die Veränderungswerte bei allen Positionen des Allgemeinen Linienverkehrs und beim Fahrgastaufkommen der Schülerbeförderung um gut 0,1 bis gut 0,3 Prozentpunkte und bei den Personenkilometern insgesamt um knapp 0,1 bis knapp 0,2 Prozentpunkte höher liegen. — 5) Beförderungen auf Zeithausausweisen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende im Rahmen des Allgemeinen Linienverkehrs, Schülerfahrten nach § 43 PBefG und Freigestellter Schülerverkehr

kehr am Fahrgastaufkommen blieb mit 1,3 % unverändert, während sein Anteil an der Verkehrsleistung von 31,0 auf 32,6 % stieg (siehe Tabelle 3). Die mittlere Reiseweite, der Quotient aus personen-kilometrischer Verkehrsleistung und Anzahl der beförderten Personen, betrug 1985 wie im Vorjahr beim Allgemeinen

Linienverkehr 6,6 km und bei den Sonderformen des Linienverkehrs zusammen 20,8 km. Beim Freigestellten Schülerverkehr erhöhte sie sich etwas, nämlich von 13,5 auf 14,0 km. Eine beträchtliche Zunahme der mittleren Reiseweite ergab sich beim Gelegenheitsverkehr in allen seinen drei Verkehrsformen, und zwar stieg sie beim Miet-

Tabelle 3: Anteile der Verkehrsarten an den Verkehrsleistungen und Wagen-Kilometern der größeren Unternehmen¹⁾ Prozent

Verkehrsart Verkehrsform	Beförderte Personen		Personen-Kilometer		Wagen-Kilometer	
	1985	1984	1985	1984	1985	1984
Allgemeiner Linienverkehr (§ 42 PBefG)	91,7	91,2	56,6	57,6	65,1	65,4
dar.: auf Zeithausausweisen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende	30,1	30,8				
auf anderen Zeithausausweisen	24,3	23,6				
Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG)	2,4	2,6	4,8	5,1	5,5	5,7
Berufsverkehr	1,7	1,8	3,9	4,1	4,7	4,6
Schülerfahrten	0,7	0,8	0,8	1,0	0,8	1,0
Markt- und Theaterfahrten	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Freigestellter Schülerverkehr	4,6	4,9	6,0	6,3	7,3	7,5
Gelegenheitsverkehr	1,3	1,3	32,6	31,0	22,1	21,4
Ausflugsfahrten	0,3	0,3	8,0	7,8	5,5	5,5
Ferienziel-Reisen	0,0	0,0	2,6	2,4	1,8	1,7
Verkehr mit Mietomnibussen	1,0	1,0	22,0	20,8	14,8	14,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
dar.: Schülerbeförderungen ²⁾	35,3	36,5				

1) Unternehmen mit mehr als fünf Bussen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr. — 2) Beförderungen auf Zeithausausweisen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende im Rahmen des Allgemeinen Linienverkehrs, Schülerfahrten nach § 43 PBefG und Freigestellter Schülerverkehr zusammen

Tabelle 4: Durchschnittliche Reiseweiten und durchschnittliche Einnahmen nach Verkehrsarten der größeren Unternehmen¹⁾

Verkehrsart Verkehrsform	Durchschnittliche Reiseweite		Einnahmen			
	je Beförderungsfall		je Personen-Kilometer		je Personen-Kilometer	
	1985	1984	1985	1984	1985	1984
	km		DM		Pf	
Allgemeiner Linienverkehr ²⁾	6,6	6,6	1,04	1,02	15,8	15,3
dar.: auf Zeithausausweisen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende			0,76	0,74		
auf anderen Zeithausausweisen			0,94	0,92		
Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG)	20,8	20,8	2,49	2,32	11,9	11,1
Berufsverkehr	23,9	24,3	2,90	2,75	12,1	11,3
Schülerfahrten	13,5	13,6	1,50	1,42	11,2	10,4
Markt- und Theaterfahrten	8,1	8,7	1,00	1,00	11,1	11,5
Freigestellter Schülerverkehr	14,0	13,5				
Gelegenheitsverkehr	259,2	248,7	17,44	17,01	6,7	6,8
Ausflugsfahrten	331,9	316,5	23,13	23,20	7,0	7,3
Ferienziel-Reisen	812,0	735,0	71,00	66,00	8,7	9,0
Verkehr mit Mietomnibussen	223,2	214,9	14,28	13,78	6,4	6,4
Insgesamt ³⁾	10,7	10,5	1,25	1,21	11,7	11,5

1) Unternehmen mit mehr als fünf Bussen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr. — 2) Kraftomnibusverkehr nach § 42 PBefG und Straßenbahn- sowie Obusverkehr. — 3) Beförderungsfälle bzw. Personen-Kilometer im Freigestellten Schülerverkehr sind bei der Berechnung der durchschnittlichen Einnahmen nicht berücksichtigt.

omnibusverkehr von knapp 215 auf gut 223 km, bei den Ausflugsfahrten von knapp 317 auf fast 332 km und bei den Ferenziel-Reisen von 735 auf 812 km. Wegen des zuvor erwähnten geringen Anteils des Gelegenheitsverkehrs am Fahrgastaufkommen wirkte sich diese Steigerung auf die mittlere Reiseweite im gesamten Straßenpersonenverkehr der größeren Unternehmen kaum aus; diese vergrößerte sich nur geringfügig von 10,5 auf 10,7 km (siehe Tabelle 4).

Sowohl die Einnahmen je Beförderungsfall als auch die Einnahmen je Personen-Kilometer nahmen im Allgemeinen Linienverkehr sowie im Berufsverkehr nach § 43 PBefG und bei den Schülerfahrten nach § 43 PBefG aufgrund von Tarifierhebungen zu. Bei den Ferenziel-Reisen stiegen die Einnahmen je Beförderungsfall erheblich, aber je Personen-Kilometer gingen sie zurück. Beim Verkehr mit Mietomnibussen blieben die Einnahmen je Personen-Kilometer unverändert, während die Einnahmen je Beförderungsfall anstiegen. Die unterschiedliche Entwicklung von Einnahmen je Beförderungsfall und Einnahmen je Personen-Kilometer bei diesen beiden Verkehrsformen steht im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Anstieg der mittleren Reiseweite. Bei den Ausflugsfahrten verringerten sich trotz gestiegener mittlerer Reiseweite sowohl die Einnahmen je Personen-Kilometer (von 7,3 Pf auf 7,0 Pf) als auch die Einnahmen je Beförderungsfall (von 23,20 auf 23,13 DM). Das bedeutet, daß 1985 Ausflugsfahrten im Durchschnitt ein wenig billiger angeboten wurden als im Vorjahr (siehe Tabelle 4).

Allgemeiner Linienverkehr²⁾ der größeren Unternehmen³⁾

Im Allgemeinen Linienverkehr der größeren Unternehmen betragen 1985 das Fahrgastaufkommen 5,33 Mrd. beförderte Personen, die Verkehrsleistung 35,05 Mrd. Personen-Kilometer, die Betriebsleistung 1,89 Mrd. Wagen-Kilometer und die Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf 5,55 Mrd. DM.

Die Verkehrsleistung lag geringfügig (um weniger als ein halbes Prozent) unter dem Vorjahresergebnis, während das Fahrgastaufkommen und die Betriebsleistung ebenfalls geringfügig darüber lagen (jeweils + 0,5 %). Die Einnahmen waren hauptsächlich aufgrund von Tarifierhebungen (siehe Tabelle 4) und der Abnahme des Anteils der — gegenüber dem Regeltarif verbilligten — Beförderungen auf Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs am gesamten Fahrgastaufkommen (siehe Tabelle 3) um rund 3 % höher als im Vorjahr (siehe Tabelle 2 unter Berücksichtigung von Anmerkung 4 zu dieser Tabelle).

Der Anstieg des Fahrgastaufkommens betraf vornehmlich die Zahl der Beförderungen auf „Anderen Zeitfahrausweisen“ (das heißt Zeitfahrausweisen ohne die des Ausbildungsverkehrs, und zwar mit einem Anstieg um 37 Mill. oder + 2,7 %) und die Zahl der Beförderungen auf Einzel-

und Mehrfahrtenausweisen (mit einer Zunahme um 26 Mill. oder + 1,6 %). Bemerkenswert groß war auch der Zuwachs der Zahl der unentgeltlich auf Schwerbehindertenausweisen beförderten Personen (+ 8 Mill. oder + 2,2 %). Demgegenüber nahm die Zahl der auf Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs beförderten Personen im Allgemeinen Linienverkehr um rund 45 Mill. oder 2,6 % ab (siehe Tabelle 2 unter Berücksichtigung von Anmerkung 4 zu dieser Tabelle).

Die Zunahme der Beförderungen auf Einzel- und Mehrfahrtenausweisen, das heißt der nur gelegentlichen Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs, deutet auf vermehrten Einkaufs- und Freizeitverkehr hin. Dagegen könnte der Anstieg der Beförderungen auf „Anderen Zeitfahrausweisen“ teilweise auch dadurch erklärt werden, daß die Berufstätigen ihre Arbeitsstätten leichter als früher im Allgemeinen Linienverkehr erreichen konnten und sich daher die Durchführung besonderer Berufslinienverkehre nach § 43 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) erübrigte.

Berufsverkehr der größeren Unternehmen

Im Berufsverkehr, einer Sonderform des Linienverkehrs nach § 43 PBefG, gingen gegenüber dem Vorjahr das Fahrgastaufkommen von 103 Mill. auf 101 Mill. (— 1,9 %) und die Verkehrsleistung von 2,50 Mrd. Personen-Kilometern auf 2,42 Mrd. Personen-Kilometer (— 3,2 %) zurück. Da bei einer um weniger als 200 000 Personen erhöhten Zahl der Erwerbstätigen gleichzeitig die Zahl der auf Zeitfahrausweisen des Regeltarifs beförderten Personen — wie bereits erwähnt — um über 37 Mill. zugenommen hat, könnte der in früheren Jahren festgestellte umfangreichere Berufsverkehr nach § 43 PBefG im Berichtsjahr nicht nur — wie in den vergangenen Jahren — durch Fahrten mit eigenen Kraftfahrzeugen, sondern auch durch Fahrten im Allgemeinen Linienverkehr substituiert worden sein (Substitution durch Fahrradverkehr kommt wegen der mittleren Reiseweite von ungefähr 24 km nicht in Betracht [siehe Tabellen 2 und 4]).

Schülerbeförderungen der größeren Unternehmen

Das Fahrgastaufkommen war 1985 bei den Beförderungen zu Tarifen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende im Allgemeinen Linienverkehr mit 1,75 Mrd. beförderten Personen um 2,6 %, beim Freigestellten Schülerverkehr mit 265 Mill. um 6,7 % und bei den Schülerfahrten nach § 43 PBefG mit 38 Mill. sogar um fast 16 % geringer als im Vorjahr, so daß sich für die Schülerbeförderungen in den drei Verkehrsformen zusammen ein Rückgang des Fahrgastaufkommens um 3,4 % ergab. Die bei Beförderungen zu Ausbildungstarifen im Allgemeinen Linienverkehr geleisteten Personen-Kilometer werden nicht gesondert erfaßt. Beim Freigestellten Schülerverkehr ging die Verkehrsleistung um 3,3 % auf 3,71 Mrd. Personen-Kilometer und bei den Schülerfahrten nach § 43 PBefG um über 17 % auf 508 Mill. Personen-Kilometer zurück. Die Abnahme der Schülerbeförderungen ist vermutlich demographisch bedingt, das heißt eine Folge der Verringerung des Personenkreises, der für solche Beförderungen überhaupt in

²⁾ Siehe Fußnote 1.

³⁾ Siehe Vorbemerkung, Absatz 2, letzter Satz.

Tabelle 5: Gesamter öffentlicher Personennahverkehr

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt			Linienverkehr der Straßenverkehrsmittel		Eisenbahnverkehr	
	1985 ¹⁾	1984	Veränderung 1985 ¹⁾ gegen 1984	1985 ²⁾	1984 ³⁾	1985 ¹⁾	1984 ⁴⁾
	Mill.		%	Mill.			
Beförderte Personen insgesamt							
oberer Schätzwert	6 847	6 829	+ 0,2	5 864	5 856	983	973
unterer Schätzwert	6 823	6 829	- 0,1	5 840	5 856	983	973
dar : größere Unternehmen	6 715	6 709	+ 0,1	5 732	5 736	983	973
Personen-Kilometer							
oberer Schätzwert	59 259	59 541	- 0,5	43 964	44 204	15 295	15 337
unterer Schätzwert	58 850	59 541	- 1,2	43 555	44 204	15 295	15 337
dar : größere Unternehmen	57 007	57 494	- 0,8	41 712	42 157	15 295	15 337

1) Vorläufige Ergebnisse; die Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen beim Eisenbahnverkehr waren in der Vergangenheit gelegentlich größer als die Veränderungen von Jahr zu Jahr. — 2) Nur Verkehr der größeren Unternehmen erfaßt, Verkehr der Kleinunternehmen in die Insgesamt-Ergebnisse eingeschätzt. — 3) Einschließlich S-Bahn-Verkehr in Berlin (West). — 4) Ohne S-Bahn-Verkehr in Berlin.

Frage kommt (siehe Tabelle 2 unter Berücksichtigung von Fußnote 4 zu dieser Tabelle).

Gelegenheitsverkehr der größeren Unternehmen

Insgesamt ergab sich beim Gelegenheitsverkehr der Großunternehmen ein Anstieg des Fahrgastaufkommens um 2,6 % auf 78 Mill. beförderte Personen; die Verkehrsleistung stieg um 7,0 % auf 20,2 Mrd. Personen-Kilometer an, die Betriebsleistung um 3,9 % auf 640 Mill. Wagen-Kilometer, und die Einnahmen aus der Personenbeförderung erhöhten sich um 5,2 % auf 1,36 Mrd. DM. Die Zunahme des Fahrgastaufkommens betraf nur den Verkehr mit Mietomnibussen. Bei den anderen beiden Verkehrsformen des Gelegenheitsverkehrs, den Ausflugsfahrten und den Ferienziel-Reisen, blieb es konstant.

Wegen der oben erwähnten Vergrößerung der mittleren Reiseweite nahm die Verkehrsleistung, ausgedrückt in Personen-Kilometern, bei allen drei Verkehrsformen des Gelegenheitsverkehrs erheblich zu, und zwar bei den Ferienziel-Reisen um fast 11 %, beim Mietomnibusverkehr um 7,4 % und bei den Ausflugsfahrten um 4,9 %. Die Einnahmen erhöhten sich bei den Ferienziel-Reisen um 7,6 % und beim Mietomnibusverkehr um 7,1 %, dagegen nahmen sie bei den Ausflugsfahrten geringfügig (— 0,3 %) ab (siehe Tabelle 2).

Gesamter öffentlicher Personennahverkehr

Zum gesamten öffentlichen Personennahverkehr werden der Linienverkehr der Unternehmen des Kraftomnibus-, Obus- und Straßenbahnverkehrs, der Schienenverkehr der nicht bundeseigenen Eisenbahnen, der S-Bahn-Verkehr der Deutschen Bundesbahn und vom sonstigen Schienenverkehr der Deutschen Bundesbahn der Berufsverkehr, der Schülerverkehr und die Beförderungen über eine Tarifentfernung von nicht mehr als 50 km gerechnet. Nach vorläufigem Ergebnis der Statistik des Eisenbahnverkehrs und vorläufiger Schätzung des Linienverkehrs der Straßenverkehrsmittel hatte der gesamte öffentliche Personennahverkehr im Jahr 1985 einen Umfang von rund

6,8 Mrd. beförderten Personen und rund 58 Mrd. geleisteten Personen-Kilometern. Damit wich das Fahrgastaufkommen um höchstens 0,2 % vom Vorjahreswert ab, wegen die Verkehrsleistung rund 1 % geringer war als im Jahr 1984.

Dipl.-Volkswirt Konrad Weber

Umfang und Struktur von Gefahrguttransporten im Jahr 1984

1 Entstehung des Informationsbedarfs

Lange Zeit war sich die Öffentlichkeit kaum darüber im klaren, daß der Güterverkehr nicht nur das Risiko der Kollision von Fahrzeugen an sich mit sich bringt, sondern daß bestimmte Transportgüter — insbesondere als Folge von Zusammenstößen — für sich genommen einen weiteren schwerwiegenden Risikofaktor darstellen können. Eine erste, über allgemeine Verkehrsvorschriften hinausgehende Regelung für den Transport gefährlicher Güter war allerdings schon 1957 für grenzüberschreitende Verkehre (ADR) geschaffen worden. Diese Regelung trat in der Bundesrepublik 1970 in Kraft und wurde im Lauf der 70er Jahre durch ähnliche Verordnungen für die Binnenschifffahrt, für innerstaatliche Straßentransporte, für den Seeverkehr und schließlich (1979) für Eisenbahntransporte ergänzt. Einige spektakuläre Unfälle — allen voran die Explosion eines Flüssiggas-Tankwagens neben einem spanischen Campingplatz — sowie ein insgesamt anwachsendes Ökologiebewußtsein erhöhten die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Risiken derartiger Transporte und führten zu umfassenden Änderungen, Ausweitungen und Vereinheitlichung der Gefahrgutvorschriften im Verkehr. Vor allem von den mit der Gesetzgebung befaßten Institutionen, aber auch von Verbänden, Hilfsorganisationen und der Presse wurden Angaben über die Menge und Art der beförderten Gefahrgüter gefordert. Im Jahr 1980 beauftragte der Bundesminister für Verkehr das Statistische Bundesamt, Angaben über Gefahrguttransporte aus vorhandenen statistischen Ergebnissen zu ermitteln oder Wege zur Erfassung und zum Nachweis dieser Transporte aufzuzeigen. Im Vordergrund des Interesses standen dabei weniger das Woher und Wohin von Gefahrguttransporten, als vielmehr das Aufzeigen von Größenordnungen, die Verteilung der Gefahrgüter auf Gefahrklassen, auf die verschiedenen Verkehrszweige und auf Hauptverkehrsbeziehungen (Binnenverkehr, grenzüberschreitender Versand und Empfang, Durchgangsverkehr). Die ersten Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden nicht oder nur teilweise veröffentlicht. Weitgehend bekannt wurde die vom Statistischen Bundesamt für das Jahr 1983 geschätzte Transportmenge von Gefahrgütern aller Verkehrszweige (einschl. Straßengüternahverkehr) in Höhe von 230 Mill. t.

In den letzten Jahren wurden neue Informationsquellen erschlossen und Methoden zur Aufkommensschätzung weiterentwickelt. Sie sollen im folgenden exemplarisch an der Ermittlung der Ergebnisse für das Berichtsjahr 1984 dargestellt werden.

2 Definitionen der gefährlichen Güter

Unter dem Begriff „gefährliche Güter“ fallen in der vorliegenden Untersuchung Stoffe und Gegenstände, deren Beförderung nach den Gefahrgutverordnungen der Eisenbahn (GGVE), der Straße (GGVS), der Binnenschifffahrt (ADNR) oder der Seeschifffahrt (GGVSee) nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen ist. Für die Luftfahrt gelten eigene Regelungen (ICAO-TI), die aber in den Gefahrklassendefinitionen den Gefahrgutverordnungen für die anderen Verkehrszweige ähneln.

Andere gesetzliche Vorschriften, die den Umgang mit gefährlichen Stoffen regeln, sich aber nicht auf Beförderungsvorschriften beziehen — zum Beispiel die „technischen Regeln für gefährliche Arbeitsstoffe“ oder der Katalog „wassergefährdender Stoffe“ — bleiben hier außer Betracht. Sie dürften sich zwar in ihrer Stoffaufzählung weitgehend überschneiden, es gibt aber auch eigenständige Bereiche. So sind zum Beispiel manche Farben oder schwer brennbare Öle wassergefährdend, sie fallen aber nicht unter die Vorschriften der Gefahrgutverordnungen im Verkehr, während auf der anderen Seite zum Beispiel Sprengstoffe wohl transport-, aber nicht wassergefährdend sind. Für Rohrleitungen gibt es keine Gefahrgutverordnungen wie bei anderen Verkehrszweigen. Die in ihnen beförderten Mineralölprodukte werden deshalb bei der Schätzung des Gefahrgutaufkommens nicht aufgeführt.

Übersicht der Gefahrklassen

Nr.	Bezeichnung
1a	Explosive Stoffe und Gegenstände
1b	Mit explosiven Stoffen geladene Gegenstände
1c	Zündwaren, Feuerwerkskörper und ähnliche Güter
2	Verdichtete, verflüssigte oder unter Druck gelöste Gase
3	Entzündbare flüssige Stoffe
4.1	Entzündbare feste Stoffe
4.2	Selbstentzündliche Stoffe
4.3	Stoffe, die in Berührung mit Wasser entzündliche Gase entwickeln
5.1	Entzündend (oxydierend) wirkende Stoffe
5.2	Organische Peroxide
6.1	Giftige Stoffe
6.2	Ekelerregende oder ansteckungsgefährliche Stoffe
7	Radioaktive Stoffe
8	Ätzende Stoffe
9	Sonstige gefährliche Stoffe und Gegenstände (nur Straße)

Die oben genannten Gefahrgutverordnungen unterteilen die gefährlichen Güter in 14 Klassen, die nach den Anpassungen der letzten Jahre bei allen Verkehrszweigen inhaltlich und nach der Bezeichnung übereinstimmen. Die Klassenaufteilung richtet sich nicht nach einer unterschiedlich hohen Gefährlichkeit der Stoffe, sondern nach ihrer Beschaffenheit oder ihren sonstigen Eigenschaften (fest, flüssig, brennbar, giftig, explosiv u. a.); die Transportmengen in den verschiedenen Klassen sind deshalb extrem unterschiedlich. Die Klassenzugehörigkeit richtet sich nach der Aufzählung bestimmter Eigenschaften oder der namentlichen Nennung einzelner Stoffe. Auch beim Vorkommen mehrerer Gefahrenmomente (z. B. brennbar und giftig) darf einem Stoff nur eine einzige Gefahrklasse, nämlich die, von der die Hauptgefahr ausgeht, zugeordnet werden. Verantwortlich für die Kennzeichnung als Gefahrgut bzw. die Zuteilung der richtigen Gefahrklasse ist der Hersteller

bzw. der Versender der Ware. Der Transport muß mit Warntafeln gekennzeichnet und die Gefahrklasse und die Stoffart müssen in die Begleitpapiere eingetragen sein.

3 Die Aussagefähigkeit der Verkehrsstatistik

Die Verkehrsstatistik der Bundesrepublik Deutschland ist in bezug auf das Transportaufkommen im Güterverkehr für die meisten Verkehrszweige recht gut ausgebaut. Sie besitzt aber keine gemeinsame Rechtsgrundlage und hat eine Reihe sehr unterschiedlicher Erfassungs- und Aufbereitungswege. Die Verkehrsstatistik oder genauer die Güterverkehrsstatistiken sind historisch gewachsen und deshalb verkehrszweigorientiert. Die Traditionen von Eisenbahn-, Binnenschiff- und Seeschiffahrtstatistiken reichen bis weit in das 19. Jahrhundert zurück, während die Statistiken des Straßengüterverkehrs in der heutigen Form, nach kurzen Anläufen in den 30er Jahren, erst mit der Entstehung der Bundesrepublik geschaffen wurden. Gerade die Statistiken des Straßengüterverkehrs sind sehr kompliziert, weil sie sich erfassungsmäßig an den verschiedenen Zugangsformen und Zulassungsbeschränkungen (Nah- und Fernverkehr, Werk- und gewerblicher Verkehr) dieses Verkehrsmarktes orientieren müssen. Hier existiert ein Nebeneinander von Primär- und Sekundärstatistiken, die sich teilweise überlappen und für die verschiedene Institutionen zuständig sind (Statistisches Bundesamt, Kraftfahrt-Bundesamt, Bundesanstalt für den Güterfernverkehr). Immerhin sind — zumindest seit 1969 — die Güter- und Regionalsystematiken einheitlich für alle Güter der Verkehrsstatistiken gültig und die wichtigsten Auswertungsprogramme so angepaßt, daß die Ergebnisse vergleichbar sind. Praktisch alle Güterverkehrsstatistiken sind Totalerhebungen aller Transporte (Ausnahme Straßengüterverkehr) und meist auch Totalaufbereitungen. In den Straßenfernverkehrsstatistiken wird wegen der enorm großen Fallzahlen nur stichprobenweise aufbereitet (Auswahlsatz 20 bis 100 %); die Zahl der ausgewerteten Fälle geht aber in die Millionen, so daß hier die Repräsentanz der Ergebnisse sehr gut ist.

Trotzdem konnten die Ergebnisse nicht direkt für die Ermittlung des Gefahrgutaufkommens verwandt werden. Der Hauptgrund dafür war die zu unscharfe Einteilung des Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken. Dieses Verzeichnis ist abgeleitet aus dem „Einheitlichen Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik“ (NST) vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften und unterscheidet Transportgüter nach 175 Gütergruppen. Diese im Vergleich mit den sehr viel tiefer gegliederten Warensystematiken der Außenhandels- oder der Produktionsstatistik recht grobe Differenzierung hängt mit den Erfassungswegen vieler Verkehrsstatistiken zusammen: Auskunftspflichtig sind eben nicht die Hersteller, die ihr Produkt genau klassifizieren können, sondern häufig die Spediteure, Lkw-Fahrer, Schiffs kapitäne, die beim Ausfüllen statistischer Zählkarten oft nur ungenaue Angaben zur Güterart machen können.

Die Verkehrsstatistiken weisen eine Reihe von Gütergruppen nach, die unzweifelhaft als Gefahrgut einer bestimm-

ten Gefahrenklasse eingestuft werden können, so zum Beispiel 321 Motorenbenzin, 330 Natur- und Raffineriegas, 811 Schwefelsäure oder 894 Sprengstoffe. Häufiger und meist mit einem Transportaufkommen von vielen Millionen Tonnen im Jahr sind Gütergruppen, die gefährliche und ungefährliche Güter im unbekanntem Mischungsverhältnis und unbekannter Gefahrklassenzugehörigkeit enthalten. Die wichtigsten Gruppen in diesem Zusammenhang sind die Gütergruppen 819 sonstige chemische Grundstoffe (Transportmenge im Jahr 1984: 29,2 Mill. t), 896 sonstige chemische Erzeugnisse (Transportmenge 17,4 Mill. t) und 999 Sammelgüter und ähnliches (Transportmenge 47,5 Mill. t).

Neben den Unschärfebereichen bei der Zuordnung der Güterart gibt es bei allen Verkehrszweigen Erfassungslücken, das heißt Transporte, die entweder gar nicht oder nur mengenmäßig nachgewiesen werden. Dazu gehören bei der Eisenbahn Stückgut-, Expreßgut- und Dienstguttransporte, im Straßenverkehr die Transporte mit militärischen Fahrzeugen, der Stückgutverkehr, Transporte mit DDR-Fahrzeugen, der Werkverkehr mit „kleinen“ Fahrzeugen und freigestellte Verkehre (zum Beispiel Abfalltransporte oder Transport radioaktiver Güter). Der aufkommensmäßig sehr bedeutsame Straßengüterverkehr (Verkehr im Umkreis von 50 km um den Standort) wurde zuletzt 1978 als Stichprobe erfaßt und in der Untergliederung nach nur 22 Gütergruppen der Europäischen Gemeinschaften nachgewiesen.

Angesichts der beschriebenen Probleme bei der Verwendung verkehrsstatischer Ergebnisse für die Gefahrgutschätzungen war anfangs im Bundesministerium für Verkehr der Gedanke verfolgt worden, zusätzlich zu der Güterart auch noch die Gefahrklasse zu erfassen. Da die Gefahrklasse in den Transportpapieren vermerkt sein muß, ist sie im Prinzip allen Auskunftspflichtigen bekannt. Das Statistische Bundesamt hat diesen Vorschlag sorgfältig geprüft und kam zu dem Schluß, daß dieses Verfahren bei — wahrscheinlich lösbaren — rechtlichen und finanziellen Problemen zu voraussichtlich unzureichend genauen Ergebnissen für das Gefahrgutaufkommen führen würde. Zu erwarten wäre z. B. eine deutliche Untererfassung der gefährlichen Güter, insbesondere bei den Gefahrklassen mit erwartungsgemäß relativ geringem Transportaufkommen (z. B. Radioaktive Stoffe oder Organische Peroxide).

Dies hat mehrere Gründe:

- Da das Verfahren nur vorhandene Statistiken um ein Erfassungsmerkmal erweitert, können die oben beschriebenen Erfassungslücken auch damit nicht ausgefüllt werden.
- Manche Gefahrgüter dürfen nur in kleinen Portionen befördert werden und entgehen damit häufig als Stückguttransport der statistischen Erhebung. Aber auch wenn sie zusammen mit anderen mengenmäßig überwiegenden Gütern als Sammelladung transportiert werden, dürften in den Erhebungspapieren häufig keine oder nur eine Gefahrklasse angegeben sein.
- Mit Ausnahme weniger Gütergruppen (z. B. Mineralölprodukte) kann in der statistischen Aufbereitung nicht geprüft werden, ob die fehlende Eintragung einer Ge-

fahrklasse auf „Vergeßlichkeit“ beruht, oder ob es sich tatsächlich um ein ungefährliches Gut handelte. In solchen Fällen muß dann immer die Kennzeichnung „kein Gefahrgut“ angenommen werden.

Als zweiter möglicher Weg zur Ermittlung des Gefahrgutaufkommens ist die Schaffung einer eigenständigen, neuen Statistik erwogen worden. Neben den Problemen mit der Durchsetzung einer neuen gesetzlichen Grundlage für eine derartige amtliche Statistik und ihrer Finanzierung gibt es auch schwerwiegende inhaltliche Argumente gegen ein solches Vorhaben:

- Wegen der großen Unterschiede im Transportaufkommen einzelner Gefahrklassen (etwa 1:8 000) würden kleine Stichproben kein ausreichend genaues Ergebnis liefern können. Es müßte also eine Totalerfassung — gerade auch bei den Kleintransporten, die aus der traditionellen Güterverkehrsstatistik herausfallen — angestrebt werden. Der Aufwand wäre entsprechend groß.
- Da Gefahrguttransporte in der Regel nicht erlaubnispflichtig sind und unter Einhaltung der Gefahrgutvorschriften von den verschiedenen Verkehrsträgern durchgeführt werden können, ist die klare Definition eines Kreises von Auskunftspflichtigen praktisch nicht zu erreichen. Eine Kontrolle auf Vollständigkeit von Meldungen ist nicht möglich.

Angesichts der Schwierigkeiten bei der Direkterfassung der Gefahrguteigenschaften und der damit zu erwartenden Untererfassung wurde vom Statistischen Bundesamt ein Lösungsvorschlag erarbeitet, der ohne Belastung von Auskunftspflichtigen schneller und kostengünstiger verlässliche Angaben zu Gefahrguttransportmengen erbringen soll.

- Ausgangsbasis für die Schätzung des Gefahrgutaufkommens bleiben die Ergebnisse der Güterverkehrsstatistik der Verkehrszweige, aus denen ein großer Teil der Gefahrklassen (Mineralölprodukte, Flüssiggase, einige Säuren und Laugen) direkt bestimmbar sind.
- Bei der Eisenbahn und im gewerblichen Straßengüterfernverkehr werden aus tariflichen Gründen nicht nur 175 Gütergruppen erfaßt, sondern jeweils etwa 1 000 Tarifnummern unterschieden, mit deren Hilfe die Struktur gemischter Gütergruppen näher bestimmt werden kann.
- Nach einer Vorklärung der Zusammenhänge zwischen Produktion und Transport können auch die sehr tief gegliederten Angaben aus der Statistik des Produzierenden Gewerbes zu einer weiteren Differenzierung fraglicher Gütergruppen benutzt werden. Dasselbe gilt in sehr viel direkterem Zusammenhang für die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik.
- Weiter sollen die Ergebnisse der Abfallbeseitigungsstatistik nach den Gefahrgutvorschriften im Verkehr klassifiziert und soweit wie möglich in die Gefahrgut-schätzung eingearbeitet werden. Wie beschrieben, sind Abfalltransporte auf der Straße als freigestellte Verkehre (§ 4 GüKG) in der Verkehrsstatistik nicht erfaßt.

— Zu bestimmten Gefahrklassen gibt es Informationen bei Firmen oder Verbänden, die zur freiwilligen Zusammenarbeit bewegt und deren Angaben in anonymisierter Form in die Gesamtschätzung einfließen sollen.

— Außerdem sollen alle sonstigen erreichbaren Informationsquellen erschlossen werden (z. B. über die Struktur von Stückguttransporten); Angaben, die auch dann noch fehlen, sollen anhand plausibler Schätzungen ersetzt werden.

In der vorliegenden Untersuchung für das Berichtsjahr 1984 konnten noch nicht alle Vorhaben verwirklicht werden. Zur Zeit fehlen noch die Zuordnungen von Gefahrklassen zu den Warennummern von Produktions- und Außenhandelsstatistiken, so daß die Ergebnisse dieser Statistiken nur in einigen Fällen zur Überprüfung von Plausibilitäten herangezogen werden konnten. Den Tarifnummern des Reichskraftwagentarifs (RKT), der für den gewerblichen Straßengüterfernverkehr verwandt wird, wurden zwar Gefahrklassen zugeordnet, die Basisstrukturierung der gemischten Gütergruppen wurde aber auch im Straßengüterfernverkehr (wie bei den anderen Verkehrszweigen) mit den Bundesbahnangaben errechnet. Diese Daten scheinen für den zusammengefaßten Güterfernverkehr auf der Straße (Werk- und gewerblicher Verkehr) plausiblere Ergebnisse zu erbringen. Aus der Statistik der Abfallbeseitigung konnten plausible Ergebnisse über transportierte Abfallmengen in der Unterscheidung nach Gefahrklassen gewonnen werden. Es fehlen aber noch Ergebnisse über den „modal-split“, das heißt die Verteilung auf die Verkehrszweige. Daher wurde auf die Einarbeitung der Daten verzichtet.

Die Informationslage über den Straßengüternahverkehr — dessen Beförderungsaufkommen höher ist als das aller anderen Verkehrszweige zusammen — ist inzwischen so schlecht geworden, daß auf eine Schätzung des Gefahrgutaufkommens in diesem Bereich verzichtet werden mußte. Die letzte Statistik des Straßengüternahverkehrs stammt aus dem Jahr 1978 und unterscheidet nur 22 Gütergruppen. Diese Grundzahlen werden jährlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung fortgeschätzt, sie genügen aber nicht für eine Ermittlung der Gefahrguttransporte. Bei einem geschätzten Verkehrsaufkommen im Straßengüternahverkehr von rund 2,0 Mrd. t im Jahr 1984 muß aber auch mit Gefahrguttransporten von weit über 100 Mill. t gerechnet werden. Allein der Transport von Mineralölprodukten erreicht eine Höhe von 110 Mill. t. Eine Verbesserung der Datenlage in diesem so bedeutenden Verkehrszweig ist nur zu erwarten, wenn die gesetzliche Grundlage für die seit Jahren geplante und immer wieder verschobene „Statistik im Güterkraftverkehr“ verabschiedet wird. Die bisherigen Entwürfe und Stichprobenpläne sehen — allerdings bei relativ kleinen Stichproben — auch eine Erfassung der eventuell vorhandenen Gefahrklassen des Transportgutes vor.

Die einzelnen Arbeitsschritte der Untersuchung bei den anderen Verkehrszweigen und ihre wichtigsten Ergebnisse werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

4 Methodenbeschreibung zur Ermittlung der Gefahrgutmengen

Die Deutsche Bundesbahn erfaßt in ihrer Frachtbriefstatistik die beförderten Güter in der Unterscheidung nach etwa 1 000 Tarifnummern (Güterarten). Vor der Lieferung der Daten an das Statistische Bundesamt werden normalerweise diese Güterarten auf die 175 Gütergruppen des Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistik verdichtet. Für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung stellte die Bahn jedoch die internen Tarifnummernergebnisse in der Unterscheidung nach Binnen- und grenzüberschreitenden Verkehren zur Verfügung.

In einem ersten Schritt wurden den Güterarten der Deutschen Bundesbahn Gefahrklassen zugeordnet oder sie wurden als ungefährlich eingestuft. Schwierigkeiten ergaben sich bei der Zuordnung von Gefahrklassen zu Gütern, die erst ab einer bestimmten Konzentration bzw. in einem bestimmten physikalischen Zustand unter die Gefahrgutverordnungen fallen. Hier wurde ein bestimmter Prozentsatz der transportierten Menge als gefährlich angenommen.

Durch die Gegenüberstellung von Tarifnummernergebnissen und den zugehörigen Gütergruppenergebnissen ließ sich eine prozentuale Gefahrklassenstruktur für die fragliche Gütergruppe sowohl für den Binnenverkehr als auch für den Nicht-Binnenverkehr errechnen. Die ermittelten Strukturen für die Gefahrklassen enthaltenden Gütergruppen wurden dann benutzt, um in einem zweiten Schritt Transportmengen für alle Hauptverkehrsbeziehungen und für alle Verkehrswege zu errechnen. Es wurde also zunächst angenommen, daß der Anteil von Gefahrklassen in bestimmten Gütergruppen und Hauptverkehrsbeziehungen bei allen Verkehrsweigen gleich hoch ist. Die besondere Güterstruktur der einzelnen Verkehrswege (z. B. der hohe Massengutanteil bei der Binnenschifffahrt) blieb bei diesem Vorgehen aber erhalten, weil nur verkehrszweig-spezifische Ergebnisse zur Hochrechnung benutzt wurden.

Trotz der relativ tiefen Gliederung der Bundesbahn-Tarifnummern blieben dennoch Güterarten übrig, für die wegen unzureichender Angaben keine Aussagen über eventuell zuzuordnende Gefahrklassen möglich sind. Beispiele waren die Restpositionen „Chemische Erzeugnisse, sonst nicht genannt“ der Güterabteilung 8 oder die ganz allgemeine Auffangnummer „Güter, sonst nicht genannt“. Bei solchen Güterpositionen wurde angenommen, daß sie sich derart aus gefährlichen und ungefährlichen Stoffen zusammensetzen, wie die bisher errechnete Struktur der zugehörigen Güterabteilung (z. B. Chemische Güter) oder wie das Gesamttransportaufkommen in der jeweiligen Verkehrsrelation überhaupt. In einem dritten bzw. vierten Schritt wurden — nach einem genau festgelegten Algorithmus, der sich bei einzelnen Verkehrsweigen unterscheidet — Zwischensummen errechnet, mit deren Hilfe die genannten Restpositionen strukturiert wurden. Das Ergebnis dieser ersten Stufe der Untersuchung ist ein Grobschema, aus dem die wichtigsten Gefahrklassen (das sind die mit dem höchsten Aufkommen) für die Verkehrswege erkennbar sind.

Dieses Grobschema mußte aus einer Reihe von Gründen in weiteren Arbeitsschritten korrigiert werden.

- Die Berechenbarkeit nach dem obigen Verfahren ist für Gefahrklassen mit geringerem Aufkommen (z. B. Radioaktive Stoffe, Klasse 7, oder Organische Peroxide, Klasse 5.2) ungenügend. Für diese Bereiche lagen aber zum Teil Sonderstatistiken vor, oder es konnten mit Hilfe des zuständigen Verbandes Angaben von Herstellern eingeholt werden.
- Stückgut der Bahn und im Straßenverkehr wird nicht nach der Güterart, sondern nur insgesamt erfaßt. Mit Hilfe von Angaben des zuständigen Verbandes und Sonderauswertungen eines Spediteurs wurde eine Strukturierung vorgenommen.
- Zum Dienstgutverkehr der Bahn stellte die Bundesbahn interne Daten zur Verfügung.
- Der Transport mit DDR-Fahrzeugen wird in der Verkehrsstatistik nicht erfaßt. Sein Gefahrgutaufkommen wurde aus der Statistik des warenbegleitscheinpflichtigen Verkehrs geschätzt und die Ergebnisse eingerechnet.
- Die Verkehrsstatistik weist üblicherweise keine Durchfuhr im Seeverkehr nach. Hierfür lagen aber Daten des Verkehrs durch den Nord-Ostsee-Kanal vor, die eingearbeitet wurden.
- Die immer bedeutender werdenden Transporte von Kohlenstäuben (Gefahrklasse 4.1) konnten mit dem oben beschriebenen Verfahren nicht ermittelt werden. Auch hier stellte der Spezialtransporteur Ergebnisse zur Verfügung, die in die Studie einfließen.
- Zu den Gefahrguttransporten im Huckepack-Verkehr der Bahn lagen Ergebnisse einer Sonderauszählung vor, die auch in diesem Bereich eine Schätzung ermöglichten.

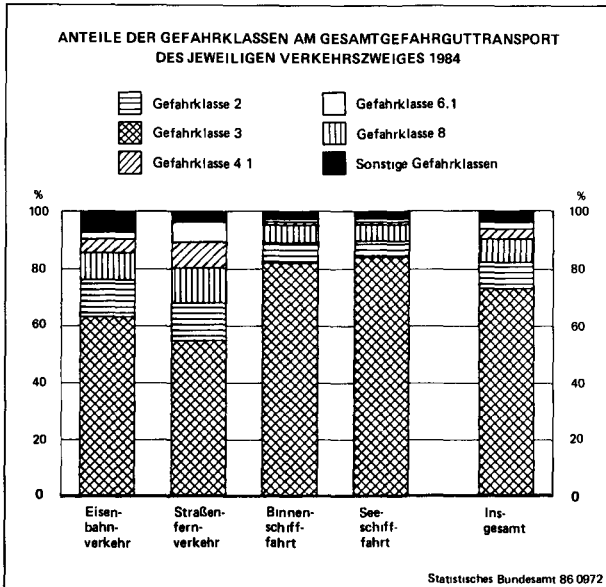
Alle beschriebenen Arbeitsschritte, von der ersten Strukturschätzung bis zur Einarbeitung aller gesammelten Zusatzinformationen, wurden in ein mehrstufiges Computerprogramm übernommen, das eine schnelle Revision und Neuberechnung der Ergebnisse zuläßt. Das Programm gestattet auch (allerdings mit den Strukturdaten von 1984), das Gefahrgutaufkommen für andere Jahre annähernd genau zu berechnen.

5 Darstellung und Interpretation der Ergebnisse

5.1 Gefahrguttransport nach Gefahrklassen

Im Güterverkehr der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahr 1984 in den hier untersuchten Verkehrsbereichen 1 108 Mill. t Güter aller Art befördert. Diese Summe enthält nicht den Binnen-Nahverkehr auf der Straße und nicht die Rohrleitungstransporte, sie schließt andererseits aber die Durchfuhr im Nord-Ostsee-Kanal, den Stückgut- und Dienstgutverkehr sowie den Verkehr mit DDR-Fahrzeugen ein. Darunter lassen sich nach dem oben aufgezeigten Schätzverfahren 177 Mill. t gefährlicher Güter ermitteln,

Schaubild 1



dies entspricht einem Anteil von 16 % der transportierten Mengen.

Erwartungsgemäß dominierte unter den gefährlichen Gütern der Mineralölbereich. Fast drei Viertel, nämlich 129 Mill. t oder 72,9 % aller Gefahrgüter gehörten zur Gefahrklasse 3 „Entzündbare flüssige Stoffe“. Zwar umfaßt diese Bezeichnung nicht nur Rohöl und Mineralölprodukte, sondern auch brennbare Lösungsmittel, Farben u. ä., aber schon mit den Gütergruppen der Verkehrsstatistik lassen sich direkt Gefahrguttransporte von rund 110 Mill. t des Mineralölbereichs nachweisen.

Im Aufkommen an zweiter Stelle, jedoch mit großem Abstand zur Gefahrklasse 3, folgen Transporte von Gütern der Gefahrklasse 2 „Verdichtete, verflüssigte oder unter

Mehr als 90 % aller Gefahrgüter oder fast 160 Mill. t gehören also zu den Gefahrklassen 2, 3 und 8. Die restlichen 9,7 % der gefährlichen Güter (17,3 Mill. t) verteilen sich auf die verbleibenden 11 Gefahrklassen. Vom Transportaufkommen her am bedeutendsten waren unter ihnen die Gefahrklasse 4.1 „Entzündbare feste Stoffe“ (das sind z. B. Schwefel, Kohlenstäube, Heu) mit 6,2 Mill. t, die Gefahrklassen 6.1 „Giftige Stoffe“ mit 4,8 Mill. t und 5.1 „Entzündend wirkende Stoffe“ (das sind z. B. manche Nitrate aus der Düngemittelproduktion) mit 4,1 Mill. t.

Von radioaktiven Stoffen (Gefahrklasse 7) wurden 35 800 t befördert. Hier ist jedoch, noch mehr als bei anderen Gefahrklassen, zu beachten, daß die Verkehrsstatistik Bruttogewichte nachweist, so daß der größte Teil der hier nachgewiesenen Transportmenge auf die Verpackung entfallen dürfte.

Die Güter der Gefahrklassen 1a, 1b und 1c (explosionsgefährliche Stoffe) erreichten ein Transportaufkommen von zusammen 443 200 t. Militärische Transporte dürften hier, wie in der Verkehrsstatistik überhaupt, in den meisten Fällen jedoch nicht enthalten sein. Nur bei der Bahn werden Militärverkehre, soweit sie über Frachtbriefe abgewickelt werden, mengenmäßig erfaßt. Eine Unterscheidung tiefer gegliederter Güterarten ist aber im Militärverkehr auch bei der Bahn nicht möglich.

In der genannten Gefahrgutmenge von 177 Mill. t ist die Beförderung von Stoffen der Gefahrklasse 9 „Sonstige gefährliche Stoffe und Gegenstände“ nicht enthalten, weil diese Gefahrklasse bisher nur für die Straße gilt und vorläufig nur verflüssigte Metalle aufzählt. Im Straßenfernverkehr wurden 1984 30 000 t Güter dieser Gefahrklasse transportiert, bei der Eisenbahn war das Transportaufkommen verflüssigter Metalle mit 2,3 Mill. t sehr viel höher. Diese Transporte gelten dort jedoch nicht als Gefahrgutverkehre.

Tabelle 1: Gesamttransport und Transport gefährlicher Güter nach Hauptverkehrsbeziehungen 1984
1 000 Tonnen

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Binnenverkehr	Grenz-überschreitender und DDR-Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand	Empfang	
Gesamttransport ..	1 108 144,0	559 260,9	191 636,9	285 870,2	71 377,6
dar.: Gefahrgut	177 006,2	69 998,5	25 621,7	71 294,0	10 092,0
der Klasse 1 A	366,6	278,0	34,5	36,4	17,7
1 B	40,3	13,7	10,3	11,1	5,2
1 C	36,3	15,1	8,5	8,7	4,0
2	16 420,8	6 344,7	4 705,3	3 600,0	1 770,8
3	129 023,8	50 352,1	11 410,4	61 522,9	5 738,5
4.1	6 175,9	3 013,9	1 842,5	1 064,7	254,8
4.2	347,6	46,1	157,9	114,0	29,6
4.3	874,4	523,0	138,1	60,6	152,7
5.1	4 063,5	1 188,1	1 222,0	1 520,8	132,6
5.2	16,3	6,4	7,6	2,1	0,2
6.1	4 774,1	1 775,2	1 481,1	1 050,8	467,1
6.2	546,4	267,3	104,7	121,2	53,2
7	35,8	12,9	8,0	12,0	2,9
8	14 284,4	6 162,0	4 490,8	2 168,8	1 462,7

Druck gelöste Gase“. 16,4 Mill. t bzw. 9,3 % des Gesamt-Gefahrgutaufkommens wurden in dieser Klasse befördert. Etwas niedriger (bei 14,3 Mill. t bzw. 8,1 % der Gesamtmenge) lag die Transportmenge der Stoffe, die zur Gefahrklasse 8 zählen, das sind meist Säuren und Laugen aller Art.

5.2 Gefahrguttransporte nach Hauptverkehrsbeziehungen

Die große Bedeutung des Mineralölbereichs spiegelt sich auch in der Verteilung des Gefahrguttransportes auf die Hauptverkehrsbeziehungen: Beim Transport von Rohöl und Mineralölprodukten dominiert der Empfang aus dem Ausland und dementsprechend hat der grenzüberschreitende Empfang auch bei den Gefahrguttransporten die größte Bedeutung. Mehr als ein Drittel (34,8 %) aller Gefahrguttransporte von 177 Mill. t entfiel allein auf den grenzüberschreitenden Empfang von Gütern der Gefahrklasse 3. Naturgemäß spielt hier die Schifffahrt eine große Rolle. 52,4 % des Imports „Entzündbarer flüssiger Stoffe“ wurden mit Seeschiffen angeliefert, weitere 34,9 % wurden mit Binnenschiffen transportiert.

Der reine Binnenverkehr hat bei Gefahrguttransporten eine deutlich geringere Bedeutung als in der allgemeinen Güterverkehrsstatistik. Während im Durchschnitt aller Güter 50,5 % (auch hier ohne Binnennahverkehr und Rohrleitungsverkehr) nur innerhalb des Bundesgebietes befördert werden, liegt dieser Anteil bei Gefahrguttransporten bei nur 39,5 %. Der grenzüberschreitende Empfang insge-

Tabelle 2: Gesamttransport und Transport gefährlicher Güter nach Hauptverkehrsbeziehungen 1984
1 000 Tonnen

Verkehrszweig	Insgesamt	Binnenverkehr	Grenzüberschreitender und DDR-Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand	Empfang	
Gesamttransport					
Alle Verkehrszweige	1 108 144,0	559 260,9	191 636,9	285 870,2	71 377,6
Eisenbahnverkehr	330 083,6	251 711,8	33 488,7	37 779,8	7 103,4
Straßenfernverkehr	370 880,8	233 594,0	60 389,9	63 011,0	13 886,0
Binnenschifffahrt	236 477,6	70 233,7	53 845,9	99 886,1	12 511,9
Seeschifffahrt	170 082,8	3 721,4	43 600,9	84 984,3	37 776,2
Luftverkehr	620,9	—	311,6	209,1	100,1
dar.: Transport gefährlicher Güter					
Alle Verkehrszweige	177 006,2	69 998,5	25 621,7	71 294,0	10 092,0
Eisenbahnverkehr	39 686,9	26 335,8	3 616,6	8 657,0	1 077,5
Straßenfernverkehr	35 314,3	22 923,8	6 551,2	4 636,5	1 202,8
Binnenschifffahrt	53 189,2	18 536,2	6 775,4	24 356,2	3 521,3
Seeschifffahrt	48 793,5	2 202,8	8 667,0	33 636,9	4 286,9
Luftverkehr	22,4	—	11,5	7,4	3,4

samt hat bei Gefahrguttransporten einen Anteil von 40,3 % (an allen Gütern: 25,8 %), der grenzüberschreitende Versand hat einen Anteil von 14,5 % (an allen Gütern: 17,3 %) und der Durchgangsverkehr hat im Gefahrgutbereich einen Anteil von 5,7 % (an allen Gütern: 6,4 %).

Die Bedeutung grenzüberschreitender Verkehre von Gefahrgütern bleibt auch erhalten, wenn nur die rund 48 Mill. t Gefahrgüter, die nicht zur Gefahrgutklasse 3 gehören, betrachtet werden. Der Anteil des Binnenverkehrs bleibt dann fast unverändert bei 40,9 %, der Anteil des grenzüberschreitenden Empfangs fällt auf 20,4 %. Deutlich höher wird der Anteil des Durchgangsverkehrs (9,1 %), und ganz besonders stark steigt der Anteil des grenzüberschreitenden Versands, nämlich auf 29,6 %. Dieser hohe Anteil ist Ausdruck der Exportorientierung der Chemischen Industrie, der bei einer Gesamtbetrachtung der Gefahrguttransporte von der Struktur der Mineralöltransporte verdeckt wird.

Die Zahlen belegen, daß bei Gefahrguttransporten die internationale Abstimmung von Regelungen noch wichtiger ist als in anderen Verkehrsbereichen.

5.3 Gefahrguttransport nach Verkehrszweigen

Die meisten Gefahrgüter wurden 1984 in der Binnenschifffahrt befördert, die 53,2 Mill. t oder 30,0 % des gesamten Gefahrgutverkehrs transportierte. An zweiter Stelle stand die Seeschifffahrt mit 48,8 Mill. t oder 27,6 % der Gesamtmenge. Mit 39,7 Mill. t (22,4 %) folgte die Eisenbahn, auf den Straßengüterfernverkehr entfielen 35,3 Mill. t oder 20 % der Gesamtgefahrgutmenge.

Wenn — wie schon weiter oben — nur die 48,0 Mill. t Gefahrgüter, die nicht zur Klasse 3 gehören, in ihrer Verteilung auf die Verkehrszweige untersucht werden, zeigt sich, daß sie sehr häufig (zu 33,4 %) im Straßenfernverkehr transportiert werden. Das entspricht dem hohen Anteil von Halb- und Fertigprodukten in der Güterstruktur dieses Verkehrszweigs, die viel weniger als die anderer Verkehrsträger von Massengütern geprägt sind. Bei einigen Gefahrgutklassen (Klasse 4.1 „Entzündbare feste Stoffe“, 5.2 „Organische Peroxide“, 6.1 „Giftige Stoffe“ und 6.2 „Ekelerregende oder ansteckungsgefährliche Stoffe“) liegen die

Transportanteile des Straßenverkehrs bei mindestens 50 %.

Betrachtet man nur die Anteile der Gefahrgüter am gesamten Güterverkehrsaufkommen je Verkehrszweig, dann steht die Seeschifffahrt an der Spitze: Bei ihr sind 28,7 % aller Güter gefährlich. Für die Binnenschifffahrt liegt die

Tabelle 3: Gesamttransport und Transport gefährlicher Güter nach Verkehrszweigen 1984
1 000 Tonnen

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Eisenbahnverkehr	Straßenfernverkehr ¹⁾	Binnenschifffahrt	Seeschifffahrt	Luftverkehr
Gesamttransport	1 108 144,0	330 083,6	370 880,8	236 477,6	170 082,8	620,9
dar.: Gefahrgut	177 006,2	39 686,9	35 314,3	53 189,2	48 793,5	22,4
der Klasse 1 A	366,6	318,6	31,6	—	16,0	0,3
1 B	40,3	26,2	7,1	—	6,8	0,1
1 C	36,3	28,8	4,5	0,0	2,8	0,1
2	16 420,8	5 159,2	4 728,6	3 825,6	2 705,0	2,3
3	129 023,8	24 960,9	19 295,2	43 649,8	41 113,5	4,6
4.1	6 175,9	1 937,4	3 252,7	550,6	432,7	2,5
4.2	347,6	79,1	129,6	81,3	57,4	0,1
4.3	874,4	529,4	132,9	1,4	210,6	0,0
5.1	4 063,5	1 696,4	440,2	1 188,0	738,8	0,2
5.2	16,3	4,9	9,8	—	1,6	—
6.1	4 774,1	1 048,7	2 562,9	566,0	589,4	7,0
6.2	546,4	63,6	406,5	2,0	72,3	2,1
7	35,8	20,3	9,9	—	4,5	1,1
8	14 284,4	3 813,3	4 302,8	3 324,4	2 842,2	1,7

¹⁾ Einschl. grenzüberschreitender Nahverkehr.

entsprechende Quote bei 22,5 %, für die Eisenbahn bei 12,0 % und im Straßenfernverkehr bei 9,5 %. Die Gefahrgüter ohne die Klasse 3 haben bei allen Verkehrszweigen Anteile zwischen 4,0 und 4,5 %.

Die weiter oben beschriebene Bedeutung der grenzüberschreitenden Verkehre bei Gefahrguttransporten muß bei der Untersuchung einzelner Verkehrszweige etwas differenziert werden.

So ist bei der Eisenbahn der Binnenverkehrsanteil der Gefahrguttransporte zwar niedriger als im Durchschnitt aller Gütertransporte, er liegt aber immer noch bei 66,4 %. Ähnlich hoch (64,9 %) ist der Anteil der Binnenverkehre im Gefahrgutbereich beim Straßenfernverkehr; er liegt hier sogar leicht über dem verkehrszweigspezifischen Durchschnitt von 63 %. Der Verkehr innerhalb des Bundesgebietes hat für die Binnenschifffahrt — und noch mehr für die

Schaubild 2

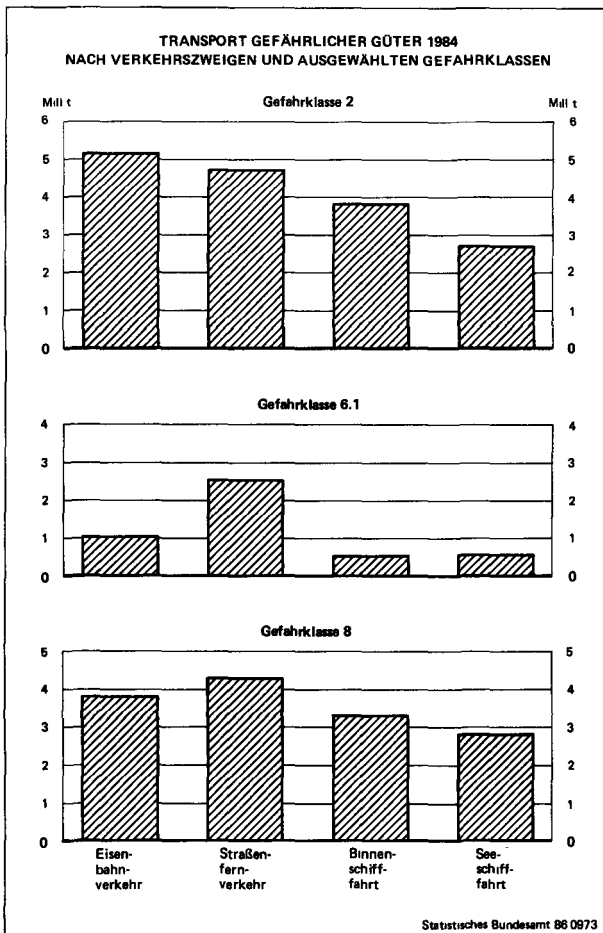
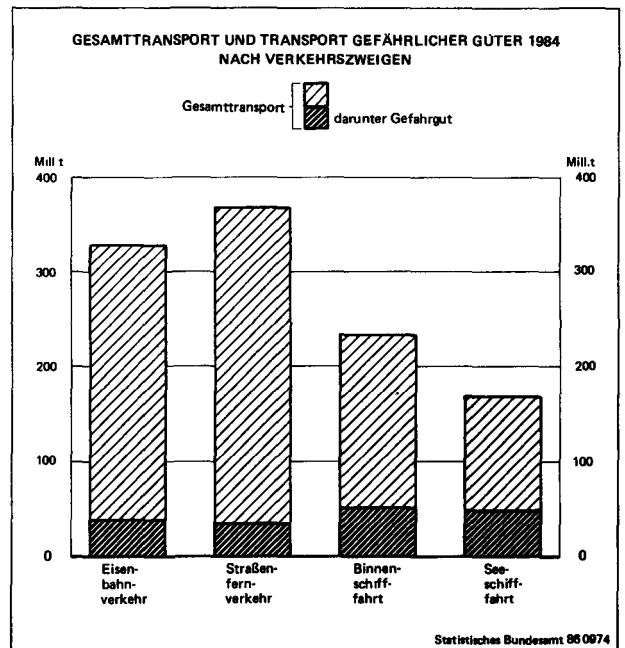


Schaubild 3



nahverkehr rund 2 Mrd. t Güter befördert, davon rund 110 Mill. t Mineralölzerzeugnisse. Wenn im Straßengüternahverkehr ähnliche Gefahrgutanteile wie im Straßengüterfernverkehr angenommen werden, muß allein in diesem Verkehrszweig mit einem Gefahrgutaukommen von etwa 180 Mill. t gerechnet werden. Das wäre mehr als die von allen anderen Verkehrszweigen zusammen transportierte Menge.

Seeschiffahrt — seit jeher relativ geringe Bedeutung. Auch wenn der Binnverkehrsanteil bei Gefahrguttransporten etwas höher liegt, bleibt er doch auf niedrigerem Niveau (34,8 % bei der Binnenschiffahrt und 4,5 % bei der Seeschiffahrt).

6 Beurteilung der Ergebnisse und mögliche Weiterentwicklung der Methode

Das im vorliegenden Bericht ermittelte Ergebnis der Schätzung des Gefahrgutaukommens für 1984 in Höhe von 177 Mill. t darf nicht mit der vom Statistischen Bundesamt für 1983 veröffentlichten Gefahrgutuntersuchung verglichen werden, die ein Gesamtergebnis von 230 Mill. t angenommen hatte. Abgesehen davon, daß für 1983 nur wenige Eckzahlen errechnet wurden, bestehen vor allem folgende inhaltliche und methodische Unterschiede:

- Im Gegensatz zu 1983 wird das Gefahrgutaukommen im Straßengüternahverkehr überhaupt nicht mehr geschätzt. Dies ist sicher ein Schwachpunkt der Studie, aber auch der amtlichen Verkehrsstatistik überhaupt, die zu diesem wichtigen Bereich ohne eine neue Stichprobe nur sehr wenige und nur relativ alte Daten liefern kann. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wurden 1984 im Straßengüter-

- Der Schätzung für 1984 wurden die neuen Gefahrgutvorschriften von 1985 zugrundegelegt, die nicht nur in ihren Klasseneinteilungen geändert, sondern auch in ihren stofflichen Abgrenzungen gegenüber der alten Fassung erweitert sind.
- Es wurden Verkehrsarten in die Schätzung einbezogen, die bisher nicht berücksichtigt wurden: Stückgut- und Expreßguttransporte, Transporte mit DDR-Lkw, Durchfuhr durch den Nord-Ostsee-Kanal.
- Die Berücksichtigung von Zusatzinformationen ist wesentlich erweitert worden.
- Gütergruppen, über die keinerlei Angaben vorlagen, wurden nach einem verbesserten Verfahren strukturiert.
- Die Ergebnisse der Gefährklasse 2 wurden 1983 nachträglich reduziert. Nach einer Überprüfung dieses Vorgehens wurde diese Korrektur für 1984 nicht vorgenommen.

Das vorgestellte Schätzverfahren liefert für die Eisenbahn, den Straßenverkehr sowie für Binnenschiffs- und Seeschiffsverkehr plausible Ergebnisse, die aber weiter verbesserungsfähig bleiben. Der Bereich Luftfahrt wurde hier zwar entsprechend einbezogen, es bestehen aber Zweifel,

wieweit für diesen Verkehrszweig die Ergebnisse brauchbar sind. Hier wäre eventuell eine eigene Untersuchung zweckmäßig. Qualitätsverbesserungen bei den anderen Verkehrszweigen sind voraussichtlich durch die geplante Einbeziehung von außenhandels-, produktions- und umweltstatistischen Ergebnissen zu erreichen. Hierfür müssen allerdings noch Probleme der Gefahrklassen-Zuordnung gelöst werden und die Zusammenhänge zwischen Aufkommen und Verteilung auf die Verkehrszweige genauer untersucht werden. Schließlich dürfte die Diskussion von Methode und Ergebnis dieser Untersuchung auch dazu beitragen, daß neue Informationsquellen erschlossen werden, die bei einer eventuellen Neuauflage der Schätzung zu weiteren Verbesserungen der Genauigkeit führen.

*Dipl.-Volkswirt Dieter Bierau/
Dipl.-Volkswirtin Sigrid Nicodemus*

Kriegsopferfürsorge 1985

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Gefallenen sowie von Soldaten, die an ihren Kriegsleiden gestorben sind, erhalten, wenn sie infolge der Schädigung oder infolge des Verlustes eines Angehörigen nicht in der Lage sind, ihren Bedarf aus den übrigen im Bundesversorgungsgesetz (BVG) vorgesehenen Leistungen (insbesondere Beschädigten- und Hinterbliebenenrenten, Leistungen zur Heil- und Krankenbehandlung) und aus eigenem Einkommen und Vermögen zu decken, Leistungen der Kriegsopferfürsorge¹⁾. Aufgrund anderer Gesetze, die das BVG für anwendbar erklären²⁾, erhalten auch Wehrdienst- und Zivildienstbeschädigte und deren Hinterbliebene Leistungen der Kriegsopferfürsorge.

Über die Ausgaben und Einnahmen der Kriegsopferfürsorge, die Zahl der Empfänger laufender Leistungen und die Zahl der einmalig gewährten Leistungen wird jährlich eine Bundesstatistik durchgeführt. Berichtspflichtig sind die örtlichen und überörtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge. Von der Statistik werden die Geldleistungen, aber nicht die Sachleistungen und die persönlichen Hilfen, wie Beratung oder Erteilung von Auskünften in sozialen Angelegenheiten, erfaßt.

Ausgaben erhöhten sich um 4,6 %

Für Leistungen der Kriegsopferfürsorge wurden 1985 insgesamt 1 317 Mill. DM aufgewendet; das waren 4,6 % mehr als 1984. Hiervon ging mit 1 286 Mill. DM der weitaus größte Betrag an Empfänger mit Wohnsitz im Bundesgebiet; nur ein kleiner Teil, nämlich 16 Mill. DM oder 1,2 %, entfiel auf Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Zivildienstgesetz. An Empfänger außerhalb

¹⁾ Gem. § 25 ff. des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz — BVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch das Fünfzehnte Anpassungsgesetz — KOV vom 23. Juni 1986 (BGBl. I S. 915).

²⁾ Soldatenversorgungsgesetz, Zivildienstgesetz, Häftlingshilfegesetz, Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen.

Tabelle 1: Ausgaben der Kriegsopferfürsorge für Empfänger innerhalb und außerhalb des Bundesgebietes
Mill. DM

Jahr	Ausgaben für Empfänger				
	Insgesamt	innerhalb des Bundesgebietes	davon		außerhalb des Bundesgebietes ³⁾
			nach dem BVG ¹⁾	nach § 80 SVG ²⁾	
1970	501,4	500,1	495,3	4,9	1,3
1975	976,5	973,5	959,5	14,1	2,9
1980	1 118,4	1 110,8 ⁴⁾	1 095,7	15,1	7,6
1981	1 220,3	1 209,1 ⁴⁾	1 191,6	17,5	11,2
1982	1 261,0	1 242,9 ⁴⁾	1 226,9	16,0	18,0
1983	1 226,6	1 205,7 ⁴⁾	1 189,8	15,9	20,9
1984	1 259,2	1 233,5 ⁴⁾	1 219,7	13,8	25,7
1985	1 317,2	1 286,6 ⁴⁾	1 270,1	15,5	31,6

¹⁾ Einschl. der entsprechenden Leistungen nach dem Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen und dem Häftlingshilfegesetz. — ²⁾ Soldatenversorgungsgesetz; einschl. der entsprechenden Leistungen nach dem Zivildienstgesetz. — ³⁾ Gemäß § 64b Bundesversorgungsgesetz; einschl. der entsprechenden Leistungen nach anderen Gesetzen an Berechtigte außerhalb des Bundesgebietes. — ⁴⁾ Ohne Ausgaben nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.

des Bundesgebietes wurden 32 Mill. DM gezahlt, rund 2 % der gesamten Ausgaben.

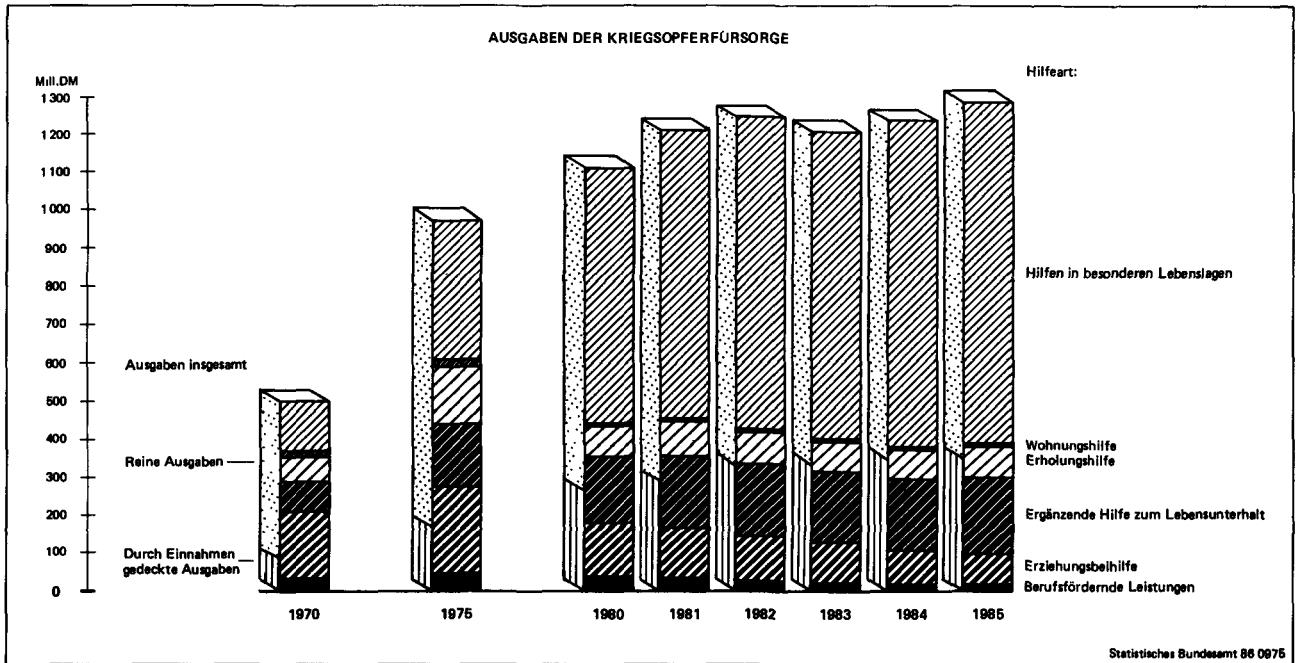
Die Leistungen an Empfänger im Inland erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,2 %; sie erreichten damit 1985 ihren bisher höchsten Stand. Die Geldleistungen der Kriegsopferfürsorge wurden fast ausschließlich in Form von Beihilfen gewährt; nur 20 Mill. DM (1,5 %) der Ausgaben waren Darlehen. Die Einnahmen der Kriegsopferfürsorge — sie stammen zu rund neun Zehnteln aus der Überleitung von Ansprüchen gegen Dritte (z. B. Unterhaltspflichtige) nach § 27 g BVG und nur zu einem Zehntel aus Tilgung und Zinsen von Darlehen — nahmen 1985 um 1 % zu und waren mit 351 Mill. DM etwa ebenso hoch wie im Vorjahr. Die reinen Ausgaben der Kriegsopferfürsorge erhöhten sich somit 1985 gegenüber dem Vorjahr um 5,4 % auf 934 Mill. DM.

Ausgaben für Hilfe zur Pflege weiter gestiegen

902 Mill. DM oder sieben Zehntel der gesamten Ausgaben der Kriegsopferfürsorge wurden 1985 für Hilfen in besonderen Lebenslagen aufgewendet. Die Ausgabensteigerung gegenüber 1984 betrug 5,5 %. Hilfen in besonderen Lebenslagen werden an Empfänger von Kriegsopferfürsorge nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), das die gleichen Hilfearten vorsieht, unter Berücksichtigung der besonderen Lage der Beschädigten oder Hinterbliebenen gewährt. Unter diesen Hilfen ist die Hilfe zur Pflege, die Beschädigte ebenso wie deren Eltern sowie Witwen und Waisen erhalten, von besonderer Bedeutung. Auf sie allein entfielen 782 Mill. DM, das waren 60,8 % der gesamten Ausgaben. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Ausgaben für diese Hilfeart um 40 Mill. DM oder 5,4 %. Hilfe zur Pflege wird Personen gewährt, die infolge Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, daß sie nicht ohne Wartung und Pflege bleiben können. Die Leistungen umfassen u. a. die Erstattung von Aufwendungen, die dem Pflegebedürftigen für ihm nahestehende Personen entstehen, die seine Wartung und Pflege übernommen haben, sowie — bei größerer, länger andauernder Pflegebedürftigkeit — ein Pflegegeld. 1985 betrug das Pflegegeld monatlich 284 DM, bei außergewöhnlich Pflegebedürftigen und bei Schwerbehinderten lag es noch höher. Auch die Aufwendungen für die Beiträge der Pflegeperson oder der besonderen Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung werden dem Pflegebedürftigen erstattet, wenn die Alterssicherung nicht anderweitig sichergestellt ist. Das Pflegegeld wird regelmäßig an die prozentuale Erhöhung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung angepaßt. Von den sonstigen Hilfen in besonderen Lebenslagen sind die Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, die vorbeugende Gesundheitshilfe, die Eingliederungshilfe für Behinderte und die Kranken- oder Altenhilfe zu nennen.

Sofern Beschädigte und Hinterbliebene ihren Lebensunterhalt nicht aus den übrigen Leistungen nach dem BVG sowie aus ihrem eigenen Einkommen und Vermögen bestreiten können, wird ihnen ergänzende Hilfe zum

Schaubild 1



Statistisches Bundesamt 86 0875

Lebensunterhalt gewährt; für diese Hilfeart gelten ebenfalls die Bestimmungen des BSHG. Die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt umfaßt vor allem Leistungen für Ernährung, Unterkunft, Kleidung und Heizung; darüber hinaus werden auch Beiträge zur Krankenversicherung oder für eine angemessene Altersversorgung übernommen. 1985 wurden für derartige Leistungen der Kriegsopferfürsorge 207 Mill. DM aufgewendet, 16,1 % der Gesamtausgaben. Gegenüber 1984 erhöhten sich die Aufwendungen um 7,8 %. Vier Fünftel dieser Ausgaben entfielen auf Leistungen an Hinterbliebene.

Die Ausgaben für Erziehungsbeihilfen beliefen sich auf 77 Mill. DM, das waren 12,8 % weniger als 1984. Erziehungsbeihilfen haben zum Ziel, für die Kinder von Beschädigten sowie für Waisen und Halbwaisen die Erziehung sowie eine angemessene, den Anlagen und Fähigkeiten entsprechende allgemeine und berufliche Ausbildung sicherzustellen.

Für Erholungshilfe wurden im Berichtsjahr 79 Mill. DM aufgewendet, 1,7 % mehr als 1984. Diese Hilfe erhalten

Beschädigte, deren Ehegatten und Hinterbliebene, wenn die Erholungsmaßnahme — ihre Dauer beträgt in der Regel drei Wochen — zur Erhaltung der Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit notwendig ist. Bei Leistungen an Beschädigte muß die Erholungsbedürftigkeit durch die anerkannten Schädigungsfolgen bedingt sein; bei Schwerbeschädigten wird diese Voraussetzung stets als gegeben angenommen.

Auf berufsfördernde Leistungen, die fast ausschließlich Beschädigten zugute kommen, entfielen 1985 18 Mill. DM; diese Ausgaben gingen um 2,7 % zurück. Berufsfördernde Leistungen werden gewährt, um die Erwerbsfähigkeit der Empfänger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu bessern oder herzustellen. Etwa ein Drittel der Leistungen 1985 waren Kraftfahrzeughilfen an Beschädigte. Da immer mehr Beschädigte hauptsächlich aus Altersgründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sind die Ausgaben für berufsfördernde Leistungen bereits seit längerer Zeit rückläufig.

Für Leistungen der Wohnungshilfe, insbesondere für die Beschaffung und Erhaltung ausreichenden und

Tabelle 2: Ausgaben und Einnahmen der Kriegsopferfürsorge

Jahr	Ausgaben				Einnahmen ²⁾		Reine Ausgaben	
	insgesamt ¹⁾		davon		1970 = 100	1970 = 100	Mill. DM	1970 = 100
	Mill. DM	1970 = 100	Beihilfen	Darlehen				
1970	500,1	100	461,2	38,9	86,1	100	414,0	100
1975	973,5	195	921,4	52,2	170,7	198	802,9	194
1980	1 110,8 ³⁾	222	1 075,6	35,2	268,6	313	841,3	203
1981	1 209,1 ³⁾	242	1 177,8	31,3	293,2	340	916,0	221
1982	1 242,9 ³⁾	249	1 217,5	25,4	328,5	382	914,4	221
1983	1 205,7 ³⁾	241	1 183,3	22,4	332,8	387	872,9	211
1984	1 233,5 ³⁾	247	1 214,2	19,4	347,4	403	886,2	214
1985	1 285,6 ³⁾	257	1 266,0	19,6	351,3	408	934,3	226

¹⁾ Nur Leistungen für Berechtigte im Inland; einschl. der Ausgaben und Einnahmen für entsprechende Leistungen nach dem Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz und Zivildienstgesetz. — ²⁾ Insbesondere Einnahmen gemäß § 27g Bundesversorgungsgesetz sowie aus der Tilgung von Darlehen. — ³⁾ Außerdem 1980: 0,569 Mill. DM, 1981: 0,946 Mill. DM, 1982: 1,378 Mill. DM, 1983: 1,394 Mill. DM, 1984: 1,733 Mill. DM, 1985: 2,207 Mill. DM für Empfänger von Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.

Tabelle 3: Ausgaben der Kriegsofopferfürsorge¹⁾ nach Hilfearten

Hilfeart	Ausgaben insgesamt					Darunter an Sonderfürsorgeberechtigte ²⁾	
	1984		1985		1985 gegen 1984	1984	1985
	Mill. DM	%	Mill. DM	%		Mill. DM	
Berufsfördernde Leistungen	18,9	1,5	18,4	1,4	- 2,7	3,9	3,6
dar. an Beschädigte zur Beschaffung, zum Betrieb, zur Unterhaltung, zum Unterstellen und zum Abstellen eines Kraftfahrzeugs	7,2	0,6	6,1	0,5	- 15,9	1,9	1,6
Erziehungsbeihilfe	88,0	7,1	76,7	6,0	- 12,8	27,6	24,4
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	191,6	15,5	206,6	16,1	+ 7,8	11,9	13,1
dar.: an Hinterbliebene	156,4	12,7	168,9	13,1	+ 8,0	x	x
Erholungshilfe	78,2	6,3	79,5	6,2	+ 1,7	13,6	14,3
dar.: an Beschädigte	36,2	2,9	37,3	2,9	+ 2,9	13,6	14,3
Wohnungshilfe	1,9	0,2	2,2	0,2	+ 14,4	1,4	1,5
Hilfen in besonderen Lebenslagen	854,9	69,3	902,1	70,2	+ 5,5	29,5	29,9
dar.: Hilfe zur Pflege	741,6	60,1	781,6	60,8	+ 5,4	9,2	9,4
Insgesamt	1 233,5	100	1 285,6	100	+ 4,2	88,0	86,8

¹⁾ Nur Leistungen für Berechtigte im Inland; ohne Ausgaben nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten. — ²⁾ Gemäß § 27 e Bundesversorgungsgesetz.

gesunden Wohnraums, wurden 2,2 Mill. DM aufgewendet (1984: 1,9 Mill. DM).

Blinde, Ohnhänder, Querschnittgelähmte und Beschädigte, deren Erwerbsfähigkeit allein wegen einer Erkrankung an Tuberkulose oder wegen einer Gesichtsentstellung um wenigstens 50 vH gemindert ist, sowie andere besonders schwer geschädigte Personen erhalten im Rahmen der einzelnen Hilfearten zusätzliche Leistungen in Form einer Sonderfürsorge, die jeweils der Schwere und Eigenart der Schädigung angepaßt ist. Für Leistungen der Sonderfürsorge wurden 1985 rund 87 Mill. DM aufgewendet, 1,2 Mill. DM weniger als im Vorjahr.

Zahl der Empfänger laufender Hilfen meist rückläufig

Kriegsofopferfürsorge wird als laufende oder als einmalige Leistung gewährt. Zu den laufenden Leistungen rechnen alle regelmäßig gewährten Beihilfen, wobei es auf die tatsächliche Dauer der Hilfestellung nicht ankommt. Mit Ausnahme der Erholungs- und der Wohnungshilfe, die stets einmalige Leistungen darstellen, können bei allen Hilfearten sowohl laufende als auch einmalige Leistungen vorkommen.

In der Statistik der Kriegsofopferfürsorge wird für jede Hilfeart die Zahl der Empfänger laufender Leistungen am Jahresende sowie die Zahl der im Berichtsjahr einmalig gewährten Leistungen (Fälle) ermittelt. Da ein Kriegsofopferfürsorgeempfänger sowohl laufend als auch einmalig gewährte Leistungen und ebenso Leistungen einer oder mehrerer Hilfearten erhalten kann, erlaubt die Statistik keine sicheren Feststellungen über die Gesamtzahl der Kriegsofopferfürsorgeempfänger oder über die Zahl der Personen, die am Jahresende laufende Leistungen der Kriegsofopferfürsorge erhielten.

Ende 1985 bezogen 76 900 Personen Hilfe in besonderen Lebenslagen; ihre Zahl war mehr als doppelt so hoch wie die der Empfänger ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt (37 100 Personen). Die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen hat sich um 0,4 %, die der Empfänger von ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt um 6,6 % erhöht. Empfänger dieser Hilfen waren überwiegend Hinterbliebene; bei der Hilfe in beson-

deren Lebenslagen betrug ihr Anteil 69,9 % und bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt sogar 84,2 %.

Die Zahl der Empfänger berufsfördernder Leistungen ging im Berichtsjahr um 17,0 % und die der Empfänger von Erziehungsbeihilfen um 15,9 % zurück. Diese bereits seit mehreren Jahren anhaltende Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß mit zunehmendem Alter immer mehr Anspruchsberechtigte aus der Ausbildungsphase oder aus dem Erwerbsleben ausscheiden und diese Leistungen der Kriegsofopferfürsorge daher nicht mehr erhalten. Unter den Empfängern der laufend gewährten berufsfördernden Leistungen waren Ende 1985 28,2 % Sonderfürsorgeberechtigte; bei der Erziehungsbeihilfe betrug der Anteil dieser Empfängergruppe 31,9 %, bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen waren es 14,2 % und bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt 4,4 %.

Tabelle 4: Empfänger laufender Leistungen der Kriegsofopferfürsorge¹⁾ am Jahresende

Hilfeart	Empfänger insgesamt			Darunter Sonderfürsorgeberechtigte ²⁾	
	1984 ³⁾	1985 ³⁾	1985 gegen 1984	1984	1985
	Anzahl		%	Anzahl	
Berufsfördernde Leistungen	2 764	2 293	- 17,0	871	646
dar.: Beihilfen an Beschädigte zum Betrieb, zur Unterhaltung, zum Unterstellen und zum Abstellen eines Kraftfahrzeugs	1 961	1 484	- 24,3	772	547
Erziehungsbeihilfe	17 668	14 866	- 15,9	5 803	4 737
ohne Hochschulstudium	9 094	7 270	- 20,1	3 109	2 510
zum Hochschulstudium	8 574	7 596	- 11,4	2 694	2 227
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	34 841	37 136	+ 6,6	1 584	1 632
an: Beschädigte	5 606	5 870	+ 4,7	1 584	1 632
Hinterbliebene	29 235	31 266	+ 6,9	x	x
Hilfen in besonderen Lebenslagen	76 527	76 870	+ 0,4	10 844	10 898
an: Beschädigte	23 372	23 143	- 1,0	10 844	10 898
Hinterbliebene	53 155	53 727	+ 1,1	x	x

¹⁾ Nur Berechtigte im Inland; einschl. der Empfänger entsprechender Leistungen nach dem Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz und Zivildienstgesetz. Personen, denen Hilfen verschiedener Art gewährt wurden oder die berufsfördernde Leistungen verschiedener Art erhielten (z. B. Hilfen in besonderen Lebenslagen zusammen mit Beihilfen zum Betrieb, zur Unterhaltung, zum Unterstellen und zum Abstellen eines Kraftfahrzeugs), werden bei jeder Hilfeart gezählt. — ²⁾ Gemäß § 27 e Bundesversorgungsgesetz — ³⁾ Außerdem 1984: 172, 1985: 171 Empfänger von Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.

Schaubild 2

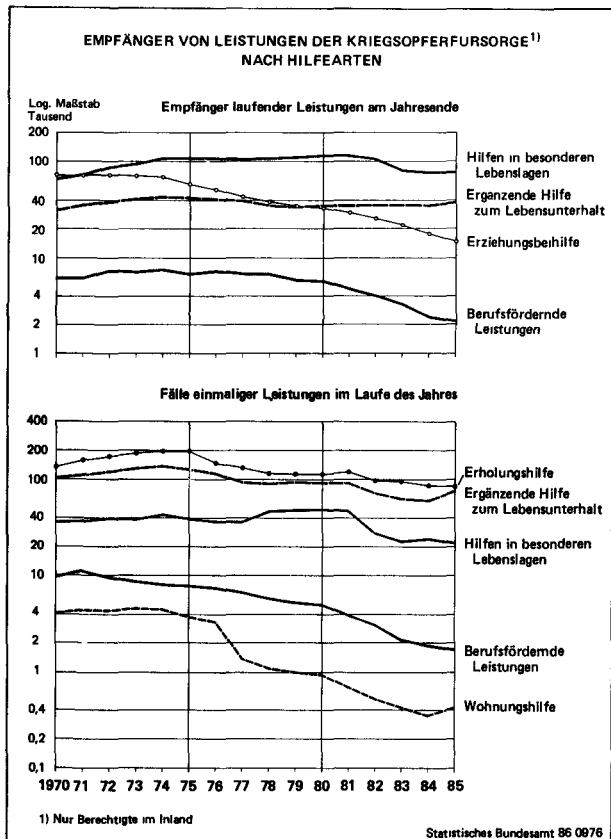


Tabelle 5: Fälle einmaliger Leistungen der Kriegsopferfürsorge¹⁾

Hilfeart	Fälle einmaliger Leistungen insgesamt			Darunter Sonderfürsorgeberechtigte ²⁾	
	1984	1985	1985 gegen 1984	1984	1985
	Anzahl		%	Anzahl	
Berufsfördernde Leistungen dar.: Hilfen an Beschädigte zur Beschaffung, zum Betrieb, zur Unterhaltung, zum Unterstellen und zum Abstellen eines Kraftfahrzeugs	1 927	1 708	-11,4	688	536
Erziehungsbeihilfe	1 068	701	-34,4	318	174
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	136	2 235 ³⁾	x	56	635
an: Beschädigte	59 897	75 743	+26,5	6 557	7 781
Hinterbliebene	14 130	16 849	+19,2	6 557	7 781
Erholungshilfe	45 767	58 894	+28,7	x	x
an: Beschädigte	88 061	85 679	-2,7	14 293	14 728
Hinterbliebene	38 908	37 934	-2,5	14 293	14 728
Wohnungshilfe	49 153	47 745	-2,9	x	x
Hilfen in besonderen Lebenslagen	363	419	+15,4	244	269
an: Beschädigte	23 516	21 151	-10,1	3 992	3 466
Hinterbliebene	7 825	7 181	-8,2	3 992	3 466
Insgesamt	173 900 ⁴⁾	186 935 ⁴⁾	+7,5	25 830	27 415

¹⁾ Nur Berechtigte im Inland; einschl. der Fälle entsprechender Leistungen nach dem Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz und Zivildienstgesetz. — ²⁾ Gemäß § 27e Bundesversorgungsgesetz. — ³⁾ Darunter 2 111 Fälle von Erziehungsbeihilfen in Bayern, die überwiegend als Weihnachtsbeihilfen gewährt wurden. — ⁴⁾ Außerdem 1984: 97, 1985: 120 einmalige Leistungen (Fälle) nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.

Einmalige Leistungen um 7,5 % gestiegen

Im Berichtsjahr gewährten die Träger der Kriegsopferfürsorge in 186 900 Fällen einmalige Leistungen, das waren 13 000 Leistungen oder 7,5 % mehr als im Vorjahr. Die Zunahme beruht hauptsächlich darauf, daß in Bayern Weihnachtsbeihilfen an Empfänger laufender Leistungen 1985 erstmals als einmalige Leistungen der Kriegsopfer-

fürsorge erfaßt wurden. Die übrigen Länder werden sich erst ab 1986 diesem Verfahren anschließen. Nach höchst-richterlicher Entscheidung dienen Weihnachtsbeihilfen dazu, den notwendigen Lebensunterhalt abzudecken und stellen daher Pflichtleistungen der Sozialhilfe bzw. der Kriegsopferfürsorge dar. Bisher galten Weihnachtsbeihilfen als besondere Leistungen der Träger der Sozialhilfe bzw. der Kriegsopferfürsorge; der hierfür erforderliche Aufwand wurde dementsprechend gesondert erfaßt.

Tabelle 6: Ausgaben der Kriegsopferfürsorge¹⁾ nach Ländern

Jahr Hilfeart	Mill. DM											
	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
1970	500,1	13,1	17,9	58,6	5,7	173,5	45,4	26,7	62,9	61,9	7,0	27,4
1975	973,5	37,3	30,4	106,2	11,5	328,1	93,7	53,1	122,3	130,5	11,7	48,8
1980	1 110,8 ²⁾	49,6	32,1	142,8	14,3	371,9	104,8	55,9	130,1	138,9	14,3	56,0
1981	1 209,1 ²⁾	54,7	36,7	151,2	17,0	406,0	114,0	60,9	140,0	148,2	16,3	64,1
1982	1 242,9 ²⁾	60,4	38,6	163,5	18,6	407,6	116,7	66,8	138,9	152,9	14,5	64,4
1983	1 205,7 ²⁾	62,0	37,6	156,1	17,6	398,4	113,3	56,0	138,0	146,9	14,4	65,6
1984	1 233,5 ²⁾	64,8	42,2	153,3	18,1	404,2	116,9	64,3	138,9	147,7	14,1	69,2
1985	1 285,6 ²⁾	66,9	40,5	160,9	18,2	430,3	121,4	60,3	143,2	154,6	14,7	74,6
davon (1985):												
Berufsfördernde Leistungen	18,4	1,1	0,7	3,2	0,4	5,1	2,0	0,7	2,0	3,0	0,2	0,1
dar.: an Beschädigte zur Beschaffung, zum Betrieb, zur Unterhaltung, zum Unterstellen und zum Abstellen eines Kraftfahrzeugs	6,1	0,3	0,6	1,0	0,1	1,8	0,8	0,2	0,4	0,6	0,1	0,1
Erziehungsbeihilfe	76,7	2,5	1,7	12,8	0,8	22,1	6,9	4,8	10,9	11,7	1,5	1,0
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	206,6	11,1	3,8	27,3	3,9	74,9	17,7	7,1	16,3	30,5	3,3	10,7
dar.: an Hinterbliebene	168,9	9,7	3,0	21,5	2,9	63,3	14,4	5,7	12,7	25,3	2,7	7,7
Erholungshilfe	79,5	1,6	1,0	4,7	1,2	30,5	17,0	4,7	6,6	9,2	0,9	2,1
dar.: an Beschädigte	37,3	0,6	0,6	2,1	0,5	15,6	8,0	1,8	2,6	4,0	0,4	1,0
Wohnungshilfe	2,2	0,1	0,0	0,3	—	0,5	0,6	0,1	0,2	0,2	0,1	0,0
Hilfen in besonderen Lebenslagen	902,1	50,6	33,3	112,6	11,9	297,2	77,2	42,9	107,3	100,0	8,6	60,7
dar.: Hilfe zur Pflege	781,6	46,5	25,0	103,9	10,9	267,9	61,3	38,9	85,2	83,1	7,0	51,9

¹⁾ Nur Leistungen für Berechtigte im Inland; einschl. der Ausgaben für entsprechende Leistungen nach dem Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz und Zivildienstgesetz. — ²⁾ Außerdem 1980: 0,569 Mill. DM, 1981: 0,946 Mill. DM, 1982: 1,378 Mill. DM, 1983: 1,394 Mill. DM, 1984: 1,733 Mill. DM, 1985: 2,207 Mill. DM für Empfänger von Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.

Der größte Teil der Leistungen (85 700 Fälle oder 46 % der Gesamtzahl) waren Erholungshilfen; die Empfänger waren in 47 700 Fällen Hinterbliebene und in 37 900 Fällen Beschädigte. Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt wurde in 75 700 Fällen gewährt; diese Hilfeart kam in drei Vierteln der Fälle Hinterbliebenen und einem Viertel Beschädigten zugute. Gegenüber 1984 hat sich die Zahl der Leistungsfälle bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt um 15 800 oder 26,5 % erhöht; die Zunahme betraf überwiegend Leistungen an Hinterbliebene (+ 13 100 Fälle oder + 28,7 %). In Bayern erhöhte sich die Zahl der Leistungen bei dieser Hilfeart aus den oben genannten Gründen allein um 5 600.

Hilfen in besonderen Lebenslagen wurden 1985 in 21 200 Fällen als einmalige Leistungen gewährt; die Fallzahl ging gegenüber 1984 um 10,1 % zurück. Empfänger dieser Hilfen waren ebenfalls überwiegend Hinterbliebene. Auf die übrigen Hilfearten entfielen rund 4 400 Leistungsfälle, darunter waren 2 111 Leistungen der Erziehungsbeihilfe in Bayern, die fast ausschließlich in Weihnachtsbeihilfen bestanden.

Ausgabenstruktur in den Ländern unterschiedlich

Die Ausgaben der Kriegsopferfürsorge erhöhten sich 1985 mit Ausnahme von Hamburg und Rheinland-Pfalz in allen Bundesländern, allerdings in unterschiedlichem Umfang und bei erheblichen Unterschieden der Ausgabenstruktur.

Am stärksten stiegen die Ausgaben für Kriegsopferfürsorge in Berlin (West) mit einer Zunahme um 7,9 % und in Nordrhein-Westfalen (+ 6,5 %); in Rheinland-Pfalz gingen die Ausgaben demgegenüber um 6,2 % und in Hamburg um 4,1 % zurück. Der Ausgabenanteil für Hilfen in besonderen Lebenslagen betrug in Hamburg 82,2 %, im Saarland dagegen nur 59,0 %. Bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt lagen die Anteile an den Ausgaben in den Ländern zwischen 22,3 % im Saarland und 9,4 % in Hamburg.

Um einen Vergleichsmaßstab für die regional unterschiedliche finanzielle Belastung durch Kriegsopferfürsorgeleistungen zu gewinnen, wurden die Ausgaben der Kriegsopferfürsorge auf die Einwohner des jeweiligen Landes bezogen. Dabei wurde 1985 der höchste Wert je Einwohner mit 40 DM in Berlin (West), der niedrigste mit 14 DM im Saarland ermittelt — bei einem Bundesdurchschnitt von 21 DM je Einwohner.

Dr. Harald Schütz

Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1986

Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik

Die Vierteljahresergebnisse der Finanzstatistik umfassen die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) sowie des Lastenausgleichsfonds und des ERP-Sondervermögens. Nicht einbezogen werden die Finanzen der öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie die Ausgaben- und Einnahmenanteile der Bundesrepublik Deutschland am Haushalt der Europäischen Gemeinschaften.

Gesamtentwicklung

Nach den Kassenunterlagen hat sich die öffentliche Finanzwirtschaft auch im ersten Halbjahr 1986 weiter konsolidiert. Allerdings bestehen Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltsebenen, die teilweise auf Sondereinflüsse bei verschiedenen Ausgabe- und Einnahmearten zurückzuführen waren.

Mit 278,8 Mrd. DM lag das Ausgabevolumen der öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 1986 nur um 1,9 % über den Ergebnissen des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Die Einnahmen stiegen um 4,9 % auf insgesamt 252,8 Mrd. DM. Unter Einbeziehung des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen ergab sich ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 26,0 Mrd. DM, das damit um 7,3 Mrd. DM geringer ausfiel als im vergleichbaren Zeitraum des vergangenen Jahres. Zur Deckung dieser Finanzierungslücke standen — nach Abzug der Schuldentilgungen in Höhe von 57,2 Mrd. DM — 15,1 Mrd. DM an Kreditmarktmitteln zur Verfügung. Hinzu kamen 0,1 Mrd. DM an Münzeinnahmen des Bundes. Für den Ausgleich von Fehlbeträgen aus Vorjahren wurden per saldo 0,4 Mrd. DM und für Rücklagenzuführungen netto 0,5 Mrd. DM aufgewendet. Damit verblieb im ersten Halbjahr 1986 ein Ausgabenüberschuß in Höhe von 11,7 Mrd. DM, der aus Kassenbeständen und Kassenkrediten finanziert wurde.

Unterschiedlich entwickelten sich auf den einzelnen Haushaltsebenen in erster Linie die Ausgaben. Der Bund lag im ersten Halbjahr 1986 mit einem Ausgabenvolumen von 131,8 Mrd. DM um 2,6 Mrd. DM oder 2,0 % unter dem vergleichbaren Niveau des Vorjahres. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die vorgezogene Liquiditätshilfe an die Rentenversicherung mit knapp 2 Mrd. DM nur rund ein Drittel des Vorjahresbetrages ausmachte. Bei gleicher

Höhe wie im ersten Halbjahr 1985 hätte sich eine leichte Zunahme der Bundesausgaben ergeben.

Deutliche Ausgabenzuwächse verzeichneten die Länder (+ 4,3 % auf 115,5 Mrd. DM) und die Kommunen (+ 6,0 % auf 67,5 Mrd. DM). Verursacht wurde der Ausgabenanstieg der Länder im ersten Halbjahr 1986 vor allen Dingen durch erhöhte Unterhaltungsaufwendungen für ihr Sachvermögen, eine deutliche Zunahme ihrer Aufwendungen für die Baumaßnahmen und ganz besonders durch einen starken Anstieg der Zinsausgaben (+ 10,2 %). Die Gemeinden und Gemeindeverbände nutzten ihren in den letzten beiden Jahren wiedergewonnenen finanziellen Spielraum auch zu verstärkten Investitionen, obwohl sie weiterhin durch einen hohen Anstieg ihrer Sozialausgaben belastet sind.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte betragen im ersten Halbjahr 1986 252,8 Mrd. DM; das waren 4,9 % mehr als in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres. Der überdurchschnittliche Anstieg der Einnahmen des Bundes (+ 5,9 % auf 115,8 Mrd. DM) im ersten Halbjahr 1986 gegenüber den Ländern (+ 4,2 % auf 107,2 Mrd. DM) bzw. den Kommunen (+ 3,5 % auf 66,1 Mrd. DM) erklärt sich durch den geänderten Modus bei der Auszahlung des Bundesbankgewinns. Entsprechend der günstigen Ausgaben- und Einnahmenentwicklung konnte der Bund sein Finanzierungsdefizit gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um über 9 Mrd. DM auf 15,9 Mrd. DM abbauen. Mit 8,3 Mrd. DM blieb das Defizit der Länder nahezu unverändert, während die Kommunen nach einem Überschuß von rund 160 Mill. DM im ersten Halbjahr 1985 nun wieder eine Finanzierungslücke von 1,4 Mrd. DM aufwiesen.

Ausgaben nach Arten

Auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte scheint sich der Trend der letzten Jahre, nämlich schwache Zuwächse oder sogar Rückgänge der Kapitalrechnung zur Entlastung der laufenden Rechnung, im ersten Halbjahr 1986 nicht weiter fortzusetzen. Die Ausgaben der laufenden Rechnung (242,1 Mrd. DM) sowie der Kapitalrechnung (36,7 Mrd. DM) weisen gleichermaßen leichte Zuwachsraten auf (+ 1,9 bzw. + 1,8 %), wobei sich für die einzelnen Gebietskörperschaften allerdings ein durchaus unterschiedliches Bild ergibt.

Die Personalausgaben, die fast ein Drittel aller Ausgaben ausmachen, stiegen im ersten Halbjahr 1986 um 3,9 % auf 88,1 Mrd. DM. Dieser Zuwachs ist in erster Linie eine Folge des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst, der für 1986 eine lineare Einkommenssteigerung von 3,5 % fest schreibt. Der überdurchschnittliche Ausgabenanstieg der Gemeinden/Gv. (+ 5,9 %) ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie ihren Personalbestand im vergangenen Jahr um knapp 2 % ausgeweitet haben.

Der laufende Sachaufwand erhöhte sich im ersten Halbjahr 1986 um 4,1 % auf 40,0 Mrd. DM. Ausschlaggebend für den Zuwachs des Bundes (+ 3,8 %) waren seine in dieser Position enthaltenen Ausgaben für militärische Beschaffungen, die im Halbjahresergebnis 1986 mit 8,6 Mrd. DM (+ 9,9 %) ihren Vorjahresstand deutlich übertrafen, aller-

Tabelle 1: Ausgaben und Einnahmen nach Arten und Körperschaftsgruppen
Mill. DM

Ausgabe-/Einnahmeart	Insgesamt		Bund		Lastenausgleichs- fonds		ERP- Sondervermögen		Länder		Gemeinden/Gv.	
	1. Halbjahr											
	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985 ¹⁾	1986	1985	1986
Personalausgaben	84 817	88 130	18 792	19 246	—	—	—	—	47 500	49 263	18 526	19 620
Laufender Sachaufwand	38 468	40 034	15 965	16 578	5	4	1	1	9 660	10 167	12 837	13 284
Zinsausgaben												
an öffentlichen Bereich	305	377	—	—	—	—	—	—	187	258	118	120
an andere Bereiche	30 301	32 221	16 489	17 511	—	—	263	282	10 127	11 105	3 423	3 323
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse												
an öffentlichen Bereich	73 876	71 771	41 965 ²⁾	38 403 ²⁾	16	15	—	—	18 046	18 585	13 849	14 769
an andere Bereiche	53 102	54 597	26 959	26 885	683	634	10	10	12 880	13 339	12 570	13 729
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	43 232	45 023	—	—	—	—	—	—	1 330	1 385	11 243	12 037
Ausgaben d. laufenden Rechnung	237 637	242 107	120 170	118 623	704	653	274	294	97 068	101 330	50 080	52 807
Baumaßnahmen	12 034	12 701	1 888	1 831	—	—	—	—	1 891	2 075	8 255	8 795
Erwerb von Sachvermögen	4 449	4 790	502	528	—	—	—	—	825	858	3 122	3 404
Vermögensübertragungen												
an öffentlichen Bereich	6 221	5 896	2 301	1 945	—	—	—	—	3 253	3 307	666	644
an andere Bereiche	9 693	9 638	4 687	4 351	151	126	—	—	4 117	4 254	737	908
Darlehen												
an öffentlichen Bereich	1 857	1 782	1 451	1 455	—	—	317	200	88	127	—	—
an andere Bereiche	7 057	6 962	2 083	2 166	16	15	1 469	1 500	3 040	2 847	449	434
Erwerb von Beteiligungen	1 936	1 627	1 319	855	—	—	26	2	218	288	374	482
Tilgungsausgaben												
an öffentlichen Bereich	621	757	—	—	—	—	—	—	260	393	361	364
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	7 796	7 452	—	—	—	—	—	—	2	4	308	305
Ausgaben der Kapitalrechnung	36 070	36 702	14 231	13 130	167	141	1 812	1 702	13 691	14 145	13 655	14 726
Bereinigte Ausgaben	273 707	278 809	134 401	131 753	871	794	2 086	1 995	110 759	115 475	63 735	67 534
Steuern und steuerähnliche Abgaben	193 487	200 637	95 239 ³⁾	97 043 ³⁾	2	—	—	—	74 801	79 215	23 446	24 379
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	20 495	24 068	9 607	13 069	—	—	2	2	4 002	3 878	6 884 ⁴⁾	7 120 ⁴⁾
Zinseinnahmen												
vom öffentlichen Bereich	174	151	168	126	—	—	—	20	6	5	—	—
von anderen Bereichen	1 496	1 298	610	495	1	1	508	377	377	425	—	—
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse												
vom öffentlichen Bereich	44 048	46 396	138	569	687	631	—	—	15 002	15 407	28 221	29 790
von anderen Bereichen	3 159	3 629	276	647	1	1	—	—	1 852	1 986	1 030	995
Sonstige laufende Einnahmen	13 564	13 805	1 957	1 894	3	4	1	1	3 299	3 316	8 304	8 590
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	43 232	45 023	—	—	—	—	—	—	1 330	1 385	11 243	12 037
Einnahmen d. laufenden Rechnung	233 190	244 961	107 994	113 841	694	637	511	400	98 008	102 846	56 642	58 836
Veräußerung von Vermögen	2 320	2 943	65	782	—	—	159	65	253	177	1 843	1 919
Vermögensübertragungen												
vom öffentlichen Bereich	6 456	5 801	—	—	—	—	—	—	2 947	2 584	3 509	3 217
von anderen Bereichen	1 700	1 640	19	12	—	—	—	—	100	99	1 581	1 530
Darlehensrückflüsse												
vom öffentlichen Bereich	341	392	268	279	—	—	—	59	73	55	—	—
von anderen Bereichen	3 641	3 168	984	841	111	105	1 447	1 156	763	735	336	331
Schuldenaufnahmen												
beim öffentlichen Bereich	1 075	1 334	—	—	—	—	—	—	788	738	287	596
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	7 796	7 452	—	—	—	—	—	—	2	4	308	305
Einnahmen der Kapitalrechnung	7 738	7 826	1 336	1 913	111	105	1 607	1 280	4 923	4 384	7 246	7 286
Bereinigte Einnahmen	240 928	252 787	109 330	115 755	805	742	2 117	1 680	102 932	107 230	63 888	66 122
Finanzierungssaldo ⁵⁾	-33 207	-25 954	-24 988	-15 922	-66	-52	31	-315	-8 344	-8 262	159	-1 403
Bes. Finanzierungsvorgänge												
Ausgaben	49 507	60 240	29 307	36 284	—	—	625	547	12 635	15 846	6 940	7 565
Schuldentilgung am Kreditmarkt	46 681	57 228	29 307 ⁶⁾	36 284 ⁶⁾	—	—	625	547	12 611	15 663	4 139	4 735
Rückzahlung innerer Darlehen	14	17	—	—	—	—	—	—	—	—	14	17
Zuführung an Rücklagen	2 175	2 390	—	—	—	—	—	—	23	39	2 152	2 350
Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	637	607	—	—	—	—	—	—	1	143	636	463
Einnahmen	73 884	74 509	52 187	50 353	—	—	450	410	15 326	16 488	5 920	7 258
Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	71 990	72 358	52 074	50 270	—	—	450	410	15 265	16 160	4 201	5 518
Innere Darlehen	44	17	—	—	—	—	—	—	—	—	44	17
Entnahmen aus Rücklagen	1 699	1 841	—	—	—	—	—	—	24	118	1 675	1 723
Überschüsse aus Vorjahren	37	210	—	—	—	—	—	—	37	210	—	—
Münzeinnahmen	113	83	113	83	—	—	—	—	—	—	—	—
Kassenmäßiger Überschuß (+)/ Fehlbetrag (-)	-8 830	-11 685	-2 107	-1 853	-66	-52	-144	-452	-5 653	-7 619	-861	-1 709

¹⁾ Abweichungen zu den bereits veröffentlichten Daten durch Angleichung an den aktuellen Berichtsstand. — ²⁾ Einschl. Ergänzungszuweisungen des Bundes an finanzschwache Länder im Rahmen des Finanzausgleichs (1. Halbjahr 1985: 892 Mill. DM; 1. Halbjahr 1986: 907 Mill. DM). — ³⁾ Einschl. Umsatzsteueranteil für Ergänzungszuweisungen (siehe Fußnote 2). — ⁴⁾ Einschl. Ersatz von sozialen Leistungen. — ⁵⁾ Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ± Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. — ⁶⁾ Einschl. Rückzahlung der Investitionshilfeabgabe (1. Halbjahr 1985: 471 Mill. DM, 1. Halbjahr 1986: 12 Mill. DM).

Tabelle 2: Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften nach Arten und Körperschaftsgruppen
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Prozent

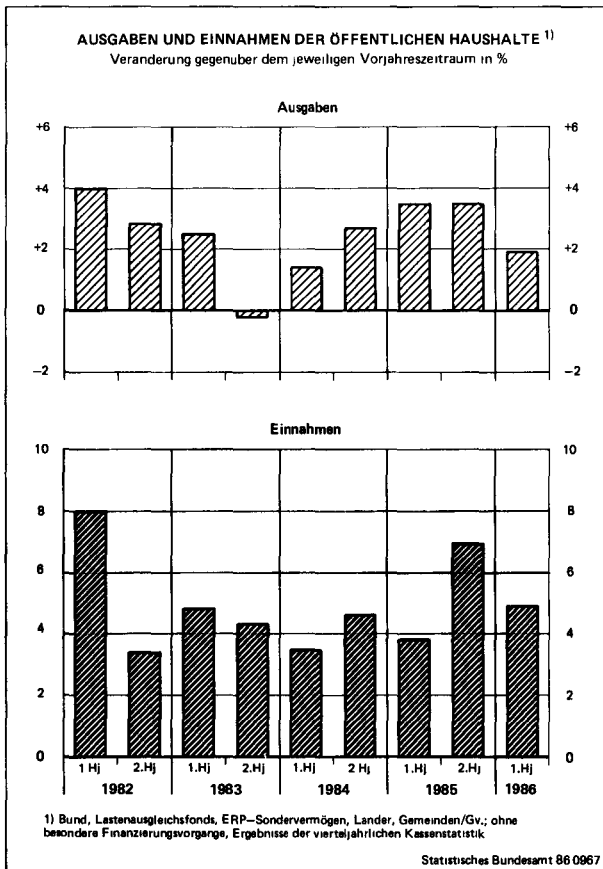
Halbjahr	Ausgaben						Einnahmen	
	insgesamt ¹⁾	Personal-ausgaben	Laufen-der Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufen-de Zuwei-sungen und Zu-schüsse	Bau-maßnahmen	insgesamt ²⁾	darunter Steuern und steuer-ähnl. Ab-gaben
Insgesamt ³⁾								
1982 1. Hj	+ 4,0	+ 2,8	+ 4,2	+ 24,3	+ 4,8	- 12,6	+ 8,0	+ 2,6
2. Hj	+ 2,8	+ 2,1	+ 5,1	+ 21,0	+ 1,9	- 7,4	+ 3,4	+ 1,9
1983 1. Hj	+ 2,5	+ 3,2	- 0,1	+ 13,7	+ 1,6	- 10,3	+ 4,8	+ 3,4
2. Hj	- 0,2	+ 2,2	+ 5,3	+ 14,8	- 5,8	- 6,8	+ 4,3	+ 5,6
1984 1. Hj	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,4	- 5,4	+ 3,5	+ 6,9
2. Hj	+ 2,7	+ 1,1	+ 6,8	+ 7,1	+ 2,0	- 1,9	+ 4,6	+ 2,6
1985 1. Hj	+ 3,5	+ 4,2	+ 2,4	+ 6,2	+ 4,7	- 3,1	+ 3,8	+ 4,1
2. Hj	+ 3,5	+ 3,1	+ 5,3	+ 3,1	+ 3,5	+ 5,0	+ 6,9	+ 6,7
1986 1. Hj	+ 1,9	+ 3,9	+ 4,1	+ 6,5	- 0,5	+ 5,5	+ 4,9	+ 3,7
Bund								
1982 1. Hj	+ 4,5	+ 0,4	+ 1,7	+ 21,5	+ 2,6	- 23,0	+ 12,7	+ 2,9
2. Hj	+ 5,5	+ 1,5	+ 12,0	+ 25,0	+ 2,5	+ 6,8	+ 0,4	+ 0,2
1983 1. Hj	+ 2,3	+ 2,6	+ 0,3	+ 14,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,9
2. Hj	- 0,5	+ 1,7	+ 10,0	+ 30,4	- 11,2	+ 3,6	+ 5,1	+ 5,7
1984 1. Hj	+ 0,6	+ 1,0	- 3,5	+ 1,4	+ 2,9	+ 2,5	+ 0,8	+ 5,4
2. Hj	+ 3,6	+ 0,8	+ 9,7	+ 8,3	- 0,7	- 0,7	+ 6,8	+ 2,2
1985 1. Hj	+ 3,5	+ 4,5	- 0,2	+ 5,5	+ 4,3	+ 8,1	+ 3,2	+ 3,6
2. Hj	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 4,4	- 0,3	- 1,0	+ 6,6	+ 5,5
1986 1. Hj	- 2,0	+ 2,4	+ 3,8	+ 6,2	- 5,3	- 3,0	+ 5,9	+ 1,9
Länder								
1982 1. Hj	+ 5,9	+ 3,9	+ 7,0	+ 30,7	+ 5,0	- 3,3	+ 3,8	+ 2,6
2. Hj	+ 0,6	+ 2,5	+ 0,8	+ 23,6	- 1,8	+ 2,7	+ 5,0	+ 4,1
1983 1. Hj	+ 3,0	+ 3,8	+ 1,4	+ 21,2	+ 0,5	- 5,9	+ 4,6	+ 4,7
2. Hj	+ 0,4	+ 2,3	+ 3,7	+ 10,7	- 3,2	- 4,8	+ 2,7	+ 5,5
1984 1. Hj	+ 1,7	+ 1,7	+ 6,2	+ 8,6	- 0,6	- 6,2	+ 5,9	+ 8,8
2. Hj	+ 3,2	+ 1,0	+ 3,6	+ 9,2	+ 4,1	- 0,1	+ 2,8	+ 2,1
1985 1. Hj	+ 2,9	+ 3,9	+ 2,7	+ 9,3	+ 3,9	- 6,1	+ 3,5	+ 4,4
2. Hj	+ 4,5	+ 3,1	+ 7,7	+ 3,8	+ 5,9	+ 5,7	+ 6,3	+ 7,6
1986 1. Hj	+ 4,3	+ 3,7	+ 5,3	+ 10,2	+ 3,2	+ 9,7	+ 4,2	+ 5,9
Gemeinden/Gv.								
1982 1. Hj	+ 1,6	+ 2,4	+ 5,7	+ 20,5	+ 11,6	- 12,6	+ 5,7	+ 1,0
2. Hj	- 2,2	+ 1,6	- 0,3	+ 9,9	+ 5,1	- 12,7	- 0,5	+ 2,5
1983 1. Hj	- 1,5	+ 2,1	- 1,9	- 2,1	+ 2,3	- 13,1	+ 3,4	+ 5,6
2. Hj	- 1,7	+ 2,2	+ 0,0	- 7,4	+ 2,7	- 10,0	+ 2,7	+ 5,2
1984 1. Hj	+ 1,4	+ 2,1	+ 7,3	- 3,6	+ 4,9	- 6,7	+ 3,6	+ 7,4
2. Hj	+ 1,9	+ 1,7	+ 5,0	+ 0,1	+ 4,9	- 2,7	+ 3,5	+ 5,6
1985 1. Hj	+ 4,1	+ 4,6	+ 5,5	+ 0,4	+ 6,9	- 4,7	+ 3,4	+ 4,8
2. Hj	+ 6,9	+ 3,6	+ 8,3	- 2,3	+ 8,2	+ 6,6	+ 6,6	+ 8,6
1986 1. Hj	+ 6,0	+ 5,9	+ 3,5	- 2,8	+ 7,9	+ 6,5	+ 3,5	+ 4,0

1) Bereinigte Ausgaben. — 2) Bereinigte Einnahmen. — 3) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

dings im Jahresverlauf üblicherweise auch relativ stark schwanken. Die sonstigen laufenden Sachaufwendungen des Bundes nahmen hingegen im gleichen Zeitraum um 2 % ab. Über dem Durchschnitt liegende Zuwächse verzeichneten die Länder (+ 5,3 % auf 10,2 Mrd. DM), wobei die Veränderungsdaten von Land zu Land erheblich streuen. Bis zum Juni dieses Jahres betragen die Ausgaben der Gemeinden für laufenden Sachaufwand 13,3 Mrd. DM, womit die Zunahme (+ 3,5 %) unter dem Ausgabenanstieg von Bund und Ländern blieb. Ob der Zuwachs bei den Kommunen im zweiten Halbjahr kräftiger ausfallen wird, da notwendige Ausgaben für die Unterhaltung und Bewirtschaftung von Bauten und Grundstücken in der Konsolidierungsphase aufgeschoben worden waren, läßt sich zur Zeit noch nicht überblicken.

Die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte beliefen sich bis Ende Juni dieses Jahres auf 32,6 Mrd. DM und übertrafen damit das Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes um 2,0 Mrd. DM oder 6,5 %. Aufgrund der relativ hohen Neuverschuldung der vergangenen Jahre stiegen vor allem die Zinsbelastungen der Länder überdurchschnittlich stark an (+ 10,2 %) und erreichten im Halbjahresergebnis 1986 insgesamt 11,4 Mrd. DM. Unterdurchschnittliche Zuwachsraten zeigten sich im Berichtszeitraum lediglich in den Haushalten von Hamburg (+ 2,2 %), Berlin (West) (+ 3,9 %) sowie Rheinland-Pfalz (+ 4,4 %). Mit + 6,2 % (auf 17,5 Mrd. DM) liegt der Anstieg beim Bund über der im Soll veranschlagten Jahresrate (+ 4,2 %). Da er entsprechend seinem Finanzierungsbedarf die Kreditaufnahme im Jahr 1985 auf das erste Halbjahr konzentrierte und daneben im Berichtszeitraum im besonderen Maße Zinsansammlungen aus den Bundesschatzbriefen Typ B fällig wurden, war die Zinsbelastung in den ersten sechs Monaten dieses Jahres allerdings besonders hoch. Der Anstieg wird sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte abschwächen, so daß der Ansatz für 1986 erreicht werden dürfte. Den deutlichsten Konsolidierungserfolg verbuchten wiederum die Gemeinden/Gv. Zwar weist die kommunale Ebene noch jährliche Nettokreditaufnahmen aus, Umschuldungen zu günstigeren Zinssätzen führten jedoch dazu, daß die Kommunen ihre Zinsbelastungen auch im ersten Halbjahr 1986 um 2,8 % auf 3,4 Mrd. DM zurückführen konnten.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Haushalte an den öffentlichen und privaten Bereich blieben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit insgesamt 126,4 Mrd. DM etwa auf Vorjahresniveau, bei allerdings gegenläufiger Ausgabenentwicklung im einzelnen. Der starke Rückgang der Zuweisungen des Bundes an den öffentlichen Sektor (- 8,5 %) ist auf die schon erwähnte geringere Liquiditätshilfe für die gesetzliche Rentenversicherung von Arbeitern und Angestellten sowie der knappschaftlichen Rentenversicherung zurückzuführen. Während im ersten Halbjahr 1985 zur Vermeidung von Liquiditätsempässen der Rentenversicherung Vorauszahlungen von 6,4 Mrd. DM geleistet wurden, waren bis einschließlich Juni dieses Jahres lediglich Sonderzahlungen in Höhe von 1,9 Mrd. DM notwendig geworden. Die Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit hat sich durch gesetzliche Maßnahmen der vergangenen Jahre (Einnahmeverbesserungen und Ausgabebeschränkungen) sowie durch eine rückläufige Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld und eine deutlich geringere Zahl der Kurzarbeiter nachhaltig verbessert. Sie kann deshalb die seit Jahresbeginn ausgeweiteten Leistungen (insbesondere Verlängerung der Anspruchszeit für Arbeitslosengeld) aus eigenen Mitteln finanzieren und benötigte — wie schon im Vorjahr — keine Liquiditätshilfen. Die Zuschüsse des Bundes an den nichtöffentlichen Bereich (private Haushalte, Wirtschaftsunternehmen, sonstige Institutionen sowie das Ausland) blieben im ersten Halbjahr 1986 mit 26,9 Mrd. DM etwa auf Vorjahresniveau. Im Vordergrund standen dabei die Leistungen an private Haushalte, die mit 17,7 Mrd. DM rund zwei Drittel dieser Ausgabenart beanspruchten. Während die Aufwendungen für das Kindergeld sowie für die Kriegsopferversorgung und -fürsorge, den Lastenaus-



gleich und die Wiedergutmachung trotz Leistungsverbesserungen gesunken sind — die Zahl der Leistungsberechtigten nahm weiter ab —, mußte für die Arbeitslosenhilfe aufgrund der Anhebung der Freibeträge für die Anrechnung des Ehegatteneinkommens mehr ausgegeben werden. Erhebliche Mehraufwendungen erforderten im ersten Halbjahr 1986 auch der Mutterschutz (neu eingeführtes Erziehungsgeld) sowie das zum Jahresbeginn aufgestockte Wohngeld.

Im Gegensatz zum Bund haben die Länder ihre laufenden Zuweisungen und Zuschüsse einschließlich der Schuldendiensthilfen im ersten Halbjahr 1986 deutlich erhöht (+ 3,2 % auf 31,9 Mrd. DM). Mit einer Veränderungsrate von 3,0 % fiel der Anstieg der Zuweisungen an den öffentlichen Bereich (18,6 Mrd. DM) jedoch insgesamt schwächer aus als im Halbjahresergebnis 1985 (+ 6,3 %). Mit 12,7 Mrd. DM blieben die allgemeinen Finanzausweisungen der Länder beim kommunalen Finanzausgleich geringfügig unter dem Vorjahresniveau (— 0,5 %). Hier wirkt sich besonders die Kürzung des Steuerverbundanteils der Kommunen in Nordrhein-Westfalen von 25,5 auf 23,0 % aus, die zu entsprechend geringeren Mittelabflüssen dieses Landes im ersten Halbjahr 1986 geführt hat. Deutlich höher als im ersten Halbjahr 1985 waren hingegen die Zahlungen der Länder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (+ 21,6 % auf 1,3 Mrd. DM), doch bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den ausgleichspflichtigen Ländern (Hamburg: + 120 %; Hessen: + 31,8 %; Baden-Württemberg: + 14,5 %). Mit 13,3 Mrd. DM übertrafen die Zahlungen der Länder an den nichtöffentlichen Sektor ihr

Vorjahresniveau um 0,5 Mrd. DM (+ 3,6 %). Dieser Anstieg ist im wesentlichen auf verstärkte Mittelabflüsse an private Haushalte (+ 8,4 % auf 5,0 Mrd. DM) — hauptsächlich Leistungen des Sozialbereichs — zurückzuführen, während die Zuschüsse und Schuldendiensthilfen an Unternehmen (3,6 Mrd. DM), soziale oder ähnliche Einrichtungen (3,8 Mrd. DM) und das Ausland (0,8 Mrd. DM) gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieben.

Kräftige Zunahmen (+ 7,9 %) verzeichneten im ersten Halbjahr 1986 die Zuweisungen und Zuschüsse der Kommunen (28,5 Mrd. DM). Ausschlaggebend für die Entwicklung der Zahlungen an den öffentlichen Bereich (+ 6,6 % auf 14,8 Mrd. DM) war die Zunahme der zweckgebundenen Leistungen (+ 8,5 %) — in erster Linie Zuweisungen an kommunale Zweckverbände —, der Krankenhausumlagen an das Land sowie der Erstattungen der Gemeinden/Gv. untereinander für Gast Schüler, Sozialhilfe und verschiedene andere Leistungen. Weiter deutlich zugenommen haben auch die allgemeinen Umlagen an die Gemeindeverbände (+ 6,0 %). Der überaus kräftige Zuwachs der Zahlungen an andere Bereiche (+ 9,2 % auf 13,7 Mrd. DM) wurde in erster Linie durch die Aufwendungen für die Sozialhilfe und ähnliche Leistungen verursacht, die im ersten Halbjahr 1986 sogar um 10,4 % anstiegen und ein Volumen von 11,6 Mrd. DM erreichten. Neben der Anhebung der Regelsätze bei der Sozialhilfe zum 1. Juli 1985 um durchschnittlich 8,5 % machte sich hier auch die hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen bemerkbar, die keinen oder zu geringen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe haben, und daher auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Die leichte Zunahme der Ausgaben der öffentlichen Haushalte in der Kapitalrechnung im vergangenen Jahr setzt sich im Halbjahresergebnis 1986 fort. Bis Juni dieses Jahres stiegen die Aufwendungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 1,8 % auf insgesamt 36,7 Mrd. DM. Diese Entwicklung wird in erster Linie von den um 6,1 % gestiegenen Sachinvestitionen getragen, die mit einem Volumen von 17,5 Mrd. DM den größten Teil (47,7 %) aller vermögenswirksamen Ausgaben ausmachen. Konjunkturell besonders bedeutsam ist dabei, daß die Kommunen — als größter öffentlicher Investor — aufgrund einer besseren Finanzsituation insgesamt wieder in der Lage waren, ihre Ausgaben für Baumaßnahmen deutlich zu steigern (+ 6,5 % auf 8,8 Mrd. DM). Nach jahrelangem Rückgang der Investitionsausgaben hat sich hier sicher ein Nachholbedarf angestaut. Vor allem im Bereich der Abwasserbeseitigung (+ 10,5 %) und im Straßenbau (+ 5,9 %) wurde im ersten Halbjahr 1986 erheblich mehr investiert. Nach einzelnen Ländern zeigt sich allerdings ein differenziertes Bild, das von einem starken Anstieg der Bauausgaben in Niedersachsen (+ 16,9 %) und Bayern (+ 10,2 %) über eine geringe Erhöhung in Baden-Württemberg (+ 3,5 %) und Rheinland-Pfalz (+ 2,5 %) bis zu einem leichten Rückgang (— 0,6 %) im Saarland reicht. Da die kommunalen Haushalte zusammen im Berichtszeitraum erheblich mehr für den Erwerb von Sachvermögen ausgaben als im Vorjahr (+ 9,0 %), stiegen ihre Sachinvestitionen insgesamt um 7,2 % auf 12,2 Mrd. DM an.

Noch stärkere — wenn auch absolut nicht so bedeutsame — Zuwächse der Bauausgaben verzeichneten die Länder (+ 9,7 % auf 2,1 Mrd. DM), deren Sachinvestitionen insgesamt im ersten Halbjahr 1986 um 8,0 % auf 2,9 Mrd. DM anstiegen. Allerdings ist die Entwicklung auch hier bei den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Während zum Teil zweistellige Zuwachsraten festzustellen sind (Niedersachsen: + 27,8 %; Bayern: + 16,6 %; Saarland: + 19,4 %), blieben die Ausgaben für Sachinvestitionen in Bremen (+ 0,5 %) und Baden-Württemberg (+ 2,8 %) nahezu auf Vorjahreshöhe. Da Nordrhein-Westfalen für den Erwerb von Vermögen sogar erheblich weniger ausgab als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, sanken hier die Aufwendungen für Sachinvestitionen im ersten Halbjahr 1986 um 10,1 %. Der Bund gab bis einschließlich Juni dieses Jahres für Baumaßnahmen 3 % weniger aus als im ersten Halbjahr 1985. Obwohl er im gleichen Zeitraum einen Zuwachs beim Erwerb von Sachvermögen verzeichnete, erreichten seine Ausgaben für Sachinvestitionen insgesamt nicht ganz das Niveau des Vorjahres (— 1,3 %).

Der Rückgang der Vermögensübertragungen zwischen den Verwaltungen (— 5,2 % auf 5,9 Mrd. DM) ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Investitionszuweisungen des Bundes an die Länder im ersten Halbjahr 1986 um 17,4 % abnahmen. Neben den starken Schwankungen des Mittelabrufs im Verlauf eines Jahres ist für diesen Rückgang auch der geänderte Zahlungsnachweis der Wohnungsbauprämie maßgeblich. Der Bund trägt diese Aufwendungen im Rahmen der Entflechtung mischfinanzierter Aufgaben voll selbst und weist sie direkt als Investitionszuschüsse an die Bausparer nach. Da der Bund ab 1986 keinen Kapitaldienst mehr für die Investitionsanleihen der Bundesbahn zu leisten hat und außerdem die Hilfen an die Stahlindustrie ausgelaufen sind, verzeichneten auch seine Vermögensübertragungen an den nichtöffentlichen Bereich deutliche Rückgänge (— 7,2 %). Entsprechend höhere Zuschüsse der Länder und Kommunen führten jedoch dazu, daß die Vermögensübertragungen an andere Bereiche (Wirtschaftsunternehmen, private Haushalte, Ausland) insgesamt etwa dem Halbjahresergebnis des Vorjahres entsprachen.

Bei den Darlehensgewährungen notierte der Bund im ersten Halbjahr 1986 einen Anstieg seiner Aufwendungen aus Gewährleistungen (sie werden haushaltssystematisch als Darlehen nachgewiesen) an den nichtöffentlichen Bereich. Hier machten sich vor allem höhere — im Jahresverlauf allerdings ungleichmäßig verlaufende — Scha-

denzahlungen bei der Ausfuhr bemerkbar. Da im gleichen Zeitraum die Darlehensgewährung der Länder und Kommunen kräftig sank, blieben diese Ausgaben um knapp 2 % unter dem Halbjahresergebnis 1985.

Einnahmen nach Arten

Beim Steueraufkommen, das mit über 200 Mrd. DM fast 80 % der gesamten Einnahmen ausmachte, verbuchten die öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 1986 einen deutlich schwächeren Anstieg, hauptsächlich verursacht durch das Inkrafttreten der ersten Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88. Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben (ohne Anteile der Europäischen Gemeinschaften an den Zöllen und der Umsatzsteuer) lagen bis Juni deshalb nur um insgesamt 3,7 % höher als vor Jahresfrist. Am deutlichsten wirkte sich die Steuerreform auf das Aufkommen aus der Lohnsteuer aus, das das Vorjahresergebnis nur um 2,4 % übertraf. Allerdings ergab sich nach dem sehr schwachen Resultat des ersten Quartals im zweiten Vierteljahr infolge der diesjährigen Lohnrunde und der größeren Zahl der Beschäftigten bereits wieder ein Zuwachs um gut 4 %.

Eine deutlich stärkere Zunahme verzeichnete das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer (+ 5,1 %) und der Körperschaftsteuer (+ 8,4 %) im ersten Halbjahr 1986, allerdings ebenfalls bei unterschiedlicher Entwicklung in den beiden Quartalen. Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer blieb nach einem starken Plus zu Jahresbeginn im zweiten Vierteljahr um 4½ % hinter dem entsprechenden Vorjahresbetrag zurück. Neben den Steuersenkungen war hierfür vor allen Dingen ausschlaggebend, daß sich die Erstattungen an veranlagungspflichtige Arbeitnehmer stark erhöhten, ohne die die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer deutlich gestiegen wären. Auch die Entwicklung des Körperschaftsteueraufkommens hat sich im Jahresverlauf deutlich abgeschwächt. Während im ersten Quartal 1986 noch Zuwachsraten von 15,9 % erzielt wurden, gingen die Steuererträge im zweiten Quartal nur noch um gut 2 % über das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums hinaus. Zwar sind die Vorauszahlungen der Unternehmen infolge der günstigen Gewinnentwicklung weiterhin kräftig gestiegen, doch haben sich die Abschlußzahlungen aus der Veranlagung früherer Jahre erheblich verringert.

Das Aufkommen der beiden Steuern vom Umsatz entwickelte sich im ersten Halbjahr 1986 weiter recht schwach.

Tabelle 3: Bauausgaben nach Aufgabenbereichen und Körperschaftsgruppen
Mill. DM

Aufgabenbereich	Insgesamt		Bund		Länder		Gemeinden/Gv.	
	1. Halbjahr							
	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986
Bausausgaben insgesamt	12 034	12 702	1 888	1 831	1 891	2 075	8 255	8 796
Schulen	1 048	1 035	—	—	96	94	951	941
Hochschulen	320	370	—	—	320	370	—	—
Einrichtungen des Gesundheitswesens ..	43	47	1	0	42	47	—	—
Abwasserbeseitigung	1 673	1 849	—	—	—	—	1 673	1 849
Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	106	98	—	—	106	98	—	—
Straßen	4 030	4 210	1 456	1 417	384	475	2 190	2 319
Übrige Aufgabenbereiche	4 816	5 091	430	413	944	991	3 442	3 687

Insgesamt übertrafen die Kasseneingänge in den ersten sechs Monaten das Vorjahresaufkommen nur um 0,4 %. Das Aufkommen aus der Umsatzsteuer stieg dabei um 9,3 %, das der Einfuhrumsatzsteuer verminderte sich um 7,5 %. Ausschlaggebend für den starken Anstieg der Umsatzsteuer bis Juni war die deutliche Belebung des privaten Verbrauchs, der mittlerweile stärker als der umsatzsteuerfreie Export die wirtschaftliche Entwicklung trägt. Vor allem wegen der seit Jahresbeginn gesunkenen Ölpreise gingen die mit Umsatzsteuer belasteten Importe nominal beträchtlich zurück, so daß das Aufkommen aus der Einfuhrumsatzsteuer im ersten Halbjahr 1986 deutlich hinter seinem Vorjahresergebnis zurückblieb.

Einen überdurchschnittlichen Zuwachs verzeichneten die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, deren Aufkommen schon in den letzten Jahren zweistellige Zuwachsraten aufwies. Eine wichtige Rolle spielte dabei die gute Ertragslage der Kapitalgesellschaften, die ihre Anteilseigner über hohe Dividendenausschüttungen an den teilweise beträchtlichen Gewinnen teilhaben ließen. Im ersten Halbjahr 1986 konnten die öffentlichen Haushalte sogar 1,5 Mrd. DM höhere Einnahmen verbuchen, womit das Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer um mehr als die Hälfte (+ 54,5 %) anstieg.

Während sich die Einnahmen aus den allein dem Bund zustehenden Steuern um 4,4 % erhöhten, konnte bei den Landessteuern ein außerordentlich starker Zuwachs von 13,8 % verzeichnet werden, im wesentlichen verursacht durch die Kraftfahrzeugsteuer, deren sprunghafter Anstieg um 21,8 % aus der steuerlichen Mehrbelastung nichtschadstoffarmer Autos von 1986 an resultiert. Das Aufkommen der Gemeindesteuern erhöhte sich im ersten Halbjahr 1986 nur mäßig (+ 3,1 %), vor allem da der Zuwachs bei der Gewerbesteuer — als größter kommunaler Steuer — nur 2,7 % betrug.

Nach Verteilung der Gemeinschaftssteuern und der Gewerbesteuerumlage hat sich beim Bund im ersten Halbjahr 1986 nur eine geringe Zunahme der Steuereinnahmen ergeben (+ 1,9 % auf 97,0 Mrd. DM). In dieser Entwicklung spiegelt sich auch der gegenüber dem Vorjahr erhöhte EG-Anteil an der Umsatzsteuer sowie der zugunsten der Länder um 0,5 Prozentpunkte verringerte Bundesanteil am Umsatzsteueraufkommen wider. Vergleichsweise günstig war dagegen die Situation bei den Ländern und Kommunen, deren Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben um 5,9 % (auf 79,2 Mrd. DM) bzw. 4,0 % (auf 24,4 Mrd. DM) anstiegen.

Aufgrund eines Sondereinflusses waren im Berichtszeitraum kräftige Mehreinnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+ 17,4 % auf 24,1 Mrd. DM) zu verzeichnen. Der Bund erhielt — anders als vor Jahresfrist — von dem ihm 1986 zufließenden Bundesbankgewinn, der mit 12,7 Mrd. DM fast so hoch ausfällt wie im Vorjahr, den weit überwiegenden Teil (10,3 Mrd. DM gegenüber 7,0 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1985) bereits bis Juni dieses Jahres überwiesen. Bereinigt um diesen „Sonderfaktor“ stiegen die sogenannten Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nur um 1,7 %. Einen Rückgang von 3,1 % auf insgesamt 3,9 Mrd. DM

verzeichneten die Länder. Diese Entwicklung ist im wesentlichen auf den starken Einbruch in Niedersachsen zurückzuführen (— 19,0 % auf 1,2 Mrd. DM), da hier die Förderabgabe der Mineralölgesellschaften deutlich zurückgegangen ist. Deutliche Einbußen verbuchten im ersten Halbjahr 1986 auch die Stadtstaaten Hamburg (— 14,6 %), Bremen (— 21,7 %) und Berlin (West) (— 11,3 %), denen hohe Mehreinnahmen in Nordrhein-Westfalen (+ 41,6 %), Hessen (+ 16,8 %), Rheinland-Pfalz (+ 10,9 %) und Baden-Württemberg (+ 14,2 %) gegenüberstanden. Wenig aussagefähig sind die unter dieser Position nachgewiesenen Einnahmen der Gemeinden/Gv., da sie — wegen der Zusammenfassung im Erhebungsbogen der Kassenstatistik — auch den Ersatz von Leistungen der Sozialhilfe enthalten. Parallel zum Anstieg der kommunalen Sozialhilfeausgaben könnte der Anstieg um 3,4 % auf 7,1 Mrd. DM bis Juni dieses Jahres durch diese Mittelrückflüsse verursacht sein.

Deutliche Zuwächse verzeichneten die Kommunen bei ihrer — neben den Steuereinnahmen — wichtigsten Einnahmequelle, den Zuweisungen vom öffentlichen Bereich (+ 5,6 % auf 29,8 Mrd. DM). Mit + 2,7 % auf insgesamt 15,4 Mrd. DM fiel der Anstieg der Zuweisungseinnahmen bei den Ländern relativ schwach aus. Die Ursache hierfür war eine geringere Zunahme der Zuweisungen durch den Bund. Eine Besonderheit ergab sich hingegen beim Bund, für den die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich normalerweise eine eher unbedeutende Rolle spielen. Er erzielte relativ hohe Mehreinnahmen, weil die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung die Hälfte des im Vorjahr gewährten (einmaligen) Sonderzuschusses in Höhe von 620 Mill. DM nicht benötigten und dem Bund zu Beginn des Jahres zurückerstatteten.

Unter den sonstigen laufenden Einnahmen werden insbesondere die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren zusammengefaßt. Insgesamt konnte im Berichtszeitraum nur ein geringer Zuwachs (+ 1,8 %) festgestellt werden, bei unterschiedlicher Entwicklung auf den einzelnen Haushaltsebenen. Während die Einnahmen der Gemeinden/Gv. um 3,4 % auf 8,6 Mrd. DM anstiegen und bei den Ländern auf dem Niveau des Vorjahres (3,3 Mrd. DM) verharren, ging das Aufkommen des Bundes um 3,2 % auf 1,9 Mrd. DM zurück.

Die Einnahmen der Kapitalrechnung, die zum Gesamtvolumen aller Einnahmen nur gut 3 % beitragen, weisen nach dem starken Rückgang im Halbjahresergebnis des vergangenen Jahres wieder eine leicht positive Tendenz auf (+ 1,1 % auf 7,8 Mrd. DM), mit allerdings recht großen Unterschieden bei den einzelnen Gebietskörperschaften. Der außerordentlich starke Zuwachs beim Bund (+ 43,2 % auf 1,9 Mrd. DM) resultiert aus der Veräußerung von Anteilsrechten (VIAG-Teilprivatisierung), durch die im ersten Halbjahr 1986 rund 0,7 Mrd. DM mehr in seine Kassen flossen. Unter den sonstigen Einnahmen der Kapitalrechnung — im wesentlichen Darlehensrückflüsse — gingen die Zahlungen von anderen Bereichen um rund 100 Mill. DM zurück. Deutlich niedriger waren die Einnahmen der Länder aus Investitionszuweisungen des Bundes (— 12,5 %). Neben dem ungleichmäßigen Mittelbedarf hängt der starke Rückgang — wie oben bereits erwähnt —

auch mit dem geänderten Zahlungsnachweis der Wohnungsbauprämie zusammen. Insgesamt sind damit die Ländereinnahmen aus der Kapitalrechnung (4,4 Mrd. DM) um fast 11 % niedriger ausgefallen als vor Jahresfrist. Mit 7,3 Mrd. DM blieben die Einnahmen der Kommunen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nahezu unverändert. Deutlichen Mindereinnahmen aus den Investitionszuweisungen von Bund und Ländern (— 9,3 % auf 2,9 Mrd. DM) standen jedoch Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Vermögen (+ 4,1 % auf 1,9 Mrd. DM) und der Kreditaufnahme beim öffentlichen Bereich (0,6 Mrd. DM) gegenüber.

Ende 1985 (102,2 Mrd. DM). Dazu kommen bei Ländern und Kommunen noch die Schulden bei anderen öffentlichen Verwaltungen in Höhe von 28,2 bzw. 8,7 Mrd. DM.

Dipl.-Volkswirt Andreas Crumfnger

Schulden

Die öffentlichen Haushalte wiesen zum 30. Juni 1986 insgesamt fundierte Schulden (ohne Schulden bei Verwaltungen) in Höhe von 756,4 Mrd. DM aus. Damit haben die öffentlichen Schulden seit Jahresbeginn um 9,2 Mrd. DM und gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres um 30,9 Mrd. DM zugenommen.

**Tabelle 4: Öffentliche Schulden¹⁾
nach Arten und Körperschaftsgruppen
Mill. DM**

Schuldner	Stand am			
	30. 6. 1985	31. 12. 1985	31. 3. 1986	30. 6. 1986
Fundierte Schulden (ohne Schulden bei Verwaltungen)				
Bund	384 333	392 355	398 195	397 598
dar.: Lastenausgleichs-				
fonds	1 656	1 574	1 586	1 620
ERP-Sondervermögen ..	6 285	6 287	6 345	6 152
Länder	233 713	248 268	248 568	249 181
Gemeinden/Gv.	101 148	102 055	102 639	103 425
Insgesamt ...	725 479	746 965	755 748	756 356
Schulden bei Verwaltungen				
Bund	6	5	5	5
dar.: Lastenausgleichs-				
fonds	6	5	5	5
ERP-Sondervermögen ..	—	—	—	—
Länder	27 220	27 871	27 864	28 202
Gemeinden/Gv.	8 114	8 453	8 586	8 675
Insgesamt ...	35 340	36 329	36 455	36 882
Schwebende Schulden/Kassenkredite				
Bund	—	—	2 595	—
dar.: Lastenausgleichs-				
fonds	—	—	—	—
ERP-Sondervermögen ..	190	400	70	150
Länder	2 405	1 020	1 109	2 572
Gemeinden/Gv.	1 712	1 645	1 718	1 858
Insgesamt ...	4 306	3 065	5 492	4 580

¹⁾ Zum 31. Dezember 1985 Ergebnis der jährlichen Schuldenstatistik, sonst Ergebnisse der vierteljährlichen Schuldenstatistik; ohne Zweckverbände.

Die von Januar bis Juni aufgenommenen Mittel stammen ausschließlich vom inländischen Kreditmarkt. Die Schulden bei ausländischen Kreditinstituten oder sonstigen ausländischen Stellen wurden in dem betrachteten Zeitraum um 0,8 Mrd. DM, die Ausgleichsforderungen und sonstigen Altverbindlichkeiten um 0,2 Mrd. DM abgebaut. Am 30. Juni 1986 waren die Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe bis auf einen Restbetrag von knapp 90 Mill. DM getilgt.

Bei Bund und Ländern stiegen die Schulden in diesem Jahr nur noch mäßig an und erreichten zur Jahresmitte 397,6 (31. Dezember 1985: 392,4 Mrd. DM) bzw. 249,2 Mrd. DM (246,4 Mrd. DM). Mit 103,4 Mrd. DM war der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. nur wenig höher als

Öffentliche Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen

Die öffentliche Veranstaltung von Glücksspielen ist in der Bundesrepublik Deutschland nur mit behördlicher Genehmigung erlaubt. Mit der staatlichen Konzession ist eine Verpflichtung des Spielbetreibers zur Zahlung bestimmter Steuern sowie zur Ablieferung von Gewinnen und anderen Abgaben verbunden. Im derzeit gültigen Steuer- und Abgabensystem der Bundesrepublik Deutschland umfassen die öffentlichen Einnahmen aus Glücksspielen, das heißt aus Spiel- und Wettunternehmen, die Lotterie- und Rennwettsteuer, die Gewinnablieferung aus Zahlenlotto, Fußballtoto und Lotterien sowie die Spielbankabgabe.

Die Einnahmen aus diesen Quellen, die den Ländern zustehen¹⁾, sind seit 1970 in vergleichbarer Form nachweisbar. Obwohl die Spiel- und Wettunternehmen nur mit etwa 1,5 % zur Deckung der Länderausgaben beitragen, findet die Beteiligung der öffentlichen Hand am Spiel- und Wettgeschäft doch immer wieder Beachtung und Interesse. Bevor auf Art und Höhe der Einnahmen eingegangen wird, sollen im folgenden zunächst Organisation und Gegenstand des Glücksspiels sowie die Steuer- und Abgabetarife zusammen mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen beschrieben werden.

Organisation und Gegenstand des Glücksspiels

Fußballtoto, Zahlenlotto und die Pferdewette Rennquintett werden in jedem Bundesland durch Gesellschaften, meist in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, durchgeführt. In Hessen beispielsweise ist es die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH, im Saarland die Saarland-Sporttoto GmbH, in Nordrhein-Westfalen die Westdeutsche Lotterie mbH, in Hamburg das Hamburger Treuhandvermögen mbH und in Berlin (West) die Deutsche Klassenlotterie Berlin. Letztere besitzt nicht die Rechtsform einer GmbH, sondern die einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Bei der Pferdewette gibt es darüber hinaus noch Wettseinrichtungen am Platz des Pferderennens, die meist als Personengesellschaften organisiert sind.

Beim Fußballtoto geht es darum, die Ergebnisse von Fußballspielen vorauszusagen. Gegenwärtig sind zwei Systeme von Bedeutung, nämlich die „11er-Wette“ und die Auswahlwette „6 aus 45“. Bei der 11er-Wette ist für 11 Fußballspiele anzugeben, ob die Gastgeber oder die Gäste Sieger werden oder das Spiel unentschieden ausgeht. Bei

der Wette „6 aus 45“ sind unter 45 Fußballspielen 6 herauszufinden, die nach Meinung des Wettenden unentschieden ausgehen.

Beim Zahlenlotto gilt es, aus einer vorgegebenen Zahlenmenge die später durch Ziehung zu ermittelnden Zahlen vorherzubestimmen. Die Gewinne werden nach Rängen bemessen, die nach der Anzahl der richtig vorhergesagten Zahlen eingeteilt sind. Seit 1977 wird auch die Zusatzlotterie „Spiel 77“ angeboten. Hierbei wird die auf dem Spielschein angegebene Losnummer in die Auslosung einbezogen.

Bei der Rennquintettwette ist der Zieleinlauf, meist der ersten drei Pferde, bei bestimmten Pferderennen vorauszusagen.

Die Lotterien werden in der Bundesrepublik Deutschland vorwiegend durch die beiden Anstalten des öffentlichen Rechtes, die Süddeutsche und die Norddeutsche Klassenlotterie, durchgeführt. In der Süddeutschen Klassenlotterie sind die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern zusammengeschlossen. Der Norddeutschen Klassenlotterie gehören die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Hamburg, Bremen und Berlin (West) an. Wettgegenstand bei den Klassenlotterien sind Lose, die zu einem festgesetzten Preis verkauft werden und zur Teilnahme an mehreren in zeitlichem Abstand folgenden Ziehungen berechtigen; dabei werden Geldgewinne und bisweilen auch zusätzliche Prämien ausgespielt.

Die Spielbanken kommen in verschiedenen Rechtsformen, häufig jedoch als Personengesellschaft in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft, vor. Zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland 28 Spielbanken, zwei in Schleswig-Holstein (Travemünde, Westerland), acht in Niedersachsen (Bad Harzburg, Bad Pyrmont, Bad Zwischenahn, Bad Bentheim, Borkum, Hannover, Hittfeld, Norderney), drei in Nordrhein-Westfalen (Aachen, Dortmund-Hohensyburg, Bad Oeynhausen), zwei in Hessen (Wiesbaden, Bad Homburg), zwei in Rheinland-Pfalz (Bad Neuenahr, Bad Dürkheim), zwei in Baden-Württemberg (Baden-Baden, Konstanz) sowie fünf in Bayern (Garmisch-Partenkirchen, Bad Wiessee, Bad Reichenhall, Bad Kissingen, Lindau) sowie je eine im Saarland, in Hamburg, Bremen und Berlin (West). In Planung sind zwei weitere Spielbanken in Hessen, drei in Rheinland-Pfalz und eine im Saarland.

Steuern

Für Fußballtoto und Zahlenlotto betreibende Unternehmen besteht eine Steuerpflicht von 16²/₃ % des Wertsatzes.

Der Lotteriesteuer unterliegen nach dem Rennwett- und Lotteriegesetz vom 8. April 1922 (RGBl. I S. 393)²⁾ im Inland veranstaltete öffentliche Lotterien und Ausspielun-

²⁾ Die noch heute bestehende Gültigkeit dieses Gesetzes ergibt sich aus Art. 123 Abs. 1 Grundgesetz, wonach das Recht aus der Zeit vor dem ersten Zusammenritt des Deutschen Bundestages weiterhin gilt, sofern es nicht dem Grundgesetz widerspricht.

¹⁾ Die Verteilung ergibt sich aus Art. 106 Abs. 2 Nr. 4 und 6 des Grundgesetzes.

gen. Die Steuer beträgt 20 % des planmäßigen Preises sämtlicher Lose ausschließlich der Steuer, bei ausländischen Losen 25 %.

Bemessungsgrundlage der Rennwettsteuern sind die am Totalisator („Totalisatorsteuer“) oder bei einem Buchmacher („andere Rennwettsteuern“) anlässlich öffentlicher Pferderennen und anderer öffentlicher Leistungsprüfungen für Pferderennen abgegebenen Wetten. Der Steuersatz beträgt $16\frac{2}{3}$ % vom Wetteinsatz.

Gewinnablieferung und andere Abgaben

Die Zahlenlotto und Fußballtoto betreibenden Unternehmen sind unabhängig von der Verpflichtung zur Steuerzahlung je nach rechtlicher Ausgestaltung auch zur Gewinnablieferung oder zur Zahlung einer Konzessionsabgabe verpflichtet. Eine Konzessionsabgabe, die in der Regel in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes vom Umsatz erhoben wird, haben Unternehmen zu zahlen, die eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen und auf eigene Rechnung wirtschaften, wie z. B. die Westdeutsche Lotterie mbH in Nordrhein-Westfalen. Gewinn, das heißt der Reinertrag nach Abzug der Steuern u. ä. sowie der Gewinnausschüttungen an die Spieler, ist von den Gesellschaften abzuführen, die im Namen und für Rechnung des Staates tätig sind. Die Süddeutsche und Norddeutsche Klassenlotterie haben ebenfalls ihren Reinertrag an die jeweiligen Länder abzuführen. Der Anteil eines Landes am Reinertrag bestimmt sich in der Süddeutschen Klassenlotterie nach dem Verhältnis der im Land abgesetzten Lose zum Gesamtumsatz, in der Norddeutschen Klassenlotterie zu 50 vH nach dem regionalen Losabsatz und zu 50 vH nach der Einwohnerzahl.

Die Spielbankabgabe wird vom Bruttospielertrag berechnet, das heißt vom täglichen Saldo aus den Einsätzen und Gewinnen der Spieler. Sie beträgt in der Regel 80 vH der Bruttospielerträge. Der Spielbankbetreiber ist mit der Abführung der Spielbankabgabe entsprechend § 6 Abs. 1 der Verordnung über öffentliche Spielbanken vom 27. Juli 1938 (RGBl. I S. 955)³⁾ von der Einkommen-, Vermögen-, Umsatz-, Lotterie- und Gesellschaftsteuer befreit. Zum Ausgleich der dadurch entstehenden Steuerausfälle bei Bund und den Ländern, in denen der Spielbankunter-

nehmer seinen Wohnsitz hat, wurden aufgrund eines Verwaltungsabkommens Ausgleichsbeträge gezahlt, die die Länder mit Spielbanken aufzubringen hatten. Diese Zahlungen verloren an Bedeutung, nachdem ab 1979 in allen Ländern Spielbanken ansässig waren. Gemäß der Ländervereinbarung vom 15. April 1982 entfielen die Ausgleichszahlungen mit Wirkung vom 1. April 1982. Neben der Spielbankabgabe erheben alle Länder eine Abgabe auf den Tronc, das heißt auf die Geldbeträge, die die Spieler an die Bediensteten der Spielbank geben („Trinkgelder“). Die Höhe des Abgabesatzes bestimmen die Länder selbst. In Hessen beträgt er beispielsweise 4 vH. In einigen Ländern werden darüber hinaus von der Spielbankabgabe unabhängige Sonderabgaben erhoben, z. B. in Baden-Württemberg in Höhe von 5 vH der Bruttospielerlöse, in Hessen und Berlin (West), sofern die Bruttospielerlöse bestimmte Grenzen überschreiten, sowie in Hamburg.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Juni 1986 wird das Aufkommen aus der Spielbankabgabe bei der Berechnung der Finanzkraft im Rahmen der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zu berücksichtigen sein.

Aufkommen

Nach den Haushaltsansätzen für 1986 werden sich die öffentlichen Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen auf 3 717 Mill. DM belaufen. Gegenüber 1970 haben sie sich damit nahezu verdreifacht; im Vergleich zu 1980 (2 977 Mill. DM) ergibt sich eine Steigerung um knapp 25 %. Mit 2 182 Mill. DM entfallen 1986 knapp $\frac{3}{5}$ der Einnahmensumme auf die Gewinnablieferung und andere Abgaben (1970 noch 56 %). Steuereinnahmen werden 1986 in Höhe von 1 535 Mill. DM erwartet, 1970 waren es noch 566 Mill. DM.

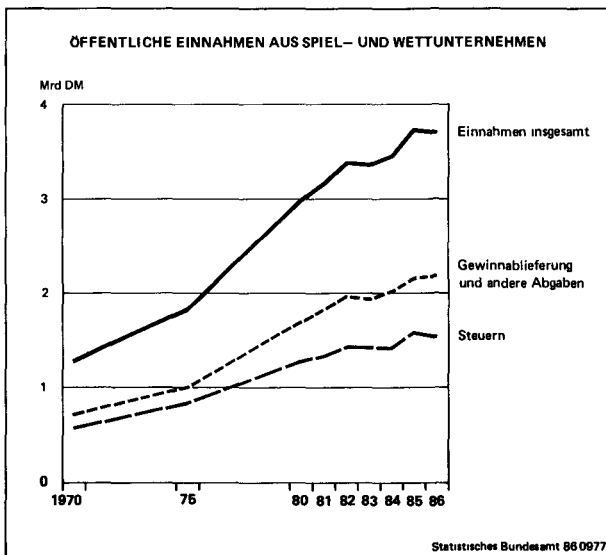
Am ertragreichsten unter den Steuereinnahmen aus Glücksspielen ist die Lotteriesteuer (1986: 1 418 Mill. DM; 1970: 511 Mill. DM). Es handelt sich dabei um die Lotteriesteueranteile der Länder aus der Beteiligung an der Süddeutschen bzw. Norddeutschen Klassenlotterie. Als Lotteriesteuer werden von der Mehrzahl der Länder auch die steuerlichen Einnahmen aus anderen Lotterien und Sportwetten wie Zahlenlotto und Fußballtoto veranschlagt. Einige Länder wie Nordrhein-Westfalen, Hessen,

³⁾ Siehe Fußnote 2.

Tabelle 1: Öffentliche Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen¹⁾
Mill. DM

Jahr	Insgesamt	Steuern					Gewinnablieferung und andere Abgaben			
		zusammen	Lotteriesteuer	Rennwettsteuern			zusammen	Zahlenlotto und Fußballtoto	Lotterie ²⁾	Spielbankabgabe
				zusammen	Totalisatorsteuer	Andere Rennwettsteuern				
1970	1 286	566	511	55	39	16	720	588	13	119
1975	1 839	839	749	90	66	24	1 000	780	13	207
1980	2 977	1 282	1 157	125	100	25	1 695	1 134	102	459
1981	3 167	1 336	1 206	130	106	24	1 831	1 179	146	505
1982	3 391	1 430	1 310	120	99	21	1 961	1 254	160	547
1983	3 379	1 429	1 311	118	98	20	1 950	1 225	157	568
1984	3 446	1 419	1 305	114	95	19	2 027	1 228	175	624
1985	3 726	1 566	1 451	115	95	20	2 160	1 322	195	643
1986	3 717	1 535	1 418	117	94	23	2 182	1 302	194	686

¹⁾ 1970 – 1985 Rechnungsergebnisse (Ist), 1986 Haushaltsansätze (Soll). – ²⁾ Einschl. geringer Einnahmen aus dem Rennquintett.



Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg weisen diese Einnahmen in den Haushalten gesondert als „Sportwettsteuer“ aus. In den Tabellen sind diese Einnahmen aus Gründen der Vergleichbarkeit einheitlich als Lotteriesteuer ausgewiesen.

Das Aufkommen aus den Rennwettsteuern soll 1986 117 Mill. DM betragen, 1980 waren es 125 Mill. DM und 1970 55 Mill. DM. Dabei überwogen jeweils die Einnahmen aus der Totalisatorsteuer, die 1986 etwa vier Fünftel der gesamten Rennwettsteuereinnahmen ausmachte.

Der höchste Anteil unter den Gewinnablieferungen und anderen Abgaben entfällt auf Zahlenlotto und Fußballtoto. Für 1986 ergibt sich ein Anteil von 59,7 %, das sind 1 302 Mill. DM (1970: 588 Mill. DM). In den Beträgen enthalten sind auch die entsprechenden Abführungen der Saarland-Sporttoto GmbH sowie der Deutschen Klassenlotterie Berlin, obwohl diese nicht (Saarland) oder nur zum Teil (Berlin/West) über die Landeshaushalte abgewickelt werden.

Aus Lotterien erwarten die Länder 1986 194 Mill. DM, das sind 92 Mill. DM mehr als 1980 und 181 Mill. DM mehr als 1970. Die Gewinnanteile der Länder, die in der Süddeut-

schen Klassenlotterie zusammengeschlossen sind, überwiegen dabei.

Das Aufkommen der Länder aus der Spielbankabgabe soll 1986 686 Mill. DM betragen. Seit 1970 haben sich diese Einnahmen nahezu versechsfacht, gegenüber 1980 war die Steigerung mit knapp 50 % vergleichsweise gering. Der Grund für diese Entwicklung erklärt sich daraus, daß 1970 noch nicht alle Länder eine Spielbank besaßen. Noch 1976 verfügten drei Länder (Saarland, Hamburg und Bremen) über keine Spielbank. Erst seit 1979 existieren, wie erwähnt, in allen Bundesländern Spielbanken. Die genannten Beträge schließen die Tronc-Abgabe und die erwähnten Sonderabgaben ein.

Verwendung

Die Steuereinnahmen aus Glücksspielen werden mit Ausnahme der Totalisatorsteuer als allgemeine Deckungsmittel verwendet. Die Einnahmen aus der Totalisatorsteuer werden weitgehend, in den Bundesländern zwischen 90 und 96 vH schwankend, an die Pferderennvereine zur Förderung der Pferdezucht und des Pferderennsports weitergegeben.

Die Abgaben aus der Lotterie, dem Fußballtoto und Zahlenlotto werden in allen Bundesländern sozialen, sportlichen und kulturellen Zwecken zugeführt.

Die Einnahmen aus der Spielbankabgabe werden zur Unterstützung örtlicher Kur- und Fremdenverkehrsunternehmen, des Wohnungsbaus und der Spielbankgemeinden verwendet.

Auf der kommunalen Ebene sind lediglich die Sitz-Gemeinden der Spielbanken indirekt an den öffentlichen Einnahmen aus Glücksspielen beteiligt. Sie erhalten aufgrund landesrechtlicher Regelungen Zuweisungen aus dem Aufkommen der Spielbankabgabe. 1986 sind in den Haushalten der Länder dafür insgesamt 124 Mill. DM veranschlagt. Die Gemeindeanteile an den Landeseinnahmen schwanken zwischen 13,6 (Rheinland-Pfalz) und 41,8 % (Baden-Württemberg). 1980 überwiesen die Länder mit 65 Mill. DM zwischen 7,6 (Baden-Württemberg) und 30,8 % (Hessen) ihrer Spielbankeinnahmen an die Gemeinden/Gv.

Dipl.-Volkswirt Otto Dietz

Tabelle 2: Öffentliche Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen nach Ländern¹⁾
Mill. DM

Land	Insgesamt		Steuern										Gewinnablieferung und andere Abgaben								
			zusammen				Lotteriesteuer		Rennwettsteuern						zusammen		Zahlenlotto und Fußballtoto		Lotterie ²⁾		Spielbankabgabe
	1986	1980	1986	1980	1986	1980	zusammen		Totalisatorsteuer		Andere Rennwettsteuern		1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	
Schleswig-Holstein	151	119	65	43	64	42	1	1	1	1	0	0	86	76	54	51	16	10	16	15	
Niedersachsen	427	347	155	126	151	123	4	4	1	2	2	2	273	221	148	106	2	2	123	113	
Nordrhein-Westfalen	939	755	466	405	409	336	57	69	45	53	12	16	473	350	379	316	5	4	89	30	
Hessen	304	234	118	97	112	93	6	4	3	2	3	2	186	137	88	83	29	15	69	39	
Rheinland-Pfalz	250	217	110	98	110	98	0	0	0	0	0	0	140	119	77	66	19	10	44	43	
Baden-Württemberg	560	419	201	157	195	151	6	6	5	5	1	1	359	262	227	174	53	23	79	66	
Bayern	577	472	230	181	210	164	20	17	19	16	1	1	347	291	196	187	49	27	102	77	
Saarland	53	45	26	23	25	23	0	0	0	0	0	0	27	22	8	13	6	0	13	9	
Hamburg	202	152	73	67	64	55	10	11	8	9	2	2	129	85	41	46	14	9	74	30	
Bremen	43	36	15	15	16	14	0	1	0	1	—	0	28	21	10	13	1	2	17	6	
Berlin (West)	210	179	76	69	62	57	14	12	13	11	1	1	134	110	74	79	³⁾	³⁾	60	31	
Insgesamt	3 717	2 977	1 535	1 282	1 418	1 157	117	125	94	100	23	25	2 182	1 695	1 302	1 134	194	102	686	459	

¹⁾ 1980 Rechnungsergebnisse (Ist), 1986 Haushaltsansätze (Soll). — ²⁾ Einschl. geringer Einnahmen aus dem Rennquintett. — ³⁾ Nicht ausgliederbar in den Beträgen für Zahlenlotto und Fußballtoto enthalten.

Private Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen 1973 und 1983

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Vorbemerkung

Die Frage nach der Beteiligung privater Haushalte am „Produktivvermögen“ hat in der teilweise emotional geführten Diskussion um die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland um das Jahr 1970 Politiker, Wissenschaftler und die Öffentlichkeit im weitesten Sinne gleichermaßen bewegt und beschäftigt. Das gilt vor allem für den in einer umfangreichen Arbeit von Krelle, Schunke und Siebke enthaltenen Satz, daß 1960 1,7 % der Bevölkerung 70 % des Produktivvermögens besaßen¹⁾. Dieser Satz wurde in der Folgezeit — oft falsch interpretiert oder sogar falsch zitiert — als Beweis für die „Ungerechtigkeit“ der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik angesehen. Zu Mißverständnissen hat vielfach der Begriff „Produktivvermögen“ geführt. In der zitierten Aussage sind damit die Eigentumsansprüche privater Haushalte an ge-

werbliche Unternehmen gemeint, gemessen bei Einzel-firmen und Personengesellschaften an der Differenz zwischen Gesamtvermögen und Schulden und bei Kapitalgesellschaften am Anteil am Grundkapital, verkörpert durch GmbH-Anteile, Aktien²⁾ u. ä.

Die amtliche Statistik verfügt über eine Reihe von Statistiken, die Aussagen über die Höhe des Betriebsvermögens und die Verteilung des Eigentums und/oder der Beteiligung an gewerblichen Unternehmen zulassen. Alle Unterlagen reichen jedoch nicht aus, quantitative Aussagen über die Verteilung des gesamten Eigentums an Unternehmen zu machen. Zu diesen Statistiken zählen die Einheitswertstatistik und die Vermögensteuerstatistik sowie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

Die Einheitswertstatistik gibt in dreijährigen Abständen Aufschluß über die Einheitswerte gewerblicher Betriebe u. a. nach Einheitswertgruppen und Rechtsformen. Die Einheitswerte werden nach steuerlichen Regeln (nach dem Bewertungsgesetz³⁾) bestimmt und dürfen nicht mit dem möglicherweise erzielbaren Verkaufswert eines ganzen Unternehmens gleichgesetzt werden. Der steuerliche Einheitswert wird durch Abzug der Schulden vom Rohbetriebsvermögen ermittelt⁴⁾.

Nach den Ergebnissen der Erhebung für das Jahr 1980 (siehe Tabelle 1) belief sich der steuerliche Einheitswert für die 813 317 erfaßten gewerblichen Betriebe auf 576 Mrd. DM. Auf natürliche Personen entfielen 58,8 % der Betriebe, aber nur 11,0 % des Einheitswertes, wogegen zum Beispiel auf Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien lediglich 0,2 % der Betriebe, jedoch mehr als ein Viertel des Einheitswertes entfielen. Auf die Eigentümer der Betriebe kann im Rahmen der Einheitswertstatistik unmittelbar nur bei den „natürlichen Personen“ geschlossen werden. 1980 gab es 478 041 Betriebe natürlicher Personen mit einem Gesamteinheitswert von 63 Mrd. DM. Der durchschnittliche Einheitswert lag bei rund 132 000 DM je Betrieb. Jeweils ein Viertel dieser

¹⁾ Siehe Krelle, W./Schunke, J./Siebke, J.: „Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer; mit einer Untersuchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland“, Band II, Tübingen 1968, S. 381. Im übrigen kommen zehn Jahre später Mierheim, H./Wicke, L. in ihrem Buch „Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland“, Tübingen 1978, zu einem ähnlichen Ergebnis (S. 72).

²⁾ Aus der Sicht von „Kleinaktionären“ erscheint es jedoch fraglich, ob Aktien als „Eigentumsanteile“ an Aktiengesellschaften betrachtet werden können.

³⁾ Siehe Bewertungsgesetz vom 26. September 1974, BGBl. I S. 2369 ff.

⁴⁾ Siehe Schöffel, R.: „Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1980“ in WiSta 12/1984, S. 1030 ff. sowie Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.5.1, Einheitswerte der gewerblichen Wirtschaft 1980, S. 10.

Tabelle 1: Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1980
Ergebnis der Einheitswertstatistik der gewerblichen Betriebe¹⁾

Einheitswert von ... bis unter ... DM	Gewerbliche Betriebe insgesamt				Darunter											
					Natürliche Personen				Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A.				Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
	Betriebe		Einheitswert		Betriebe		Einheitswert		Betriebe		Einheitswert		Betriebe		Einheitswert	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%
unter 50 000	320 696	39,4	7 102	1,2	183 788	38,4	4 179	6,6	75	4,1	0	0,0	105 762	61,3	2 185	1,6
50 000 — 100 000	166 647	20,5	12 056	2,1	121 870	25,5	8 877	14,0	50	2,7	3	0,0	23 407	13,6	1 612	1,2
100 000 — 250 000	174 210	21,4	27 242	4,7	120 388	25,2	18 603	29,4	104	5,7	17	0,0	19 517	11,3	3 002	2,3
250 000 — 500 000	68 397	8,4	23 735	4,1	35 853	7,5	12 159	19,2	58	3,2	20	0,0	8 375	4,8	2 932	2,3
500 000 — 1 Mill.	36 549	4,5	25 492	4,4	11 366	2,4	7 670	12,1	97	5,3	69	0,0	5 487	3,2	3 853	3,0
1 Mill. — 50 Mill.	45 592	5,6	209 331	36,3	4 772	1,0	10 920	17,3	1 042	57,2	13 852	8,7	9 649	5,6	55 639	42,6
50 Mill. und mehr	1 226	0,2	270 941	47,0	4	0,0	891	1,4	397	21,8	144 965	91,2	370	0,2	61 328	47,0
Insgesamt	813 317	100	575 899	100	478 041	100	63 299	100	1 823	100	158 928	100	172 567	100	130 551	100

¹⁾ Statistisches Jahrbuch 1985, S. 447.

Tabelle 2: Roh- und Betriebsvermögen der unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen 1980
Ergebnis der Vermögensteuerstatistik¹⁾

Gesamtvermögen von... bis unter DM	Rohvermögen				Dar Betriebsvermögen ²⁾			
	Steuerpflichtige		Steuerlicher Wert		Steuerpflichtige		Steuerlicher Wert	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%
unter 100 000	23 381	4,2	2 616	0,6	5 362	2,0	329	0,2
100 000 – 250 000	177 717	31,6	37 908	8,2	57 717	21,1	5 849	3,8
250 000 – 500 000	189 343	33,7	82 206	17,7	97 087	35,5	18 204	11,9
500 000 – 1 Mill.	104 211	18,6	87 163	18,8	64 644	23,6	23 681	15,4
1 Mill. – 50 Mill.	67 108	11,9	227 158	49,0	48 399	17,7	93 228	60,8
50 Mill. und mehr	203	0,0	26 161	5,7	163	0,1	12 100	7,9
Insgesamt	561 963	100	463 212	100	273 372	100	153 391	100

¹⁾ Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 7.4. Vermögensteuer 1980, S. 26. – ²⁾ Ohne überschuldete Betriebe

Betriebe entfiel auf die Einheitswertgrößenklasse von 50 000 bis 100 000 DM bzw. von 100 000 bis unter 250 000 DM.

Die Vermögensteuerstatistik erfaßt bei unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen Personen allein veranlagte Personen mit einem nach steuerlichen Richtlinien ermittelten Gesamtvermögen (Rohvermögen minus Schulden u. a. Abzüge) ab 70 000 DM⁵⁾. Bei der Berechnung des steuerpflichtigen Vermögens werden bei natürlichen Personen noch erhebliche Freibeträge abgezogen.

Nach der Hauptveranlagung des Jahres 1980 wurden 561 963 unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen⁶⁾ ermittelt (siehe Tabelle 2); diese Zahl entspricht rund 2,0 % aller Erwerbstätigen im Jahr 1980. Die Vermögensteuer gibt also nur Aufschluß über einen kleinen Personenkreis mit relativ hohem Vermögen. Als Teil des Rohvermögens wird auch das Betriebsvermögen nachgewiesen, das inhaltlich weitgehend dem Einheitswert der gewerblichen Betriebe entspricht⁷⁾. 1980 wurden 273 372 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem steuerpflichtigen Betriebsvermögen ermittelt⁸⁾. Der steuerliche Wert dieses Betriebsvermögens belief sich auf 153 Mrd. DM, im Durchschnitt je Steuerpflichtigen auf rund 561 000 DM.

Beide Steuerstatistiken sind Sekundärstatistiken, beruhen also auf Angaben, die in erster Linie zur Feststellung der Steuerpflicht erforderlich sind. Über die Beteiligung aller privaten Haushalte an Unternehmen sagen sie relativ wenig aus.

Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973⁹⁾ ist erstmals der Versuch unternommen worden, durch direkte Befragung von

Haushalten Informationen über Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen zu gewinnen. Als Beteiligung im Sinne dieser Statistik gelten alle Formen der Teilhaberschaft mit Ausnahme der „stillen Gesellschafter“ und der Aktien, über deren Verteilung u. a. in Heft 8/1985 dieser Zeitschrift berichtet wurde. Im folgenden werden die Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen (also ohne land- und forstwirtschaftliche Betriebe) in der hier beschriebenen Form vereinfachend als Haushalte mit Unternehmenseigentum bezeichnet.

Einkommens- und Verbrauchsstichproben sind in fünfjährigen Abständen durchzuführende Erhebungen bei privaten Haushalten, deren Hauptzweck die Ermittlung der Einnahmen und Ausgaben aller privaten Haushalte ist. In einem Interview zu Beginn (Grundinterview) und Ende (Schlußinterview) der Erhebungen werden zusätzliche Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte, ihre Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern, ihre Wohnsituation, ihre Vermögensverhältnisse u. ä. gewonnen¹⁰⁾. Allerdings ist die Aussagefähigkeit der Ergebnisse vor allem dadurch eingeschränkt, daß wegen zu geringer Repräsentation die Haushalte mit besonders hohem Einkommen (1983 monatliches Haushaltsnettoeinkommen ab 25 000 DM), bei denen es sich relativ häufig um Unternehmerhaushalte handeln dürfte, nicht einbezogen werden konnten. Auch fehlen wegen erhebungstechnischer Schwierigkeiten die Ausländerhaushalte, die vor allem in den Bereichen Gastgewerbe und Handel in gewissem Umfang beteiligt sein dürften. Im folgenden wird trotzdem vereinfachend von allen privaten Haushalten gesprochen, obwohl die genannten Gruppen nicht enthalten sind.

Die gleichen Fragen wie im Jahr 1973 hinsichtlich Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen sind auch in das Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 aufgenommen worden, so daß neben der Kommentierung dieser Ergebnisse auch ein Zeitvergleich möglich ist.

⁵⁾ Siehe Schöffel, R.: „Vermögen und seine Besteuerung 1980“ in WiSta 6/1984, S. 535 ff. sowie Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.4, Vermögensteuer 1980, S. 8.

⁶⁾ Als unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen gelten sowohl allein veranlagte als auch zusammen veranlagte Personen (insbesondere Ehepaare mit oder ohne Kinder) mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland.

⁷⁾ Dagegen bestehen hinsichtlich der Erhebungseinheiten deutliche Unterschiede, die vor allem auf die Freigrenzen in der Vermögensteuerstatistik und auf die Tatsache zurückzuführen sind, daß auf einen gewerblichen Betrieb in der Rechtsform einer Personengesellschaft mehrere Personen mit entsprechendem betrieblichen Vermögen entfallen und somit unter Umständen einem Steuer„fall“ in der Einheitswertstatistik mehrere Steuer„fälle“ in der Vermögensteuerstatistik entsprechen können.

⁸⁾ Daneben hatten 4 151 beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen Betriebsvermögen in Höhe von 3,9 Mrd. DM.

⁹⁾ Siehe Euler, M.: „Private Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen 1973“ in WiSta 11/1975, S. 774 ff.

¹⁰⁾ Siehe Euler, M.: „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983“ in WiSta 6/1982, S. 433 ff. Im Jahr 1986 stand die Darstellung der Vermögen und Schulden im Vordergrund der Veröffentlichungen. Siehe dazu Euler, M.: „Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983“ in WiSta 5/1985, S. 408 ff.; derselbe: „Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1983“ in WiSta 8/1985, S. 672 ff.; Hertel, J.: „Ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte Ende 1983“ in WiSta 11/1985, S. 899 ff.; Braun, H.-U.: „Grundvermögen privater Haushalte Ende 1983“ in WiSta 12/1985, S. 967 ff.; ferner Fachserie 15, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte

Haushalte mit Unternehmenseigentum nach der Rechtsform der Unternehmen

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gab es Ende 1983 1,4 Mill. Haushalte (siehe Tabelle 3), in denen Haushaltsmitglieder¹¹⁾ Eigentümer gewerblicher Unternehmen waren oder Beteiligungen daran besaßen; das entsprach 6 % aller in der Erhebung repräsentierten Haushalte. 1973 waren 1,3 Mill. Haushalte an Unternehmen in dem hier verwendeten Sinn beteiligt, also ebenfalls rund 6 % aller Haushalte.

Tabelle 3: Private Haushalte¹⁾ insgesamt sowie mit Eigentum oder Beteiligung²⁾ an gewerblichen Unternehmen nach der Rechtsform der Unternehmen Ende 1973 und 1983
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	1973		1983	
	1 000	%	1 000	%
Haushalte insgesamt	21 141	100	23 456	100
dar.: Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen	1 338	6,3	1 435	6,1
und zwar in Rechtsform einer Einzelfirma	1 108	5,2	1 113	4,7
Offenen Handelsgesellschaft	89	0,4	(59)	(0,3)
Kommanditgesellschaft	133	0,6	124	0,5
Gesellschaft mit beschränkter Haftung	66	0,3	214	0,9

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr. — ²⁾ Ohne Aktien.

In der größten Zahl der Fälle wurden die nachgewiesenen Unternehmen in Form einer Einzelfirma betrieben (4,7 % aller Haushalte oder 77,6 % der Haushalte mit Unternehmenseigentum), dahinter rangierten in weitem Abstand GmbHs (0,9 % aller Haushalte oder 14,9 % der Haushalte mit Unternehmenseigentum) und oHG (0,3 % aller Haushalte oder 4,1 % der Haushalte mit Unternehmenseigentum). Der relativ geringe Anstieg der Zahl der Haushalte mit Unternehmenseigentum gegenüber 1973 um 7,2 % ist ausschließlich auf die Zunahme der Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an GmbHs zurückzuführen, deren Zahl 1983 mehr als dreimal so hoch war wie 1973¹²⁾.

¹¹⁾ Diese Personen konnten sowohl Bezugsperson dieser Haushalte sein als auch sonstige Haushaltsmitglieder.

¹²⁾ Die Zahl der von der Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßten GmbHs stieg im gleichen Zeitraum von 112 063 auf 308 926, war also Ende 1983 ebenfalls fast dreimal so hoch wie zehn Jahre früher.

Haushalte mit Unternehmenseigentum nach der sozialen Stellung der Bezugsperson

In den weitaus meisten Fällen (80,5 %) war 1983 die Bezugsperson eines Haushalts mit Unternehmenseigentum ein Selbständiger, in 12,7 % ein Arbeitnehmer und in 6,8 % ein Nichterwerbstätiger (siehe Tabelle 4). Diese soziologische Struktur hat sich gegenüber 1973 kaum verändert. Vor diesem Hintergrund erscheint die eingangs zitierte Schätzung von Krelle, Schunke und Siebke, daß 1960 1,7 % der Bevölkerung 70 % des „Produktivvermögens“ besaßen, keineswegs so sensationell, wie dies zum damaligen Zeitpunkt empfunden worden ist. Offensichtlich entfällt auch heute nur ein geringer Teil aller Haushalte auf Selbständigenhaushalte, die natürlich in erster Linie die Eigentümer der Unternehmen sind. Zu beachten ist allerdings, daß 1983 immerhin — hochgerechnet — rund 220 000 Haushalte von Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen, also etwa 15 %, die Frage, ob sie Eigentum oder Miteigentum an gewerblichen Unternehmen besaßen, verneint hatten. Wahrscheinlich handelt es sich dabei teils um freiberuflich Tätige (z. B. Ärzte, Künstler, Handelsvertreter u. ä.), die sich nicht als (Mit-)Eigentümer eines Betriebes empfinden, teils um Personen, die sich ihrer Funktion nach als selbständig tätig einstufen (Chefärzte, Manager, Geschäftsführer u. ä.), berufssystematisch jedoch als Arbeitnehmer anzusehen sind.

Am Beispiel der am stärksten vertretenen Rechtsformen der Unternehmen, nämlich der Einzelfirmen und der GmbHs, soll aufgezeigt werden, ob sich bei einer Gliederung nach Rechtsformen Unterschiede in der sozio-ökonomischen Struktur der Eigentümer bzw. der Anteilseigner erkennen lassen. Wie zu erwarten war, findet sich bei Einzelfirmen die höchste Quote der Beteiligung von Selbständigenhaushalten (1983 waren es 84,3 %), während der Anteil von Arbeitnehmerhaushalten bei den GmbHs im Jahr 1983 mit 25,2 % beträchtlich höher war als bei Einzelfirmen (10,1 %). Bei den hier nachgewiesenen Nichterwerbstätigenhaushalten dürfte es sich überwiegend um frühere Selbständigenhaushalte handeln.

Haushalte mit Unternehmenseigentum nach Haushaltsnettoeinkommen

Tabelle 5 enthält eine Gliederung der Haushalte insgesamt und der Haushalte mit Unternehmenseigentum nach

Tabelle 4: Private Haushalte¹⁾ insgesamt und mit Eigentum oder Beteiligung²⁾ an gewerblichen Unternehmen nach der sozialen Stellung der Bezugsperson Ende 1973 und 1983

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Soziale Stellung der Bezugsperson	Haushalte insgesamt				Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen				Dar.: Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an							
	1973		1983		1973		1983		Einzelfirma				GmbH			
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Landwirt	620	2,9	393	1,7	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Selbständiger ³⁾	1 477	7,0	1 396	5,8	1 097	82,0	1 151	80,2	923	83,3	931	84,2	(39)	(50,1)	145	67,8
Arbeitnehmer	11 649	55,1	11 699	49,9	150 ⁴⁾	11,2 ⁴⁾	183	12,7	118	10,7	113	10,1	/	/	54	25,2
Nichterwerbstätiger ⁵⁾	7 395	35,0	9 995	42,6	60 ⁴⁾	4,5 ⁴⁾	97	6,8	47	4,2	(61)	(5,5)	/	/	/	6,6
Insgesamt	21 141	100	23 456	100	1 338	100	1 436	100	1 108	100	1 113	100	66	100	214	100

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr. — ²⁾ Ohne Aktien. — ³⁾ Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger. — ⁴⁾ Geschätzt. — ⁵⁾ Einschl. Arbeitsloser.

einer im Januar 1983 erfolgten Selbsteinstufung der Haushalte in vorgegebene Größenklassen des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens (ohne Haushalte von Landwirten, die wegen Bewertungsschwierigkeiten der Sachentnahmen ausgenommen waren). Wie zu erwarten war, ist die Einkommensstruktur der Haushalte insgesamt eine ganz andere als die der Haushalte mit Unternehmenseigentum. Während 1983 30,1 % aller Haushalte über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1 600 DM verfügten, waren es bei den Haushalten mit Eigentum oder Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen nur 10,8 %. Umgekehrt verfügten nur 5,6 % der Haushalte insgesamt über ein Einkommen von 5 000 bis unter

mensverteilung der Haushalte mit Unternehmenseigentum mit derjenigen der Selbständigenhaushalte sehr ähnlich.

Haushalte mit Unternehmenseigentum nach Einheitswerten

Die Frage nach der Höhe des Einheitswertes der Unternehmen und insbesondere der Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen ist für die Haushalte nicht so einfach zu beantworten, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Zwar ist der Einheitswert eines Unternehmens, das in der Rechtsform einer Einzelfirma, einer oHG oder einer KG betrieben wird, dem letzten vorliegenden Einheitswertbescheid (1983 nach der Hauptfeststellung 1980) zu entnehmen. Schwierig ist dagegen die Bestimmung des Einheitswertes eines Anteils an einer GmbH, falls hierfür keine gesonderte steuerliche Feststellung erfolgte. Die Befragten können den gewünschten Betrag nur ermitteln, indem sie entweder auf den letzten Vermögensteuerbescheid zurückgreifen oder, falls sie nicht zur Vermögensteuer veranlagt wurden, den gemeinen Wert (Tageswert) ihrer GmbH-Anteile schätzen.

Diese Schwierigkeiten haben dazu geführt, daß die Frage nach dem Einheitswert nur von knapp zwei Dritteln der Haushalte mit Unternehmenseigentum beantwortet worden ist. Diese Quote ist wesentlich geringer als 1973, als immerhin von fast 85 % der Haushalte mit Unternehmenseigentum Angaben über den Einheitswert vorlagen¹³⁾. Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht erkennbar; die Fragestellung ist nicht verändert worden. Die relativ hohe Non-response-Quote erschwert die Analyse außerordentlich, zumal nicht festzustellen ist, ob die Verteilung der Einheitswerte für die Haushalte mit Angaben die gleiche ist wie für die Haushalte ohne Angaben oder ob zum Beispiel unter den Ausfällen überwiegend Haushalte mit Beteiligungen (mit relativ niedrigen Einheitswerten) zu finden sind.

Geht man von den Haushalten mit Unternehmenseigentum aus, die den Einheitswert angegeben haben, so läßt Tabelle 6 erkennen, daß der höchste Anteil auf die Ein-

¹³⁾ Siehe Euler, M.: „Private Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen 1973“ in WiSta 11/1975, S. 776, Tabelle 1.

Tabelle 5: Private Haushalte¹⁾ insgesamt und mit Eigentum oder Beteiligung²⁾ an gewerblichen Unternehmen nach dem Haushaltsnettoeinkommen³⁾ Ende 1983
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Haushalte insgesamt		Darunter			Nachrichtlich.	
			Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen			Haushalte von Selbständigen ⁶⁾	
	1 000	% ⁴⁾	1 000	% ⁴⁾	% ⁵⁾	1 000	% ⁴⁾
unter 1 600	6 936	30,1	154	10,8	2,2	129	9,4
1 600 - 2 000	3 316	14,4	86	6,0	2,6	77	5,6
2 000 - 2 500	3 624	15,7	143	10,0	3,9	149	10,9
2 500 - 5 000	7 889	34,2	646	45,1	8,2	611	44,6
5 000 - 25 000	1 298	5,6	402	28,1	31,0	403	29,5
Insgesamt ...	23 063	100	1 431	100	6,2	1 369	100

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr; ferner ohne Haushalte von Landwirten. — ²⁾ Ohne Aktien. — ³⁾ Selbsteinstufung in vorgegebene Einkommensgrößenklassen im Januar 1983. — ⁴⁾ Bezogen auf die Haushalte zusammen. — ⁵⁾ Bezogen auf alle Haushalte der Einkommensgrößenklasse. — ⁶⁾ Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger.

25 000 DM, bei den Haushalten mit Eigentum oder Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen waren es dagegen 31,0 %. Dementsprechend stieg innerhalb der jeweiligen Größenklasse der Anteil der Haushalte mit Unternehmenseigentum an allen Haushalten der Größenklasse von 2,2 % bei einem Einkommen unter 1 600 DM bis auf 31,0 % bei einem Einkommen von 5 000 bis unter 25 000 DM. Diese beachtlichen Unterschiede sind auch zu der Einkommensstruktur der Haushalte von gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen, die — wie nachgewiesen — vier von fünf Haushalte mit Unternehmenseigentum ausmachen, zu beobachten. Wie der nachrichtliche Nachweis der Selbständigenhaushalte in der Tabelle 5 zeigt, ist die Einkommens-

Tabelle 6: Private Haushalte¹⁾ mit Eigentum oder Beteiligung²⁾ an gewerblichen Unternehmen nach dem Einheitswert³⁾ Ende 1983
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Einheitswert des Eigentums oder der Beteiligung	Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung insgesamt		Davon mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM					
			unter 2 500		2 500 - 5 000		5 000 - 25 000	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 10 000	212	23,4	78	34,1	100	24,7	(34)	(12,6)
10 000 - 20 000	141	15,6	(41)	(17,9)	69	17,0	(31)	(11,5)
20 000 - 30 000	92	10,2	/	/	(46)	(11,3)	(25)	(9,3)
30 000 - 40 000	(42)	(4,6)	/	/	(22)	(5,4)	/	/
40 000 - 50 000	64	7,1	/	/	(28)	(6,9)	/	/
50 000 - 100 000	155	17,1	/	/	67	16,5	(54)	(20,0)
100 000 und mehr	199	22,0	/	/	74	18,2	101	37,4
Zusammen	905	100	229	100	406	100	270	100
ohne Angabe	530	x	157	x	240	x	132	x
Insgesamt	1 435	x	386	x	646	x	402	x

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr. — ²⁾ Ohne Aktien. — ³⁾ Stand: 1980.

heitswertgrößenklasse unter 10 000 DM entfällt (23,5 %), in den darauffolgenden Größenklassen bis auf 4,6 % bei Einheitswerten von 30 000 bis unter 50 000 DM abfällt und dann wieder auf 22,0 % bei Einheitswerten von 100 000 DM und mehr ansteigt. Dabei muß daran erinnert werden, daß Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr nicht erfaßt sind, unter denen sich viele Haushalte mit gewerblichen Unternehmen mit hohen Einheitswerten befinden dürften.

Je höher das Haushaltsnettoeinkommen war, desto höher war auch der Anteil der Eigentümer oder Beteiligten an gewerblichen Unternehmen mit Einheitswerten von 50 000 bis unter 100 000 DM bzw. von 100 000 DM und mehr. Bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 2 500 DM war die Besetzung dieser Einheitswertgrößenklassen so gering, daß sie keine statistisch gesicherte Aussage zuläßt. Bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen von 5 000 bis unter 25 000 DM entfielen dagegen auf die Einheitswertgrößenklasse 50 000 bis unter 100 000 DM 20,0 % der Haushalte mit Unternehmens-eigentum, auf die Einheitswertgrößenklasse 100 000 DM und mehr 37,4 %.

Die Ermittlung eines durchschnittlichen Einheitswertes ist außerordentlich schwierig, weil das Ergebnis der Rechnung durch den Ansatz für die nach oben offene Einheitswertgrößenklasse von 100 000 DM und mehr entscheidend beeinflußt wird. Nach einer ganz überschläglichen Schätzung dürfte der Durchschnittswert für das hier dargestellte Eigentum bzw. die Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen mit 100 000 bis 150 000 DM anzusetzen sein. Diese Schätzung muß sich aber zwangsläufig auf die Haushalte mit Angabe der Größenklasse beschränken. Ob die Verteilung der Einheitswerte bei den Haushalten ohne Angabe gleich oder auch nur ähnlich ist, bleibt offen.

Dipl.-Volkswirt Manfred Euler

Zur Entwicklung der Verdienste in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Vorbemerkung

Über Niveau und Entwicklung der Verdienste von Beschäftigten in der Privatwirtschaft und bei öffentlichen Arbeitgebern wird häufig berichtet, insbesondere in Zusammenhang mit den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes. Nachdem das Statistische Bundesamt in seinem Pressedienst „Zahlen, Fakten, Trends“ vom April dieses Jahres Ergebnisse aus einigen seit Jahren durchgeführten Indexberechnungen dargestellt hat, die einen Rückstand in der Entwicklung der Verdienste im öffentlichen Dienst zeigen, sind zahlreiche Anfragen hierzu an das Amt gerichtet worden. Mit diesem Beitrag sollen die wichtigsten Fragen beantwortet werden, vor allem nach den für den Zeitvergleich im allgemeinen verwendeten Kennzahlen, ihrer Berechnung und Aussagefähigkeit. Außerdem werden nunmehr Ergebnisse in längerfristiger Übersicht dargestellt.

Die Ausführungen beschränken sich auf die Verdienstentwicklung, also auf den Zeitvergleich. Nicht eingegangen werden soll auf den Vergleich von absoluten Verdiensten für denselben Zeitraum (Niveauvergleich). Hierfür liegen keine genügend detaillierten statistischen Angaben vor. Außerdem dürfte die Anzahl wirklich vergleichbarer Tätigkeiten, wie etwa im Schreib- und Botendienst, der Schriftgutverwaltung oder Lohnabrechnung, für einen aussagekräftigen Gesamtvergleich zu gering sein.

Bei Verdienstvergleichen stellt sich die grundsätzliche Frage, ob von Brutto- oder Nettowerten (Bruttowerte abzüglich der Lohnsteuer und des Beitraganteils des Arbeitnehmers zur gesetzlichen Sozialversicherung) ausgegangen werden soll. Die folgenden Ergebnisse basieren ausnahmslos auf Bruttowerten (Effektivverdienste bzw. Lohn-/Gehaltstarifangaben), die für den Einkommensvergleich nach wie vor überwiegend gebräuchlich und auch statistisch einfacher zu erheben sind. Was den einbezogenen Personenkreis betrifft, so schließt er grundsätzlich Arbeitnehmer ein, das sind überwiegend Arbeiter und Angestellte, im öffentlichen Dienst zusätzlich Beamte. Bei den Indexberechnungen können Beamte leider nicht berücksichtigt werden, da die für die Aufstellung eines Wägungsschemas notwendigen Angaben nur zum Teil aus der Personalstandstatistik verfügbar sind. Die letzte Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im öffentlichen Dienst, die umfassende Wägungsunterlagen liefern könnte, war für das Jahr 1968 durchgeführt worden.

Da die Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhne in den vergangenen Jahren jedoch etwa im selben Umfang angehoben wurden, sind die für Arbeiter und Angestellte berechneten Indizes auch geeignet, die allgemeine Verdienstentwicklung für den gesamten öffentlichen Dienst darzustellen. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich dabei auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) und umfassen den Zeitraum von 1960 bis 1985.

Welche statistischen Kennzahlen kommen für den Entwicklungsvergleich in Frage?

Der Verdienstvergleich kann mit Hilfe von Durchschnittswertgrößen oder Indizes durchgeführt werden. Durchschnittswerte können dargestellt werden als absolute Werte, ersatzweise auch als Maßzahlen oder Veränderungsraten von absoluten Werten, wie zum Beispiel als durchschnittliche Tariferhöhungsraten aus verschiedenen Tarifverträgen. Bei Durchschnittswertgrößen (zum Beispiel dem Wochenlohn eines männlichen Industriearbeiters) wird der Durchschnittswert außer von der Preiskomponente (hier dem Verdienst je Stunde) im allgemeinen von einer Vielzahl sonstiger Faktoren beeinflusst, im genannten Beispiel von der Anzahl der Arbeitsstunden, der Verteilung der Arbeiter auf die einzelnen Industriezweige mit unterschiedlichem Verdienstniveau, der Zusammensetzung der Arbeiterschaft nach Qualifikation, Geschlecht, Lebensalter u.a.m. Im Gegensatz dazu sind Lohnindizes Maßzahlen, mit denen allein die sogenannte reine „Preis“-Entwicklung des Produktionsfaktors Arbeit nachgewiesen werden soll. Die erwähnten Tariferhöhungsraten haben zwar dasselbe Ziel, sie berücksichtigen aber im Unterschied zum Index nicht den Zeitpunkt der Tarifänderung. Mit der Indexberechnung wird somit der Einfluß, den eine sich im Zeitablauf verändernde Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft nach Wirtschaftszweigen, Geschlecht, Lohn- und Leistungsgruppen¹⁾ usw. auf die Höhe der Durchschnittsverdienste haben kann, weitgehend ausgeschaltet.

Welche statistischen Kennzahlen werden im allgemeinen für den Vergleich der Verdienstentwicklung im öffentlichen Bereich und in der Privatwirtschaft verwendet?

Die am häufigsten verwendeten Kennzahlen sind

- die monatliche Bruttolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Inland (Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) sowie
- die Indizes aus der Lohnstatistik.

Die durchschnittliche Lohn- und Gehaltsumme aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist hinsichtlich des einbezogenen Personenkreises (Arbeiter, Angestellte, Beamte) und der für die Bereichsbildung erfaßten Wirt-

¹⁾ Statistisches Merkmal für die Qualifikation des Arbeitnehmers, bezogen auf die ausgeübte Tätigkeit.

schaftszweige die umfassendste Größe. Die nachgewiesene Bruttolohn- und -gehaltsumme enthält die Löhne und Gehälter vor Abzug der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer, die den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Soldaten einschließlich Wehrpflichtigen, Auszubildenden und ähnlichen Arbeitnehmergruppen aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis — das auch ein Teilzeitverhältnis sein kann — zugeflossen sind²⁾.

Von den in der Lohnstatistik berechneten Verdienst- und Tarifindizes³⁾ liegen für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft Tarifindizes für Stunden- und Wochenlöhne der Arbeiter bzw. Monatsgehälter für Angestellte vor. Die Darstellungen beschränken sich hinsichtlich des öffentlichen Dienstes auf Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Die Nachweisungen für die Privatwirtschaft schließen nicht die Wirtschaftsabteilungen 7 (Dienstleistungen) und 8 (Organisationen ohne Erwerbscharakter) ein. Verdienstindizes gibt es nur für die Bereiche Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. Der öffentliche Dienst gehört nicht zum Erfassungsbereich der Verdienststatistik mit Ausnahme der in den o.a. Bereichen eingeschlossenen Betrieben, wie zum Beispiel von öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen als Teil des Versicherungsgewerbes.

Für den Entwicklungsvergleich öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft sind die Indizes der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste und der tariflichen Monatsgehälter für **A n g e s t e l l t e** am besten geeignet, weil

- dieses Arbeitnehmerverhältnis in beiden Bereichen vorkommt,
- die Angestellten mit 1,7 Mill. Beschäftigten nach den Beamten und Richtern (1,8 Mill.) und vor den Arbeitern (1,1 Mill.) die größte Beschäftigtengruppe im öffentlichen Bereich sind (Beamtenaktivitäten sind viel häufiger Tätigkeiten von Angestellten als von Arbeitern vergleichbar),
- die Tarifindizes für Arbeiter im öffentlichen Dienst von 1970 bis 1972 einen wesentlichen, den Ergebnisvergleich störenden Struktureffekt aufweisen, der durch den Übergang vom Stundenlohn zum Monatslohn hervorgerufen wurde⁴⁾.

Die für den Nachweis der Privatwirtschaft verwendeten Verdienst- und Tarifindizes sind für den Vergleich noch genauer abgegrenzt worden. So werden diejenigen Wirt-

schaftszweige, in denen teilweise nach Gehaltstarifen für den öffentlichen Dienst oder in Anlehnung hieran vergütet wird, zum Beispiel bei Unternehmen der Energieversorgung, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe, nicht berücksichtigt.

Wie werden die Indizes berechnet?

Während die Ermittlung der monatlichen Bruttolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Quotient aus der

$$\frac{\text{jährliche Bruttolohn- und -gehaltsumme}}{\text{jahresdurchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer}} : 12$$

unmittelbar einsichtig ist, sollen zum Verständnis der Indexberechnungen einige Erläuterungen gegeben werden. Wie bereits dargelegt, zeigen die für den Vergleich verwendeten Indizes der Monatsverdienste bzw. Monatsgehälter auf, wie sich der Monatsverdienst bzw. das Gehalt von Angestellten im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft verändert hätte, wenn die Zusammensetzung der Angestelltenschaft gegenüber dem Basiszeitraum unverändert geblieben wäre. Hierfür wird folgende Formel von Laspeyres verwendet:

$$oJ_t = \frac{\sum M_t \cdot Z_o}{\sum M_o \cdot Z_o} \times 100$$

Es bedeuten:

oJ_t = Index für den Berichtszeitraum t bezogen auf den Berichtszeitraum o,

M_t = Tarifliches Monatsgehalt bzw. Monatsverdienst je Angestellten im Berichtszeitraum t,

M_o = Tarifliches Monatsgehalt bzw. Monatsverdienst je Angestellten im Berichtszeitraum o,

Z_o = Anzahl der Angestellten im Berichtszeitraum o.

M_t , M_o und Z_o beziehen sich auf möglichst kleine Beschäftigtengruppen, und zwar bei den Tarifindizes auf die tarifliche Gehaltsgruppe eines Tarifvertrages für einen Wirtschaftszweig in einem Tarifgebiet gegliedert nach dem Geschlecht; bei den Verdienstindizes auf den Durchschnittsverdienst einer Leistungsgruppe eines Wirtschaftszweiges in einem Bundesland gegliedert nach dem Geschlecht.

Um die Berechnung zu vereinfachen, wird folgender, der o. a. Formel entsprechender Ausdruck verwendet:

$$oJ_t = \sum \left(\frac{M_t}{M_o} \times 100 \right) \times \left(\frac{G_o}{\sum G_o} \right)$$

Dabei ist $G_o = M_o \times Z_o$.

Das Indexergebnis erhält man also durch die Multiplikation von — die Tarif- bzw. Verdienstentwicklung darstellenden — Meßziffernreihen für die im Index berücksichtigten kleinsten Angestelltengruppen mit den entsprechenden Wertgewichten (Gehalt/Verdienst \times Anzahl der Arbeitnehmer im Basiszeitraum). Dabei handelt es sich — hier

²⁾ Erläuterungen zur Abgrenzung der Bruttolöhne und -gehälter in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden sich in der Fachserie 18, Reihe 1, Konten und Standardtabellen. Darüber hinaus wird in dieser Zeitschrift ein Beitrag über die Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer in tiefer Wirtschaftsbereichsgliederung nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit weiteren methodischen Hinweisen zur Interpretation der Durchschnittsverdienste erscheinen.

³⁾ Eine Übersicht enthält der Beitrag „Indizes der Lohnstatistik auf Basis 1980“ in WiSta 8/1985, S. 681 ff.

⁴⁾ Durch die in Anlehnung an die Angestelltengehälter von 6 auf 10 Stufen verlängerte Dienstaltersstaffelung sind die Arbeiterlöhne in der höchsten tariflichen Altersstufe, die den Indexberechnungen zugrunde liegt, zusätzlich angehoben worden. Durch die Beschränkung auf die höchste Altersstufe wurde diese zusätzliche Anhebung auch den davon nicht betroffenen Arbeitern zugerechnet, was nur bei Berücksichtigung auch anderer Dienstaltersstufen hätte vermieden werden können. Dadurch sind die Tarifierhöhungen in den Indexergebnissen der Jahre 1970 bis 1972 überzeichnet worden (siehe hierzu auch S. 847).

bezogen auf die Bereiche öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft — um das mit der Beschäftigtenstruktur des Basiszeitraumes gewogene arithmetische Mittel der „reinen“ Verdienst-/Gehaltsveränderungen.

Die Beschäftigtenstruktur bedeutet für den hier durchgeführten Vergleich die für das Basisjahr 1980 festgestellte Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Angestellten nach Wirtschaftszweigen, Tarifgebieten/Bundesländern, Gehaltsgruppen der Tarifverträge bzw. Leistungsgruppen. Diese Merkmale werden bei der Indexberechnung unmittelbar berücksichtigt, gleichzeitig ist aber die weitere darin eingeschlossene Zusammensetzung der Angestelltenschaft, zum Beispiel innerhalb der Gehaltsgruppen nach Lebensaltersstufen und Ortsklassen, dem Vorhandensein etwaiger tariflicher oder außertariflicher Zulagen und anderes mehr damit repräsentiert. Diese Struktur bildet das Wägungsschema für die nachfolgenden Indexberechnungen, womit die die Gehaltshöhe gegebenenfalls beeinflussenden Strukturänderungen das Indexergebnis im wesentlichen nicht beeinträchtigen. Aus der folgenden Darstellung wird u.a. ersichtlich, inwiefern es geringfügige Beeinträchtigungen bei den Verdienstindizes, nicht dagegen bei den Tarifindizes geben kann.

Wie wird die Gehaltstarif- und Verdienstentwicklung gemessen?

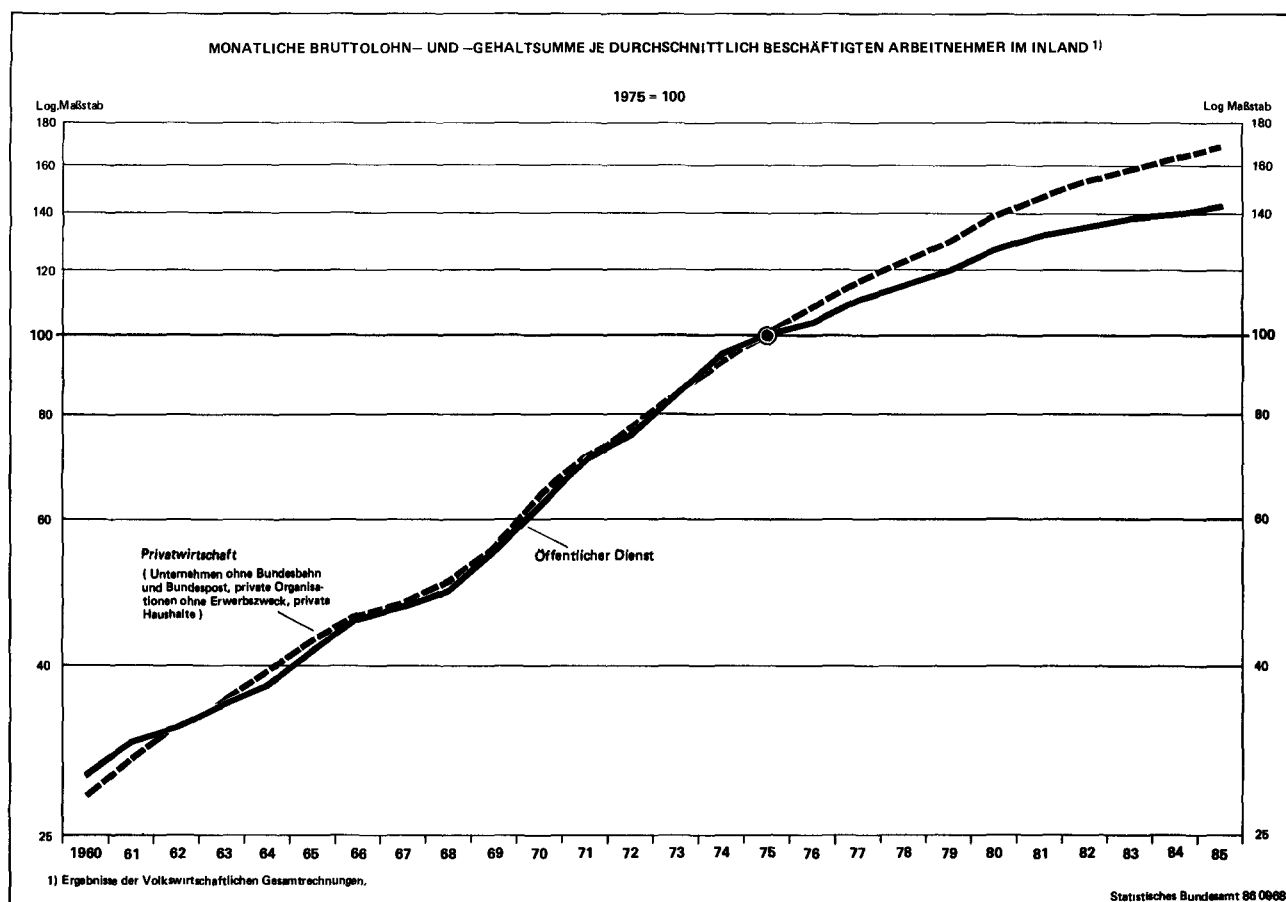
Die Tarifindexberechnungen der Gehälter beruhen auf ausgewählten Gehaltsgruppen der einbezogenen Tarifverträge, wobei die stärker besetzten Gruppen berücksichtigt werden. Sie stehen auch stellvertretend für die nicht ausgewählten Gehaltsgruppen. Die hierauf entfallenden Angestellten sind innerhalb derselben Leistungsgruppe den Beschäftigtenzahlen der ausgewählten Tarifgruppen zugeschlagen worden. Als Maß für die Gehaltsentwicklung — Gehaltsmeßziffern in der Indexformel — werden die tariflichen Endgehälter (im öffentlichen Dienst Grundvergütung einschließlich Ortszuschlag der Stufe 2) in der höchsten tariflichen Ortsklasse verwendet. Einbezogen werden außerdem die regelmäßig gezahlten Zulagen, wie zum Beispiel die sogenannte Harmonisierungszulage im öffentlichen Dienst, und die vermögenswirksamen Leistungen, wenn sie monatlich ausgezahlt werden. Nicht berücksichtigt werden nur einzelnen Angestellten gewährte Zulagen und Zuschläge, zum Beispiel für Überstunden, einmalige oder in größeren Abständen erfolgende Zahlungen wie Urlaubsgeld oder Jubiläumszuwendungen sowie sogenannte Tarifpauschalen, mit denen bei längerer Verhandlungsdauer der Zeitraum bis zum Neuabschluß des Tarifvertrages überbrückt wird. Es ist wegen des Berechnungsaufwandes nicht möglich, aber auch nicht notwendig, alle Gehaltsgruppen und Gehaltsstufen einzubeziehen, denn die Tarifierhöhungssätze werden im allgemeinen gleichzeitig auf alle Gehaltsgruppen und Gehaltsstufen angewendet. Bei der Indexberechnung für das Jahr 1970 war das Rechenverfahren versuchsweise auf sämtliche Gehaltsgruppen ausgedehnt worden, um sicherzustellen, daß eine stärkere Anhebung der unteren Gehaltsgruppen vollständig repräsentiert werde. Die damit gesammelten Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß die Verdienst-

wicklung über alle Leistungsgruppen hinweg bei Arbeitern und bei Angestellten wie aber auch nach dem Geschlecht ziemlich gleichmäßig verlief. Daß sich die in vielen Tarifverträgen in den vergangenen Jahren tatsächlich vorgenommenen stärkeren Anhebungen der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nicht deutlicher in dem Indexergebnis niedergeschlagen haben, liegt vermutlich daran, daß diese Anhebungen häufig in Form von einmaligen Zulagen oder Pauschalzahlungen erfolgt sind, die bei der Indexberechnung — wie oben erwähnt — nicht berücksichtigt werden.

Die Indexberechnungen für Monatsverdienste der Angestellten gehen hinsichtlich der Preiskomponente von den durchschnittlichen Monatsverdiensten für jede — nach dem Geschlecht untergliederte — Leistungsgruppe der in jedem Bundesland in die laufende Verdiensterhebung einbezogenen Wirtschaftszweige aus. Anders als bei den Tarifindizes werden damit auf der untersten Gruppe der Arbeitnehmerkategorien nur Leistungsgruppen unterschieden, so daß bei der Indexberechnung nur deren Besetzungszahlen und nicht diejenigen der einzelnen Lohn- und Gehaltsgruppen als Mengenkomponekte konstant gehalten werden. Da in jede Leistungsgruppe eine oder — was sehr häufig vorkommt — mehrere Gehaltsgruppen zusammengefaßt sind und im Zeitablauf Verschiebungen in der Besetzung der Gehaltsgruppen, die die durchschnittliche Verdiensthöhe beeinflussen, nicht auszuschließen sind, bringen die Verdienstmeßziffern die Verdienstentwicklung nicht mit derselben Genauigkeit zum Ausdruck, als wenn die Verdienste tiefer untergliedert (zum Beispiel nach „Gehalts“-Gruppen) erfaßt würden. Ein solches Vorgehen würde jedoch die auskunftspflichtigen Betriebe in einem Umfang belasten, der unzumutbar wäre. Mit der Berücksichtigung der Leistungsgruppe schließen die deutschen Verdienstindizes ohnehin bereits ein Element ein, das von den meisten im Ausland mit Indexberechnungen befaßten Statistischen Ämtern nicht berücksichtigt wird.

Was die Abgrenzung des Verdienstbegriffes, das heißt also das inhaltliche Maß für die Verdienstentwicklung betrifft, so werden wie bei den Tarifindizes diejenigen Beträge ermittelt, die dem Angestellten laufend vom Arbeitgeber gezahlt werden, das ist normalerweise das tarifliche oder frei vereinbarte Gehalt einschließlich tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge. Nicht zum Bruttoverdienst rechnen alle Beträge, die nicht der Arbeitstätigkeit in der Erhebungszeit zuzuschreiben sind (zum Beispiel Nachzahlungen) sowie Spensersatz, Trennungsschädigung, Auslösungen usw. Auch alle einmaligen Zahlungen wie Gratifikationen, Jahresabschlußprämien, 13. Monatsgehalt, Gewinnanteile, Gewinnbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld und nicht regelmäßige vermögenswirksame Leistungen werden nicht einbezogen, es sei denn, sie werden in monatlichen Teilbeträgen laufend bezahlt. Die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellte Bruttolohn- und -gehaltssumme, deren Abgrenzung weitgehend den lohnsteuer- und sozialversicherungsrechtlichen Definitionen folgt ist hingegen umfassender als der für die Indexberechnungen verwendete Verdienstbegriff.

Schaubild 1



Wie sehen die Ergebnisse der Entwicklungsvergleiche aus?

Bevor auf die Entwicklung der beschriebenen statistischen Kennzahlen eingegangen wird, sollen einige Bemerkungen zur Wahl des Basiszeitraumes vorangestellt werden. Bei der Darstellung von Zeitreihen, die wie die oben erwähnten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf absoluten Werten beruhen, hängt die Wahl des Basiszeitraumes in der Regel von der Betrachtungsweise ab. Bei kurzfristigen Vergleichen berechnet man jährliche Veränderungsdaten mit wechselnder Bezugsbasis; bei mittelfristigen Vergleichen über fünf bis etwa zehn Jahre oder in darüber hinausgehenden langfristigen Vergleichen entscheidet über das Basisjahr häufig der zu betrachtende Zeitraum. Auch hierbei sollte aber darauf geachtet werden, daß das Bezugsjahr einen für die dargestellte Zeitreihe normalen Entwicklungsverlauf aufweist, damit die Gesamtentwicklung nicht durch die Wahl des Basiszeitraumes unter- oder überzeichnet wird (wobei dieser Einwand jedoch mit zunehmendem Abstand zum Basisjahr an Bedeutung verliert). Dieselbe Überlegung liegt im Grundsatz auch bei der Entscheidung für das Basisjahr bei der Neuberechnung von Indizes vor. Nur stellt sich hier die Frage ganz allgemein, da die Indizes aus der amtlichen Statistik alle einheitlich auf das ausgewählte Basisjahr umgestellt werden.

Indizes, die nach einem konstanten Wägungsschema berechnet werden, müssen, damit sie nicht unrealistisch werden, von Zeit zu Zeit überprüft und gegebenenfalls auf

neuere Grundlagen gestellt werden. Hierfür haben die Kommission der Europäischen Gemeinschaften und andere internationale Organisationen vorgeschlagen, die Indizes alle fünf Jahre auf ein neues Basisjahr umzustellen, und zwar jeweils auf das Jahr, dessen Jahreszahl durch fünf teilbar ist. Das Statistische Bundesamt hatte sich dafür ausgesprochen, diesen internationalen Empfehlungen im Grundsatz zu entsprechen, jedoch jeweils zu prüfen, ob das empfohlene Jahr wirklich als neues Basisjahr für die deutschen Indizes geeignet ist. In bezug auf 1975 war diese Frage verneint worden und deshalb das nächste Jahr 1976 gewählt worden. Bei der darauffolgenden Indexreform für 1980 hatte sich hingegen kein Grund für eine Abweichung von den internationalen Empfehlungen ergeben; 1980 wurde auch von der deutschen amtlichen Statistik als neues Basisjahr gewählt.

Die hier betrachteten Indizes aus der Lohnstatistik sind ebenfalls für das Jahr 1980 neu berechnet worden. Ein neues Wägungsschema wurde erstellt, für das vor allem die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1978 die Grundlage boten. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse werden jedoch aus Gründen einer seit Jahren geübten Praxis auf das Jahr 1975 bezogen. Ursache hierfür ist ein Beitrag in dieser Zeitschrift im Jahr 1982 gewesen⁵⁾, in dem erstmalig Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für den Vergleich von öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft veröffentlicht wurden. Diesen

⁵⁾ Siehe „Öffentlicher Dienst am 30. Juni 1981“ in WiSta 8/1982, S. 589 ff.

Tabelle 1: Monatliche Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Inland¹⁾

Jahr	Privatwirtschaft ²⁾			Öffentlicher Dienst ³⁾		
	DM	1975 = 100	Zunahme ⁴⁾ in %	DM	1975 = 100	Zunahme ⁴⁾ in %
1960	490	27,9		642	29,6	
1961	541	30,8	10,4	699	32,3	8,9
1962	596	33,9	10,2	728	33,6	4,1
1963	631	35,9	5,9	778	35,9	6,9
1964	693	39,4	9,8	820	37,9	5,4
1965	754	42,9	8,8	904	41,7	10,2
1966	807	45,9	7,0	979	45,2	8,3
1967	831	47,3	3,0	1018	47,0	4,0
1968	886	50,4	6,6	1064	49,1	4,5
1969	964	54,9	8,8	1183	54,6	11,2
1970	1116	63,5	15,8	1338	61,8	13,1
1971	1231	70,0	10,3	1534	70,8	14,6
1972	1350	76,8	9,7	1640	75,7	6,9
1973	1497	85,2	10,9	1837	84,6	12,0
1974	1652	94,0	10,4	2054	94,8	11,8
1975	1757	100	6,4	2166	100	5,4
1976	1900	108,1	8,1	2240	103,4	3,4
1977	2035	115,8	7,1	2375	109,6	6,0
1978	2150	122,4	5,7	2478	114,4	4,3
1979	2280	129,8	6,0	2585	119,3	4,3
1980	2437	138,7	6,9	2744	126,7	6,2
1981	2559	145,6	5,0	2856	131,9	4,1
1982	2677	152,4	4,6	2920	134,8	2,2
1983	2770	157,7	3,5	2986	137,9	2,3
1984 ⁵⁾	2867	163,2	3,5	3024	139,6	1,3
1985 ⁵⁾	2954	168,1	3,0	3094	142,8	2,3

¹⁾ Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ²⁾ Gesamtwirtschaft ohne öffentlichen Dienst (= Unternehmen ohne Bundesbahn und Bundespost, private Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte). — ³⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ Gegenüber dem Vorjahr. — ⁵⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Zahlen sind die Indexergebnisse der Lohnstatistik gegenübergestellt worden, um u.a. auf die unterschiedliche Aussage der beiden statistischen Kennzahlen hinzuweisen sowie um die Ursachen der teilweise verschiedenen Entwicklung der Ergebnisse — auch in den Folgejahren — zu untersuchen. Die Darstellung auf Basis 1975 ist deshalb neben der Darstellung auf Basis 1980 bis heute fortgeführt worden.

Wird die Entwicklung der Durchschnittswerte aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrachtet, so sind nach den Ergebnissen in Tabelle 1 und Schaubild 1 von 1960 bis 1967 die Verdienste in der Privatwirtschaft⁶⁾ etwas stärker angestiegen als im öffentlichen Dienst (+ 70 bzw. + 59 %). Daran anschließend hat bis 1975 eine etwa gleichartige Entwicklung stattgefunden (+ 113 bzw. + 111 %). Von 1976 an sind in der Privatwirtschaft wiederum höhere Verdienstzunahmen als im öffentlichen Dienst festgestellt worden (+ 68 % gegenüber + 43 %). Bei der Beurteilung dieser Unterschiede in den Verdienstzunahmen ist zu beachten, daß bei dem Vergleich der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme die Veränderung der Beschäftigtenzahl ausgeschaltet wird, nicht hingegen die Veränderung der Beschäftigtenstruktur, zum Beispiel hinsichtlich der Qualifikation, des Alters, des Anteils von Voll- und Teilzeitbeschäftigten und der Verteilung der Beschäftigten auf Wirtschaftszweige.

⁶⁾ Die hier mit Privatwirtschaft bezeichneten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die Differenz zwischen den Ergebnissen für die Gesamtwirtschaft und dem öffentlichen Dienst. Sie schließen über den Unternehmenssektor (ohne Bundesbahn und Bundespost) hinaus auch Ergebnisse für private Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte ein.

Bei einer Betrachtung der Indexentwicklung (siehe Tabelle 2 und Schaubild 2) ergibt sich für den Zeitraum von 1960 bis 1967 ebenfalls ein stärkeres Ansteigen der Verdienste in der Privatwirtschaft (+ 62 % bei den Verdiensten bzw. + 51 % bei den Tarifgehältern) gegenüber dem öffentlichen Dienst (+ 43 %⁷⁾. Der „Gehaltsvorsprung“ ist bei Verwendung der Verdienstindizes aber beträchtlich größer als bei Betrachtung der Durchschnittswerte. Zwischen 1968 und 1975 ist im Gegensatz zur Darstellung der entsprechenden Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Indexanstieg in der Privatwirtschaft (+ 99 bzw. + 97 %) höher als im öffentlichen Dienst (+ 83 %). Von 1975 an sind die Indexentwicklung und die Entwicklung der Durchschnittswerte sehr ähnlich verlaufen, denn die mit den Verdienstindizes gemessene Verdienstzunahme in der Privatwirtschaft (+ 67 %) übersteigt diejenige des öffentlichen Dienstes (+ 45 %) in einer ähnlichen Größenordnung (22 gegenüber 25 Prozentpunkten).

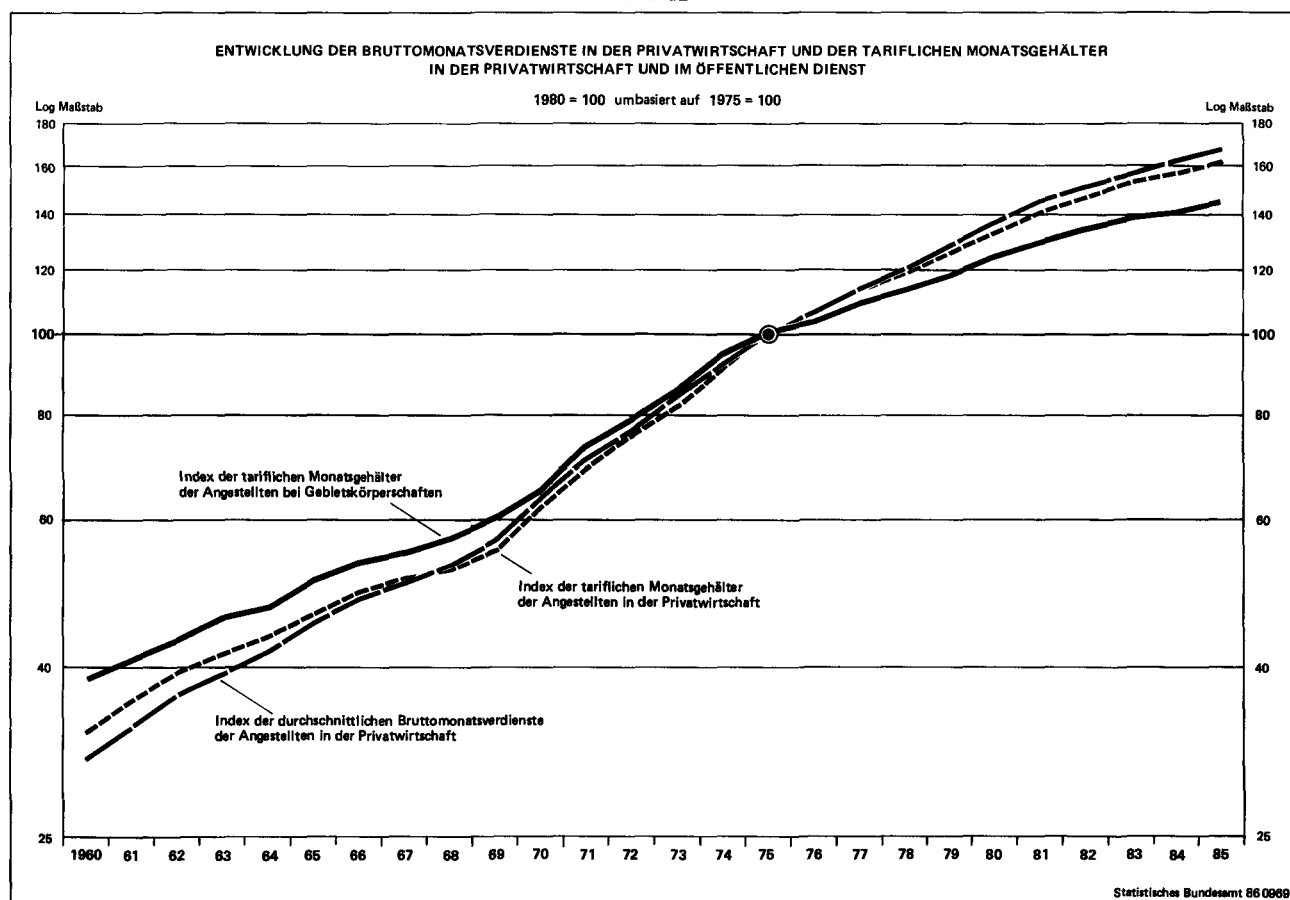
Versucht man, die Unterschiede in der Entwicklung der beiden „Verdienst“-Reihen zu analysieren, und zwar mit Hilfe einiger Strukturdaten, wie zum Beispiel den Lei-

⁷⁾ Im folgenden werden für die Privatwirtschaft berechnete Verdienst- und Tarifindizes den Tarifindizes für den öffentlichen Dienst gegenübergestellt. Formal erscheint nur der Vergleich der jeweiligen Tarifindizes gerechtfertigt. Da es aber im öffentlichen Dienst keine übertarifliche und außertarifliche Bezahlung gibt, das heißt Tarifverdienste und Effektivverdienste identisch sind, ist ein Vergleich zwischen dem Verdienstindex für die Privatwirtschaft und dem Tarifindex für den öffentlichen Dienst hier ebenso möglich, nach den dargelegten Gegebenheiten unseres Erachtens sogar richtiger.

Tabelle 2: Entwicklung der Bruttomonatsverdienste und der tariflichen Monatsgehälter in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Jahr	Privatwirtschaft				Öffentlicher Dienst	
	Index der					
	durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste in der Industrie (ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- u. Wasserversorgung) einschl. Hoch- und Tiefbau, Handel		tariflichen Monatsgehälter im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe, Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- u. Wasserversorgung) einschl. Hoch- und Tiefbau, Handel		bei Gebietskörperschaften	
	Index 1980 = 100, umbasiert auf 1975 = 100	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	Index 1980 = 100, umbasiert auf 1975 = 100	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	Index 1980 = 100, umbasiert auf 1975 = 100	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1960	31,0	—	33,7	—	38,3	—
1961	33,8	9,0	36,4	8,0	40,8	6,5
1962	36,8	8,9	39,3	8,0	42,9	5,1
1963	39,1	6,3	41,5	5,6	45,8	6,8
1964	41,7	6,6	43,6	5,1	47,2	3,1
1965	45,2	8,4	46,3	6,2	50,6	7,2
1966	48,5	7,3	49,3	6,5	53,2	5,1
1967	50,3	3,7	50,8	3,0	54,7	2,8
1968	52,7	4,8	52,4	3,1	56,7	3,7
1969	56,9	8,0	55,5	5,9	60,0	5,8
1970	63,4	11,4	61,8	11,4	64,8	8,0
1971	70,6	11,4	68,7	11,2	73,0	12,7
1972	76,2	7,9	75,1	9,3	78,7	7,8
1973	84,0	10,2	82,4	9,7	85,3	8,4
1974	92,5	10,1	91,8	11,4	94,5	10,8
1975	100	8,1	100	8,9	100	5,8
1976	106,4	6,4	105,8	5,8	103,5	3,5
1977	113,8	7,0	113,3	7,1	108,7	5,0
1978	120,5	5,9	119,2	5,2	113,5	4,4
1979	128,0	6,2	125,3	5,1	118,1	4,1
1980	137,1	7,1	132,9	6,1	124,6	5,5
1981	144,1	5,1	140,2	5,5	129,1	3,6
1982	151,0	4,8	146,5	4,5	134,1	3,9
1983	155,9	3,2	151,6	3,5	138,8	3,5
1984	161,1	3,3	156,0	2,9	140,3	1,1
1985	167,2	3,8	160,7	3,0	144,8	3,2

Schaubild 2



stungsgruppen aus der Verdienstatistik bzw. der Verteilung der Beamten und Angestellten bei den Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen, ergibt sich folgendes:

Der generell höhere Anstieg der Durchschnittswerte aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen deutet auf eine im Zeitablauf zunehmende Ausübung qualifizierterer oder höher bewerteter Tätigkeiten hin, die zu höheren Durchschnittsverdiensten geführt haben als bei der Indexberechnung. So hat zum Beispiel zwischen 1960 und 1966 der Anteil der mit der Verdiensterhebung in Industrie und Handel erfaßten Angestellten in den beiden Leistungsgruppen II und III, das sind diejenigen mit der höchsten Qualifikation, von 47,8 auf 53,4 % zugenommen. Nach Ergebnissen der Personalstandstatistik hat im gleichen Zeitraum der Anteil der Angehörigen des gehobenen und höheren Dienstes bei den Beamten von 43 auf 46 % und bei den Angestellten von 19 auf 20 % zugenommen. In den Jahren 1974 und 1983 beliefen sich die erwähnten Anteilzahlen bei den Angestellten der Privatwirtschaft auf 66 und 69 % und die Beschäftigtenanteile in den oben erwähnten Laufbahngruppen bei den Beamten auf 51 und 55 % sowie bei den Angestellten auf 24 und 27 %.

Neben diesen Strukturverbesserungen haben auch innerhalb der Leistungs- sowie Laufbahngruppen Verschiebungen in Richtung auf höher bezahlte Gehaltsgruppen bzw. Besoldungsstufen stattgefunden, die zusätzlich die durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Durchschnittsverdienste erhöht haben. Das haben

sowohl Untersuchungen über die Zusammensetzung der Leistungsgruppen nach Gehaltsgruppen in den Tarifgebieten der Metallindustrie und der Chemischen Industrie nach Ergebnissen der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebungen von 1966 und 1978 wie auch die durch die Personalstandsstatistik festgestellten Einstufungen in den Laufbahngruppen bestätigt. Aus Untersuchungen der Treuarbeit⁸⁾ zur Frage eines Besoldungsrückstandes in den Jahren 1971 und 1972 sowie den Ergebnissen der Personalstandstatistik läßt sich im einzelnen entnehmen, daß dieser Struktureffekt im Zeitraum von 1960 bis 1967 im öffentlichen Dienst sehr gering gewesen ist, im Zeitraum von 1968 bis 1975 von erheblicher Bedeutung war und in den darauffolgenden Jahren aufgrund der Haushaltssparmaßnahmen keine größere Bedeutung mehr hatte.

Wie die einzelnen Strukturveränderungen zusammenwirken, läßt sich allein mit den vorhandenen statistischen Ergebnissen nicht weiter analysieren. Deshalb kann hinsichtlich der vergleichweisen Darstellung der Entwicklung der beiden „Verdienst“-Reihen der Einfluß der erwähnten Strukturmaßnahmen nur grob abgeschätzt werden. Die besonders starke Zunahme der Anteile der Leistungsgruppen II und III von 1967 bis 1974 hat zusammen mit den Umschichtungen in der Besetzung der darin eingeschlossenen Gehaltsgruppen nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu einem

⁸⁾ Deutsche Revisions- und Treuhand-AG (Treuarbeit): Gutachten zur Frage eines Besoldungsrückstandes im Auftrag des Bundesinnenministeriums, veröffentlicht als Bundestagsdrucksache VI/3504.

besonders starken Anstieg der Durchschnittsverdienste in der Privatwirtschaft geführt. Demgegenüber hat im selben Zeitraum der Anteil der Laufbahngruppen des gehobenen und höheren Dienstes im öffentlichen Dienst ebenfalls zugenommen, aber in geringerem Umfang. Gleichzeitig ist durch Verbesserungen der Planstellenstruktur u.a. als Ergebnis der beiden Besoldungsneuregelungsgesetze von 1967 und 1969 ein im Vergleich zu den Vorjahren stärkeres Aufrücken in höhere Besoldungsstufen möglich gewesen⁹⁾, so daß die durchschnittliche Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten im öffentlichen Dienst fast ebenso stark gestiegen ist wie diejenige in der Privatwirtschaft. Die Indizes, die diese Strukturveränderungen ausschließen und nur „reine“ Verdienst- bzw. Tarifänderungen nachweisen, haben demgegenüber einen „Gehaltsvorsprung“ der Privatwirtschaft erkennen lassen. Nach 1975 hat zwar weiterhin die Tendenz zu höherwertigen Tätigkeiten fortbestanden, jedoch in geringerem Umfang und in einem ähnlichen Entwicklungstempo von Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst. Umschichtungen innerhalb der Leistungsgruppen und Besoldungsgruppen haben ebenfalls weiter stattgefunden, durch die Haushaltsstrukturgesetze von Bund und Ländern sind die Auswirkungen in Richtung auf eine verbesserte Besoldungsstruktur innerhalb der Laufbahngruppen nach den Ergebnissen der Personalstandstatistik jedoch sehr gering geblieben. Diese Entwicklungstendenzen haben seit 1975 wesentlich dazu beigetragen, daß die Entwicklung der beiden „Verdienst“-Reihen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Lohnstatistik sehr ähnlich verlief.

Der nach den hier genannten Ergebnissen nachgewiesene Verlauf der Verdienstentwicklung steht für den Zeitraum von 1968 bis 1975 im Widerspruch zu einer Veröffentlichung des Instituts der deutschen Wirtschaft¹⁰⁾, die einen Entwicklungsvorsprung des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft darstellt. Grundlage hierfür sind allerdings Ergebnisse für Arbeiter, und zwar die Indizes der tariflichen Stundenlöhne. In diesen Reihen drückt sich einmal zusätzlich der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung aus (wenn man ihn ausschalten will, müssen Indizes der Wochenlöhne oder der Monatsgehälter verwendet werden), die im öffentlichen Dienst in dieser Zeit nachvollzogen wurde, nachdem sie in der Privatwirtschaft in früheren Jahren bereits weitgehend realisiert worden war. Zum anderen ist, wie bereits erwähnt, der Indexverlauf für die Arbeiter im öffentlichen Dienst durch einen Struktureffekt beeinflusst, der bewirkte, daß am 1. Oktober 1982 die Endlöhne zusätzlich zu den normalen Tarifsteigerungen im Durchschnitt um knapp 20% höher lagen als 1970 (siehe Fußnote 4). Diese Strukturmaßnahme wurde bei der Berechnung der Indizes mitvollzogen, und zwar in vollem Ausmaß auch für diejenigen Arbeiter, die nach ihrer Beschäftigungszeit noch nicht der höchsten Altersstufe an-

gehörten. Sie hat bewirkt, daß die Zunahme der Arbeiterlöhne in dem betrachteten Zeitraum viel zu hoch ausgewiesen wird, was bedeutet, daß sich die Darstellung von Indizes der tariflichen Stundenlöhne für den Vergleich von öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft nicht eignet.

Gibt es einen Rückstand in der Entwicklung der Verdienste im öffentlichen Dienst?

Auf die Verdienstentwicklung bei Angestellten bezogen haben die für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft betrachteten Zeitreihen (siehe Schaubilder 1 und 2) seit dem Jahr 1975 ein Ergebnis erbracht, eine deutlich ungleiche Entwicklung. Wie dargelegt, betrifft das nur die durchschnittliche allgemeine Gehaltsentwicklung, wie sie in den für den Vergleich verwendeten Kennzahlen Ausdruck findet. Auf die einzelne Person bezogen, kann sich die Vergütung im öffentlichen Dienst wie in der Privatwirtschaft auch bei vergleichbaren Tätigkeiten von der dargestellten Entwicklung erheblich unterscheiden. Ursache hierfür können unterschiedliche tarifvertragliche Regelungen sein, zum Beispiel hinsichtlich der Eingruppierung, der Berücksichtigung des Familienstandes, des Lebensalters, der Dauer der Betriebszugehörigkeit u. a. mehr. Darüber hinaus können sich aber auch Unterschiede in der Arbeitsleistung in der Privatwirtschaft in Form von persönlichen Gehaltszulagen, in übertariflicher oder sogar außertariflicher Bezahlung niederschlagen. Andererseits könnten im öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft die Fälle von Beförderungen und Höhergruppierungen den größeren Effekt haben.

Wenn in den Vorbemerkungen ein Niveauvergleich zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft in genereller Form als noch nicht durchführbar bzw. als nicht ausreichend aussagekräftig bezeichnet wurde, so sind mit dieser Aussage in gewisser Weise auch die Ergebnisse des Entwicklungsvergleichs eingeschränkt. Die Berechnung von Indizes erscheint dennoch vertretbar, weil sie sich auf die Darstellung der Preisentwicklung des Produktionsfaktors Arbeit in den beiden großen Bereichen beschränkt, die als Arbeitgeber in einer Volkswirtschaft in Frage kommen.

Die seit 1975 recht unterschiedliche Verdienstentwicklung im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft wird von den Arbeitgebern und Gewerkschaften naturgemäß verschieden bewertet. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, dürfte das die Gewinnung von qualifiziertem Personal für den öffentlichen Dienst erschweren und auch die Qualität der zu erbringenden Dienstleistungen in der öffentlichen Verwaltung und im Bildungswesen ungünstig beeinflussen, insbesondere dann, wenn einmal der Gesichtspunkt der größeren Sicherheit des Arbeitsplatzes in den Hintergrund treten sollte.

Dipl.-Volkswirt Lothar Hake

⁹⁾ So hat nach den Feststellungen der Personalstandstatistik z. B. zwischen Oktober 1968 und Juni 1974 im gesamten Bundesgebiet der Anteil der Beamten in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 im gehobenen Dienst von 16,4 auf 52,9% zugenommen, eine Entwicklung, die vor allem durch eine Höherbewertung von Dienstposten im Bildungsbereich verursacht wurde.

¹⁰⁾ IW-Trends Nr. 1/1986: Lohn- und Einkommensvergleich zwischen öffentlichem Dienst und Wirtschaft.

Preise im September 1986

Nachdem sich die Preisindizes für die hier betrachteten Wirtschaftsstufen (Inlandsabsatz gewerblicher Erzeugnisse, Verkäufe des Großhandels und des Einzelhandels, Privater Verbrauch) im Vormonat noch durchweg ermäßigt hatten, sind sie von August bis September 1986 unverändert geblieben (Erzeuger- und Einzelhandelspreise) oder haben sich sogar in die entgegengesetzte Richtung bewegt (Großhandelsverkaufs- und Lebenshaltungspreise). Für diese Entwicklung gaben die Preise der Mineralölherzeugnisse den Ausschlag, die sich in den Vormonaten noch dämpfend bzw. neutral verhalten hatten, im September aber spürbar anstiegen. Trotz der Aufschläge gegenüber dem Vormonat lagen die Mineralölpreise jedoch weiterhin wesentlich niedriger als ein Jahr zuvor. Sie haben somit einen entscheidenden Anteil daran, daß — wie aus der folgenden Übersicht erkennbar — auf den genannten Wirtschaftsstufen die Käufer im Jahresvergleich wieder zum Teil ganz erhebliche Kaufkraftgewinne erzielen konnten.

	Veränderungen		
	August 1986	September 1986 gegenüber August 1986 %	September 1986 gegenüber September 1985
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte			
ohne Mineralölherzeugnisse	-0,2	-	- 3,8
Mineralölherzeugnisse	-0,2	-0,1	- 1,1
Mineralölherzeugnisse	+1,6	+2,7	-41,5
Großhandelsverkaufspreise			
ohne Mineralölherzeugnisse	-0,2	+0,6	- 8,1
Mineralölherzeugnisse	-0,7	+0,1	- 2,3
Mineralölherzeugnisse	+6,4	+3,9	-42,3
Einzelhandelspreise			
ohne Heizöl und Kraftstoff	-0,3	-	- 0,3
ohne Heizöl und Kraftstoff	-0,3	-	+ 1,3
Heizöl und Kraftstoffe	+3,1	+1,6	-44,3
Lebenshaltung			
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-0,2	+0,2	- 0,4
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-0,2	-	+ 1,3
Heizöl und Kraftstoffe	-0,8	+2,8	-44,3

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) verharrte von August bis September 1986 bei einem unveränderten Indexstand von 117,5 (1980 = 100), nachdem er in den vorangegangenen neun Monaten kontinuierlich gefallen war (zuletzt im Juli und August 1986 mit Monatsraten von -0,7 bzw. -0,2%). Da er vor Jahresfrist zugenommen hatte, hat sich jedoch sein Abstand zum Vorjahresergebnis vergrößert, und zwar auf -3,8% nach jeweils -3,6% in den beiden Vormonaten (sog. „Basiseffekt“).

Die im Monatsvergleich erreichte Indexstabilität ist das Ergebnis gegenläufiger Bewegungen. Während die Erzeugerpreise für Elektrischen Strom, Gas, Fernwärme und Wasser im Durchschnitt um 0,5% nachgaben, haben sich die für die Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes

sowie des Bergbaus um 0,1 bzw. 0,2% erhöht. Bei den reinen Fertigerzeugnissen erreichte die Aufwärtsbewegung gegenüber dem Vormonat im Durchschnitt +0,4%, wobei sie bei den verwendungsreifen Investitionsgütern mit +0,2% kleiner, bei den verwendungsreifen Verbrauchsgütern (ohne Nahrungs- und Genußmittel) — wegen der hier zugerechneten Mineralölherzeugnisse (+2,7%) — mit +0,6% größer ausfiel.

Der genannte Monatsauschlag von +2,7% für Mineralölherzeugnisse übertrifft mit Abstand die nächstfolgenden Zuwachsraten der Gruppenindizes auf der Zweistellerstufe des Industriewarenverzeichnis, das sind — von gewichtsmäßig unbedeutenden Warengruppen wie Booten und Jachten (+0,7%) abgesehen — die Straßenfahrzeuge mit +0,6% sowie Holzwaren und Bekleidung mit jeweils +0,2%. Er ist auch der Grund dafür, daß sich ihr übergeordneter Warenbereichsindex, der für die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, mit +0,3% stärker erhöht hat als die drei anderen Warenbereichsindizes:

Erzeugnisse des	Veränderungen September 1986 gegenüber August 1986 %
Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+0,2
Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	-0,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	-

Beim Index der Großhandelsverkaufspreise hat sich im September 1986 mit einem Monatszuwachs von 0,6% nach längerer Abwärtsbewegung (letzte Werte: Juni, Juli und August 1986 — 0,9, -2,1, -0,2%) ein Richtungswechsel ergeben. Wie die Indexberechnung ohne Mineralölherzeugnisse mit einer Zunahme von nur 0,1% (Vormonat — 0,7%) erkennen läßt, hat diese im Preis mit +3,9% weiter gestiegene Erzeugnisgruppe (Vormonat +6,4%) daran einen maßgeblichen Anteil. Während aber im Vormonat die starken Verbilligungen bei Saisonwaren (-4,5%) einen Anstieg des Gesamtindex noch verhinderten, reichten diesmal die inzwischen auf 2,1% zurückgefallenen Preisermäßigungen bei Saisonwaren dafür nicht mehr aus (saisonwarenbereinigte Indexveränderung ebenfalls +0,6%). Im September 1986 unterschritt der Großhandelsverkaufspreisindex zum zwölften Mal hintereinander seinen Vorjahresstand, und zwar mit -8,1% um einen Wert, der auch im Vergleich zu den Vormonaten (Juni, Juli, August 1986: -7,9, -8,7, -8,3%) noch recht günstig liegt.

In Übereinstimmung mit der Gesamtentwicklung vollführten im Monatsvergleich auch die Indizes der beiden Hauptwirtschaftszweige des Großhandels aufwärtsgerichtete Bewegungen, allerdings unterschiedlichen Ausmaßes: Beim Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren setzten sich die beiden Zweige mit stärkerem Preisaufrtrieb — der Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralölherzeugnissen (+3,3%) sowie der Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren (+1,0%) —

schon wegen ihres hohen Anteils am Indexgewicht (15,1 bzw. 10,8 %) gegenüber den vier Zweigen mit rückläufigen Preisbewegungen durch, so daß der betreffende Index mit + 0,8 % überdurchschnittlich anzog. Dagegen legte der Index für den Großhandel mit Fertigwaren mit + 0,2 % nur unterdurchschnittlich zu, obwohl fünf seiner sieben Großhandelszweige ansteigende Indexverläufe aufwiesen. Diese und andere Vormonatsveränderungen

enthält die folgende Indexdarstellung nach Wirtschaftszweigen:

Veränderungen
September 1986
gegenüber
August 1986
%

Großhandel mit:		
Rohstoffen und Halbwaren		+0,8
Festen Brennstoffen, Mineralölzerzeugnissen		+3,3
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren		+1,0
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf		+0,1
Technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk		-0,3
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.		-0,5
Altmaterial, Reststoffen		-1,0
Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.		-1,4
Fertigwaren		+0,2
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren		+0,9
Feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.		+0,5
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren		+0,2
Fahrzeugen, Maschinen, Technischem Bedarf		+0,2
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art (OAS) ..		+0,2
Pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen		-
Metalwaren, Einrichtungsgegenständen		-0,1

Ausgewählte Preisindizes
1980 = 100

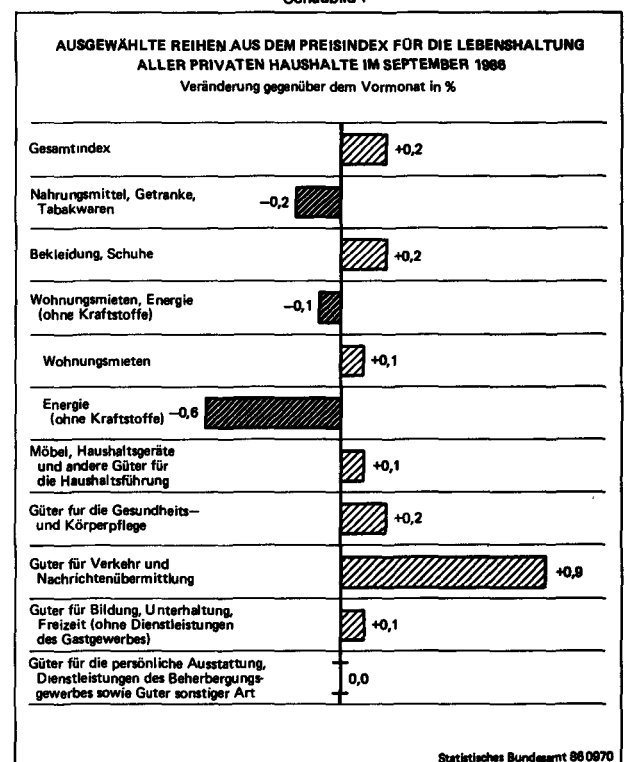
Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Groß- hand- els- ver- kaufs- preise ¹⁾	Einzel- hand- els- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	insge- samt	darunter				insge- samt	ohne Saison- waren ⁴⁾
		Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾				
1981 D.....	107,8	104,4	108,2	107,8	105,3	106,3	106,3
1982 D.....	114,1	110,5	111,8	113,6	110,3	111,9	112,0
1983 D.....	115,8	113,9	112,7	113,7	113,2	115,6	115,7
1984 D.....	119,2	116,8	115,4	116,9	115,6	118,4	118,4
1985 D.....	121,8	120,1	118,5	117,5	117,5	121,0	121,0
1985 Juli.....	122,1	120,5	118,2	117,0	117,6	121,1	121,1
Aug.....	121,9	120,5	117,9	116,2	117,0	120,7	121,1
Sept.....	122,1	120,6	118,4	116,6	117,3	120,9	121,4
Okt.....	121,9	120,9	118,5	115,6	117,3	121,1	121,6
Nov.....	121,9	120,9	118,9	115,8	117,8	121,3	121,8
Dez.....	121,5	121,2	117,3	115,2	117,8	121,4	121,7
1986 Jan.....	121,2	121,8	115,7	115,1	117,9	121,6	121,7
Febr.....	120,6	122,0	113,9	112,6	117,8	121,3	121,3
März.....	120,1	122,3	112,1	111,5	117,6	121,0	121,0
April.....	119,4	122,8	111,6	111,1	117,7	120,9	120,8
Mai.....	118,6	123,0	110,4	110,1	117,7	120,9	120,7
Juni.....	118,5	123,4	110,2	109,1	117,7	121,1	120,9
Juli.....	117,7	123,7	108,2	106,8	117,2	120,5	120,5
Aug.....	117,5	124,0	108,9	106,6	116,9	120,2	120,5
Sept.....	117,5	124,2	109,5	107,2	116,9	120,4	120,7
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1985 Juli.....	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	- 1,2	- 0,3	- 0,2	-
Aug.....	- 0,2	-	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,3	-
Sept.....	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Okt.....	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,9	-	+ 0,2	+ 0,2
Nov.....	-	-	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Dez.....	- 0,3	+ 0,2	- 1,3	- 0,5	-	+ 0,1	- 0,1
1986 Jan.....	- 0,2	+ 0,5	- 1,4	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	-
Febr.....	- 0,5	+ 0,2	- 1,6	- 2,2	- 0,1	- 0,2	- 0,3
März.....	- 0,4	+ 0,2	- 1,6	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2
April.....	- 0,6	+ 0,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,2
Mai.....	- 0,7	+ 0,2	- 1,1	- 0,9	-	-	- 0,1
Juni.....	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,9	-	+ 0,2	+ 0,2
Juli.....	- 0,7	+ 0,2	- 1,8	- 2,1	- 0,4	- 0,5	- 0,3
Aug.....	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,2	-
Sept.....	-	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	-	+ 0,2	+ 0,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1981 D.....	+ 7,8	+ 4,4	+ 8,2	+ 7,8	+ 5,3	+ 6,3	+ 6,3
1982 D.....	+ 5,8	+ 5,8	+ 3,3	+ 5,4	+ 4,7	+ 5,3	+ 5,4
1983 D.....	+ 1,5	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3
1984 D.....	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3
1985 D.....	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,2
1985 Juli.....	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,8	+ 0,1	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,4
Aug.....	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,8	+ 0,2	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,4
Sept.....	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,4
Okt.....	+ 1,3	+ 2,7	+ 0,7	- 1,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8
Nov.....	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,5	- 0,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9
Dez.....	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,3	- 1,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8
1986 Jan.....	-	+ 2,9	- 2,2	- 1,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4
Febr.....	- 0,8	+ 2,8	- 4,3	- 5,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8
März.....	- 1,4	+ 2,9	- 5,9	- 7,1	-	+ 0,1	+ 0,2
April.....	- 2,1	+ 2,6	- 6,0	- 7,1	- 0,1	- 0,2	-
Mai.....	- 2,9	+ 2,4	- 7,2	- 7,7	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Juni.....	- 2,9	+ 2,7	- 7,2	- 7,9	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Juli.....	- 3,6	+ 2,7	- 8,5	- 8,7	- 0,3	- 0,5	- 0,5
Aug.....	- 3,6	+ 2,9	- 7,6	- 8,3	- 0,1	- 0,4	- 0,5
Sept.....	- 3,8	+ 3,0	- 7,5	- 8,1	- 0,3	- 0,4	- 0,6

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)Steuer. — ²⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. — ³⁾ Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)Steuer. — ⁴⁾ Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südrüchte, Frischfisch und Blumen.

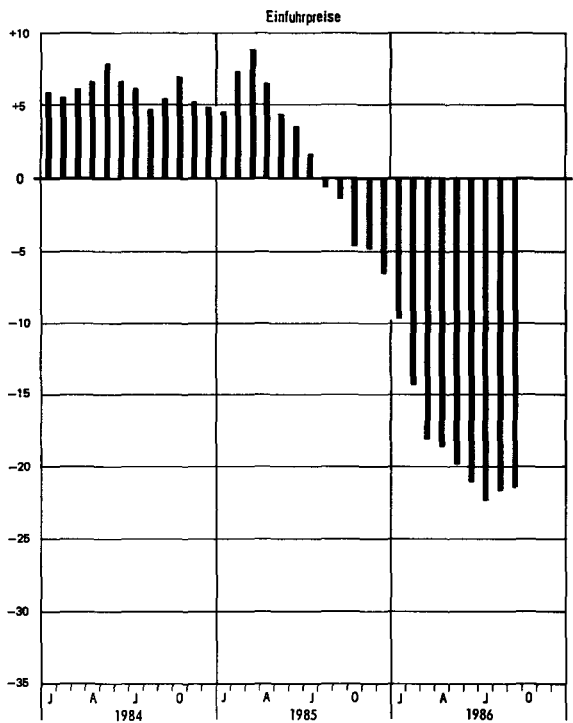
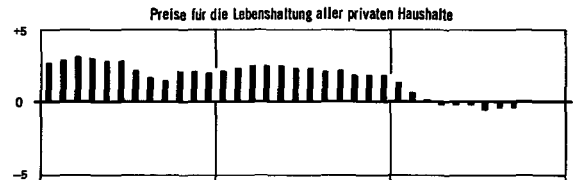
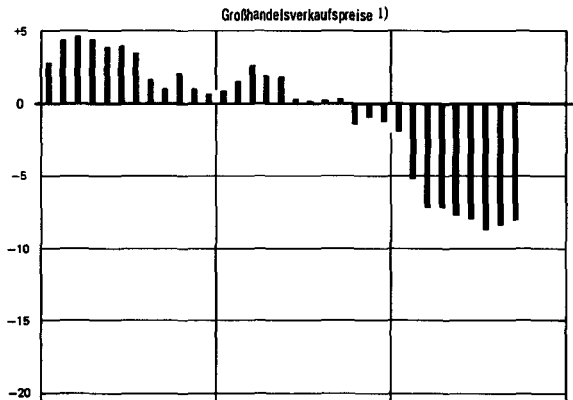
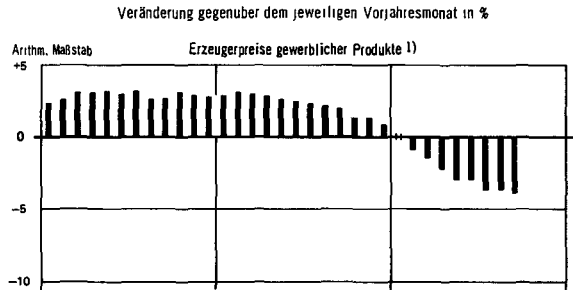
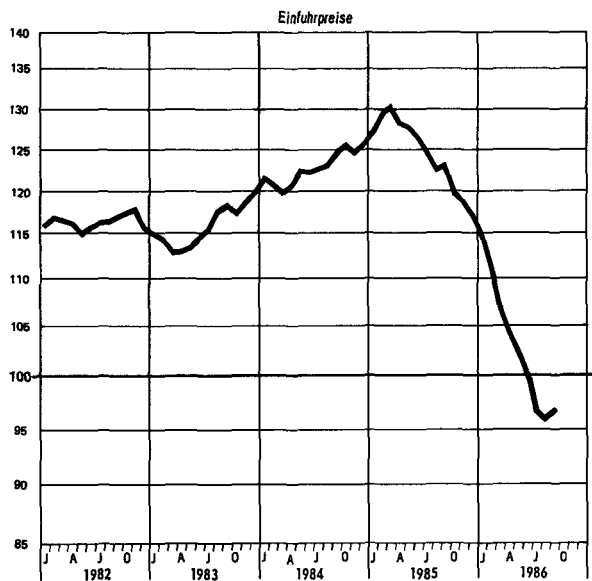
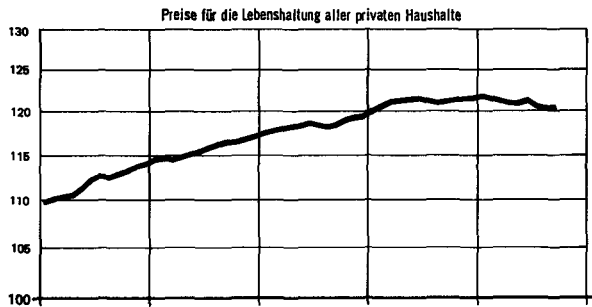
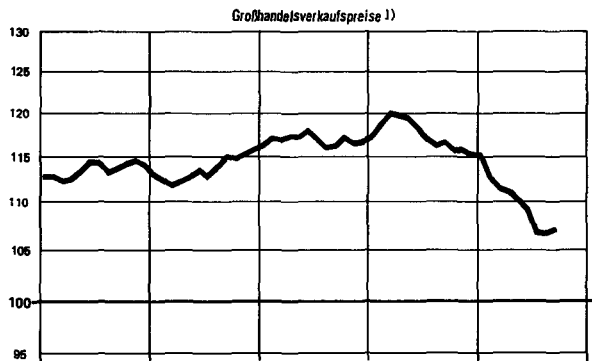
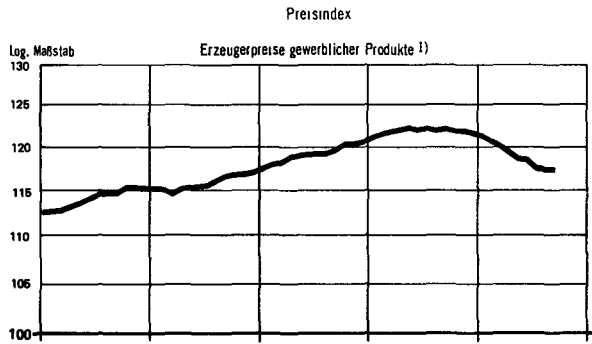
Der Index der Einzelhandelspreise hat sich von August bis September 1986 nicht verändert. Wegen seiner Zunahme vor Jahresfrist lag er mit - 0,3 % aber noch etwas tiefer unter dem Vorjahresstand als einen Monat zuvor (- 0,1 %).

Anders als beim Großhandelsindex blieben hier für das Monatsergebnis Heizöl und Kraftstoffe (+ 1,6 %) ohne Einfluß auf den Gesamtindex (in seiner Rundung auf eine Kommastelle), nicht aber die Saisonnahrungsmittel einschließlich Blumen, deren Verbilligung um 3,3 % dafür sorgte, daß sich - anstelle der sonst eingetretenen Erhöhung von 0,2 % - Indexstabilität ergab. Schon im Vormonat hatte sich ein ähnliches Bild ergeben. Nicht länger Heizöl und Kraftstoffe (+ 3,1 %), sondern die genannten Saisonwaren mit einem Preisabschlag von sogar 9,7 %

Schaubild 1



AUSGEWALTE PREISINDIZES
1980 = 100



1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer

waren von Einfluß auf den gerundeten Gesamtindex gewesen, der sich um 0,3 % ermäßigt hatte, wohingegen er ohne die Saisonwaren um 0,2 % gestiegen wäre. Bemerkenswert ist noch, daß von August bis September 1986 für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren die durchschnittlichen Abgabepreise auf der Einzelhandelsstufe mit - 0,4 % deutlich rückläufig waren, während sie auf der Großhandelsstufe mit + 0,2 % nach oben wiesen.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte legte von August bis September 1986 mit + 0,2 % wieder zu, nachdem er sich im Juli (- 0,5 %) und im August (- 0,2 %) zurückgebildet hatte. Das gleiche Ergebnis der Berechnung ohne Saisonserzeugnisse (ebenfalls + 0,2 %) läßt erkennen, daß die Preisrücknahmen bei den „Besonders ernte-, saison- und witterungsabhängigen Nahrungsmitteln sowie Blumen“ (Monatsrate - 2,0 %) nicht mehr ausgereicht haben, um den Gesamtindex zu beeinflussen. Dagegen ergibt sich Indexstabilität, wenn man Heizöl und Kraftstoffe (+ 2,8 %) außer Ansatz läßt. Weitere Angaben über den Einfluß dieser Mineralölserzeugnisse seit Juli 1986 auf das Verbraucherpreisniveau enthält die folgende Übersicht:

	Veränderungen		
	Juli 1986 gegenüber Juni 1986	August 1986 gegenüber Juli 1986 %	Sept. 1986 gegenüber August 1986
Gesamtindex	-0,5	- 0,2	+0,2
ohne besonders ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel sowie ohne Blumen	-0,3	-	+0,2
besonders ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungs- mittel sowie Blumen	-5,3	-10,0	-2,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-0,1	- 0,2	-
Heizöl und Kraftstoffe	-9,2	- 0,8	+2,8

Die Auftriebstendenzen am „aktuellen Rand“ blieben im September 1986 für den Vergleich im Jahresabstand ohne Einfluß, der mit einer Unterschreitung des Vorjahresstandes von 0,4 % ebenso günstig wie im Vormonat ausgefallen ist (Juli - 0,5 %, August - 0,4 %). Noch niedriger lag die Jahresveränderungsrate des Index in der Berechnung ohne Saisonwaren mit - 0,6 % (Juli, August jeweils - 0,5 %).

Im Unterschied zum Gesamtindex blieb der Indexverlauf bei Nahrungsmitteln von August bis September 1986 mit einer Ermäßigung von 0,4 % durch die Preisrücknahme bei Saisonnahrungsmitteln (- 3,2 %) bestimmt. Die Teilindizes für die drei anderen größeren Zusammenfassungen entwickelten sich nicht ganz so verbraucherfreundlich:

	Veränderungen September 1986 gegenüber August 1986 %
Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter	+0,3
Wohnungs- und Garagenutzung	+0,1
Dienstleistungen und Reparaturen	-

Unter dem Einfluß der kräftigen Preiserhöhung bei Kraftstoffen von 3,9 % im September 1986 gegenüber dem

Vormonat stieg der Preisindex für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung („Kraffahrer-Preisindex“) im Monatsvergleich mit + 1 % deutlich an. Trotzdem war Kraffahren noch um 3,2 % billiger als vor einem Jahr.

Die vom Index für „Alle privaten Haushalte“ abweichenden Veränderungsrate der Indizes für „2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern“ sowie für die „Einfache Lebenshaltung eines Kindes“ erklären sich zu einem wesentlichen Teil aus der bei diesen beiden Indizes vergleichsweise erheblich geringeren Bedeutung der Heizöl- und Kraftstoffpreise. Diese sind - gemessen an den allgemeinen Verbrauchsverhältnissen - im Monatsvergleich um 2,8 % gestiegen, im Jahresvergleich aber um 44,3 % zurückgegangen. Folglich lagen - wie auch aus der folgenden Darstellung ersichtlich - bei den genannten Sonderindizes die Monatsraten niedriger, die Jahresraten aber höher als beim Gesamtindex.

	Veränderungen September 1986 gegenüber	
	August 1986	September 1985
	%	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+0,2	-0,4
von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+0,2	-0,2
von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	+0,1	-0,4
von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern	-0,1	+0,1
Einfache Lebenshaltung eines Kindes	-0,1	+0,5

Im einzelnen sind folgende stärkere Preisveränderungen von August bis September 1986 hervorzuheben (in Klammern die Abstände gegenüber September 1985):

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Veränderungen	
	%	
Schweres Heizöl	+ 21,0	(- 54,2)
Rohzink (Hüttenzink)	+ 7,4	(- 12,0)
Motorenbenzin	+ 3,8	(- 23,9)
Braunmalz	+ 2,9	(- 0,5)
Wasch-, Spül- und Reinigungsmittel	+ 2,8	(+ 5,6)
Sojaöle	+ 2,8	(- 55,2)
Extra leichtes Heizöl	- 1,1	(- 59,9)
Erdgas	- 1,5	(- 12,5)
Beutel aus Polyolefinen	- 2,5	(- 13,0)
Walzdraht	- 2,5	(- 11,6)
Leichtmetalle (Hüttenaluminium)	- 2,6	(- 18,0)
Gefrorenes bzw. tiefgefrorenes Schlachtgeflügel	- 2,6	(- 4,3)
Synthetische Filamentgarne	- 2,6	(- 3,3)
Wellpappenpapier	- 3,1	(- 22,0)
Betonstahl	- 3,2	(- 23,3)
Packpapier aus Altpapier	- 3,5	(- 15,4)
Düngemittel	- 11,0	(- 21,0)
Großhandelsverkaufspreise		
Schweres Heizöl	+ 23,0	(- 52,0)
Rohkaffee	+ 13,0	(+ 3,8)
Frischgemüse	+ 12,0	(+ 13,3)
Seefische	+ 11,0	(- 13,9)
Motorenbenzin	+ 5,4	(- 33,8)

	Veränderungen	
	%	
noch: Großhandelsverkaufspreise		
Frische Eier	+ 4,9	(- 7,5)
Lebende Schlachtschweine	+ 3,8	(- 10,6)
Brotgetreide	+ 3,2	(+ 3,7)
Personenkraftwagen	+ 1,3	(+ 3,7)
Stahlblech	- 0,5	(- 3,0)
Rindfleisch	- 0,6	(- 8,0)
Aluminium, auch legiert	- 1,4	(- 15,8)
Chemische Düngemittel	- 2,3	(- 6,9)
Flüssiggas	- 4,5	(- 25,3)
Rohe Häute und Felle	- 4,5	(- 16,8)
Frischobst	- 5,4	(- 7,1)
Gurkenkonserven	- 7,9	(- 16,2)
Verbraucherpreise		
Kraftstoffe	+ 3,9	(- 23,0)
Frische Fische und Fischfilets	+ 2,7	(+ 8,0)
Frischgemüse	+ 0,9	(+ 7,5)
Eier	+ 0,7	(- 5,0)
Butter	- 0,4	(- 2,7)
Leichtes Heizöl	- 0,5	(- 56,0)
Gas	- 0,8	(- 5,5)
Magarine	- 1,2	(- 11,0)
Kaffee	- 1,6	(+ 3,0)
Frischobst	- 5,0	(- 0,9)
Kartoffeln	- 7,4	(+ 26,0)

Dipl.-Wirtschaftsingenieur Dietrich Borowski

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
ISI - „Declaration on Professional Ethics“ — Internationaler Berufskodex für Statistiker aus der Sicht der Bundesstatistik	8	573
Typisierung von Regionen mit Hilfe der Clusteranalyse	9	697
Bevölkerungsvorausrechnungen: Statistische Grundlagen und Probleme	4	233
Zur Stellung der Frau in der Wirtschaft	7	489
Überblick über die Konjunkturbefragungen der Europäischen Gemeinschaften	2	97
Zur Frage der Kalendereinigung von Zeitreihen	6	421
Internationale Wirtschaftszweig- und Gütersystematiken und ihre Harmonisierung	2	79
Methodische, systematische und anmeldetechnische Änderungen in der Außenhandelsstatistik ab 1988	10	773
Reproduzierbares Anlagevermögen in erweiterter Bereichsgliederung	7	499
Zur Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	5	329
Bevölkerung		
Bevölkerungsvorausrechnungen: Statistische Grundlagen und Probleme	4	233
Heiratstafeln verwitweter Deutscher 1979/82 und geschiedener Deutscher 1980/83	2	107
Bevölkerungsentwicklung 1985	8	582
Ausländer im Bundesgebiet 1985	3	181
Ehescheidungen 1984	3	186
Erwerbstätigkeit/Streiks		
Zur Stellung der Frau in der Wirtschaft	7	489
Ausbildungs- und Berufsstruktur der Jugendlichen	1	20
Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen	8	588
Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1985	4	261
Entwicklung der Erwerbstätigkeit im ersten Halbjahr 1986	9	703
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1984 und im ersten Vierteljahr 1985	1	13
Personal des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 1985	6	429
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1985	1	30
Personalfluktuations im unmittelbaren öffentlichen Dienst 1984/1985	10	786
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Jahresabschlüsse 1984 von Aktiengesellschaften des Produzierenden Gewerbes	5	356
Insolvenzen 1985	3	192
Finanzielle Ergebnisse der 1984 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren	7	510
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Landwirtschaftliche Betriebe und ihre Arbeitskräfte	9	707
Änderungen in den Eigentums- und Besitzverhältnissen der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 1975 und 1985	7	515
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1985	10	790
Forstbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	1	32
Haushalte mit Nutzgärten und Kleintierhaltung	7	559
Weinmarkt in der Europäischen Gemeinschaft	8	594
Anbauflächen und Getreideernte 1986	9	715
Weinmosternte 1985	3	197
Tierische Erzeugung 1985	5	363
Seefischerei 1985	5	369
Produzierendes Gewerbe		
Zur Frage der Kalendereinigung von Zeitreihen	6	421
Konjunkturelle Entwicklung der Datenverarbeitungsbranche	3	199
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1985	4	267
Erfahrungen mit dem neuen System der Produktionsindizes	5	374
Eisenschaffende Industrie im Jahr 1985	5	383
Kostenstruktur und Investitionen im Baugewerbe 1984	6	432
Zur Entwicklung der Bauwirtschaft und Bautätigkeit 1985	4	276
Beschäftigung, Umsatz und Wertschöpfung im Handwerk 1985	4	283

	Heft	Seite
Bautätigkeit und Wohnungen		
Daten über die Bodennutzung	5	387
Zur Entwicklung der Bauwirtschaft und Bautätigkeit 1985	4	276
Bautätigkeit im Nichtwohnbau	7	523
Wohngeid 1985	10	801
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Planung und Durchführung der Handels- und Gaststättenzählung 1985	6	439
Inlandsreiseverkehr 1985	7	529
Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) 1961 bis 1985 ..	2	113
Außenhandel		
Methodische, systematische und anmeldetechnische Änderungen in der Außenhandels- statistik ab 1988	10	773
Zur Statistik des Außenhandels zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemein- schaften	9	717
Außenhandel 1985	1	44
nach Herstellungs- und Verbrauchsländern	2	118
nach Waren	3	203
nach Bundesländern	4	289
mit den außereuropäischen Entwicklungsländern	6	456
im vierten Vierteljahr 1985	2	127
im ersten Vierteljahr 1986	5	393
im zweiten Vierteljahr und im ersten Halbjahr 1986	8	603
Handelswege im Außenhandel 1985	6	448
Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen 1985	7	536
Verkehr		
Umfang und Struktur von Gefahrguttransporten im Jahr 1984	10	813
Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenver- kehrs 1985	10	808
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1985	4	295
Binnenschifffahrt 1985	8	610
Luftverkehr 1985	6	463
Geld und Kredit		
Bauspargeschäft 1985	9	736
Aktienmarkt im Jahr 1985	1	50
Bildung und Kultur		
Besuch von Krankenpflegeschulen	1	57
Absolventen der Realschulen	4	303
Auszubildende 1985	9	741
Studenten im Wintersemester 1985/86	5	398
Pressestatistik 1984	8	618
Gesundheitswesen		
Tuberkulose 1984	2	132
Krankenhäuser 1984	8	625
Ausgaben für Gesundheit 1984	9	748
Sozialleistungen		
Schwerbehinderte 1985	9	755
Sozialhilfeempfänger 1984	2	136
Kriegsopferfürsorge	10	821
Rehabilitationsmaßnahmen 1984	8	629
Finanzen und Steuern		
Finanzplanung von Bund und Ländern 1985 bis 1989	1	62
Ausgaben des Bundes und der Länder für Wirtschaftsförderung 1984	8	637
Kommunale Finanzplanungen 1985 bis 1989	4	307
Personal des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 1985	6	429
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1985	1	30
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Februar 1986	7	543
Öffentliche Einnahmen aus Spiel- und Wettunternehmen	10	833
Öffentliche Haushaltsplanungen 1986	5	404
Öffentliche Finanzen 1985	4	312
Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1986	10	826
Öffentliche Schulden 1985	7	554
Bruttolohn und Lohnsteuer 1983	8	644
Umsätze und ihre Besteuerung 1984	7	547

	Heft	Seite
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Private Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen 1973 und 1983	10	836
Haushalte mit Nutzgärten und Kleintierhaltung	7	559
Budgets ausgewählter privater Haushalte 1985	6	467
Löhne und Gehälter		
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984	8	651
Mehrarbeitsstunden in der Lohnstatistik	6	475
Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1985	3	210
Zur Entwicklung der Verdienste in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst	10	841
Preise		
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1980	2	143
Preise im Jahr 1985	1	65
Januar 1986	2	149
Februar 1986	3	224
März 1986	4	319
April 1986	5	411
Mai 1986	6	480
Juni 1986	7	563
Juli 1986	8	661
August 1986	9	760
September 1986	10	848
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Reproduzierbares Anlagevermögen in erweiterter Bereichsgliederung	7	499
Zur Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	5	329
Input-Output-Tabellen der Energieströme und Energiebilanzen	5	346
Anlagevermögen für Umweltschutz	3	214
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1985 (Vorläufiges Ergebnis)	3	159
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 1. Halbjahr 1986	9	671
Sozialprodukt im Jahr 1985	1	5
Sozialversicherung im ersten Halbjahr 1986	10	780
Umweltschutz		
Anlagevermögen für Umweltschutz	3	214

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	392*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	404*	"
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	405*	"
Ausgewählte Tabellen		
Erwerbstätigkeit		
Personalabgänge und -zugänge des unmittelbaren öffentlichen Dienstes vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach Laufbahngruppen und Gründen des Wechsels	406*	einmalig
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Bundes- gebiet	410*	"
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	412*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	413*	"
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unter- nehmensteile	414*	"
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern	416*	vierteljährlich
Löhne und Gehälter		
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und Bruttowochenverdien- ste der männlichen Arbeiter im Handwerk	417	halbjährlich
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	418*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	420*	"
Preisindizes für Bauwerke; Kaufwerte für Bauland	422*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					März	April	Mar	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige ²⁾	1 000	25 331	25 357p	25 542p	25 469p	25 601p	25 701p	25 774p	25 859p	26 000p	...
dar. Abhängige	1 000	22 057	22 075p	22 248p	.	.	22 384p
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose ⁴⁾	1 000	2 258	2 266	2 304	2 448	2 230	2 122	2 078	2 132	2 120p	2 046p
und zwar:											
Männer	1 000	1 273	1 277	1 289	1 405	1 204	1 121	1 077	1 092	1 080p	1 040p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	192	166	159	153	130	118	125	150	159p	151p
Ausländer	1 000	292	270	253	268	251	241	235	234	231p	233p
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,1	9,3	9,8	9,0	8,5	8,4	8,6	8,5p	8,2p
Zugang an Arbeitslosen	1 000	309	306	313	253	285	206	251	347	269p	283p
Offene Stellen	1 000	76	88	110	158	157	169	173	170	169p	165p
Arbeitsvermittlungen	1 000	130	146	156	166	205	167	178	191	160p	180p
Kurzarbeiter	1 000	675	384	235	295	216	153	118	87	77p	180p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Insolvenzen	Anzahl	16 114	16 760	18 876	1 725	1 540	1 523	1 634	1 680	1 484	...
Unternehmen	Anzahl	11 845	12 018	13 625	1 269	1 094	1 125	1 215	1 237	1 046	...
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	2 471	2 193	2 306	203	172	187	199	181	165	...
Baugewerbe	Anzahl	2 467	2 765	3 228	324	291	288	250	269	207	...
Handel	Anzahl	3 112	3 146	3 370	303	258	277	318	333	295	...
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	Anzahl	2 967	3 149	3 835	358	299	288	382	386	327	...
Übrige Gemeinschaften ⁵⁾	Anzahl	4 269	4 742	5 251	456	446	398	419	443	438	...
Beantragte Konkursverfahren	Anzahl	15 999	16 698	18 804	1 722	1 532	1 524	1 633	1 675	1 483	...
dar. mangels Masse abgelehnt	Anzahl	12 252	12 826	14 512	1 365	1 160	1 241	1 270	1 297	1 175	...
Eröffnete Vergleichsverfahren	Anzahl	145	91	105	3	10	3	8	8	5	...
Wechselproteste	Anzahl	162 979	153 929	152 349	11 150	13 094	12 114	11 187	11 220	9 928	...
Wechselsumme	Mill. DM	1 511	1 295	1 410	101	114	101	110	110	99	...
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁶⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 552	15 888	15 627	.	.	.	15 806	.	.	.
Schweine	1 000	23 449	23 617	24 282	.	24 905	.	.	.	24 959	.
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	1 000	4 571	5 018	4 858	371	465	394	384	406	391	...
Kälber	1 000	630	686	688	61	58	59	55	52	54	...
Schweine	1 000	36 146	36 805	37 018	2 862	3 396	3 188	3 228	3 159	3 012	...
Schlachtmenge	1 000 t	4 494	4 640	4 641	364	441	400	398	395	378	...
dar.: Rinder	1 000 t	1 382	1 493	1 455	115	145	122	120	126	120	...
Kälber	1 000 t	72	81	81	6	7	7	6	6	7	...
Schweine	1 000 t	3 020	3 045	3 085	240	287	269	270	262	250	...
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	1 000	435 034	432 875	410 232	36 011	37 302	36 540	33 349	35 018	34 835	...
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	t	296 788	304 333	310 767	24 900	29 191	25 321	26 937	30 015	26 269	...
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	1 000 t	274	293	191	11	15	10	13	12
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	1980=100	95,4	98,6	103,0	102,7	113,0	103,9	109,5	100,3	90,1	...
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	1980=100	101,2	105,5	110,5	120,2	111,1	92,1	96,0	87,7	85,0	...
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	373 806	394 885	408 706	37 427	34 857	29 472	29 557
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	359 391	372 974	384 027	34 757	33 046	28 725	28 590
Gasversorgung ¹¹⁾	Mill. m ³	36 378	35 167r	34 130	3 080	2 681	2 494	2 314r	2 449	2 476	...
Inlandsversorgung mit Gas ¹¹⁾	Mill. m ³	61 429	62 077r	65 059	6 286	5 484	3 751	3 847r	3 776	3 682	...
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte¹²⁾	1 000	6 927	6 854	6 940	7 014	7 017	7 021	7 044	7 096	7 122	...
Tätige Inhaber und Angestellte ¹³⁾	1 000	2 189	2 149	2 174	2 204	2 202	2 206	2 207	2 211	2 226	...
Arbeiter ¹⁴⁾	1 000	4 758	4 704	4 766	4 810	4 815	4 815	4 837	4 885	4 896	...
Bergbau	1 000	227	218	213	210	210	209	209	209	209	...
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 700	6 636	6 727	6 804	6 807	6 812	6 835	6 888	6 913	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 000	1 394	1 372	1 368	1 356	1 360	1 362	1 366	1 375	1 379	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	3 511	3 488	3 597	3 699	3 701	3 706	3 720	3 752	3 764	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	1 341	1 327	1 317	1 314	1 312	1 309	1 310	1 313	1 318	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	454	450	446	434	435	435	440	447	453	...
Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	Mill. Std	7 918	7 841	7 906	645	724	629	659	675	594	...
Bruttolohnsumme ¹²⁾	Mill. DM	155 153	158 621	167 461	13 193	13 669	14 617	15 072	15 720	14 677	...
Bruttogehaltssumme ¹²⁾	Mill. DM	111 592	115 031	120 861	10 135	9 968	10 537	11 495	10 728	10 221	...
Kohleverbrauch ^{12) 15)}	1 000 t	38 872	41 833	41 153	10 419	.	.	9 285
Heizölverbrauch ¹²⁾	1 000 t	15 456	14 409	12 976	3 936	.	.	3 179
Gasverbrauch ^{12) 16)}	Mill. m ³	25 714	26 486	27 061	7 391	.	.	6 494
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	166 511	173 919	177 893	14 923	15 570	14 719	14 769	14 799	14 125	...

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 404* dargestellt. - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitte). - Methodische Erläuterungen hierzu in „Entwicklung der Erwerbstätigkeit“, WiSta 11/1982 und „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen“, WiSta 8/1986. - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter. - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe. - 6) 1983 bis 1985: Viehzählung im Dezember. - 7) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 8) In Geflügelgeschlechtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Fachliche Unternehmensteile. - 11) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³. - 12) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 13) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 14) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen - 15) Heizwert H_u = 29,3076 GigaJoule/t = 8,1410 Kwh/m³. - 16) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7892 kWh/m³.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1983	1984	1985	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1982	1983	1984	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	Sept. 85	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	
Bevölkerung¹⁾												
Erwerbstätigkeit												
Erwerbstätige²⁾	- 1,5	+ 0,1p	+ 0,7p	+ 1,1p	+ 1,1p	+ 1,1p	...	+ 0,3p	+ 0,3p	+ 0,5p	...	
dar. Abhängige	- 1,7	+ 0,1p	+ 0,8p	
Arbeitsmarkt³⁾												
Arbeitslose⁴⁾	+ 23,2	+ 0,3	+ 1,7	- 3,8	- 4,0	- 4,3p	- 4,9p	- 2,1	+ 2,6	- 0,5p	- 3,5p	
und zwar:												
Männer	+ 24,7	+ 0,3	+ 1,0	- 9,1	- 8,6	- 8,2p	- 8,2p	- 3,9	+ 1,3	- 1,0p	- 3,7p	
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 16,5	- 13,6	- 4,3	- 10,2	- 10,7	- 12,4p	- 13,4p	+ 6,1	+ 20,3	+ 5,9p	- 5,3p	
Ausländer	+ 18,9	- 7,5	- 6,3	- 3,2	- 2,3	- 2,2p	- 1,4p	- 2,4	- 0,5	- 1,2p	+ 1,0p	
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Zugang an Arbeitslosen	- 0,1	- 0,8	+ 2,1	+ 8,4	- 6,7	- 10,1p	- 0,3p	+ 21,9	+ 38,1	- 22,5p	+ 5,1p	
Offene Stellen	- 27,7	+ 16,0	+ 25,1	+ 43,3	+ 42,1	+ 43,8p	+ 41,2p	+ 1,8	- 1,7	- 0,5p	- 2,1p	
Arbeitsvermittlungen	+ 11,6	+ 12,6	+ 7,0	+ 16,2	+ 4,0	- 4,4p	+ 8,0p	+ 7,0	+ 6,9	- 16,2p	+ 12,4p	
Kurzarbeiter	+ 11,4	- 43,2	- 38,9	- 27,0	- 19,2	+ 3,9p	+ 76,7p	- 22,8	- 26,3	- 11,7p	+ 134,2p	
Unternehmen und Arbeitsstätten												
Insolvenzen	+ 1,5	+ 4,0	+ 12,6	+ 0,1	- 0,4	- 4,8	...	+ 7,3	+ 2,8	- 11,7	...	
Unternehmen	+ 0,6	+ 1,5	+ 13,4	+ 3,4	- 2,6	- 5,9	...	+ 8,0	+ 1,8	- 15,4	...	
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,3	- 11,3	+ 5,2	- 1,5	- 22,0	- 17,1	...	+ 6,4	- 9,0	- 8,8	...	
Baugewerbe	+ 9,5	+ 12,1	+ 16,7	- 4,6	1,1	15,5	...	- 13,2	+ 7,6	- 23,0	...	
Handel	+ 0,1	+ 1,1	+ 7,1	+ 1,9	+ 5,0	+ 5,4	...	+ 14,8	+ 4,7	- 11,4	...	
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen ⁵⁾	+ 4,0	+ 6,1	+ 21,8	+ 15,4	+ 7,5	+ 4,5	...	+ 32,6	+ 1,0	- 15,3	...	
Übrige Gemeinschaftsdar. ⁶⁾	+ 7,8	+ 11,1	+ 10,7	- 8,3	+ 6,2	- 2,2	...	+ 5,3	+ 5,7	- 1,1	...	
Beantragte Konkursverfahren	+ 1,2	+ 4,4	+ 12,6	+ 0,6	0,1	4,2	...	+ 7,3	+ 2,6	- 11,5	...	
dar. mangels Masse abgelehnt	+ 4,1	+ 4,7	+ 13,1	- 5,4	1,2	1,2	...	+ 2,3	+ 2,1	- 9,4	...	
Eröffnete Vergleichsverfahren	+ 4,6	- 37,2	+ 15,4	- 33,3	- 42,9	- 61,5	...	+ 166,7	± 0,0	- 37,5	...	
Wechselproteste	- 13,9	- 5,6	- 1,0	- 11,2	- 20,0	- 10,3	...	- 7,7	+ 0,3	- 11,5	...	
Wechselsumme	- 1,4	- 14,3	+ 8,9	- 13,4	- 26,2	- 6,6	...	+ 8,9	± 0,0	- 10,0	...	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei												
Viehbestand⁸⁾												
Rinder (einschl. Kälber)	+ 3,0	+ 0,9	- 0,4	- 1,0	+ 1,1 ^{a)}	
Schweine	+ 4,3	+ 0,7	+ 2,8	+ 0,2 ^{a)}	
Gewerbliche Schlachtungen												
Rinder	- 0,4	+ 9,8	- 3,2	+ 16,2	+ 11,0	+ 3,8	...	- 2,6	+ 5,7	- 3,6	...	
Kälber	+ 3,3	+ 9,0	+ 0,3	+ 12,5	- 5,2	- 4,3	...	- 6,9	+ 4,8	+ 3,1	...	
Schweine	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,6	+ 10,9	- 2,2	+ 0,1	...	+ 1,3	- 2,1	- 4,7	...	
Schlachtmenge	+ 1,9	+ 3,2	+ 0,0	+ 14,4	+ 3,1	+ 2,6	...	- 0,5	- 0,6	- 4,3	...	
dar.: Rinder	+ 0,9	+ 8,0	- 2,5	+ 20,2	+ 14,6	+ 5,9	...	- 1,9	+ 4,8	- 4,4	...	
Kälber	+ 6,9	+ 13,0	- 0,4	+ 16,3	- 1,4	- 0,4	...	- 7,2	+ 4,4	+ 6,1	...	
Schweine	+ 2,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 12,1	- 1,4	+ 1,3	...	+ 0,3	- 2,9	- 4,6	...	
Geflügel												
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	- 5,1	- 0,5	- 5,2	+ 1,4	- 4,8	- 7,7	...	- 8,7	+ 5,0	- 0,5	...	
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	- 10,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 11,9	+ 6,2	+ 2,5	...	+ 6,4	+ 11,4	- 12,5	...	
Hochsee- und Küstenfischerei												
Fangmenge	- 1,0	+ 7,1	- 35,0	+ 64,9	- 43,3	+ 28,2	- 10,3	
Produzierendes Gewerbe												
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 0,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 4,5	+ 0,9	+ 0,4	...	+ 5,4	- 8,4	- 10,2	...	
Elektrizitäts- und Gasversorgung												
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 3,2	+ 4,2	+ 4,7	+ 3,7	- 1,1	- 0,4	...	+ 4,2	- 8,6	- 3,1	...	
Elektrizitätserzeugung	+ 1,9	+ 5,6	+ 3,5	+ 0,9	+ 0,3	
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,0	+ 3,4	- 0,5	
Gasversorgung ¹¹⁾	- 0,2	+ 3,3r	- 2,9r	- 10,2r	- 0,6r	+ 7,6	...	- 7,2r	+ 5,8r	+ 1,1	...	
Inlandsversorgung mit Gas ¹⁰⁾	+ 2,7	+ 1,1r	+ 4,8	- 1,4r	+ 5,5r	+ 7,4	...	+ 2,6r	- 1,9r	- 2,5	...	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe												
Gewerbe												
Beschäftigte ¹²⁾	- 4,1	- 1,1	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	...	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,4	...	
Tätige Inhaber und Angestellte ¹³⁾	- 2,6	- 0,9	+ 1,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	...	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,7	...	
Arbeiter ¹⁴⁾	- 4,8	- 1,1	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,4	...	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,2	...	
Bergbau	- 2,7	- 4,3	- 2,2	- 1,1	- 1,1	- 3,4	...	- 0,4	-	+ 0,1	...	
Verarbeitendes Gewerbe	- 4,2	- 0,9	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	...	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	...	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 3,7	- 1,6	- 0,3	- 0,1	-	- 0,3	...	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3	...	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 3,9	- 0,7	+ 3,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,6	...	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,3	...	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 5,5	- 1,0	- 0,8	- 0,3	- 0,3	- 0,2	...	± 0,0	+ 0,3	+ 0,3	...	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 3,9	- 0,9	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,2	...	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,2	...	
Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	- 4,3	- 1,0	+ 0,8	+ 7,2	+ 1,7	- 2,2	...	+ 4,7	+ 2,4	- 11,9	...	
Bruttolohnsumme ¹²⁾	- 1,6	+ 2,2	+ 5,6	+ 10,2	+ 6,2	+ 3,6	...	+ 3,1	+ 4,3	- 6,6	...	
Bruttogehaltssumme ¹²⁾	+ 1,4	+ 3,1	+ 5,1	+ 8,4	+ 7,6	+ 6,1	...	+ 9,1	- 6,7	- 4,7	...	
Kohleverbrauch ^{12) 15)}	+ 0,7	- 7,6	- 1,6	- 8,0 ^{b)}	- 10,9 ^{c)}	
Heizölverbrauch	- 12,1	- 6,8	- 9,9	+ 16,8 ^{b)}	- 19,2 ^{c)}	
Gasverbrauch ^{12) 16)}	+ 0,5	+ 3,0	+ 2,2	+ 4,1 ^{b)}	- 12,1 ^{e)}	
Stromverbrauch ¹²⁾	+ 2,7	+ 4,4	+ 2,3	+ 2,0	- 0,1	- 0,7	...	+ 0,3	+ 0,2	- 4,6	...	

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 404* dargestellt - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt bzw. Veränderung gegenüber Vorjahresquartal oder Vorquartal). - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 11/1982 und WiSta 8/1986. - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter. - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“ - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe. - 6) 1982 bis 1985: Viehzählung im Dezember. - 7) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 9) Von Kalenderrunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Fachliche Unternehmensteile - 11) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³. - 12) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugewiesen, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 13) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 14) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen. - 15) Heizwert H_u = 29,3076 GigaJoule/t = 8,410 kWh/m³ - 16) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³.

a) Gegenüber der Vorzählung. - b) 2. Vj 1986 gegenüber 2. Vj 1985 - c) 2. Vj 1986 gegenüber 1. Vj 1986

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Index des Auftragseingangs für^{B)} das Verarbeitende Gewerbe	1980=100	107,9	118,2	127,8	130,3	131,5	139,1	119,6	128,2	127,0	108,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980=100	109,2	120,8	125,7	118,7	119,9	131,9	114,8	121,8	123,4	106,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	108,2	119,3	133,6	140,8	139,6	145,9	127,0	138,3	135,8	111,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	105,0	111,4	115,0	119,8	127,7	132,0	106,9	110,3	108,5	102,3
Index der Nettoproduktion¹⁾²⁾	1980=100	90,6	90,1	91,1	98,6	91,8	89,6	83,2	85,4	79,4	79,2
Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	96,3	99,5	105,1	109,6	106,1	115,4	106,1	112,3	101,6	90,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980=100	94,0	97,8	99,1	100,6	98,3	105,3	100,2	103,6	96,1	89,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	98,7	102,2	112,7	119,9	116,1	128,2	115,8	124,4	108,2	92,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	91,5	94,0	95,1	100,2	98,4	103,0	94,2	98,1	91,2	80,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980=100	99,3	101,1	104,0	103,4	95,4	106,0	98,5	104,3	103,8	100,8
Index der Bruttonettoproduktion¹⁾ für	1980=100	100,4	99,6	111,4	115,8	112,9	125,4	111,5	123,9	105,4	91,0
Investitionsgüter	1980=100	94,2	95,4	98,9	107,9	100,7	110,1	99,8	104,7	91,5	77,4
Verbrauchsgüter	1980=100	94,2	95,4	98,9	107,9	100,7	110,1	99,8	104,7	91,5	77,4
Index der Arbeitsproduktivität	1980=100	105,0	109,7	114,1	118,5	114,5	123,9	114,2	120,2	108,3	97,1
Produktionsergebnis je Beschäftigten	1980=100	107,8	112,5	116,7	121,2	117,1	126,7	116,9	122,8	110,4	99,1
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1000 t	82 202	79 426	82 398	6 768	6 467	7 569	6 076	6 482	7 329	6 577
Braunkohle, roh (Förderung)	1000 t	124 281	126 739	120 667	10 108	10 807	10 226	8 583	7 727	8 872	8 276
Erdöl, roh	1000 t	4 116	4 055	4 105	324	357	345	353	333	338	335
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	30 366	28 633	25 574	745	1 605	2 617	2 667	2 691	2 861 r	2 568
Roheisen für die Stahlerzeugung	1000 t	25 659	28 915	30 229	2 405	2 516	2 534	2 392	2 348	2 125	2 228
Stahlrohblöcke und -brammen	1000 t	35 346	38 991	40 081	3 202	3 284	3 379	3 135	3 174	2 884	2 967
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug)	1000 t	26 067	27 948	28 887	2 390	2 432	2 435	2 174	2 443	2 145 r	2 105
Chemiefasern	1000 t	906	934	977	81	82	88	85	82	76	50
Motorenbenzin	1000 t	19 380	19 813	20 037	1 454	1 562	1 378	1 686	1 559	1 743	1 744
Heizöl	1000 t	36 991	36 890	34 851	2 991	2 988	2 860	3 168	2 738	2 910	2 891
Schnittholz	1000 m ³	9 325	9 874	9 388	567	699	895	822	916	907 r	773
Personenkraftwagen	1000 St	3 568	3 511	3 868	354	315	395	313	344	272	225
Farbfernsehempfangsgeräte	1000 St	4 706	3 906	306	335	354	336	285	323	175 r	243
Geräte und Einrichtungen für die ADV ³⁾	Mill. DM	9 180	11 915	15 095	1 311	1 394	1 543	1 186	1 435	1 368	1 072
Isoliertglas, auch bearbeitet	1000 m ²	12 609	12 030	11 659	723	702	934	849	1 001	1 079	...
Baumwollgarn	t	177 928	189 601	197 116	17 116	16 241	18 799	14 645	17 186	16 238 r	9 349
Fleischwaren	t	913 967	955 337	987 672	75 934	76 971	83 184	83 095	81 401	84 248	82 243
Zigaretten	Mill. St	155 768	160 630	167 002	13 943	12 599	14 333	11 655	13 363	15 498	14 953
Gesamtumsatz⁴⁾⁵⁾	Mrd. DM	1 312,7	1 398,5	1 496,4	118,0	120,9	132,3	115,0	125,0	121,6	104,8
Bergbau	Mill. DM	32 274	34 878	35 677	2 967	2 881	2 853	2 527	2 376	2 416	2 212,8
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1 280,4	1 363,6	1 460,7	115,0	118,0	129,4	112,4	122,7	119,2	102,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Mill. DM	405 509	441 888	461 341	34 343	34 619	38 152	33 685	34 973	34 141	30 225
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	531 471	562 482	628 815	50 732	52 531	58 726	49 610	56 900	53 109	43 683
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	176 778	187 606	194 708	16 446	16 765	17 671	14 692	16 058	17 010	14 730
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	Mill. DM	186 639	171 605	175 849	13 521	14 075	14 878	14 462	14 718	14 932	13 952
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	Mill. DM	355 234	402 524	444 068	35 846	36 751	40 278	33 706	38 040	35 707	29 178
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1000	1 122	1 106	1 026	906	923	984	1 000	1 012	1 022	1 032
dar.: Angestellte	1000	154	153	147	142	142	141	142	140	139	140
Arbeiter	1000	912	899	827	715	733	794	810	824	835	844
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 480,3	1 460,7	1 269,5	46,4	77,9	121,8	108,9	121,3	128,5	108,8
im Hochbau	Mill. Std	1 052,4	1 030,9	856,1	32,8	54,1	79,4	70,5	78,4	82,9	69,9
dar.: Wohnungsbau	1000 Std	631 694	620 907	484 248	15 341	28 512	43 988	39 894	44 115	45 110	36 943
Gewerblicher Hochbau	1000 Std	272 841	268 446	240 259	12 596	17 089	22 721	19 715	22 020	24 342	21 191
Öffentlicher Hochbau	1000 Std	130 337	126 010	116 845	4 642	7 792	11 261	9 737	10 908	11 977	10 561
im Tiefbau	1000 Std	427 901	429 877	413 356	13 546	23 889	42 480	38 342	42 926	45 612	38 912
Straßenbau	1000 Std	145 908	143 931	132 496	2 808	6 312	13 217	12 260	13 905	14 779	12 755
Gewerblicher Tiefbau	1000 Std	90 715	91 562	91 466	4 452	6 180	9 210	8 328	9 271	9 790	8 372
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1000 Std	191 278	194 384	189 394	6 286	11 397	20 053	17 754	19 750	21 043	17 785
Bruttolohnsumme	Mill. DM	30 798	31 334	27 513	1 104	1 662	2 343	2 429	2 457	2 698	2 477
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	6 767	6 879	6 701	511	512	524	544	558	550	546
Index des Auftragseingangs	1980=100	94,4	88,9	87,4	64,2	102,6	104,1	108,2	117,9	114,4	110,5
Index des Auftragsbestands	1980=100	89,2	82,6	77,3	...	80,1	...	86,5
Produktionsindex¹⁾⁷⁾	1980=100	86,7	89,1	82,7	37,2	64,9	98,2	95,3	98,3	101,0	88,5
Gesamtumsatz	Mill. DM	108 402	111 006	101 958	4 095	5 028	7 313	7 785	9 294	10 376	9 311
dar. Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	106 390	108 950	99 976	4 015	4 925	7 149	7 619	9 090	10 165	9 124
Handwerk											
Beschäftigte	1000	3 727,7	3 733,7	3 668,6	...	3 516,6	3 618,9
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	323 586	329 139	325 966	...	67 066,0	83 917,0

1) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 2) Fachliche Unternehmensteile. - 3) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile - 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 5) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 7) Unternehmen - 8) 1985 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1982	1983	1984	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	April 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Juli 86
Index des Auftragseingangs für ⁸⁾ das Verarbeitende Gewerbe	+ 4,4	+ 9,5	+ 8,1	- 5,5	+ 6,7	- 0,9	- 3,7	- 14,0	+ 7,2	- 0,9	- 14,7
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	+ 7,1	+ 10,6	+ 4,1	- 10,9	- 2,7	- 6,0	- 7,9	- 13,0	+ 6,1	+ 1,3	- 14,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 10,3	+ 12,0	- 3,1	+ 11,4	+ 0,6	- 2,5	- 13,0	+ 8,9	- 1,8	- 17,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 4,8	+ 6,1	+ 3,2	- 3,6	+ 8,1	+ 3,3	- 0,3	- 19,0	+ 3,2	- 1,6	- 5,7
Index der Nettoproduktion 1) 2)											
Bergbau	- 4,8	- 0,6	+ 1,1	- 3,3	+ 2,3	- 5,5	- 2,9	- 7,1	+ 2,6	- 7,0	- 0,3
Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,9	+ 3,3	+ 5,6	+ 1,4	+ 5,2	+ 1,2	+ 0,7	- 8,1	+ 5,8	- 9,5	- 10,6
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	+ 3,2	+ 4,0	+ 1,3	- 1,3	+ 0,8	- 2,4	- 3,7	- 4,8	+ 3,4	- 7,2	- 6,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,4	+ 3,5	+ 10,3	+ 4,0	+ 9,1	+ 1,8	+ 3,3	- 9,7	+ 7,4	- 13,0	- 14,2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,2	0	+ 3,4	+ 4,8	- 0,9	- 8,5	+ 4,1	- 7,0	- 12,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,9	- 1,4	+ 1,0	+ 2,7	+ 3,7	- 7,1	+ 5,9	- 0,5	- 2,9
Index der Bruttonproduktion 1) für Investitionsgüter	- 0,9	+ 3,0	+ 11,8	+ 3,9	+ 12,0	+ 0,4	+ 2,6	- 11,1	+ 11,1	- 14,9	- 13,7
Verbrauchsgüter	+ 1,5	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,0	+ 6,6	+ 1,8	+ 1,2	- 9,4	+ 4,9	- 12,6	- 15,4
Index der Arbeitsproduktivität Produktionsergebnis je Beschäftigten	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,0	- 0,2	+ 3,6	- 0,2	- 0,4	- 7,8	+ 5,3	- 9,9	- 10,3
Produktionsergebnis je Arbeiter	+ 5,7	+ 4,4	+ 3,7	- 0,2	+ 3,5	- 0,3	- 0,2	- 7,7	+ 5,0	- 10,1	- 10,2
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	- 7,7	- 3,4	+ 3,7	- 12,2	+ 6,6	- 2,6	- 8,5	- 19,7	+ 6,7	+ 13,1	- 10,3
Braunkohle, roh (Förderung)	- 2,4	+ 2,0	- 4,8	- 8,7	- 13,7	- 6,0	- 9,4	- 16,1	- 10,0	+ 14,8	- 6,7
Erdöl, roh	- 3,3	- 1,5	+ 1,2	- 2,0	- 0,9	- 2,0	- 2,3	+ 2,3	- 5,7	+ 1,5	- 0,9
Zement (ohne Zementklinker)	+ 1,2	- 5,7	- 10,7	+ 1,4	+ 3,1	- 0,6r	+ 2,8	+ 1,9	+ 0,9	+ 6,3r	- 10,2
Roh Eisen für die Stahlherzeugung	- 2,3	+ 12,7	+ 4,5	- 7,7	- 13,9	- 19,0	- 8,4	- 5,6	- 1,8	- 9,5	+ 4,8
Stahlrohblöcke und -brammen	- 0,2	+ 10,3	+ 2,8	- 7,0	- 12,2	- 15,4	- 8,1	- 7,2	+ 1,2	- 9,1	+ 2,9
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug)	+ 1,1	+ 7,2	+ 3,4	- 12,3	+ 0,5	- 8,5r	- 10,7	- 10,7	+ 12,4	- 12,2r	- 1,9
Chemiefasern	+ 7,4	+ 3,1	+ 4,6	- 3,8	- 0,7	+ 7,8r	- 19,5	- 3,4	- 3,6	- 7,5r	- 33,6
Motorenbenzin	- 0,3	+ 2,3	+ 1,1	- 2,6	- 9,5	+ 2,1	- 1,3	+ 22,4	- 7,5	+ 11,8	+ 0,1
Heizöl	- 11,6	- 0,3	- 5,5	+ 15,5	- 2,0	- 4,3	- 5,0	+ 10,8	- 13,6	+ 6,3	- 0,7
Schnittholz	+ 8,2	+ 5,9	- 4,9	+ 6,7	- 5,2	- 1,7r	+ 2,8	- 8,2	+ 11,9	- 1,0r	- 14,8
Personenkraftwagen	+ 1,8	- 2,6	+ 10,2	- 3,9	+ 11,7	- 4,9	+ 11,9	- 20,7	+ 9,9	- 20,9	- 17,2
Farbfernsehempfangsgeräte	+ 12,8	- 17,0	- 2,9	+ 5,6	+ 7,0	- 26,4r	+ 12,5	- 15,2	+ 13,3	- 45,8r	+ 38,9
Geräte und Einrichtungen für die ADV ³⁾	+ 16,9	+ 29,8	+ 26,7	+ 3,7	+ 21,8	+ 17,7	- 4,6	- 23,1	+ 21,0	- 4,7	- 21,6
Isolierglas, auch bearbeitet	+ 0,1	- 4,6	+ 3,1	- 7,7	+ 9,3	- 2,0	...	- 9,1	+ 17,9	+ 7,8	...
Baumwollgarn	+ 8,1	+ 6,6	+ 4,0	- 14,8	+ 6,6	+ 12,3r	- 2,1	- 22,1	+ 17,4	- 5,5r	- 42,4
Fleischwaren	+ 2,5	+ 4,5	+ 3,4	- 2,2	+ 6,0	+ 0,9	- 0,6	- 0,1	- 2,0	+ 3,5	- 2,4
Zigaretten	+ 6,5	+ 3,1	+ 4,0	- 5,6	+ 2,8	+ 2,1	+ 6,4	- 18,7	+ 14,7	+ 16,0	- 3,5
Gesamtumsatz ^{4) 5)}	+ 2,2	+ 6,5	+ 7,0	- 9,1	+ 3,4	- 3,2	- 5,6	- 13,1	+ 8,7	- 2,7	- 13,8
Bergbau	- 2,9	+ 8,1	+ 2,3	- 12,1	- 12,0	- 13,3	- 15,2	- 11,4	- 6,0	+ 1,7	- 8,4
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,3	+ 6,5	+ 7,1	- 9,0	+ 3,8	- 2,9	- 5,4	- 13,1	+ 9,1	- 2,8	- 13,9
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	+ 1,1	+ 9,0	+ 4,4	- 16,1	- 9,0	- 14,1	- 19,1	- 11,7	+ 3,8	- 2,4	- 11,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,2	+ 5,8	+ 11,8	- 6,5	+ 12,5	+ 2,1	+ 3,8	- 15,5	+ 14,7	- 6,7	- 17,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 6,1	+ 3,8	- 4,5	+ 9,0	+ 5,1	- 0,6	- 16,9	+ 9,3	+ 5,9	- 13,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,5	- 3,3	+ 2,2	+ 0,6	- 1,1	- 2,8	+ 1,8	+ 1,5	- 6,6
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	+ 2,1	+ 13,3	+ 10,3	- 8,9	+ 4,6	- 3,1	- 6,9	- 16,3	+ 12,9	- 6,1	- 18,3
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	- 2,7	- 1,4	- 7,2	- 3,6	- 3,3	- 3,1	- 3,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0
dar.: Angestellte	- 1,7	- 0,8	- 4,2	- 3,5	- 4,7	- 4,4	- 4,2	+ 0,6	- 1,6	- 0,4	+ 0,8
Arbeiter	- 2,4	- 1,4	- 8,1	- 3,3	- 2,8	- 2,5	- 2,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1
Geleistete Arbeitsstunden	- 2,8	- 1,3	- 13,1	- 11,9	+ 3,5	- 4,2	- 6,2	- 10,6	+ 11,4	+ 5,9	- 15,3
im Hochbau	- 0,2	- 2,0	- 17,0	- 15,3	- 0,3	- 7,3	- 8,3	- 11,1	+ 11,2	+ 5,7	- 15,6
dar.: Wohnungsbau	+ 1,8	- 1,7	- 22,0	- 19,4	- 4,6	- 12,1	- 11,6	- 9,3	+ 10,6	+ 2,3	- 18,1
Gewerblicher Hochbau	+ 0,6	- 1,6	- 10,5	- 8,7	+ 6,4	+ 0,0	- 5,4	- 13,2	+ 11,7	+ 10,5	- 12,9
Öffentlicher Hochbau	- 10,0	- 3,3	- 7,3	- 9,1	+ 6,9	- 0,5	± 0	- 13,5	+ 12,0	+ 9,8	- 11,8
im Tiefbau	+ 9,4	+ 0,5	- 3,8	- 5,1	+ 11,2	+ 2,2	- 2,0	- 9,7	+ 12,0	+ 6,3	- 14,7
Straßenbau	- 10,4	- 1,4	- 7,9	- 9,1	+ 5,7	- 2,7	- 4,7	- 7,2	+ 13,4	+ 6,3	- 13,7
Gewerblicher Tiefbau	- 9,3	+ 0,9	- 0,1	- 0,8	+ 16,7	+ 7,0	- 4,0	- 9,6	+ 11,3	+ 5,6	- 14,5
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	+ 7,2	+ 1,8	- 2,6	- 4,1	+ 12,8	+ 3,6	+ 0,9	- 11,5	+ 11,2	+ 6,5	- 15,5
Bruttolohnsumme	+ 0,2	+ 1,7	- 12,2	- 6,1	+ 1,4	- 1,4	+ 0,2	+ 3,6	+ 1,2	+ 9,8	- 8,2
Bruttogehaltssumme	+ 1,6	+ 1,7	- 2,6	+ 1,9	+ 0,3	- 0,4	- 0,6	+ 3,9	+ 2,6	- 1,6	- 0,6
Index des Auftragseingangs	+ 9,9	- 5,8	- 1,7	+ 9,0	+ 7,6	+ 10,3	+ 18,3	+ 2,0	+ 11,0	- 3,0	- 3,4
Index des Auftragsbestands	+ 7,7	- 7,4	- 6,4	...	+ 5,5a)	+ 8,0b)
Produktionsindex 1) 7)	+ 0,6	+ 0,5	- 7,2	- 2,3	- 2,2	+ 0,7	- 0,3	- 3,0	+ 3,1	+ 2,7	- 12,4
Gesamtumsatz	+ 1,7	+ 2,4	- 8,2	- 7,4	+ 4,4	+ 1,8	- 0,1	+ 6,5	+ 19,4	+ 11,6	- 10,3
dar. Baugewerblicher Umsatz	+ 1,6	+ 2,4	- 8,2	- 7,5	+ 4,3	+ 1,9	- 0,0	+ 6,6	+ 19,3	+ 11,8	- 10,2
Handwerk											
Beschäftigte	- 1,7	+ 0,2	- 1,7	...	- 0,7a)	+ 2,9b)
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 3,3	+ 1,7	- 1,0	...	+ 5,0a)	+ 25,1b)

1) Von Kalenderrunregelmäßigkeiten bereinigt. - 2) Fachliche Unternehmensteile. - 3) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 5) Ohne Umsatz (Mehrwert-)steuer. - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 7) Unternehmen. - 8) 1985 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen.

a) 2 Vj 86 gegenüber 2 Vj 85 - b) 2 Vj 86 gegenüber 1 Vj 86.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	163 880	135 869	115 856 p	7 918	9 564	12 139	11 423	12 515	12 326	11 040
Rauminhalt	1000 m ³	202 712	159 632	125 075 p	8 479	9 817	12 454	11 192	12 201	12 014	10 865
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	64 766	51 994	40 710 p	2 744	3 166	4 018	3 625	3 937	3 885	3 643
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	38 580	30 085	30 016 p	1 961	2 239	2 757	2 881	2 887	3 118	2 767
Rauminhalt	1000 m ³	161 775	119 599	128 040 p	9 333	10 260	12 715	12 915	12 755	13 446	12 542
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	32 367	23 868	25 102 p	1 612	2 161	2 549	2 611	2 626	2 529	2 512
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	419 655	336 080	252 351 p	16 678	18 090	22 515	20 343	22 195	21 904	20 324
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	173 681	193 817	154 319 p	4 026	3 702	3 559	3 187	4 777	4 654	5 207
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	147 639	150 794	123 498 p	3 083	2 812	4 409	3 332	3 832	3 911	4 482
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	340 781	398 373	312 124 p	8 231	7 693	7 211	6 641	9 851	9 293	10 226
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte)¹⁾²⁾	1980=100	111,8	120,9	123,4	107,6r	113,5r	128,9	112,7r	115,0r	115,1r	101,2
davon mit:											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	1980=100	120,6	120,6	117,4	95,9	111,2	144,1r	113,0r	107,4r	100,7r	101,6
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	1980=100	120,2	154,7	159,9	144,5	138,8	152,0	130,6r	133,1r	112,1r	102,7
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	1980=100	126,6	151,9	156,9	149,7	139,9	151,2	134,1r	137,9r	135,8r	118,9
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	1980=100	109,5	112,6	112,6	88,0	87,0r	90,3	79,9r	72,7r	69,1r	62,8
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	1980=100	108,6	123,9	132,6	114,8	115,5	133,8	112,5	125,1r	118,1r	95,0
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	1980=100	107,3	106,6	100,5	66,7	82,7r	116,7	104,4r	115,5r	132,2r	108,1
Altmaterial, Reststoffen	1980=100	98,4	136,6	133,8	106,3r	101,3r	113,1r	89,4r	97,5r	90,3r	69,8
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	111,2	119,9	121,5	111,3r	118,1r	129,3r	128,9r	125,0r	127,4r	110,8
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980=100	107,5	126,9	132,8	133,8r	135,2r	130,1r	100,7r	106,4r	128,3r	126,9
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	1980=100	110,6	123,4	126,2r	117,4r	121,6r	135,8r	116,4	120,8r	122,6r	109,4
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	1980=100	110,9	138,5	139,2	124,4	127,4	136,6r	120,6r	127,4r	137,1r	117,0
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	1980=100	116,5	125,9	134,5r	127,2	141,4r	166,1r	138,5	150,6r	149,0	123,6
pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen	1980=100	120,4	130,3	139,3r	142,2r	142,7r	154,6r	139,5r	145,9r	149,1r	129,1
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.ä. S.	1980=100	111,9	121,6	130,7r	119,8	126,7r	132,1	113,7r	123,9r	127,1r	118,3
Binnengroßhandel	1980=100	108,7	119,7	122,7	106,9	112,4	130,1r	114,0r	116,7r	117,3r	103,8
Produktionsverbundhandel	1980=100	108,9	121,1	123,5r	104,9r	110,3r	129,2	112,0r	115,1r	114,1r	99,9
Konsumtionsverbundhandel	1980=100	108,3	117,0	120,8r	110,8r	116,4r	132,0r	117,9r	119,8r	123,5r	111,4
Außenhandel	1980=100	110,6	124,3	125,4r	109,8	116,9r	125,3r	109,0r	110,3r	109,0r	93,9
dar.: Einfuhrhandel	1980=100	112,6	126,4	125,0	114,3r	122,3r	131,2	113,2	112,4r	108,2r	97,6
Ausfuhrhandel	1980=100	97,3	109,8	111,9r	88,2	96,1	106,2r	93,3r	96,6r	97,0r	81,0
Streckengroßhandel	1980=100	112,0	120,4	120,7	102,1	105,1	116,0	102,6r	105,5r	100,1r	88,0
Lagergroßhandel	1980=100	108,1	121,1	124,4r	109,9	117,0r	134,2	116,8r	118,9r	121,2r	106,6
Einzelhandel (Umsatzwerte)²⁾	1980=100	108,4	111,3	114,0	99,9r	115,6r	123,2r	117,6	110,9r	116,1	104,5 p
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	114,7	117,2	119,0r	108,7	120,7r	121,7	126,6	120,0r	124,3	117,8 p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980=100	101,9	104,6	108,5	75,6	106,4	117,3	113,2	94,0r	100,9	90,9 p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	1980=100	103,0	105,8	103,6	87,8	102,3	110,0r	98,5r	99,5r	106,6	92,1 p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	1980=100	107,6	109,7	111,8	97,7r	102,4	109,1r	97,3r	96,8	101,5	96,9 p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1980=100	108,6	111,4	115,3	105,2	106,7r	116,8r	98,8r	102,5r	112,1	111,5 p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	1980=100	113,2	119,1	124,6	122,3	127,4	129,3r	125,4	126,4	132,5	123,5 p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agentur tankst.)	1980=100	116,8	124,3	122,7	102,4r	105,7r	116,5r	113,0r	109,9r	109,3	99,9 p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	1980=100	114,5	117,5	121,5	116,5	148,9r	170,6r	144,7	148,2r	149,6	112,8 p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1980=100	102,8	105,3	108,4r	93,8r	103,5r	111,0r	105,7r	95,5	102,0	94,0 p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Versandhandelsunternehmen	1980=100	95,3	98,1	98,3	91,9	106,1	113,0	86,3	79,2	74,3	80,5 p
Warenhäuser	1980=100	94,3	91,5	92,1	73,5	82,3	87,1	88,1	78,9	97,0	82,2 p
SB-Warenhäuser	1980=100	114,2	118,8	122,7r	110,3r	124,9	127,1	130,5	121,9r	129,2 p	...
Verbrauchermärkte	1980=100	149,6	168,2	190,2	189,1	216,4	210,4	223,1	204,7	219,2 p	...
Supermärkte	1980=100	122,2	126,3	130,5	120,4	133,4	134,0	140,0	131,4	136,2 p	...
Gastgewerbe (Umsatzwerte)²⁾	1980=100	107,1	109,8	111,7r	93,5r	106,0r	109,8r	127,2r	118,3r	122,6 p	...
Beherbergungsgewerbe	1980=100	109,1	114,9	119,3	93,7	108,5	115,1	142,3r	136,5r	138,8 p	...
Gaststättengewerbe	1980=100	105,9	107,1	107,5r	92,0r	104,2r	105,9	120,5r	108,8r	114,8 p	...
Kantinen	1980=100	109,9	110,3	116,1	114,7	113,5r	126,8	109,7r	119,8r	115,2 p	...
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslands Grenzen der Bundesrepublik Deutschland³⁾	1 000	421 659	424 389	422 256	27 918	33 529	33 190	38 573	39 395	46 269	49 397
Einreisen über die Grenze zur DDR ⁴⁾	1 000	14 386	15 614	16 637	758	1 496	1 257	1 954	1 556	1 934	1 877
Ausreisen über die Grenze zur DDR ⁴⁾	1 000	14 512	15 855	17 162	727	1 510	1 266	1 974	1 515	1 654	2 047
Ankünfte ⁵⁾	1 000	51 996	57 180	58 678	3 550	4 163	4 623	6 066	5 915
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	9 830	11 942	12 686	699	782	904	1 148	1 242
Übernachtungen ⁵⁾	1 000	190 839	207 953	213 082	12 378	14 984	15 037	21 125	22 154
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	21 599	26 152	28 079	1 758	1 737	1 968	2 550	2 647
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	Mill. DM	32 839	35 089	37 648	3 021	2 987	3 287	2 877	3 060	3 170	2 798
Lieferungen nach Berlin (West)	Mill. DM	25 408	26 090	27 687	2 218	2 245	2 442	2 116	2 220	2 211	1 983
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	Mill. DM	6 947	6 408	7 903	553	607	629	534	529	664	536
Bezüge des Bundesgebietes	Mill. DM	6 878	7 744	7 636	540	550	567	552	519	562	513

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) In jeweiligen Preisen - 3) Einschl. Durchreisen - 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West). - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1982	1983	1984	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	April 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86	
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	+ 24,6	- 17,1	- 14,7p	+ 4,7	+ 15,0	+ 3,5	+ 10,6	- 5,9	+ 9,6	- 1,5	- 10,4
Rauminhalt	+ 22,6	- 21,3	- 21,6p	+ 5,1	+ 7,1	+ 4,7	+ 3,1	- 10,1	+ 9,0	- 1,5	- 9,6
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 26,6	- 19,7	- 21,7p	- 5,2	+ 5,3	- 5,0	+ 3,3	- 9,8	+ 8,6	- 1,3	- 8,8
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 21,3	- 22,0	- 0,2p	+ 3,1	+ 3,9	- 5,1	- 2,2	+ 4,5	+ 0,2	+ 8,0	- 11,3
Rauminhalt	+ 15,1	- 26,1	+ 7,1p	+ 2,1	+ 30,8	- 6,0	+ 13,4	+ 1,6	- 1,2	+ 5,4	- 6,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 14,6	- 26,3	+ 5,2p	+ 26,4	+ 37,1	- 10,7	+ 9,5	+ 2,4	+ 0,6	- 3,7	- 0,7
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 25,3	- 19,9	- 24,9p	- 12,4	+ 1,3	- 11,9	- 3,2	- 9,6	+ 9,1	- 1,3	- 7,2
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 6,0	+ 11,6	- 3,3p	- 36,8	- 14,7	- 31,4	- 18,3	- 10,5	+ 49,9	- 2,6	+ 11,9
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 8,0	+ 2,1	+ 3,3p	- 11,3	+ 16,3	- 21,6	+ 12,4	- 24,4	+ 15,0	+ 2,1	+ 14,6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 1,8	+ 16,9	- 7,1p	- 37,8	- 18,4	- 35,6	- 20,1	- 7,9	+ 48,3	- 5,7	+ 10,0
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte) 1) 2)	+ 3,8	+ 8,1	+ 2,1	- 11,3	- 3,5r	- 8,8r	- 15,1	- 12,6r	+ 2,0r	+ 0,1r	- 12,1
davon mit:											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	+ 7,9	0,0	- 2,7	- 12,4r	- 1,7r	- 6,7r	- 15,9	- 21,6r	- 5,0r	- 6,2r	+ 0,8
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	+ 10,4	+ 28,7	+ 3,4	- 30,2r	- 19,5r	- 28,6r	- 18,6	- 14,1	+ 1,9r	- 15,8r	- 8,4
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 16,7	+ 20,0	+ 3,3	- 20,6	- 14,1r	- 14,8r	- 14,8	- 11,3r	+ 2,8	- 1,5r	- 12,5
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	- 4,4	+ 2,8	0,0	- 29,7r	- 32,7r	- 41,9r	- 48,2	- 11,5r	- 9,0r	- 5,0r	- 9,0
Erzen, Stahl, NE-Metalle usw.	- 1,8	+ 14,1	+ 7,0	- 19,9	- 11,0r	- 16,1r	- 23,3	- 15,9	+ 11,2r	- 5,8r	- 19,6
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 8,3	+ 5,2	- 5,7	- 5,1r	+ 9,8r	+ 10,3r	- 2,6	- 10,5r	+ 10,6r	+ 14,5r	- 18,2
Altmateriale, Reststoffen	+ 8,0	+ 38,0	- 2,0	- 38,5r	- 28,0r	- 31,4r	- 41,8	- 21,0r	+ 9,1	- 7,4r	- 22,7
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 3,4	+ 7,8	+ 1,3	- 1,6r	+ 7,0r	+ 3,4r	- 2,9	- 1,9	- 1,5r	+ 1,9r	- 13,1
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 8,1	+ 18,0	+ 4,6	- 3,2r	+ 8,0r	0,0r	- 8,8	- 22,6r	+ 5,7r	+ 20,6r	- 1,0
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	+ 8,0	+ 11,6	+ 2,3r	- 4,8r	+ 4,1r	- 0,5r	- 2,1	- 14,3	+ 3,8r	+ 1,5r	- 10,8
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	+ 11,7	+ 24,9	+ 0,5	- 9,8r	- 4,0r	+ 2,0r	- 0,5	- 11,7r	+ 5,6	+ 7,8r	- 14,7
Fahrzeugen, Maschinen, pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen	+ 10,5	+ 8,1	+ 6,8r	+ 2,7	+ 15,0r	+ 5,9r	+ 5,1	- 16,6	+ 8,7r	- 1,1r	- 17,1
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.a. S.	+ 5,6	+ 8,7	+ 7,5r	- 10,5r	+ 1,7r	- 2,5r	- 1,1	- 13,9r	+ 9,0r	+ 2,6r	- 6,9
Binnengroßhandel	+ 0,9	+ 10,1	+ 2,5	- 10,0r	- 1,6r	- 7,4r	- 13,3	- 12,4	+ 2,4r	+ 0,5r	- 11,5
Produktionsverbindungshandel	+ 1,5	+ 11,2	+ 2,0r	- 12,8r	- 5,2r	- 10,9r	- 18,8	- 13,3r	+ 2,8r	- 0,9r	- 12,4
Konsumtionsverbindungshandel	- 0,2	+ 8,0	+ 3,2r	- 4,6r	+ 6,1r	- 0,2r	- 1,3	- 10,7r	+ 1,6r	+ 3,1r	- 9,8
Außenhandel	+ 5,5	+ 12,4	+ 0,9r	- 15,3r	- 8,9r	- 12,6r	- 20,4	- 13,0	+ 1,2r	- 1,2r	- 13,9
dar.: Einfuhrhandel	+ 7,5	+ 12,3	- 1,1	- 10,6	- 5,7r	- 12,5r	- 17,5	- 13,7	- 0,7r	- 3,7r	- 9,8
Ausfuhrhandel	- 0,6	+ 12,8	+ 1,9r	- 18,8r	- 16,1	- 18,1	- 19,1	- 12,1	+ 3,5r	+ 0,4	- 16,5
Streckengroßhandel	+ 0,4	+ 7,5	+ 0,2	- 18,1r	- 13,8r	- 18,9r	- 26,9	- 11,6r	+ 2,8r	- 5,1r	- 12,1
Legergroßhandel	+ 3,0	+ 12,0	+ 2,7r	- 8,6	+ 0,8r	- 4,8r	- 10,3	- 13,0r	+ 1,8r	+ 1,9r	- 12,0
Einzelhandel (Umsatzwerte) 2)	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 5,8	+ 1,2	- 2,3p	- 4,5	- 5,7r	+ 4,7	- 10,0
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,5r	+ 2,8	+ 3,7	+ 3,3	- 0,9p	+ 4,0	- 5,2r	+ 3,6	- 5,2p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,7r	+ 4,6	+ 7,8	+ 0,9	+ 3,2p	- 3,5	- 17,0	+ 7,3	- 9,9p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	+ 4,6	+ 2,7	- 2,1r	- 4,0r	+ 8,3	+ 6,8	- 0,8p	- 10,5r	+ 1,0r	+ 7,1	- 13,6p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 3,4r	+ 9,4	+ 1,4	- 0,9p	- 10,8r	- 0,5r	+ 4,9	- 4,5p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,5	- 2,2r	+ 6,8r	+ 1,2	+ 1,7p	- 15,4r	+ 3,7r	+ 9,4	- 0,5p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	+ 5,7	+ 5,2	+ 4,6	+ 0,8r	+ 6,1	+ 3,7	+ 2,5p	- 3,0r	+ 0,8	+ 4,8	- 6,8p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	- 2,7	+ 6,4	- 1,3	- 14,6r	- 9,7	- 18,1	- 23,3p	- 3,0r	- 2,7	- 0,5	- 8,6p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	+ 12,1	+ 2,6	+ 3,4	+ 8,5	+ 19,1	+ 8,2	+ 8,4p	- 15,2r	+ 2,4	+ 0,9	- 24,6p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+ 1,2	+ 2,4	+ 2,9r	+ 2,0r	- 0,8	- 6,1	- 11,9p	- 4,8r	- 9,6r	+ 6,8	- 7,8p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Versandhandelsunternehmen	- 2,5	+ 2,9	+ 0,2	- 2,2	+ 10,2	+ 7,4	- 1,2p	- 23,6	- 8,2	- 6,2	+ 8,3p
Warenhäuser	+ 1,1	- 3,0	+ 0,7	+ 8,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,3p	+ 1,1	- 10,4	+ 22,9	- 15,3p
SB-Warenhäuser	+ 9,5	+ 4,0	+ 3,3r	+ 4,5	+ 7,4	+ 5,3	...	+ 2,7	- 6,6r	+ 6,0	...
Verbrauchermärkte	+ 8,6	+ 12,4	+ 13,1	+ 14,8	+ 14,0	+ 14,3	...	+ 6,0r	- 8,2	+ 7,1	...
Supermärkte	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,3r	+ 3,7r	+ 4,0	+ 4,0	...	+ 4,5	- 6,1r	+ 3,7	...
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 2)	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,7r	+ 2,7r	- 2,3	+ 1,6	...	+ 15,8	- 7,0r	+ 3,6	...
Beherbergungsgewerbe	+ 3,0	+ 5,3	+ 3,8	+ 4,6	- 1,4	+ 1,7	...	+ 23,6r	- 4,1r	+ 1,7	...
Gaststättengewerbe	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,4r	+ 2,1r	- 3,6	+ 1,6	...	+ 13,8r	- 9,7r	+ 5,5	...
Kantinen	+ 0,7	+ 0,4	+ 5,3r	- 6,4r	+ 8,8	+ 0,6	...	- 13,5r	+ 9,2r	- 3,8	...
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland 3)	- 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 4,4	+ 0,7	+ 2,4	+ 3,8	+ 16,2	+ 2,1	+ 17,4	+ 6,8
Einreisen über die Grenze zur DDR 4)	+ 3,0	+ 8,5	+ 6,5	+ 7,3	- 4,1	+ 8,1	- 0,7	+ 55,5	- 20,4	+ 24,2	- 2,9
Ausreisen über die Grenze zur DDR 4)	+ 2,8	+ 9,3	+ 8,2	+ 7,2	- 7,9	+ 4,6	- 3,8	+ 55,9	- 23,3	+ 9,2	+ 23,8
Ankünfte 5)	+ 1,3	+ 3,4	+ 2,7	+ 1,4	- 2,3	+ 31,2	- 2,5
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,9	+ 10,5	+ 6,3	- 6,3	- 13,7	+ 27,0	+ 8,2
Übernachtungen 5)	- 2,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 4,4	- 3,5	+ 40,5	+ 4,9
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,5	+ 9,9	+ 7,5	± 0,0	- 11,8	+ 29,6	+ 3,8
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	+ 6,7	+ 6,8	+ 7,3	- 4,8	+ 1,5	- 5,3	- 3,1	- 12,5	+ 6,3	+ 3,6	- 11,7
Lieferungen nach Berlin (West)	+ 7,4	+ 2,7	+ 9,9	- 8,1	+ 4,2	- 5,1	- 2,8	- 13,3	+ 4,9	- 0,4	- 10,3
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	+ 8,8	- 7,8	+ 21,4	- 14,8	- 11,6	- 4,7	- 30,5	- 15,1	- 0,9	+ 25,4	- 19,3
Bezüge des Bundesgebietes	+ 3,6	+ 12,6	- 1,4	- 11,3	- 13,5	- 13,4	- 16,9	- 2,7	- 6,1	- 8,4	- 8,8

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) In jeweiligen Preisen. - 3) Einschl. Durchreisen. - 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West). - 5) In allen Beherbergungsgaststätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	390 192	434 257	463 811	35 920	35 285	39 940	32 571	34 470	34 528	27 975
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	50 475	54 605	57 953	4 483	4 541	5 161	4 771	4 562	4 259	3 977
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	333 780	372 970	398 283	30 818	30 261	33 866	27 180	29 089	29 596	23 537
Rohstoffe	Mill. DM	52 203	58 237	57 456	3 219	3 050	2 820	2 595	2 278	2 217	2 018
Halbwaren	Mill. DM	73 144	81 403	86 794	6 191	5 804	6 233	5 076	5 154	4 503	3 740
Fertigwaren	Mill. DM	208 433	233 330	254 034	21 408	21 407	24 814	19 509	21 656	22 875	17 780
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	304 711	337 775	365 521	29 236	29 148	33 203	26 763	28 608	28 571	22 474
dar: EG-Länder	Mill. DM	198 943	217 269	235 664	19 192	18 879	21 175	17 258	18 231	18 196	13 893
Entwicklungsländer	Mill. DM	63 069	69 816	71 698	4 750	4 278	4 676	4 245	4 059	4 171	4 004
Staatshandelsländer	Mill. DM	22 157	26 432	26 310	1 920	1 835	2 044	1 544	1 782	1 764	1 461
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	432 281	488 223	537 164	42 755	43 726	49 989	40 632	44 395	45 417	36 117
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23 624	26 673	28 025	2 238	2 200	2 504	2 020	2 204	2 281	2 038
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	405 729	458 342	505 812	40 269	41 244	47 182	38 350	41 914	42 841	33 785
Rohstoffe	Mill. DM	7 203	8 299	8 565	615	573	707	590	616	601	506
Halbwaren	Mill. DM	34 328	40 172	41 038	2 650	2 683	2 993	2 516	2 692	2 383	1 988
Fertigwaren	Mill. DM	364 198	409 872	456 209	37 005	37 988	43 461	35 243	38 605	39 857	31 291
Ländergruppen (Verbrauchsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	341 307	395 898	441 278	36 177	36 957	42 113	34 481	37 745	37 885	29 763
dar: EG-Länder	Mill. DM	217 877	243 639	257 265	22 134	22 885	25 569	20 681	23 077	22 481	17 020
Entwicklungsländer	Mill. DM	66 976	67 484	66 366	4 525	4 613	5 385	4 076	4 476	4 946	4 367
Staatshandelsländer	Mill. DM	22 605	23 325	27 883	1 929	2 058	2 407	1 999	2 095	2 492	1 919
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+42 089	+53 966	+73 353	+6 835	+8 441	+10 049	+8 061	+9 925	+10 889	+8 141
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	1980=100	114,3	127,2	135,9	126,3	124,0	140,4	114,5	121,2	121,4	98,3
Ausfuhr	1980=100	123,4	139,4	153,3	146,5	149,8	171,2	139,2	152,1	155,6	123,7
Index des Volumens											
Einfuhr	1980=100	100,1	105,3	109,7	112,4	113,7	130,9	112,0	118,2	120,1	99,8
Ausfuhr	1980=100	109,8	119,8	126,9	123,7	126,9	145,2	119,2	130,8	132,9	106,9
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	1980=100	114,1	120,8	123,9	112,3	109,1	107,2	102,2	102,5	101,0	98,5
Ausfuhr	1980=100	112,4	116,3	120,8	118,4	118,1	117,9	116,8	116,3	117,0	115,7
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	1980=100	98,5	96,3	97,5	105,4	108,2	110,0	114,3	113,5	115,8	117,5
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 147,3	1 086,1	1 104,4	96,7	84,7	91,2	89,3	89,7
Straßenverkehr	Mill.	6 306,4	5 948,2	5 808,9
Luftverkehr	Mill.	35,9	38,6	41,7	2,6	3,3	3,4	3,8
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1000 t	310 021	329 780	334 613	25 007	26 280	28 954	25 171	26 335
Straßenverkehr	1000 t	354 535	366 502	380 512	28 613	29 941	36 123	33 565
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1000 t	223 936	236 478	222 408	14 477	17 026	22 768	21 283
Binnenschifffahrt	1000 t	126 275	132 307	138 979	10 398p	11 437p	11 610p	11 485p	11 137p	11 595p	11 220p
Seeschifffahrt	1000 t	619	676	741	65	75	70	65
Luftverkehr	1000 t	55 229	57 770	56 790	4 330	4 963	4 894	5 166	4 797	5 270	...
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1000 t
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1000	2 847,5	2 739,2	2 671,0	210,1	306,8	351,8	280,2	278,5	263,4	200,3
dar: Personenkraftwagen	1000	2 426,8	2 393,9	2 379,3	195,9	272,9	310,6	247,8	249,0	238,7	182,9
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1000	6 123,3	6 236,0	6 256,8	459,7	633,8	727,7	600,9	595,0	618,4	...
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	374 107	359 485	327 745	16 334	21 854	26 476	35 161	34 908	33 503	...
Getötete	Anzahl	11 732	10 199	8 400	453	610	632	816	825	774	...
Schwerverletzte	Anzahl	145 090	132 514	115 533	5 519	7 615	9 230	12 423	12 277	11 556	...
Leichtverletzte	Anzahl	344 120	333 519	308 562	15 913	21 089	24 906	33 035	32 808	31 829	...
Unfälle mit nur Sachschaden	1000	1 318,0	1 421,3	1 512,6	124,3	118,3	126,8	132,0	126,2	123,9	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	Mrd. DM	96,4	99,8	104,2p	102,8	104,2	104,6	105,5	105,4	108,1	108,3p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	Mrd. DM	84,0	84,1	86,0	88,8	87,5	86,0	83,4	84,3	86,1	88,2p
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	85,5	96,3	105,3	98,3	105,7	102,7	92,1	106,2	99,3	92,6p
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 808,5	1 915,6	2 014,0p	2 033,3	2 040,2	2 045,8	2 051,8	2 066,9	2 072,9	2 075,9p
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 380,5	1 468,8	1 548,2p	1 571,0	1 579,2	1 582,8	1 589,7	1 606,2	1 608,5	1 612,2p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar: Spareinlagen	Mrd. DM	427,9	446,8	465,8	465,8	461,0r	483,0	482,5	460,7	464,4	483,7p
	Mrd. DM	1 368,1	1 454,6	1 551,2p	1 583,0	1 579,1	1 584,7	1 595,3	1 606,7	1 609,1	1 623,5p
	Mrd. DM	548,4	568,8	601,6p	626,2	628,3	630,6	631,8	633,3	632,4	635,4p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1000	2 174,0	2 351,3	2 441,1	192,0	253,2	186,5	175,3	176,4	177,3	163,2
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	125 374	124 850	122 854	120 566	120 088	119 811	118 996	118 497	117 223	116 590
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	Mrd. DM	138 979	145 039	145 816	144 888	145 682	145 617	144 567	145 777	144 517	144 133

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse – 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1982	1983	1984	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	April 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 3,6	+ 11,3	+ 6,8	- 17,4	- 5,8	- 16,0	- 21,5	- 18,5	+ 5,8	+ 0,2	- 19,0
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 1,6	+ 8,2	+ 6,1	- 11,8	+ 2,0	- 14,4	- 7,6	- 7,6	- 4,4	- 6,6	- 6,6
Gewerbliche Wirtschaft	+ 3,8	+ 11,7	+ 6,8	- 18,6	- 7,4	- 16,5	- 23,6	- 19,7	+ 7,0	+ 1,7	- 20,5
Rohstoffe	- 12,0	+ 11,6	- 1,3	- 48,2	- 53,7	- 52,5	- 52,0	- 8,0	- 12,2	- 2,7	- 9,0
Halbwaren	+ 4,8	+ 11,3	+ 6,6	- 33,1	- 27,3	- 41,3	- 50,4	- 18,6	+ 1,5	- 12,6	- 17,0
Fertigwaren	+ 8,3	+ 11,9	+ 8,9	- 6,3	+ 11,6	- 1,1	- 6,8	- 21,4	+ 11,0	+ 5,6	- 22,3
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 6,4	+ 10,9	+ 8,2	- 13,2	- 0,5	- 11,1	- 16,8	- 19,4	+ 6,9	- 0,1	- 21,3
dar. EG-Länder	+ 6,0	+ 9,2	+ 8,5	- 12,4	- 1,6	- 12,7	- 20,0	- 18,5	+ 5,6	- 0,2	- 23,6
Entwicklungsländer	- 7,8	+ 10,7	+ 2,7	- 30,7	- 29,7	- 34,7	- 37,5	- 9,2	- 4,4	+ 2,8	- 4,0
Staatshandelsländer	+ 3,7	+ 19,3	- 0,5	- 36,4	- 13,2	- 31,3	- 32,6	- 24,5	+ 15,4	- 1,0	- 17,2
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 1,1	+ 12,9	+ 10,0	- 13,5	+ 5,4	- 5,2	- 7,3	- 18,7	+ 9,3	+ 2,3	- 20,5
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	- 1,0	+ 12,9	+ 5,1	- 19,2	+ 1,3	- 4,7	- 4,5	- 19,3	+ 9,1	+ 3,5	- 10,7
Gewerbliche Wirtschaft	+ 1,2	+ 13,0	+ 10,4	- 13,2	+ 5,6	- 5,2	- 7,7	- 18,7	+ 9,3	+ 2,2	- 21,1
Rohstoffe	- 0,2	+ 15,2	+ 3,2	- 23,7	- 17,8	- 19,9	- 18,1	- 16,5	+ 4,4	- 2,5	- 15,8
Halbwaren	+ 0,3	+ 17,0	+ 2,2	- 33,7	- 16,8	- 35,8	- 33,2	- 15,9	+ 7,0	- 11,5	- 16,6
Fertigwaren	+ 1,3	+ 12,5	+ 11,3	- 11,0	+ 8,1	- 2,1	- 5,2	- 18,9	+ 9,5	+ 3,2	- 21,5
Ländergruppen (Verbrauchsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 2,5	+ 16,0	+ 11,5	- 10,9	+ 8,7	- 1,8	- 4,4	- 18,1	+ 9,5	+ 0,4	- 21,4
dar. EG-Länder	+ 0,8	+ 11,9	+ 9,7	- 12,1	+ 8,8	- 1,6	- 5,3	- 19,1	+ 11,6	- 2,6	- 24,3
Entwicklungsländer	- 7,6	+ 0,8	- 1,7	- 26,8	- 12,3	- 20,3	- 19,2	- 24,3	+ 9,8	+ 10,5	- 11,7
Staatshandelsländer	+ 10,2	+ 3,2	+ 19,5	- 20,8	- 3,8	- 15,4	- 17,0	- 17,0	+ 4,8	+ 18,9	- 23,0
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	- 17,9	+ 28,2	+ 35,9	+ 7,2	+ 79,6	+ 60,8	+ 142,7	- 19,8	+ 23,1	+ 9,7	- 25,2
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	+ 3,6	+ 11,3	+ 6,8	- 17,4	- 5,8	- 16,0	- 21,5	- 18,4	+ 5,9	+ 0,2	- 19,0
Ausfuhr	+ 1,1	+ 13,0	+ 10,0	- 13,4	+ 5,4	- 5,1	- 7,3	- 18,7	+ 9,3	+ 2,3	- 20,5
Index des Volumens											
Einfuhr	+ 3,9	+ 5,2	+ 4,2	+ 2,0	+ 15,2	+ 2,7	- 2,9	- 14,4	+ 5,5	+ 1,6	- 16,9
Ausfuhr	- 0,3	+ 9,1	+ 5,9	- 9,6	+ 10,0	- 0,7	- 3,0	- 17,9	+ 9,7	+ 1,6	- 19,6
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	- 0,3	+ 5,9	+ 2,6	- 19,0	- 18,3	- 18,3	- 19,1	- 4,7	+ 0,3	- 1,5	- 2,5
Ausfuhr	+ 1,4	+ 3,5	+ 3,9	- 4,2	- 4,1	- 4,6	- 4,5	- 0,9	- 0,4	+ 0,6	- 1,1
Austauschverhältnis (Terms of Trade)											
	+ 1,7	- 2,2	+ 1,2	+ 18,3	+ 17,4	+ 16,7	+ 18,1	+ 3,9	- 0,7	+ 2,0	+ 1,5
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	+ 1,7	- 5,3	+ 1,7	+ 1,1	+ 4,0	- 2,1	+ 0,4
Straßenverkehr	- 3,7	- 5,7	- 2,3
Luftverkehr	+ 2,5	+ 7,7	+ 8,0	- 1,7	+ 12,4
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	- 2,5	+ 6,4	- 1,5	- 10,1	- 1,4	- 13,1	+ 4,6
Straßenverkehr
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	+ 5,5	+ 3,4	+ 3,8	- 0,6	- 7,1
Binnenschifffahrt	+ 0,9	+ 5,6	- 6,0	+ 1,9	- 6,6
Seeschifffahrt	- 7,9	+ 4,8	+ 5,0	- 2,5p	- 3,3p	+ 2,9p	...	- 1,1p	- 3,0p	+ 4,1p	- 3,2
Luftverkehr	+ 5,6	+ 9,2	+ 9,6	+ 11,4	- 7,2
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	- 3,1	+ 4,6	- 1,7	+ 8,8	+ 3,1	+ 11,0	...	+ 5,6	- 7,1	+ 9,9	...
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 10,5	- 3,8	- 2,5	+ 7,6	+ 21,8	+ 3,5	+ 15,7	- 20,4	- 0,6	- 5,4	- 23,9
dar. Personenkraftwagen	+ 12,6	- 1,4	- 0,6	+ 9,0	+ 24,4	+ 5,8	+ 22,0	- 20,2	+ 0,5	- 4,1	- 23,4
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 7,7	+ 1,8	+ 0,3	+ 3,7	+ 15,6	+ 2,6	...	- 17,4	- 1,0	+ 3,9	...
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	+ 4,3	- 3,9	- 8,8	+ 5,7r	+ 6,6	- 4,6	...	+ 32,8r	- 0,7	- 4,0	...
Getötete	+ 1,1	- 0,5	- 17,6	- 5,6r	+ 7,0	- 8,5	...	+ 29,1r	+ 1,1	- 6,2	...
Schwerverletzte	+ 4,6	- 8,7	- 12,8	+ 3,7	+ 6,6	- 5,2	...	+ 34,6	- 1,2	- 5,9	...
Leichtverletzte	+ 4,8	- 3,1	- 8,1	+ 8,9	+ 6,8	- 2,9	...	+ 32,6	- 0,7	- 3,0	...
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 3,6	+ 7,8	+ 6,4	+ 9,3r	+ 3,5	+ 6,7	...	+ 4,1r	- 4,4	- 1,8	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf											
	+ 8,8	+ 3,5	+ 4,4	+ 5,9	+ 5,7	+ 7,7	+ 7,5p	+ 0,9	- 0,1	+ 2,6	+ 0,2p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	- 3,3	+ 0,1	+ 2,3	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,2	+ 5,0p	- 3,0	+ 1,1	+ 2,1	+ 2,4p
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 14,2	+ 12,6	+ 9,4	- 5,4	+ 2,3	- 7,8	- 8,7p	- 10,2	+ 15,4	- 6,5	- 6,7p
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	+ 6,5	+ 5,9	+ 5,1	+ 5,7	+ 5,6	+ 5,9	+ 5,9p	+ 0,3p	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1p
an öffentliche Haushalte	+ 7,1	+ 6,4	+ 5,4	+ 6,9	+ 6,9	+ 7,2	+ 7,2p	+ 0,4p	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,2p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,2	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,7p	- 0,1p	- 0,4	+ 0,8	- 0,2p
	+ 5,9	+ 6,3	+ 6,6	+ 9,4	+ 9,7	+ 9,8	+ 10,2p	+ 0,7p	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9p
	+ 5,8	+ 3,7	+ 5,8	+ 10,7	+ 10,9	+ 11,1	+ 11,4p	+ 0,2p	+ 0,2	- 0,1	+ 0,5p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	+ 6,3	+ 8,2	+ 3,8	+ 4,0	+ 8,8	+ 3,7	+ 1,7	- 6,0	+ 0,6	+ 0,5	- 7,9
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 3,7	- 0,4	- 1,8	- 1,6	- 1,7	- 2,0	- 2,1	- 0,7	- 0,4	- 1,8	- 0,5
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	+ 4,5	+ 4,4	+ 0,5	- 1,1	- 0,2	- 1,6	- 1,7	- 0,7	+ 0,8	- 0,9	- 0,3

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mill. DM	226 655	227 394	261 153	29 233	21 651	28 112	13 635	13 646	25 023	17 117
Festverzinsliche Wertpapiere	Mill. DM	4 280	2 992	3 769	585	360	847	394	234	177	309
Aktien (Nominalwert)	%	8,09)	7,89)	6,99)	6,3	6,0	5,6	5,9	6,0	6,0	5,8
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	1980=100	135,29)	153,69)	209,29)	287,9	299,3	321,7	296,2	288,6	272,2	296,0
Index der Aktienkurse dar. Publikumsgesellschaften	1980=100	135,39)	151,69)	207,49)	291,0	303,6	325,8	298,1	291,2	273,3	298,4
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	1000	1 014,9)	859,9)	836,9)	1 058	999	819	736	690	722	...
Arbeitslosenhilfe	1000	485,9)	598,9)	617,9)	656	659	635	616	597	581	...
Unterhaltsgeld 1)	1000	130,9)	131,9)	135,9)	151	155	154	155	155	139	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit dar. Beiträge	Mill. DM	2 586,69)	2 733,79)	2 670,39)	2 328,4	2 208,0	2 680,1	2 687,2	2 552,7	2 744,2	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit dar. Arbeitslosengeld	Mill. DM	2 389,39)	2 537,29)	2 457,69)	2 188,9	2 063,9	2 234,4	2 295,5	2 402,5	2 529,1	...
Gesetzliche Krankenversicherung	Mill. DM	2 720,39)	2 470,49)	2 478,19)	2 910,6	3 145,2	3 192,8	2 531,2	2 349,3	2 537,7	...
Mitglieder insgesamt	1000	1 425,39)	1 178,69)	1 173,89)	1 507,1	1 508,5	1 394,6	1 158,3	997,0	1 031,5	...
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	1000	35 806,9)	36 014,9)	36 201,9)	36 333	36 346	36 293	36 288	36 295
Rentner	1000	20 776,9)	20 886,9)	21 094,9)	21 241	21 247	21 227	21 223	21 223
	1000	10 460,9)	10 568,9)	10 622,9)	10 641	10 645	10 645	10 648	10 652
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern (gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾	Mill. DM	342 715	357 471	375 638	27 813	36 878	24 942	26 224	40 987	28 837	28 433 p
dar.: Lohnsteuer	Mill. DM	291 419	305 104	324 067	22 614	33 473	19 252	20 670	37 622	23 520	22 857 p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	128 889	136 350	147 630	10 412	9 881	11 086	11 034	12 401	13 941	12 717 p
Körperschaftsteuer	Mill. DM	28 275	26 388	28 568	879	7 403	- 1 152	- 860	7 284	- 655	- 446 p
Umsatzsteuer	Mill. DM	23 675	26 312	31 836	- 123	7 749	45	564	7 825	- 28	- 79 p
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	59 190	55 500	51 428	6 541	3 569	3 307	4 781	5 082	4 408	5 078 p
Bundessteuern	Mill. DM	46 681	54 983	58 397	4 752	4 475	4 609	4 654	4 258	4 441	4 431 p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	52 115	54 059	55 036	4 692	4 377	4 558	4 455	4 712	4 698	4 744 p
dar.: Zölle	Mill. DM	48 879	50 664	51 164	3 841	4 023	4 236	4 090	4 458	4 427	4 306 p
Tabaksteuer	Mill. DM	4 746	5 332	5 412	401	406	450	430	419	424	426 p
Branntweinabgaben	Mill. DM	13 881	14 429	14 452	818	1 232	1 180	1 204	1 096	1 259	1 219 p
Mineralölsteuer	Mill. DM	4 277	4 238	4 153	428	459	351	276	320	327	277 p
Landessteuern	Mill. DM	23 338	24 033	24 521	1 906	1 676	2 041	1 966	2 413	2 215	2 170 p
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	18 377	18 581	18 475	2 124	1 613	1 824	2 347	1 602	1 783	2 363 p
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	4 992	4 492	4 287	896	102	45	905	100	59	941 p
Biersteuer	Mill. DM	6 984	7 284	7 350	587	706	1 167	852	935	1 001	809 p
	Mill. DM	1 296	1 255	1 254	89	72	94	113	120	113	130 p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	Mill. DM	4 377	4 135	4 491	77	7	800	278	3	849	310 p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁶⁾	Mill. DM	-23 575	-24 408	-26 430	- 1 694	- 2 593	- 1 490	- 1 526	-2 953	-1 993	-1 841 p
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	Mill. St	121 661	120 040	121 101	9 502	8 913	10 916	8 889	9 624	10 903	10 132
Bierausstöß	1000 hl	94 983	92 585	93 295	6 138	6 771	8 286	8 827	8 880	9 344 r	8 327
Leichtöle: Benzin bleifrei	1000 hl	3 097	1 389	1 861	2 451	2 548	2 631	3 144	3 176
Benzin bleihaltig	1000 hl	301 527	316 568	308 571	22 014	23 958	26 633	25 290	24 079	26 127	24 081
Gasöle (Dieselkraftstoff)	1000 dt	129 700	133 723	136 638	9 395	10 680	13 883	12 101	12 585	13 732	13 044
Heizöl (EL und L)	1000 dt	320 347	331 808	356 120	42 378	35 696	45 608	40 733	40 820	38 556	24 798
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁶⁾⁷⁾											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	DM	1 400,88	1 435,46	1 499,06
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	DM	449,60	462,59	457,04
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	132,15	135,19	149,25
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	2 836,88	2 848,76	2 864,85
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	DM	739,69	740,18	736,58
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	188,80	189,44	208,19
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	4 293,78	4 394,34	4 525,33
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	DM	922,32	930,37	949,11
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	232,66	264,23	271,17
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	40,5	40,9	40,7	40,7
Index	1980=100	97,3	96,3	97,6	97,9
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	15,41	15,77	16,39	16,72
Index	1980=100	114,1	116,8	121,3	124,2
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	627	647	667	680
Index	1980=100	111,0	114,7	118,5	121,5
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 325	3 446	3 589	3 696
Index	1980=100	113,7	117,4	121,9	124,9
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	1980=100	99,9	99,9	98,7	98,1	98,1	...
Index der tariflichen Stundenlöhne	1980=100	113,9	116,9	121,7	125,2	127,6	...
Index der tariflichen Monatsgehälter	1980=100	113,2	115,9	119,5	122,6	124,4	...

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. - 2) Ohne Rentner. - 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer. - 4) Vor der Steuerverteilung. - 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. - 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1986 noch keine Zahlen vor. - 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. - 9) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1982	1983	1984	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	April 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86	
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere											
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 7,1	+ 0,3	+ 14,8	- 32,8	- 9,8	- 7,9	- 11,6	- 51,5	+ 0,1	+ 83,4	- 31,6
Aktien (Nominalwert)	+ 38,4	- 30,1	+ 26,0	+ 3,1	+107,1	- 58,5	+ 66,1	- 53,5	- 40,6	- 24,4	+ 74,8
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 12,1 ⁹⁾	- 2,5 ⁹⁾	- 11,5 ⁹⁾	- 16,9	- 14,3	- 11,8	- 10,8	+ 5,4	+ 1,7	± 0,0	- 3,3
Index der Aktienkurse	+ 31,6 ⁹⁾	+ 13,6 ⁹⁾	+ 36,2 ⁹⁾	+ 56,2	+ 41,0	+ 30,7	+ 41,4	- 7,9	- 2,6	- 5,7	+ 8,7
dar. Publikumsgesellschaften	+ 31,9 ⁹⁾	+ 12,0 ⁹⁾	+ 36,8 ⁹⁾	+ 59,2	+ 42,4	+ 31,8	+ 43,5	- 8,5	- 2,3	- 6,1	+ 9,2
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 9,5 ⁹⁾	- 15,3 ⁹⁾	- 2,7 ⁹⁾	- 4,8	- 5,2	- 2,8	...	- 10,1	- 6,3	+ 4,6	...
Arbeitslosenhilfe	+ 66,9 ⁹⁾	+ 23,2 ⁹⁾	+ 32,8 ⁹⁾	- 2,5	- 3,6	- 3,9	...	- 3,1	- 3,0	- 2,7	...
Unterhaltsgeld ¹⁾	- 9,5 ⁹⁾	+ 1,0 ⁹⁾	+ 2,5 ⁹⁾	+ 11,4	+ 14,4	+ 13,9	...	+ 0,7	- 0,1	- 10,2	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 18,0 ⁹⁾	+ 5,7 ⁹⁾	- 2,3 ⁹⁾	- 5,0	- 2,6	- 0,7	...	+ 0,3	- 5,0	+ 7,5	...
dar. Beiträge	+ 18,1 ⁹⁾	+ 6,2 ⁹⁾	- 3,1 ⁹⁾	- 5,4	- 3,0	- 0,5	...	+ 2,7	+ 4,7	+ 5,3	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 2,2 ⁹⁾	- 9,2 ⁹⁾	+ 0,3 ⁹⁾	+ 0,4	+ 8,6	+ 11,6	...	- 20,7	- 7,2	+ 8,0	...
dar. Arbeitslosengeld	- 5,1 ⁹⁾	- 17,3 ⁹⁾	- 0,4 ⁹⁾	- 0,5	- 1,2	+ 3,2	...	- 16,9	- 13,9	+ 3,5	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	- 0,1	+ 0,6 ⁹⁾	+ 0,5 ⁹⁾	+ 0,6	+ 0,7	- 0,0	+ 0,0
dar. Pflichtmitglieder ²⁾	- 0,2	+ 0,5 ⁹⁾	+ 1,0 ⁹⁾	+ 1,3	+ 1,3	- 0,0	+ 0,0
Rentner	+ 0,5	+ 1,0 ⁹⁾	+ 0,5 ⁹⁾	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern	+ 4,6	+ 4,3	+ 5,1	+ 6,2	+ 5,5	+ 5,1	+ 6,4p	+ 5,1	+ 56,3	- 29,6	- 1,4p
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾											
dar.: Lohnsteuer	+ 4,9	+ 4,7	+ 6,2	+ 6,4	+ 3,1	+ 4,7	+ 6,1p	+ 7,4	+ 82,0	- 37,5	- 2,8p
Veranlagte Einkommensteuer	+ 4,4	+ 5,8	+ 8,3	+ 2,7	+ 3,4	+ 6,3	+ 4,1p	- 0,5	+ 12,4	+ 12,4	- 8,8p
Körperschaftsteuer	- 7,6	- 6,7	+ 8,3	x	- 1,8	x	x	x	x	x	x
Umsatzsteuer	+ 10,3	+ 11,1	+ 21,0	+ 13,3	+ 7,9	x	x	x	x	x	x
Einfuhrumsatzsteuer	+ 10,2	- 6,2	- 7,3	+ 24,9	+ 18,2	+ 26,7	+ 38,4p	+ 44,6	+ 6,3	- 13,3	+ 15,2p
Bundessteuern	+ 6,1	+ 17,8	+ 6,2	- 4,4	- 12,5	- 11,0	- 10,7p	+ 1,0	- 8,5	+ 4,3	- 0,2p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	+ 5,1	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 0,3	+ 2,8	+ 3,0p	- 2,2	+ 5,8	- 0,3	+ 1,0p
dar.: Zölle	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,0	+ 0,9	- 0,0	+ 2,6	+ 2,9p	- 3,4	+ 9,0	- 0,7	- 2,7p
Tabaksteuer	+ 0,4	+ 12,3	+ 1,5	- 9,3	- 3,5	- 0,8	- 0,7p	- 4,6	- 2,5	+ 1,2	+ 0,4p
Brantweinabgaben	+ 13,7	+ 4,0	+ 0,2	+ 11,6	- 18,4	+ 8,2	- 2,5p	+ 2,1	- 9,0	+ 14,9	- 3,1p
Mineralölsteuer	- 0,1	- 0,9	- 2,0	- 13,6	- 1,8	+ 2,4	- 12,5p	- 21,2	+ 15,8	+ 2,2	- 15,5p
Landessteuern	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,1	+ 12,2	+ 1,2	+ 9,0p	- 3,7	+ 22,8	- 8,2	- 2,0p
dar.: Vermögensteuer	+ 8,1	+ 1,1	- 0,6	+ 9,3	+ 27,2	+ 23,7	+ 14,7p	+ 28,7	- 31,7	+ 10,0	+ 34,0p
Kraftfahrzeugsteuer	+ 0,2	- 10,0	- 4,6	+ 2,4	+ 22,8	- 26,4	+ 5,8p	x	x	x	x
Biersteuer	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,9	+ 17,2	+ 42,9	+ 31,8	+ 43,4p	- 27,0	+ 9,7	+ 7,1	- 19,2p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	+ 0,7	+ 7,1	+ 3,5	- 0,2p	+ 19,7	+ 6,1	- 5,2	+ 14,5p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	- 29,3	- 5,5	+ 8,6	+ 3,7	+ 92,4	+ 2,5	+ 10,7p	x	x	x	x
Verbrauchsbesteuerter Erzeugnisse	+ 2,0	+ 3,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,4	+ 7,7	+ 5,4p	x	x	x	x
Zigaretten (Menge)	+ 7,9	- 1,3	+ 0,9	- 9,1	- 6,4	+ 1,9	+ 2,3	- 18,6	+ 8,3	+ 13,3	- 7,1
Bierausstoß	+ 0,2	- 2,5	+ 0,8	- 1,3	+ 9,4	+ 0,6r	- 2,2	+ 6,5	- 1,7	+ 7,6r	- 10,9
Leichtöle: Benzin bleifrei			x	x	x	x	x	+ 3,9	+ 3,3	+ 19,5	+ 1,0
Benzin bleihaltig	+ 3,9	+ 5,0	x	- 8,6	- 2,4	- 6,8	- 10,8	- 5,0	- 4,8	+ 8,5	- 7,8
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 5,6	+ 3,1	+ 2,2	+ 0,9	+ 15,1	+ 7,5	+ 6,1	- 12,8	+ 4,0	+ 9,1	- 5,0
Heizöl (EL und L)	- 3,1	+ 3,6	+ 7,3	+ 55,1	+ 35,0	+ 1,1	- 39,2	- 10,7	+ 0,2	- 5,5	- 35,7
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch^{6) 7)}											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	+ 7,8	+ 2,5	+ 4,4
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 4,8	+ 2,9	- 1,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 2,6	+ 2,3	+ 10,4
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 5,4	+ 0,4	+ 0,6
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 2,1	+ 0,1	+ 0,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	- 6,5	+ 35,7	+ 9,9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 5,1	+ 2,3	+ 3,0
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 3,2	+ 0,9	+ 2,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	- 3,0	+ 13,6	+ 2,6
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	- 0,5	+ 1,0	- 0,5
Index	- 0,5	+ 1,0	- 0,5
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,9
Index	+ 3,3	+ 2,4	+ 3,9
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1
Index	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,3
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 1,2	+ 3,6	+ 4,1
Index	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,8
Tariffentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	+ 0,0	± 0,0	- 1,2	- 0,3	± 0,0 ⁹⁾
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 3,5	+ 2,6	+ 4,1	+ 4,2	± 1,9 ⁹⁾
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,5 ⁹⁾

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 2) Ohne Rentner - 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer. - 4) Vor der Steuerverteilung. - 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz - 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1986 noch keine Zahlen vor - 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 9) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten.

a) Juli 1986 gegenüber April 1986

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise											
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1980=100	113,8	116,1	115,2	111,5	110,8	109,8	108,8	107,2	106,4 _p	105,9 _p
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1980=100	113,5	115,6	113,8	108,8	107,9	106,6	105,3	103,2	102,1 _p	101,4 _p
Neubauten und neue Maschinen	1980=100	115,0	118,3	120,4	122,1	122,3	122,5	122,6	122,9	123,1 _p	123,3 _p
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	1980=100	108,2	106,9	103,1	100,4	98,4	97,3	98,9	99,0	97,7 _p	98,6 _p
Pflanzliche Produkte	1980=100	107,2	106,5	101,1	105,4	105,7	104,7	106,2	107,6	102,1	101,6
Tierische Produkte	1980=100	108,6	107,0	103,9	98,4	95,5	94,4	96,1	95,7	96,0 _p	97,4 _p
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte	1980=100	95,8	97,0	89,6	93,0	92,5	91,7	90,7	90,0	89,2	...
Index der Grundstoffpreise²⁾	1980=100	115,2	121,2	122,1	109,4	107,4	105,2	103,9	101,6	100,7	...
Inländische Grundstoffe	1980=100	113,5	117,8	119,1	115,3	114,3	112,7	112,4	111,3	110,8	...
Importierte Grundstoffe	1980=100	117,9	126,3	126,6	100,6	97,0	94,1	91,2	87,2	85,7	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	1980=100	115,8	119,2	121,8	120,1	119,4	118,6	118,5	117,7	117,5	117,5
Investitionsgüter ³⁾	1980=100	113,9	116,8	120,1	122,3	122,8	123,0	123,4	123,7	124,0	124,2
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) ³⁾	1980=100	112,7	115,4	118,5	112,1	111,6	110,4	110,2	108,2	108,9	109,5
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	1980=100	136,5	141,0	146,1	148,0	145,1	144,6	144,7	144,0	143,0	142,3
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	1980=100	127,3	131,7	133,9	132,8	132,8	127,0	127,0	125,2	125,2	125,4
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1980=100	112,8	116,0	118,3	116,1	115,6	115,0	114,8	114,0	113,9	114,0
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1980=100	113,4	118,0	120,9	110,9	108,9	106,5	105,6	102,8	102,6	102,9
dar.: Mineralerzeugnisse	1980=100	119,3	124,5	127,8	94,4	88,4	81,0	78,9	70,1	71,2	73,1
Eisen und Stahl	1980=100	110,8	115,3	119,9	119,3	118,9	118,4	116,4	114,2	113,3	113,0
Chemische Erzeugnisse	1980=100	113,9	118,1	121,6	118,5	116,4	114,7	114,0	113,2	112,8	112,2
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	113,0	115,5	118,4	120,2	120,7	120,9	121,1	121,4	121,6	121,8
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁴⁾	1980=100	115,0	118,0	122,0	124,8	125,6	126,0	126,3	126,7	126,9	127,0
Straßenfahrzeuge	1980=100	113,8	117,5	121,4	124,3	124,7	124,7	124,9	125,1	125,8	126,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980=100	110,1	111,4	113,0	113,6	114,0	114,1	114,2	114,4	114,3	114,3
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1980=100	113,8	117,1	119,2	120,3	120,8	120,9	121,1	121,4	121,3	121,4
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	111,0	114,5	117,4	118,4	118,5	118,6	118,7	118,7	118,8	118,7
dar.: Textilien	1980=100	112,0	116,2	118,9	118,8	118,8	118,6	118,6	118,3	118,0	117,8
Bekleidung	1980=100	112,4	115,9	118,5	120,2	120,4	120,6	120,7	121,0	121,2	121,4
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	1980=100	113,2	114,8	114,2	114,0	113,9	114,0	114,2	113,8	112,9	112,9
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude ⁵⁾	1980=100	111,2	114,0	114,5	.	.	116,1	.	.	116,7	.
Bürogebäude ¹⁾	1980=100	112,1	114,8	115,8	.	.	117,6	.	.	118,2	.
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude ¹⁾	1980=100	110,6	112,8	113,2	.	.	114,7	.	.	115,3	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ¹⁾	1980=100	112,4	114,7	115,5	.	.	117,5	.	.	118,4	.
Straßenbau ⁵⁾	1980=100	99,5	100,8	102,6	.	.	104,8	.	.	105,0	.
Brücken im Straßenbau ⁵⁾	1980=100	106,9	108,4	108,7	.	.	110,6	.	.	111,3	.
Index der Großhandelsverkaufspreise¹⁾	1980=100	113,7	116,9	117,5	111,5	111,1	110,1	109,1	106,8	106,6	107,2
dar. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	112,9	115,4	114,6	114,1	114,6	113,9	113,1	111,1	109,9	110,1
Index der Einzelhandelspreise⁵⁾	1980=100	113,2	115,6	117,5	117,8	117,6	117,7	117,7	117,7	117,2	116,9
dar.: Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	113,8	115,6	116,3	117,0	117,5	118,1	118,7	118,0	116,6	116,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980=100	115,6	118,4	121,0	121,0	120,9	120,9	121,1	120,5	120,2	120,4
darunter für:											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	114,3	116,0	116,9	117,7	118,2	118,5	118,9	118,4	117,2	117,0
Bekleidung, Schuhe	1980=100	113,0	115,7	118,4	120,2	120,3	120,5	120,5	120,6	120,7	121,0
Wohnungsmieten, Energie ⁶⁾	1980=100	118,3	122,7	126,8	125,4	124,9	123,9	123,2	122,1	122,6	122,5
Wohnungsmieten	1980=100	115,6	120,0	123,9	125,8	126,0	126,1	126,3	126,6	126,8	126,9
Energie ⁶⁾	1980=100	124,5	128,8	133,4	124,4	122,3	118,6	116,0	112,0	113,1	112,4
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1980=100	113,7	115,9	117,7	118,9	119,0	118,9	119,0	119,1	119,2	119,3
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	115,6	118,0	119,7	121,2	121,3	121,3	121,4	121,5	121,5	121,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1980=100	117,1	120,1	123,2	118,1	117,3	117,5	118,9	117,9	117,2	118,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit ⁷⁾	1980=100	111,4	114,2	116,2	118,1	118,1	118,1	117,9	117,3	117,1	117,2
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1980=100	118,5	120,8	125,7	129,7	129,7	129,9	130,6	130,6	130,4	130,4
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	1980=100	116,0	118,7	121,5	121,7	121,6	121,6	121,8	121,4	121,0	121,2
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	1980=100	115,6	118,4	120,9	121,0	121,0	120,9	121,2	120,7	120,3	120,4
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	1980=100	115,8	118,7	121,1	121,8	121,9	122,0	122,2	121,7	121,0	120,9
Einfache Lebenshaltung eines Kindes ⁹⁾	1980=100	114,1	117,0	118,5	119,0	119,5	119,8	120,2	119,3	118,4	118,3
Index der Einfuhrpreise	1980=100	115,8	122,8	124,6	106,8	104,4	102,3	99,8	96,6	95,9	96,6
dar.: Güter aus EG-Ländern	1980=100	112,8	118,0	120,0	109,1	107,6	106,0	104,1	101,7	101,2	101,2
Güter aus Drittländern	1980=100	118,5	127,0	128,6	104,8	101,5	98,9	96,0	92,1	91,3	92,5
Index der Ausfuhrpreise	1980=100	112,3	116,2	119,4	117,9	117,6	117,4	117,1	116,6	116,2	116,1
dar.: Güter für EG-Länder	1980=100	112,5	116,4	119,8	118,2	117,7	117,2	116,9	116,1	115,6	115,5
Güter für Drittländer	1980=100	112,2	116,0	119,0	117,6	117,6	117,5	117,4	117,0	116,7	116,7

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Einschl. Ackerschlepper - 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes - 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1982	1983	1984	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	Sept. 85	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 0,4	+ 2,0	- 0,8	- 5,8	- 6,9	- 7,0p	- 7,2p	- 0,9	- 1,5	- 0,7p	- 0,5p
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	- 0,4	+ 1,9	- 1,6	- 7,9	- 9,3	- 9,5p	- 9,8p	- 1,2	- 2,0	- 1,1p	- 0,7p
Neubauten und neue Maschinen	+ 3,5	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,1p	+ 2,1p	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2p	+ 0,2p
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	- 1,5	- 1,2	- 3,6	- 5,0	- 4,5	- 4,9p	- 4,0p	+ 1,6	+ 0,1	- 1,3p	+ 0,9p
Pflanzliche Produkte	+ 1,6	- 0,7	- 5,1	+ 1,0	+ 5,9	+ 5,6	+ 4,5	+ 1,4	+ 1,3	- 5,1	- 0,5
Tierische Produkte	- 2,5	- 1,5	- 2,9	- 7,3	- 8,4	- 8,6p	- 7,1p	+ 1,8	- 0,4	+ 0,3p	+ 1,5p
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	- 5,0	+ 1,3	- 7,7	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,4	...	- 1,1	- 0,7	- 0,9	...
Index der Grundstoffpreise 2)	- 0,3	+ 5,2	- 7,0	- 15,8	- 16,9	- 16,7	...	- 1,2	- 2,2	- 0,9	...
inländische Grundstoffe	+ 0,4	+ 3,8	+ 1,1	- 6,0	- 6,9	- 6,9	...	- 0,3	- 1,0	- 0,4	...
Importierte Grundstoffe	- 1,1	+ 7,1	+ 0,2	- 29,4	- 31,1	- 30,8	...	- 3,1	- 4,4	- 1,7	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 1,5	+ 2,2	- 2,9	- 2,9	- 3,6	- 3,6	- 3,8	- 0,1	- 0,7	- 0,2	± 0,0
Investitionsgüter 3)	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) 3)	+ 0,8	+ 2,4	+ 2,7	- 7,2	- 8,5	- 7,6	- 7,5	- 0,2	- 1,8	+ 0,6	+ 0,6
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	+ 1,3	+ 3,3	+ 3,6	- 0,3	- 2,3	- 3,1	- 3,5	+ 0,1	- 0,5	- 0,7	- 0,5
Bergbäuliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	+ 2,1	+ 3,5	+ 1,7	- 5,9	- 7,3	- 6,3	- 6,3	± 0,0	- 1,4	± 0,0	+ 0,2
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 1,5	+ 2,8	+ 2,0	- 3,2	- 3,8	- 3,6	- 3,8	- 0,2	- 0,7	- 0,1	+ 0,1
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	- 0,4	+ 4,1	+ 2,5	- 12,9	- 14,8	- 14,5	- 14,6	- 0,8	- 2,7	- 0,2	+ 0,3
dar.: Mineralölzeugnisse	- 3,2	+ 4,4	+ 2,7	- 37,8	- 43,5	- 42,0	- 41,5	- 2,6	- 11,2	+ 1,6	+ 2,7
Eisen und Stahl	- 4,6	+ 4,1	+ 4,0	- 3,2	- 4,8	- 5,7	- 6,0	- 1,7	- 1,9	- 0,8	- 0,3
Chemische Erzeugnisse	+ 0,2	+ 3,7	+ 3,0	- 6,2	- 7,7	- 8,1	- 8,5	- 0,6	- 0,7	- 0,4	- 0,5
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 4)	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Straßenfahrzeuge	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	- 0,1
dar.: Textilien	+ 1,9	+ 3,8	+ 2,3	- 0,5	- 0,9	- 1,1	- 1,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2
Bekleidung	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	+ 2,2	+ 1,4	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,9	- 1,1	+ 0,2	- 0,4	- 0,8	± 0,0
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 5)	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,4			+ 1,7				+ 0,5a)	
Bürogebäude 1)	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,9			+ 1,8				+ 0,5a)	
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	+ 1,8	+ 2,0	+ 0,4			+ 1,6				+ 0,5a)	
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,8			+ 2,2				+ 0,8a)	
Straßenbau 5)	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,3			+ 1,9				+ 0,2a)	
Brücken im Straßenbau 5)	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,3			+ 2,0				+ 0,6a)	
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	+ 0,1	+ 2,8	- 0,5	- 7,9	- 8,7	- 8,3	- 8,1	- 0,9	- 2,1	- 0,2	+ 0,6
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 0,6	+ 2,2	- 0,7	- 2,7	- 2,4	- 2,7	- 2,6	- 0,7	- 1,8	- 1,1	+ 0,2
Index der Einzelhandelspreise 5)	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,6	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,3	± 0,0	- 0,4	- 0,3	± 0,0
dar.: Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,3	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	- 0,6	- 1,2	- 0,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,2	- 0,2	- 0,5	- 0,4	- 0,4	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,2
darunter für:											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 2,7	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3	- 0,4	- 1,0	- 0,2
Bekleidung, Schuhe	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,1	- 2,0	+ 1,9	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Wohnungsmieten, Energie 6)	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,3	- 2,2	- 3,3	- 3,2	- 3,9	± 0,6	- 0,9	+ 0,4	- 0,1
Wohnungsmieten	+ 5,4	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Energie 6)	- 0,9	+ 3,5	+ 3,6	- 11,5	- 14,8	- 14,2	- 16,3	- 2,2	- 3,4	+ 1,0	- 0,6
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 4,1	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,6	+ 4,7	+ 5,0	- 4,9	- 3,3	+ 1,2	- 0,8	± 0,6	+ 0,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	- 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,1
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 4,4	+ 1,9	+ 4,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 0,5	± 0,0	- 0,2	± 0,0
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,4	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,2
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,1	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	- 0,4	- 0,3	+ 0,1
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	- 0,6	- 0,1
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 8)	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	- 0,7	- 0,8	- 0,1
Index der Einfuhrpreise	- 0,3	+ 6,0	+ 1,5	- 21,0	- 22,4	- 21,7	- 21,5	- 2,4	- 3,2	- 0,7	+ 0,7
dar.: Güter aus EG-Ländern	- 0,4	+ 4,6	+ 1,7	- 14,1	- 15,0	- 14,8	- 15,0	- 1,8	- 2,3	- 0,5	± 0,0
Güter aus Drittländern	- 0,3	+ 7,2	+ 1,3	- 26,7	- 28,1	- 27,3	- 26,8	- 2,9	- 4,1	- 0,9	+ 1,3
Index der Ausfuhrpreise	+ 1,7	+ 3,5	- 2,3	- 2,5	- 2,8	- 2,8	- 2,8	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,1
dar.: Güter für EG-Länder	+ 1,5	+ 3,5	+ 2,9	- 3,0	- 3,6	- 3,7	- 3,7	- 0,3	- 0,7	- 0,4	- 0,1
Güter für Drittländer	+ 1,9	+ 3,4	+ 2,6	- 1,9	- 2,1	- 2,0	- 2,0	- 0,1	- 0,3	- 0,3	± 0,0

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Einschl. Acker-
schlepper. - 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. - 8) Aufgrund eines Bedarfschemas für 1976, nach der
Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet.

a) August 1986 gegenüber Mai 1986.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1985		1986 ⁵⁾		1986 ⁵⁾		
					3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	Juni	Juli	Aug.
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	61 307	61 049	61 020	61 035	61 020	61 007
dar. Ausländer ¹⁾	1 000	4 535	4 364	4 379	4 366	4 379	4 399	...	4 434
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	369 963	364 140	364 661	115 015	81 406	50 971	118 019	40 110	36 376 r	43 294
Ehescheidungen	Anzahl	121 317	130 744	128 124
Lebendgeborene	Anzahl	594 177	584 157	586 155	154 482	141 110	142 101	158 409	52 711	55 695 r	53 311
dar. Ausländer	Anzahl	61 471	54 795	53 750	14 255 ⁵⁾	13 709 ⁵⁾	12 315	15 064	5 169
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	52 442	52 998	55 070	14 465	13 747	13 458	14 526	4 941
Gestorbene ²⁾	Anzahl	718 337	696 118	704 296	163 057	176 703	190 235	172 856	56 406	55 562 r	52 468
dar. Ausländer	Anzahl	8 064	7 835	7 694	1 891 ⁵⁾	2 099 ⁵⁾	1 884	1 929	665
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	8 099	5 633	5 244	1 192	1 350	1 270	1 354	457
Totgeborene	Anzahl	2 790	2 567	2 414	614	572	588	651	194	212	210
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-124 160	-111 961	-118 141	-8 575	-35 593	-48 134	-14 447	-3 695	+ 133 r	+ 843
Deutsche	Anzahl	-177 567	-158 921	-164 197	-21 759 ⁵⁾	-45 595 ⁵⁾	-58 565	-27 582	-8 199
Ausländer	Anzahl	+ 53 407	+ 46 960	+ 46 056	+12 364 ⁵⁾	+11 610 ⁵⁾	+10 431	+13 135	+ 4 504
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	Anzahl	372 027	457 093	512 108	163 943	126 216	119 288
dar. Ausländer	Anzahl	276 448	333 297	399 951	128 651	96 377	92 499
Fortzüge	Anzahl	489 162	608 240	428 717	136 329	108 132	86 067
dar. Ausländer	Anzahl	425 189	546 457	367 719	117 519	93 422	72 795
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	-117 135	-151 147	+83 391	+27 614	+18 084	+33 201
dar. Ausländer	Anzahl	-148 741	-213 160	+32 232	+11 132	+ 2 955	+19 704
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	7,4	7,1	7,2	7,2	7,2	7,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,0	5,9	6,0	7,5	5,3	3,4	...	8,0	7,0	8,4
Ehescheidungen	je 1 000 Einwohner	19,8	21,3	21,0
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	9,7	9,5	9,6	10,0	9,2	3,4	...	10,5	10,8	10,3
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	13,6	12,5	12,3	13,0 ⁵⁾	12,4 ⁵⁾	11,4	...	14,2
	% aller Lebendgeb.	10,3	9,4	9,2	9,2 ⁵⁾	9,4 ⁵⁾	8,7	9,5	9,8
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 330,9	1 290,6	1 279,6 ⁶⁾	1 274,6 ⁶⁾	1 280,6 ⁶⁾	1 305,6 ⁶⁾
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	8,8	9,1	9,4	9,4	9,7	9,5	9,2	9,4
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,7	11,3	11,5	10,6	11,5	12,6	...	11,2	10,7	10,1
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,8	1,8	1,8	1,7	1,9	1,7	...	1,8
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	1,0	1,0	0,9	0,8	1,0	0,9	0,9	0,9
Wanderungen³⁾											
Zuzüge											
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	74,3	72,9	78,1	78,5	76,4	77,6
Fortzüge											
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	86,9	89,8	85,8	86,2	86,4	84,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0
dar. Ausländer ¹⁾	%	- 2,8	- 3,8	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,5	...	+ 2,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	+ 2,2	- 1,6	+ 0,1	+ 3,1	+ 0,7	- 2,8	+ 2,7	+ 5,8	+ 3,5	- 2,3
Ehescheidungen	%	+ 2,4	+ 7,8	- 2,0
Lebendgeborene	%	- 4,3	- 1,7	+ 0,3 r	+ 0,7	- 1,1	+ 2,2	+ 8,4	+ 13,7	+ 4,2	+ 7,3
dar. Ausländer	%	- 15,8	- 10,9	- 1,9	+ 1,3 ⁵⁾	+ 0,4 ⁵⁾	+ 3,7	+ 8,5	+ 14,3
Gestorbene ²⁾	%	+ 0,3	- 3,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,5	+ 6,5	- 4,3	+ 0,6
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	%	- 11,6	+ 22,9	+ 12,0	+ 20,0	+ 15,8	+ 14,7
dar. Ausländer	%	- 14,3	+ 20,6	+ 20,0	+ 21,0	+ 14,0	+ 13,1
Fortzüge	%	- 1,4	+ 24,3	- 29,5	- 38,3	- 7,5	- 9,2
dar. Ausländer	%	- 2,0	+ 28,5	- 32,7	- 41,9	- 8,8	- 10,5

1) Ergebnisse der Auszählungen des Ausländerzentralregisters; Jahresergebnisse 1983 und 1984 jeweils am 30.9., 1985 am 31.12. - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes. - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 5) Vorläufiges Ergebnis. - 6) Geschätzt nach Colot-Verfahren (siehe WiSta 8/1981, S. 549 ff.).

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen				
	1982	1983	1984	1985	1985			1986	
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
in jeweiligen Preisen									
Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 481 730	1 549 280	1 621 820	1 706 850	412 250	435 720	460 530	418 520	446 170
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36 340	32 220	34 800	31 070	3 590	15 670	8 520	3 000	3 480
Warenproduzierendes Gewerbe	656 980	685 060	710 210	755 590	185 190	191 310	202 970	187 470	207 570
Handel und Verkehr	243 730	254 860	267 300	275 890	68 110	68 890	73 360	66 140	69 710
Dienstleistungsunternehmen	397 690	430 440	459 250	484 510	119 680	122 680	124 190	124 600	126 750
Staat, private Haushalte ³⁾	220 460	228 420	234 330	244 140	56 700	58 240	72 710	58 670	60 190
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1 597 920	1 674 840	1 754 310	1 839 910	444 300	467 460	496 220	452 190	478 570
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	918 050	964 160	1 002 840	1 041 790	255 870	259 520	282 050	253 090	266 170
Staatsverbrauch	326 190	336 210	350 230	365 710	85 260	87 870	109 380	86 140	89 840
Anlageinvestitionen	326 890	343 820	354 630	359 300	91 660	94 780	103 090	71 830	97 960
Ausrüstungen	124 900	135 600	137 580	153 850	36 250	36 400	48 830	34 030	40 480
Bauten	201 990	208 220	217 050	205 450	55 410	58 380	54 260	37 800	57 480
Vorratsveränderung	-11 500	-1 800	5 100	7 500	-3 100	13 300	-24 200	18 000	700
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	37 470	36 910	50 300	72 700	17 320	13 930	28 480	23 140	24 730
Ausfuhr ⁵⁾	517 540	524 630	587 970	647 340	160 830	161 610	167 260	155 320	161 310
Einfuhr ⁵⁾	480 070	487 720	537 670	574 640	143 510	147 680	138 780	132 180	136 580
Bruttosozialprodukt	1 597 100	1 679 300	1 763 100	1 847 000	447 000	469 400	498 800	452 200	479 400
Volkseinkommen									
insgesamt	1 223 520	1 285 140	1 351 610	1 423 340	342 020	363 950	388 420	346 840	371 890
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	902 520	920 730	952 850	989 430	239 770	244 640	280 580	234 660	252 360
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	3,9	4,6	4,7	5,2	6,1	6,6	5,2	5,1	8,2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	14,7	-11,3	8,0	-10,0	-8,4	-15,0	-4,4	-8,8	-3,1
Warenproduzierendes Gewerbe	2,4	4,3	3,7	6,4	7,9	9,8	6,6	6,4	12,1
Handel und Verkehr	3,1	4,6	4,9	3,2	3,3	5,3	3,1	0,9	2,3
Dienstleistungsunternehmen	8,4	8,2	6,7	5,5	5,0	5,8	5,6	5,6	5,9
Staat, private Haushalte ³⁾	3,7	3,6	2,6	4,2	4,6	4,6	3,0	3,9	6,2
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	3,7	4,8	4,7	4,9	5,7	6,0	5,0	4,7	7,7
Privater Verbrauch	3,4	5,0	4,0	3,9	3,7	5,1	4,3	3,6	4,0
Staatsverbrauch	2,5	3,1	4,2	4,4	4,1	5,7	3,7	3,5	5,4
Anlageinvestitionen	-2,5	5,2	3,1	1,3	4,1	2,3	2,2	3,0	6,9
Ausfuhr ⁵⁾	7,3	1,4	12,1	10,1	14,6	12,4	3,4	-1,5	0,3
Einfuhr ⁵⁾	2,8	1,6	10,2	6,9	8,8	7,2	2,0	-8,6	-4,8
Bruttosozialprodukt	3,4	5,1	5,0	4,8	5,7	6,1	4,7	4,7	7,2
Volkseinkommen	3,1	5,0	5,2	5,3	6,4	6,9	5,2	5,4	8,7
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	2,2	2,0	3,5	3,8	5,5	4,3	3,9	4,6	5,3
in Preisen von 1980									
Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 365 840	1 384 910	1 425 120	1 466 280	359 600	375 540	382 370	354 880	373 430
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36 010	32 840	35 590	34 560	3 840	17 780	9 640	3 130	3 780
Warenproduzierendes Gewerbe	601 960	609 430	621 580	640 810	159 190	159 440	169 910	153 600	166 450
Handel und Verkehr	226 890	231 430	240 410	246 280	60 800	61 500	65 540	59 530	63 420
Dienstleistungsunternehmen	351 950	362 350	377 190	392 900	97 810	99 930	99 230	100 650	101 750
Staat, private Haushalte ³⁾	206 180	208 010	211 000	215 170	53 780	53 840	53 920	54 530	54 740
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾									
insgesamt	1 741 830	1 493 920	1 534 870	1 574 850	385 800	401 660	410 670	383 010	400 310
je Erwerbstätigen (1970 = 100)	135	139	142	145	143	147	150	141	146
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	825 230	839 600	851 880	866 930	212 110	215 610	235 330	210 500	222 270
Staatsverbrauch	300 740	301 440	308 820	315 480	77 090	77 940	84 980	76 870	79 010
Anlageninvestitionen	302 880	312 440	314 900	313 900	80 390	82 980	89 660	61 950	84 660
Ausrüstungen	113 590	119 900	119 360	130 530	30 690	30 790	41 430	28 770	34 010
Bauten	189 290	192 540	195 540	183 370	49 700	52 190	48 230	33 180	50 650
Vorratsveränderung	-9 600	-1 500	4 200	5 800	-1 900	11 500	-22 400	15 900	1 200
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	51 750	45 820	62 600	78 690	20 410	16 270	25 230	17 780	13 860
Ausfuhr ⁵⁾	471 450	468 810	508 660	545 600	135 050	135 680	141 030	131 780	137 790
Einfuhr ⁵⁾	419 700	422 990	446 060	466 910	114 640	120 410	115 800	114 000	123 930
Bruttosozialprodukt	1 471 000	1 497 800	1 542 400	1 580 800	388 100	403 300	412 800	383 000	401 000
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	-0,5	1,4	2,9	2,9	4,0	4,0	2,6	1,8	3,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-17,9	-8,8	8,4	-2,9	-7,7	0,5	-0,9	-5,2	-1,6
Warenproduzierendes Gewerbe	-2,8	1,2	2,0	3,1	5,8	4,9	2,3	0,9	4,6
Handel und Verkehr	-1,2	2,0	3,9	2,4	2,6	4,1	2,4	1,9	4,3
Dienstleistungsunternehmen	2,0	3,0	4,1	4,2	4,0	4,2	4,2	3,8	4,0
Staat, private Haushalte ³⁾	1,1	0,9	1,4	2,0	1,9	2,0	2,1	1,7	1,8
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾									
insgesamt	-0,6	1,5	2,7	2,6	3,7	3,5	2,5	1,7	3,8
je Erwerbstätigen	1,1	3,0	2,6	1,9	3,1	2,7	1,6	0,7	2,7
Privater Verbrauch	-1,3	1,7	1,5	1,8	1,3	2,8	2,7	3,2	4,8
Staatsverbrauch	-0,8	0,2	2,4	2,2	1,5	3,2	2,4	1,9	2,5
Anlageninvestitionen	-5,3	3,2	0,8	-0,3	2,4	0,9	0,8	1,8	5,3
Ausfuhr ⁵⁾	3,2	-0,6	8,5	7,3	10,8	9,2	2,1	-1,5	2,0
Einfuhr ⁵⁾	-0,1	0,8	5,5	4,7	3,9	5,3	4,4	-1,8	8,1
Bruttosozialprodukt	-1,0	1,8	3,0	2,5	3,7	3,5	2,2	1,7	3,3

1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. — 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben. — 5) Waren und Dienstleistungen einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Erwerbstätigkeit

Zum Aufsatz: „Personalfluktuat ion im unmittelbaren öffentlichen Dienst 1984/1985“

Personalabgänge und -zugänge des unmittelbaren öffentlichen Dienstes vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach Laufbahngruppen und Gründen des Wechsels

Gründe des Wechsels	i = ins- gesamt w = weib- lich	Ins- gesamt	Beamte und Richter					Angestellte					Ar- beiter
			zu- sammen	ho- herer	geh- bener	mitt- lerer	ein- facher	zu- sammen	ho- herer	geh- bener	mitt- lerer	ein- facher	
Insgesamt													
Personalabgänge insgesamt ..	i	320 541	98 377	28 477	38 123	25 433	6 344	135 446	16 166	18 209	85 386	15 685	86 718
	w	159 141	42 049	10 938	22 254	8 278	579	89 883	4 202	9 735	65 122	10 824	27 209
Tod	i	6 934	2 965	587	931	1 046	401	1 941	135	427	1 266	113	2 028
	w	1 122	292	63	150	68	11	606	21	89	465	31	224
Vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zusammen	i	37 160	17 772	1 433	4 867	8 275	3 197	8 072	175	1 819	5 551	527	11 316
	w	9 294	3 098	404	1 584	893	217	4 124	74	789	2 976	285	2 072
Im Alter von ... bis unter ... Jahren													
unter 58	i	18 024	8 699	469	1 872	4 588	1 770	3 416	55	609	2 486	266	5 909
	w	4 242	1 387	143	713	400	131	1 823	20	234	1 408	161	1 032
58 - 60	i	8 796	3 936	365	1 271	1 662	638	2 181	41	502	1 528	110	2 679
	w	2 454	721	101	412	172	36	1 156	18	215	869	54	577
60 - 62	i	7 012	3 349	410	1 169	1 277	493	1 801	55	533	1 113	100	1 862
	w	2 028	727	129	362	197	39	941	29	285	579	48	360
62	i	1 783	991	89	317	397	188	329	8	86	215	20	463
	w	308	153	16	60	72	5	102	3	31	62	6	53
63 und mehr	i	1 545	797	100	238	351	108	345	16	89	209	31	403
	w	262	110	15	37	52	8	102	4	24	58	16	50
Nach Erreichen der Altersgrenze zusammen	i	39 569	13 786	3 342	5 793	3 818	833	17 064	773	3 981	11 675	635	8 719
	w	13 881	1 799	436	854	468	41	8 910	187	1 440	6 934	349	3 172
Besondere Altersgrenze	i	2 382	2 259	112	754	1 392	1	77	1	10	64	2	46
	w	135	96	9	26	61	-	20	-	2	16	2	19
Vor der allgemeinen Altersgrenze auf Antrag	i	31 848	8 965	2 017	4 185	2 018	745	15 158	488	3 558	10 585	527	7 725
	w	12 457	1 442	324	737	344	37	8 227	133	1 338	6 449	307	2 788
Im Alter von ... Jahren													
60	i	13 578	1 763	261	799	477	226	8 270	143	1 700	6 150	277	3 545
	w	7 777	243	40	120	69	14	5 579	48	855	4 473	203	1 955
61	i	2 835	771	139	321	226	85	1 280	47	287	898	48	784
	w	1 236	109	29	51	27	2	847	21	142	652	32	280
62	i	4 684	2 748	786	1 529	348	85	1 398	53	303	982	60	538
	w	1 872	532	138	354	36	4	1 026	33	177	777	39	314
63	i	8 302	2 326	467	882	665	312	3 534	173	1 062	2 186	113	2 442
	w	1 034	377	72	118	171	16	480	19	90	354	17	177
64	i	2 449	1 357	364	654	302	37	676	72	206	369	29	416
	w	538	181	45	94	41	1	295	12	74	193	16	62
Allgemeine Altersgrenze im Alter von 65 und mehr Jahren	i	5 339	2 562	1 213	854	408	87	1 829	284	413	1 026	106	948
	w	1 289	261	103	91	63	4	663	54	100	469	40	365
Wechsel von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis	i	30 957	14 455	2 968	9 208	2 211	68	11 744	537	1 274	9 202	731	4 758
	w	27 017	12 677	2 147	8 368	2 106	56	10 762	279	1 065	8 752	666	3 578
Sonstige Gründe	i	205 921	49 399	20 147	17 324	10 083	1 845	96 625	14 546	10 708	57 692	13 679	59 897
	w	107 827	24 183	7 888	11 298	4 743	254	65 481	3 641	6 352	45 995	9 493	18 163
Personalzugänge insgesamt ..	i	310 997	73 679	25 130	29 147	17 802	1 600	145 771	18 296	16 194	86 367	24 914	91 547
	w	160 120	34 158	9 868	17 209	6 941	140	98 373	5 016	8 319	66 381	18 658	27 589
dar. Wechsel von einem Teil- in ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis	i	17 602	5 389	972	3 163	1 229	25	7 949	893	918	5 549	589	4 264
	w	14 539	4 535	639	2 701	1 175	20	6 670	321	689	5 132	528	3 334

**Personalabgänge und -zugänge des unmittelbaren öffentlichen Dienstes
vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach Laufbahngruppen und Gründen des Wechsels**

Gründe des Wechsels	i = ins- gesamt w=weib- lich	Ins- gesamt	Beamte und Richter					Angestellte					Ar- beiter
			zu- sammen	hö- herer	geho- bener	mitt- lerer	ein- facher	zu- sammen	hö- herer	geho- bener	mitt- lerer	ein- facher	
Bund¹⁾													
Personalabgänge insgesamt	i	83 100	24 714	776	3 431	14 666	5 841	13 090	443	927	9 456	2 264	45 296
	w	25 602	5 072	48	444	4 025	555	8 689	102	265	6 863	1 459	11 841
Tod	i	2 280	1 274	62	206	631	375	242	10	33	181	18	764
	w	173	55	2	9	34	10	65	—	5	53	7	53
Vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zusammen	i	18 886	11 125	82	983	6 965	3 095	1 463	11	146	1 154	152	6 298
	w	2 805	1 052	8	44	783	217	850	5	45	693	107	903
Im Alter von ... bis unter ... Jahren													
unter 58	i	10 086	5 682	36	279	3 644	1 723	814	6	70	616	122	3 590
	w	1 533	486	3	18	334	131	518	2	22	402	92	529
58 — 60	i	4 142	2 336	14	242	1 469	611	357	—	45	294	18	1 449
	w	637	192	1	5	150	36	207	—	12	185	10	238
60 — 62	i	3 052	1 912	15	244	1 171	482	222	3	23	184	12	918
	w	463	230	1	7	183	39	111	1	8	97	5	122
62	i	869	630	6	93	353	178	39	—	5	34	—	200
	w	86	75	—	5	65	5	5	—	1	4	—	6
63 und mehr	i	737	565	11	125	328	101	31	2	3	26	—	141
	w	86	69	3	9	51	6	9	2	2	5	—	8
Nach Erreichen der Altersgrenze zusammen	i	9 724	4 092	370	1 275	1 740	707	2 599	120	451	1 965	63	3 033
	w	2 573	440	10	45	346	39	1 300	16	107	1 148	29	833
Besondere Altersgrenze	i	97	82	10	31	41	—	3	1	1	1	—	12
	w	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Vor der allgemeinen Altersgrenze auf Antrag	i	8 268	3 189	181	951	1 410	647	2 332	76	399	1 805	52	2 747
	w	2 363	366	6	34	291	35	1 218	11	100	1 081	26	779
Im Alter von ... Jahren													
60	i	2 944	656	16	157	282	201	1 194	19	149	1 004	22	1 094
	w	1 401	65	—	5	47	13	813	4	67	729	13	523
61	i	1 038	341	10	83	172	76	233	3	30	187	13	464
	w	294	28	1	1	24	2	156	1	8	137	10	110
62	i	666	294	24	99	121	50	182	3	32	143	4	190
	w	244	25	1	4	16	4	133	1	14	117	1	88
63	i	2 641	1 308	79	365	572	292	593	34	164	389	6	740
	w	314	200	3	17	165	15	68	2	7	58	1	48
64	i	979	590	52	247	263	28	130	17	24	82	7	259
	w	110	48	1	7	39	1	48	3	4	40	1	14
Allgemeine Altersgrenze im Alter von 65 und mehr Jahren	i	1 359	821	179	293	289	60	264	43	51	159	11	274
	w	208	74	4	11	55	4	82	5	7	67	3	52
Wechsel von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis	i	6 407	1 321	17	139	1 119	46	1 463	16	24	1 263	160	3 623
	w	5 236	1 243	11	114	1 077	41	1 363	13	21	1 190	139	2 630
Sonstige Gründe	i	45 803	6 902	245	828	4 211	1 618	7 323	286	273	4 893	1 871	31 578
	w	14 815	2 282	17	232	1 785	248	5 111	68	87	3 779	1 177	7 422
Personalzugänge insgesamt	i	70 362	8 982	469	2 815	4 862	836	14 829	553	416	6 561	7 299	46 551
	w	27 400	2 994	65	865	1 970	94	11 238	131	146	4 981	5 980	13 168
dar. Wechsel von einem Teil- in ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis	i	4 970	795	9	58	706	22	1 214	18	20	1 098	78	2 961
	w	4 176	761	8	48	686	19	1 112	9	18	1 025	60	2 303

1) Einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost.

**Personalabgänge und -zugänge des unmittelbaren öffentlichen Dienstes
vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach Laufbahngruppen und Gründen des Wechsels**

Gründe des Wechsels	i = ins- gesamt w = weib- lich	Ins- gesamt	Beamte und Richter					Angestellte					Ar- beiter
			zu- sammen	hö- herer	geho- bener	mitt- lerer	ein- facher	zu- sammen	hö- herer	geho- bener	mitt- lerer	ein- facher	
Länder													
Personalabgänge insgesamt . . .	i	139 814	64 962	26 345	30 623	7 585	409	59 550	10 575	9 812	33 180	5 983	15 302
	w	76 339	33 434	10 611	20 281	2 537	5	37 595	2 650	5 542	25 499	3 904	5 310
Tod	i	2 700	1 398	456	591	331	20	870	78	215	521	56	432
	w	580	215	60	135	19	1	311	19	57	223	12	54
Vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zusammen	i	10 853	5 587	1 188	3 333	1 005	81	3 393	103	1 019	2 092	179	1 873
	w	4 222	1 915	374	1 464	77	-	1 879	52	560	1 194	73	428
Im Alter von . . . bis unter . . . Jahren	i	4 812	2 570	381	1 375	772	42	1 340	38	301	927	74	902
unter 58	w	1 787	843	131	680	52	-	744	14	144	559	27	200
58 - 60	i	2 712	1 345	304	880	140	21	933	25	273	589	46	434
	w	1 146	491	94	384	13	-	535	13	147	355	20	120
60 - 62	i	2 429	1 230	350	815	59	6	835	33	346	417	39	364
	w	1 041	474	122	344	8	-	493	22	227	226	18	74
62	i	513	281	74	175	24	8	141	4	47	84	6	91
	w	145	68	16	48	4	-	56	2	26	28	-	21
63 und mehr	i	387	161	59	88	10	4	144	3	52	75	14	82
	w	103	39	11	28	-	-	51	1	16	26	8	13
Nach Erreichen der Altersgrenze zusammen	i	17 649	7 856	2 384	3 697	1 678	97	7 641	371	2 021	4 961	288	2 152
	w	6 263	1 132	364	719	48	1	4 226	102	824	3 164	136	905
Besondere Altersgrenze	i	2 035	1 973	88	665	1 219	1	44	-	2	42	-	18
	w	62	39	8	15	16	-	13	-	-	13	-	10
Vor der allgemeinen Alters- grenze auf Antrag	i	13 066	4 515	1 490	2 578	376	71	6 682	239	1 782	4 428	233	1 869
	w	5 603	959	291	638	29	1	3 852	76	762	2 892	122	792
Im Alter von . . . Jahren	i	5 395	742	169	455	101	17	3 737	69	826	2 720	122	916
60	w	3 358	151	33	107	11	-	2 635	29	447	2 073	86	572
61	i	925	323	99	185	33	6	496	22	149	307	18	106
	w	461	71	24	46	1	-	338	10	85	235	8	52
62	i	2 807	2 005	649	1 175	153	28	657	31	181	419	26	145
	w	1 044	452	127	312	13	-	493	21	120	338	14	99
63	i	2 885	788	308	404	61	15	1 449	81	495	816	57	648
	w	421	159	64	91	3	1	212	10	50	146	6	50
64	i	1 054	657	265	359	28	5	343	36	131	166	10	54
	w	319	126	43	82	1	-	174	6	60	100	8	19
Allgemeine Altersgrenze im Alter von 65 und mehr Jahren	i	2 548	1 368	806	454	83	25	915	132	237	491	55	265
	w	598	134	65	66	3	-	361	26	62	259	14	103
Wechsel von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsver- hältnis	i	17 491	12 316	2 839	8 703	773	1	4 826	397	807	3 402	220	349
	w	15 300	10 731	2 053	7 942	736	-	4 294	177	657	3 261	199	275
Sonstige Gründe der Beendigung des Dienst- bzw. Beschäfti- gungsverhältnisses	i	91 121	37 805	19 498	14 299	3 798	210	42 820	9 626	5 750	22 204	5 240	10 496
	w	49 974	19 441	7 760	10 021	1 657	3	26 885	2 300	3 444	17 657	3 484	3 848
Personalzugänge insgesamt . . .	i	135 167	55 755	23 831	22 075	9 152	697	62 307	12 024	8 721	34 237	7 325	17 105
	w	71 192	26 977	9 623	14 410	2 925	19	39 042	3 128	4 546	26 492	4 876	5 173
dar. Wechsel von einem Teil- in ein Vollzeitbeschäftigungsver- hältnis	i	8 741	4 110	931	2 980	196	3	4 095	735	613	2 539	208	536
	w	6 873	3 360	611	2 565	183	1	3 165	221	446	2 321	177	348

**Personalabgänge und -zugänge des unmittelbaren öffentlichen Dienstes
vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 nach Laufbahngruppen und Gründen des Wechsels**

Gründe des Wechsels	i = ins- gesamt w = weib- lich	Ins- gesamt	Beamte					Angestellte					Ar- beiter
			zu- sammen	hö- herer	geh- bener	mitt- lerer	ein- facher	zu- sammen	hö- herer	geh- bener	mitt- lerer	ein- facher	
Gemeinden/Gv. 1)													
Personalabgänge insgesamt ..	i	97 627	8 701	1 356	4 069	3 182	94	62 806	5 148	7 470	42 750	7 438	26 120
	w	57 200	3 543	279	1 529	1 716	19	43 599	1 450	3 928	32 760	5 461	10 058
Tod	i	1 954	293	69	134	84	6	829	47	179	564	39	832
	w	369	22	1	6	15	-	230	2	27	189	12	117
Vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zusammen	i	7 421	1 060	183	551	305	21	3 216	61	654	2 305	196	3 145
	w	2 267	131	22	76	33	-	1 395	17	184	1 089	105	741
Im Alter von ... bis unter ... Jahren													
unter 58	i	3 126	447	52	218	172	5	1 262	11	238	943	70	1 417
	w	922	58	9	35	14	-	561	4	68	447	42	303
58 - 60	i	1 942	255	47	149	53	6	891	16	184	645	46	796
	w	671	38	6	23	9	-	414	5	56	329	24	219
60 - 62	i	1 531	207	45	110	47	5	744	19	164	512	49	580
	w	524	23	6	11	6	-	337	6	50	256	25	164
62	i	401	80	9	49	20	2	149	4	34	97	14	172
	w	77	10	-	7	3	-	41	1	4	30	6	26
63 und mehr	i	421	71	30	25	13	3	170	11	34	108	17	180
	w	73	2	1	-	1	-	42	1	6	27	8	29
Nach Erreichen der Altersgrenze zusammen	i	12 196	1 838	588	821	400	29	6 824	282	1 509	4 749	284	3 534
	w	5 045	227	62	90	74	1	3 384	69	509	2 622	184	1 434
Besondere Altersgrenze	i	250	204	14	58	132	-	30	-	7	21	2	16
	w	71	57	1	11	45	-	7	-	2	3	2	7
Vor der allgemeinen Alters- grenze auf Antrag	i	10 514	1 261	346	656	232	27	6 144	173	1 377	4 352	242	3 109
	w	4 491	117	27	65	24	1	3 157	46	476	2 476	159	1 217
Im Alter von ... Jahren													
60	i	5 239	365	76	187	94	8	3 339	55	725	2 426	133	1 535
	w	3 018	27	7	8	11	1	2 131	15	341	1 671	104	860
61	i	872	107	30	53	21	3	551	22	108	404	17	214
	w	481	10	4	4	2	-	353	10	49	280	14	118
62	i	1 211	449	113	255	74	7	559	19	90	420	30	203
	w	584	55	10	38	7	-	400	11	43	322	24	129
63	i	2 776	230	80	113	32	5	1 492	58	403	981	50	1 054
	w	299	18	5	10	3	-	200	7	33	150	10	81
64	i	416	110	47	48	11	4	203	19	51	121	12	103
	w	109	7	1	5	1	-	73	3	10	53	7	29
Allgemeine Altersgrenze im Alter von 65 und mehr Jahren	i	1 432	373	228	107	36	2	650	109	125	376	40	409
	w	483	53	34	14	5	-	220	23	31	143	23	210
Wechsel von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsver- hältnis	i	7 059	818	112	366	319	21	5 455	124	443	4 537	351	786
	w	6 481	703	83	312	293	15	5 105	89	387	4 301	328	673
Sonstige Gründe der Beendigung des Dienst- bzw. Beschäfti- gungsverhältnisses	i	68 997	4 692	404	2 197	2 074	17	46 482	4 634	4 685	30 595	6 568	17 823
	w	43 038	2 460	111	1 045	1 301	3	33 485	1 273	2 821	24 559	4 832	7 093
Personalzugänge insgesamt ..	i	106 468	8 942	830	4 257	3 788	67	68 635	5 719	7 057	45 569	10 290	27 891
	w	61 528	4 187	180	1 934	2 046	27	48 093	1 756	3 827	34 908	7 802	9 248
dar. Wechsel von einem Teil- in ein Vollzeitbeschäftigungsver- hältnis	i	3 891	484	32	125	327	-	2 640	140	285	1 912	303	767
	w	3 490	414	20	88	306	-	2 393	91	225	1 786	291	683

1) Ohne Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern.

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Zum Aufsatz: „Kaufwerte für landwirtschaftlich Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von ... bis unter ... Hektar	Jahr	Insgesamt ²⁾			Davon Veräußerungsfälle der landwirtschaftlichen Nutzung von ... bis unter ... je ha Fläche					
		Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	unter 30			30 – 40		
					Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung
		Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM
Insgesamt ²⁾	1975	25 015	28 124	17 193	3 050	4 951	10 709	6 201	7 334	12 539
	1976	28 564	29 016	18 723	3 249	4 543	12 755	7 032	7 897	13 274
	1977	30 319	30 173	22 160	3 481	5 068	14 887	7 562	8 258	16 470
	1978	29 068	27 324	25 732	3 290	4 451	18 698	7 376	7 749	19 904
	1979	27 922	26 070	30 474	3 227	4 177	22 629	7 026	7 181	23 141
	1980	25 997	25 151	36 036	3 006	3 909	27 613	6 577	7 257	28 417
	1981	25 853	27 955	39 245	3 258	4 930	28 025	6 562	7 849	30 561
	1982	27 316	32 888	37 105	3 643	6 101	26 628	7 477	9 490	27 953
	1983	29 652	35 800	38 103	3 890	6 493	27 241	7 806	10 183	28 603
	1984	31 423	38 268	38 265	4 070	6 770	28 108	8 239	10 937	27 852
	1985	34 315	43 444	36 864	4 547	8 062	25 860	8 896	12 355	27 061
davon:										
0,1 – 0,25	1975	7 394	1 240	25 976	651	110	18 331	1 536	261	16 979
	1976	8 386	1 410	26 297	667	113	16 087	1 656	283	16 025
	1977	8 755	1 469	29 889	701	115	18 611	1 747	297	18 453
	1978	9 018	1 511	31 730	833	135	22 442	1 836	315	19 935
	1979	8 664	1 452	34 446	739	125	23 144	1 815	307	22 207
	1980	7 965	1 327	38 601	701	116	25 935	1 611	273	24 952
	1981	6 843	1 141	44 027	591	95	26 942	1 381	235	28 085
	1982	6 923	1 148	43 228	601	98	25 926	1 646	274	26 141
	1983	7 422	1 246	47 414	541	91	26 813	1 572	268	29 164
	1984	8 009	1 340	50 868	622	106	27 439	1 754	292	30 165
	1985	8 513	1 425	49 538	762	128	28 716	1 820	307	30 274
0,25 – 1	1975	10 624	5 520	19 977	1 229	658	12 100	2 700	1 436	13 026
	1976	12 441	6 427	19 815	1 303	708	12 222	3 192	1 692	13 360
	1977	13 357	6 962	23 399	1 352	729	15 329	3 474	1 871	16 146
	1978	12 776	6 562	25 449	1 224	655	16 254	3 417	1 818	17 677
	1979	12 223	6 283	29 503	1 292	685	18 877	3 168	1 678	20 749
	1980	11 277	5 832	33 833	1 177	632	23 001	2 948	1 552	23 388
	1981	11 458	6 054	39 302	1 338	743	26 379	2 990	1 599	27 903
	1982	11 781	6 196	38 538	1 374	760	26 307	3 238	1 717	26 173
	1983	12 806	6 815	41 307	1 492	840	28 224	3 455	1 875	27 982
	1984	13 191	6 929	41 990	1 568	865	25 526	3 428	1 848	27 959
	1985	14 387	7 584	41 205	1 627	903	26 806	3 695	1 988	27 914
1 – 2	1975	3 654	5 130	18 408	535	752	11 862	1 019	1 438	12 461
	1976	4 245	5 927	19 368	623	875	13 181	1 189	1 660	13 569
	1977	4 600	6 368	22 700	705	994	15 429	1 314	1 832	17 269
	1978	4 147	5 773	25 138	635	895	17 835	1 206	1 695	18 891
	1979	3 980	5 523	29 667	604	845	22 467	1 170	1 635	22 501
	1980	3 801	5 288	34 533	600	844	26 735	1 109	1 545	27 181
	1981	4 110	5 735	41 369	619	867	29 503	1 168	1 646	30 311
	1982	4 381	6 110	38 670	786	1 110	28 061	1 294	1 794	28 704
	1983	4 873	6 797	40 643	874	1 230	28 183	1 436	2 013	30 062
	1984	5 262	7 341	40 721	847	1 192	28 890	1 588	2 221	28 161
	1985	5 698	7 990	39 849	974	1 382	26 964	1 671	2 339	28 878
2 – 5	1975	2 440	7 393	16 540	438	1 339	11 093	708	2 140	12 431
	1976	2 704	8 090	18 252	490	1 490	13 593	798	2 400	13 748
	1977	2 833	8 461	21 056	550	1 639	15 192	808	2 411	16 032
	1978	2 456	7 307	25 265	455	1 390	20 157	734	2 200	20 557
	1979	2 423	7 267	32 115	455	1 360	25 016	704	2 138	25 218
	1980	2 322	6 926	36 417	401	1 207	28 853	716	2 120	30 399
	1981	2 673	7 986	39 244	540	1 650	28 261	808	2 417	32 542
	1982	3 161	9 558	36 725	643	1 943	28 772	989	3 004	29 314
	1983	3 409	10 287	37 013	741	2 253	27 544	1 031	3 120	28 907
	1984	3 657	11 010	37 710	761	2 311	26 833	1 094	3 290	29 285
	1985	4 236	12 878	37 090	859	2 643	27 849	1 271	3 874	28 190
5 und mehr	1975	903	8 841	14 066	197	2 091	9 208	238	2 058	11 802
	1976	788	7 162	16 250	166	1 357	11 560	197	1 863	11 906
	1977	774	6 913	20 125	173	1 591	13 764	219	1 847	16 258
	1978	671	6 171	25 672	143	1 376	18 581	183	1 722	22 411
	1979	632	5 545	29 186	137	1 182	22 110	169	1 423	23 777
	1980	632	5 777	38 588	127	1 111	29 731	193	1 787	32 070
	1981	769	7 039	36 691	170	1 575	27 806	215	1 952	30 793
	1982	1 070	9 876	34 893	239	2 191	24 144	310	2 702	27 255
	1983	1 142	10 655	34 395	242	2 079	25 976	312	2 908	27 615
	1984	1 304	11 648	33 577	272	2 296	24 092	375	3 286	25 944
	1985	1 481	13 567	31 134	325	3 006	23 198	439	3 845	24 119

1) Ohne Hamburg, Bremen und Berlin. – 2) Veräußerungsfälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar.

**genutzte Grundstücke“
landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet¹⁾**

Grundstücke mit Ertragsmeßzahlen in Hundert der landwirtschaftlichen Nutzung									Jahr	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von ... bis unter ... Hektar	
40 – 50			50 – 60			60 und mehr					
Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung			
Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM			
6 083	6 386	16 312	3 943	3 994	20 155	5 738	5 458	28 192	1975	Insgesamt ²⁾	
7 025	6 668	17 441	4 785	4 550	22 520	6 473	5 358	30 182	1976		
7 177	6 783	21 225	4 990	4 472	27 280	7 109	5 592	34 196	1977		
6 990	6 259	24 386	4 664	3 925	29 346	6 748	4 940	40 045	1978		
6 749	6 013	29 323	4 585	3 838	35 947	6 335	4 861	45 150	1979		
6 431	5 981	33 825	4 327	3 666	43 125	5 656	4 337	53 432	1980		
6 118	5 913	37 520	4 185	4 109	44 887	5 730	5 153	60 687	1981		
6 381	6 777	36 086	4 186	4 779	44 197	5 629	5 741	58 668	1982		
6 903	7 500	36 129	4 530	5 041	46 090	6 523	6 584	59 639	1983		
7 331	8 027	37 572	4 914	5 659	45 872	6 869	6 874	61 352	1984		
7 917	9 381	36 103	5 167	5 863	45 798	7 788	7 783	58 013	1985		
1 802	304	20 719	1 329	222	30 356	2 076	342	37 133	1975		davon: 0,1 – 0,25
2 075	350	20 877	1 564	261	28 576	2 424	404	39 582	1976		
2 032	347	22 618	1 586	267	33 814	2 689	444	43 782	1977		
2 107	353	25 796	1 604	269	35 384	2 638	439	45 601	1978		
2 044	343	27 456	1 626	270	37 941	2 440	406	50 737	1979		
1 910	320	32 268	1 609	267	44 119	2 134	352	54 936	1980		
1 617	273	35 432	1 299	217	48 329	1 955	321	65 144	1981		
1 689	282	33 680	1 201	202	46 497	1 786	293	71 841	1982		
1 875	316	38 074	1 328	223	51 150	2 106	349	72 903	1983		
1 957	329	38 310	1 442	242	55 121	2 234	371	82 172	1984		
1 924	323	38 376	1 474	248	54 518	2 533	419	75 733	1985		
2 652	1 378	17 310	1 632	828	22 368	2 411	1 219	33 809	1975	0,25 – 1	
3 161	1 639	17 041	2 047	1 034	23 968	2 738	1 354	32 036	1976		
3 262	1 706	20 607	2 219	1 135	27 861	3 050	1 522	35 979	1977		
3 180	1 636	22 835	2 049	1 008	28 301	2 906	1 446	40 354	1978		
3 035	1 566	26 121	1 985	997	34 054	2 743	1 358	46 237	1979		
2 898	1 496	29 991	1 823	922	38 992	2 431	1 229	53 392	1980		
2 845	1 516	34 615	1 817	930	44 721	2 468	1 265	62 927	1981		
2 882	1 512	33 899	1 832	944	44 285	2 455	1 262	63 994	1982		
3 094	1 650	37 103	1 965	1 026	49 437	2 800	1 424	65 583	1983		
3 208	1 659	38 639	2 071	1 054	50 122	2 916	1 503	66 720	1984		
3 532	1 854	36 492	2 190	1 131	49 084	3 343	1 709	64 177	1985		
913	1 280	17 352	505	714	21 996	682	946	31 384	1975		1 – 2
1 055	1 462	18 792	640	906	22 958	738	1 023	31 715	1976		
1 103	1 518	21 308	697	947	26 681	781	1 077	37 106	1977		
1 008	1 391	24 247	585	811	31 385	713	982	38 673	1978		
995	1 363	28 303	570	794	33 997	641	885	48 176	1979		
945	1 326	32 911	522	724	40 933	625	850	52 720	1980		
956	1 334	38 449	606	829	48 925	761	1 058	66 049	1981		
980	1 369	37 442	606	845	48 327	715	992	62 020	1982		
1 042	1 455	39 553	641	887	51 436	880	1 213	64 252	1983		
1 177	1 635	39 954	739	1 030	53 400	911	1 263	64 631	1984		
1 316	1 844	39 112	792	1 115	52 609	945	1 309	63 228	1985		
527	1 598	15 711	354	1 050	21 600	413	1 265	26 099	1975	2 – 5	
574	1 705	17 489	412	1 218	22 340	430	1 277	29 271	1976		
633	1 880	20 363	376	1 116	27 006	466	1 413	32 656	1977		
537	1 553	24 806	339	995	29 122	391	1 169	37 526	1978		
532	1 592	33 566	319	969	38 084	413	1 209	45 605	1979		
543	1 618	34 826	290	874	43 968	372	1 107	52 561	1980		
574	1 671	40 813	348	1 042	46 227	403	1 206	59 504	1981		
645	1 929	37 494	384	1 132	42 895	500	1 550	55 592	1982		
678	2 034	38 121	428	1 279	47 246	531	1 601	56 559	1983		
739	2 184	38 711	463	1 400	47 746	600	1 825	57 704	1984		
849	2 560	39 176	525	1 599	45 995	732	2 201	54 958	1985		
189	1 826	14 620	123	1 180	14 286	156	1 686	22 098	1975		5 und mehr
160	1 510	15 716	122	1 132	19 645	143	1 301	25 027	1976		
147	1 333	22 775	112	1 007	25 760	123	1 136	27 213	1977		
158	1 325	25 577	87	843	26 973	100	904	41 606	1978		
143	1 149	29 577	85	809	37 165	98	1 002	38 188	1979		
135	1 221	38 599	83	878	48 130	94	800	54 791	1980		
126	1 118	35 937	115	1 092	39 996	143	1 303	54 152	1981		
185	1 685	35 738	163	1 655	42 648	173	1 643	53 102	1982		
214	2 045	30 627	168	1 626	39 460	206	1 998	52 758	1983		
250	2 221	33 732	199	1 934	37 035	208	1 912	54 404	1984		
296	2 799	30 789	186	1 770	38 010	235	2 146	49 599	1985		

Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen

Jahr Monat	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Wirtschaftsgruppen										
		Bergbau	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisen-schaffende Industrie	NE-Metall-erzeugung und -halb-zeugwerke	Maschinen-	Sträßen-fahrzeug- bau	Schiff-	Elektro-technik	Chemische Industrie	Textil- gewerbe	Beklei-dungs-
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1983 D	6 927,1	203,9	165,9	238,3	74,2	956,4	776,7	52,9	873,7	548,8	241,5	193,9
1984 D	6 853,7	194,2	165,1	222,0	73,4	930,3	785,4	45,2	878,2	550,3	235,5	191,1
1985 3) D	6 943,1	212,6	156,5	216,6	76,1	950,2	808,9	44,1	922,6	557,0	231,4	188,4
1985 4) Juli	6 963,9	210,9	160,7	216,5	76,7	949,5	815,5	44,1	926,9	559,3	230,3	186,4
Aug.	7 006,8	216,3	161,1	217,3	76,7	958,4	815,6	44,1	933,5	563,3	230,3	187,6
Sept.	7 039,9	215,0	160,8	218,6	76,8	969,3	817,1	44,3	939,9	564,9	232,3	189,0
Okt.	7 033,3	213,4	159,3	217,4	76,7	971,1	818,6	43,9	942,3	563,5	232,2	187,9
Nov.	7 030,4	212,7	157,9	216,6	76,7	972,3	821,3	43,7	944,4	562,8	232,2	187,7
Dez.	6 985,2	211,3	152,6	214,8	76,4	969,0	818,5	43,2	940,7	560,5	230,7	186,0
1986 Jan.	6 977,4	210,4	143,4	213,5	71,8	970,2	819,1	42,6	945,0	559,3	229,2	188,2
Febr.	6 992,2	210,7	139,9	214,2	71,9	973,2	824,8	42,5	948,3	562,5	229,7	188,6
März	7 013,9	210,2	144,5	213,9	72,0	976,5	829,0	42,5	952,8	564,0	229,4	188,0
April	7 016,8	209,8	150,6	212,7	71,9	976,9	828,4	42,2	954,4	562,5	228,5	186,5
Mai	7 021,3	209,5	153,2	211,9	72,1	976,8	831,1	41,6	955,1	562,6	227,7	185,1
Juni	7 043,9	208,7	154,1	210,7	72,4	980,1	837,1	40,8	959,3	564,6	227,2	184,1
Juli	7 096,3	208,6	155,7	210,3	73,5	986,3	849,9	40,2	965,7	570,5	226,1	183,5
Aug.	7 121,7	208,9	156,3	210,1	73,4	991,8	846,5	40,2	970,7	572,4	226,1	184,3
Umsatz insgesamt 1)												
Mill. DM												
1983 D	109 388,5	2 188,3	2 520,7	3 474,2	1 989,3	10 901,5	13 047,4	712,5	10 628,2	12 824,9	2 748,9	1 680,9
1984 D	116 538,2	2 393,0	2 544,0	3 999,6	2 191,7	11 626,0	13 544,7	686,7	11 197,6	14 143,3	2 906,0	1 787,7
1985 3) D	124 712,8	2 979,1	2 397,0	4 341,9	2 189,1	13 096,4	15 375,6	611,8	12 642,4	14 845,1	3 064,1	1 839,0
1985 4) Juli	125 567,8	2 788,0	3 093,3	4 311,5	2 285,3	12 665,6	15 548,8	419,2	12 277,7	15 038,8	3 039,9	1 938,1
Aug.	111 015,9	2 609,2	2 745,1	4 204,0	2 065,0	10 565,6	10 939,0	329,1	10 955,9	14 075,1	2 479,8	2 096,6
Sept.	130 727,8	2 690,8	2 987,2	4 700,2	2 206,4	13 083,2	15 646,8	813,6	14 971,2	14 618,7	3 357,5	2 505,8
Okt.	138 398,3	2 989,8	3 238,2	4 852,1	2 403,6	13 682,4	17 223,6	654,3	13 860,5	15 758,5	3 889,0	2 142,5
Nov.	128 968,5	3 064,9	2 356,9	4 229,7	2 040,3	13 117,9	17 072,5	617,3	13 581,7	14 318,3	3 256,6	1 650,9
Dez.	127 003,7	3 490,0	1 932,3	3 621,3	1 622,1	17 303,7	14 588,8	1 786,0	15 185,6	12 899,2	2 642,0	1 367,3
1986 Jan.	119 029,4	3 084,5	1 505,6	4 117,2	2 062,9	10 761,1	15 153,3	319,5	11 762,9	15 049,0	3 262,4	2 069,4
Febr.	118 008,1	2 966,7	1 231,1	4 007,6	1 923,7	11 344,3	16 254,0	291,7	12 141,7	14 209,3	3 144,3	2 201,7
März	120 872,3	2 881,2	1 768,3	4 212,5	1 834,3	12 673,6	16 301,2	205,4	12 866,1	14 164,7	3 127,6	2 195,7
April	132 279,3	2 853,4	2 695,2	4 450,2	2 085,5	13 712,1	19 421,2	471,8	13 408,0	15 256,1	3 315,6	1 797,4
Mai	114 975,8	2 527,0	2 649,0	3 888,5	1 770,3	11 573,3	15 290,7	844,1	11 699,7	13 589,6	2 713,7	1 189,9
Juni	126 025,7	2 375,6	2 925,6	4 076,2	1 933,1	13 963,4	16 775,2	617,2	13 541,4	14 207,5	2 977,4	1 351,0
Juli	121 608,2	2 415,9	3 116,7	3 734,8	1 877,9	13 623,7	15 072,5	629,8	12 842,7	13 961,2	3 071,6	2 084,3
Aug.	104 803,1	2 212,8	2 758,8	3 342,4	1 639,0	11 075,1	11 773,0	297,1	11 144,3	12 453,1	2 316,1	2 182,5
darunter Auslandsumsatz 2)												
Mill. DM												
1983 D	29 602,8	296,3	235,3	1 297,8	571,0	4 867,0	5 838,4	266,8	3 250,2	5 120,3	639,1	258,3
1984 D	33 543,7	358,8	257,8	1 567,0	655,9	5 329,7	6 575,7	347,0	3 541,2	5 960,6	727,8	299,0
1985 3) D	37 032,2	377,8	271,1	1 692,8	665,7	5 759,2	7 655,9	306,8	4 082,0	6 391,0	813,7	332,6
1985 4) Juli	36 856,8	389,1	283,5	1 726,4	659,3	5 780,6	7 411,9	133,8	4 096,6	6 486,2	841,4	395,3
Aug.	31 340,4	346,4	256,1	1 701,2	659,3	4 801,0	5 171,9	181,4	3 413,9	5 876,8	683,0	459,5
Sept.	38 889,7	343,3	286,4	1 868,3	624,2	5 932,7	7 525,6	423,6	5 150,2	6 126,8	888,4	510,8
Okt.	39 912,9	350,7	313,7	1 867,8	720,2	6 299,7	8 447,5	211,8	4 242,4	6 460,9	951,5	364,8
Nov.	38 413,0	315,7	280,2	1 597,9	637,8	6 042,9	8 510,8	405,2	4 262,0	5 992,2	818,6	217,4
Dez.	40 201,2	377,0	240,9	1 508,2	520,1	8 847,5	7 489,7	1 319,9	4 427,1	5 626,6	708,0	210,0
1986 Jan.	35 290,0	326,6	260,0	1 437,4	616,0	4 773,8	7 762,7	121,1	3 650,5	6 597,2	863,7	426,0
Febr.	35 846,0	332,7	252,5	1 385,5	586,9	5 110,5	8 166,0	90,3	4 009,7	6 149,4	868,2	467,0
März	36 750,8	316,8	256,0	1 475,4	568,0	5 947,0	7 914,3	68,9	4 304,6	6 153,5	862,6	455,2
April	40 278,2	342,4	300,4	1 536,8	629,5	6 305,6	9 363,4	140,8	4 290,2	6 793,2	905,3	280,6
Mai	33 706,2	345,1	276,4	1 325,0	540,1	5 198,2	7 314,9	263,0	3 611,0	5 809,7	741,1	154,8
Juni	38 040,1	279,2	309,5	1 438,7	581,1	6 287,9	7 986,9	392,6	4 378,7	6 025,3	830,3	232,8
Juli	35 706,7	255,8	276,8	1 319,4	600,2	6 176,6	7 100,3	380,5	4 073,6	5 795,5	865,1	463,6
Aug.	29 177,9	230,3	253,6	1 188,6	494,0	4 844,7	5 320,7	144,1	3 411,6	5 079,7	632,8	496,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1.1

Darstellung nach der „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt – Im Hinblick auf die einzelnen Stufen der Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe Heppert, E.: „Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe“ in Wirtschaft und Statistik 6/1979, S. 394 ff.

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer – 2) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren. – 3) Endgültige Ergebnisse – 4) Vorläufiges Ergebnis.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1980 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ²⁾	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe									
		zu- sammen	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- (oh. H.v. Stahlrohren) werke	NE- Metall- halbzeug-	Eisen- Stahl- und Temper- gießerei	Ziehereien und Kaltwalz- werke	Chemische Industrie	Holzbear- beitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- rzeugung	Gummi- verar- beitung
1982	103,4	102,0	95,7	87,4	90,7	96,4	94,1	109,8	85,6	115,3	107,3
1983	107,9	109,2	100,7	90,8	106,9	96,1	100,5	119,3	90,1	126,3	109,8
1984	118,2	120,8	103,0	103,2	115,4	101,6	109,9	132,5	92,7	149,7	113,6
1985	127,8	125,7	96,2	109,1	121,0	113,9	111,0	139,7	90,1	148,2	126,5
1985 Juli	128,2	131,3	124,5	110,1	123,0	119,5	109,5	145,8	93,3	146,9	129,5
Aug.	112,5	115,2	110,4	96,7	106,5	99,6	104,6	126,7	84,3	121,6	112,5
Sept.	128,2	124,3	118,6	104,7	115,3	116,4	109,4	137,1	98,9	137,8	129,1
Okt.	141,1	138,0	122,1	115,3	130,5	129,6	122,3	148,5	105,9	159,8	155,0
Nov.	129,8	121,0	86,8	103,3	115,1	116,1	111,9	134,4	93,9	147,4	139,7
Dez.	122,1	110,3	71,5	99,8	102,4	97,5	93,2	124,9	76,6	129,8	107,3
1986 Jan.	131,2	128,2	59,6	117,0	138,3	124,4	111,2	146,1	85,7	164,6	127,8
Febr.	130,3	118,7	53,4	106,1	116,6	117,0	115,2	133,3	82,3	147,8	127,4
März	131,5	119,9	74,2	106,6	118,6	116,9	108,5	131,8	86,8	148,1	139,9
April	139,1	131,9	107,6	112,2	128,2	130,2	120,0	143,7	101,7	174,6	141,9
Mai	119,6	114,8	107,2	92,8	110,1	103,5	102,2	126,4	89,8	139,5	121,8
Juni	128,2	121,8	115,7	101,9	114,3	113,1	110,1	133,1	95,8	152,6	132,9
Juli	127,0	123,4	123,6	96,8	115,1	108,8	110,8	135,0	94,4	148,4	126,2
Aug.	108,3	106,1	112,1	85,3	91,4	92,6	88,7	116,4	80,9	124,1	106,4

Jahr Monat	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe										
	zu- sammen	Stahlver- formung, Ober- flächen- veredlung, Härtung	Stahl- und Leicht- metall-, Schienen- fahrzeug	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug-	Her- stellung von Kraft- wagen und -motoren	Schiffbau	Elektro- technik	Fein- mechanik, Optik	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herst. von Büro- maschinen, ADV-Geräten und -Ein- richtungen
1982	105,4	97,6	106,5	101,3	120,7	122,3	116,0	101,1	99,4	99,2	112,9
1983	108,2	100,3	98,0	101,4	129,5	132,9	90,9	104,1	100,7	105,5	129,3
1984	119,3	108,7	99,2	113,3	138,8	142,6	108,6	116,5	111,6	113,8	156,5
1985	133,6	120,6	102,3	128,4	161,9	167,0	149,6	126,9	122,0	118,5	185,5
1985 Juli	135,0	127,0	132,0	132,1	161,3	166,0	133,4	123,8	130,4	119,9	162,6
Aug.	114,6	108,4	88,9	114,1	125,4	129,8	149,7	109,9	105,0	109,2	154,1
Sept.	130,6	119,2	109,4	121,6	153,0	158,0	207,4	126,0	111,6	119,4	184,9
Okt.	144,3	136,7	101,2	135,1	162,5	166,7	195,5	148,5	141,0	136,8	164,1
Nov.	138,9	125,8	120,0	128,1	173,7	179,6	86,3	131,8	134,2	124,6	213,2
Dez.	138,5	106,7	97,5	134,3	153,0	158,2	262,0	140,3	119,5	104,9	237,6
1986 Jan.	138,0	139,6	94,5	133,2	182,6	189,2	43,1	128,3	128,4	126,2	152,5
Febr.	140,8	133,5	89,5	132,1	189,1	196,3	50,3	134,7	133,8	121,2	182,8
März	139,6	127,7	109,2	136,2	169,9	175,2	45,6	134,0	135,4	120,4	204,7
April	145,9	137,2	110,2	138,2	182,5	188,3	197,8	136,5	133,5	134,1	166,1
Mai	127,0	119,7	95,4	128,7	152,2	156,4	51,8	120,1	123,4	117,1	144,2
Juni	138,3	128,4	97,6	135,1	181,1	187,4	32,1	128,3	123,2	128,4	169,5
Juli	135,8	130,4	133,7	134,0	164,2	168,6	55,0	126,6	122,5	127,8	144,3
Aug.	111,7	107,5	113,0	106,8	132,5	136,4	30,5	106,9	104,1	109,1	131,0

Jahr Monat	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe										
	zu- sammen	Fein- keramik	Her- stellung und Ver- arbeitung von Glas	Her- stellung von Holz- und Polster- möbeln	Papier- und Pappever- arbeitung	Druckerei, Verzwei- fältigung	Her- stellung von Kunststoff- waren	Leder- erzeugung	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Beklei- dungsgewerbe
1982	100,2	97,3	98,2	91,1	109,7	102,4	103,2	118,8	102,5	98,0	100,0
1983	105,0	98,6	105,9	93,0	112,7	103,6	113,7	138,5	104,3	103,4	103,4
1984	111,4	106,9	109,1	95,1	119,5	112,0	125,7	155,2	98,0	107,3	112,0
1985	115,0	106,0	114,4	91,3	128,4	117,5	130,8	156,7	103,4	112,6	112,1
1985 Juli	105,0	105,0	112,8	80,9	132,6	118,4	134,6	159,0	46,4	94,7	89,9
Aug.	102,6	94,4	101,9	82,4	117,7	108,9	118,1	132,8	72,7	88,1	116,4
Sept.	127,6	105,4	109,3	94,5	128,1	118,9	135,0	160,9	121,7	126,1	188,5
Okt.	137,3	129,3	126,4	104,2	142,4	133,5	146,9	172,6	176,4	137,9	159,1
Nov.	118,3	106,2	118,8	98,8	128,7	124,3	133,4	189,4	111,8	123,5	91,2
Dez.	95,7	78,4	113,3	77,5	110,9	119,8	112,1	140,2	50,1	91,5	60,0
1986 Jan.	117,3	120,9	131,0	103,1	141,4	120,5	138,7	178,3	68,8	110,5	85,3
Febr.	119,8	109,8	113,5	97,7	130,2	114,7	133,4	167,1	83,3	115,2	144,7
März	127,7	122,7	123,9	93,6	128,1	119,2	132,0	143,8	109,1	123,9	192,7
April	132,0	120,5	123,0	104,2	143,7	126,9	150,9	167,4	189,2	128,4	129,4
Mai	108,9	95,1	107,9	88,4	123,5	120,2	132,4	158,2	129,3	95,9	68,4
Juni	110,3	101,3	114,8	96,1	136,8	122,1	145,4	161,6	59,3	98,7	61,0
Juli	108,5	105,7	118,1	88,0	136,6	121,5	143,5	130,6	40,9	92,9	74,1
Aug.	102,3	95,4	103,7	82,0	117,3	113,3	123,5	97,6	57,8	81,3	117,7

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Darstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe).

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Elektrizitäts- und Gasversorgung			Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe					Bau- haupt- gewerbe	
	ins- gesamt	ohne Bau- haupt- gewerbe	zu- sammen	Elektri- zitäts- versorgung	Gas- versorgung	zu- sammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
								zu- sammen	Grund- stoff- und Produktions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter produzierendes Gewerbe		Ver- brauchs- güter

kalendermonatlich

1983	95,5	96,4	101,1	103,8	90,1	96,1	90,6	96,3	93,9	98,8	91,6	99,4	89,0	
1984	98,7	99,6	105,5	110,0	87,3	99,3	90,0	99,6	97,9	102,3	94,1	101,1	89,5	
1985	102,6	104,5	110,1	114,6	92,1	104,1	90,8	104,6	98,7	112,1	94,5	103,6	83,7	
1985	Aug.	92,0	91,8	88,8	94,0	58,0	92,1	83,5	92,5	95,4	92,3	83,4	99,2	93,9
	Sept.	107,8	107,9	98,2	103,4	67,6	108,6	83,5	109,6	101,5	118,8	102,0	102,6	107,2
	Okt.	119,8	120,1	113,9	120,1	89,0	120,4	97,7	121,3	108,8	131,8	110,9	125,5	117,6
	Nov.	110,4	113,0	127,1	128,9	119,9	112,1	97,3	112,7	99,2	125,1	98,7	116,2	84,9
	Dez.	98,5	101,5	123,0	125,4	113,4	100,2	86,5	100,7	85,2	116,8	84,5	97,5	68,1
1986	Jan.	98,1	103,0	131,9	133,8	124,2	101,2	100,4	101,2	96,3	105,7	95,4	103,8	50,1
	Febr.	97,1	103,2	127,1	128,5	121,3	101,7	91,5	102,1	93,5	111,8	93,8	95,9	36,0
	März	101,1	105,1	122,3	125,6	109,0	104,1	91,7	104,5	97,2	114,6	95,9	93,8	61,5
	April	113,9	115,3	111,6	116,4	92,5	115,6	91,3	116,5	105,9	129,5	104,6	106,6	99,8
	Mai	98,5	99,4	91,0	97,7	64,1	99,9	79,6	100,7	96,6	109,1	86,9	96,3	89,9
	Juni	107,0	107,6	92,6	98,9	67,4	108,5	80,8	109,6	101,4	121,3	95,5	102,4	100,7
	Juli	105,6	105,4	92,0	99,2	63,3	106,2	84,6	107,1	100,4	114,4	97,0	108,4	107,1
	Aug.	91,2	91,2	87,0	93,3	61,7	91,5	80,1	91,9	91,3	94,1	80,9	101,4	91,1

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1983	95,4	96,3	101,2	103,9	90,1	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	88,8	
1984	98,6	99,6	105,5	110,0	87,3	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	89,2	
1985	103,0	105,0	110,5	115,1	92,3	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	83,7	
1985	Aug.	89,7	89,6	85,3	92,1	58,0	89,9	81,6	90,2	93,4	89,8	81,0	97,2	90,4
	Sept.	108,8	109,0	98,8	105,8	71,0	109,6	85,7	110,5	102,4	119,8	102,7	104,0	106,3
	Okt.	114,8	114,9	109,6	115,4	86,3	115,2	92,9	116,0	104,9	125,7	105,2	120,8	114,0
	Nov.	113,8	116,6	130,6	132,7	122,4	115,7	100,0	116,3	102,1	129,2	102,4	119,7	86,2
	Dez.	100,5	103,7	124,5	127,6	112,1	102,5	89,1	103,0	86,4	119,5	87,9	98,7	67,9
1986	Jan.	95,5	100,3	130,0	132,0	122,0	98,5	98,5	98,5	94,2	102,8	92,6	100,7	47,3
	Febr.	104,2	110,9	138,0	139,2	133,1	109,2	98,6	109,6	100,6	119,9	100,2	103,4	37,2
	März	102,7	106,5	120,2	123,7	106,1	105,6	91,8	106,1	98,3	116,1	98,4	95,4	65,2
	April	113,0	114,3	111,1	115,8	92,5	114,5	89,6	115,4	105,3	128,2	103,0	106,0	100,1
	Mai	103,9	104,5	92,1	99,6	62,1	105,3	83,2	106,1	100,2	115,8	94,2	98,5	97,1
	Juni	109,5	110,4	96,0	102,2	71,3	111,3	85,4	112,3	103,6	124,4	98,1	104,3	100,3
	Juli	100,3	100,0	87,7	94,5	60,4	100,8	79,4	101,6	96,1	108,2	91,2	103,8	103,1
	Aug.	90,1	90,1	85,0	91,3	59,8	90,4	79,2	90,8	89,9	92,8	80,3	100,8	90,3

Jahr Monat	Bauhaupt- gewerbe		Bergbau			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe							
	Hoch- bau- lei- stungen	Tief- bau- lei- stungen	darunter			Mineral- ölver- arbeitung	Ge- winnung und Ver- arbeitung von Stei- nen und Erden	Eisen- schaf- fende Industrie	NE- Metall- zeugung, NE-Metall- halbzeug- werke	Eisen-, Stahl- und Temper- gießerei	NE- Metall- gießerei	Ziehe- ren, Kaltwalz- werke; Mechanik a.n.g.	Che- mische Industrie
			Stein- kohlen- berg- bau	Braun- kohlen- berg- bau	Ge- winnung von Erdöl, Erdgas								

kalendermonatlich

1983	88,5	89,6	89,5	93,5	92,2	80,9	86,8	81,9	105,2	82,4	95,7	89,2	103,3	
1984	88,8	90,3	85,4	96,0	94,6	80,7	86,1	89,7	108,8	84,3	105,8	89,2	108,7	
1985	77,3	90,9	89,8	92,7	90,3	78,9	78,6	93,7	110,5	86,9	113,2	88,3	110,7	
1985	Aug.	83,6	105,5	93,8	87,1	65,7	83,4	86,4	91,8	106,4	76,0	73,9	86,4	106,2
	Sept.	97,0	118,7	90,6	89,0	63,9	77,2	97,9	98,3	109,4	92,5	115,9	96,6	108,7
	Okt.	104,7	132,1	97,9	97,3	95,3	78,6	105,8	101,1	126,3	103,9	137,7	106,2	116,4
	Nov.	76,4	94,5	88,7	98,6	110,9	78,0	80,3	95,0	110,1	88,7	122,8	90,1	109,1
	Dez.	62,6	74,2	84,7	96,1	86,6	77,8	60,5	73,7	97,2	70,9	95,4	64,4	97,6
1986	Jan.	51,6	48,4	97,4	90,8	112,0	74,7	48,7	90,9	115,7	91,5	132,3	85,4	112,6
	Febr.	36,1	35,9	87,6	92,4	98,4	73,5	42,7	90,5	112,8	91,8	130,7	90,5	108,6
	März	59,7	63,5	87,9	97,1	98,2	76,6	59,8	91,2	114,1	90,4	126,2	87,4	112,3
	April	88,1	113,0	96,4	90,2	81,7	73,0	91,7	94,8	125,6	103,2	148,0	105,7	117,3
	Mai	79,0	102,1	83,4	77,8	71,9	83,6	85,3	84,1	109,7	81,3	82,9	86,5	108,0
	Juni	88,4	114,6	85,6	72,5	72,8	76,4	93,6	91,1	114,3	89,2	121,3	98,0	111,3
	Juli	94,0	121,9	93,3	82,7	76,8	82,9	98,7	82,6	123,2	80,0	80,5	97,9	112,2
	Aug.	79,5	104,2	86,8	76,8	67,7	82,6	87,1	79,1	105,3	60,9	73,7	78,4	101,2

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1983	88,3	89,4	89,4	93,4	92,3	81,2	86,6	82,0	105,1	82,2	95,6	89,2	103,4	
1984	88,6	90,0	85,5	95,9	94,9	80,7	85,9	89,7	108,7	84,3	105,8	89,3	108,8	
1985	77,4	90,9	90,2	93,1	90,6	79,2	78,7	93,9	111,1	87,6	114,3	88,8	111,1	
1985	Aug.	80,4	101,7	90,4	84,3	67,2	84,4	83,9	90,4	103,1	73,8	71,2	84,3	103,9
	Sept.	95,9	118,1	91,6	90,3	69,1	78,3	97,7	100,7	110,3	93,0	114,5	97,9	109,9
	Okt.	101,2	128,4	92,4	91,7	92,6	77,4	102,4	98,5	119,2	97,3	129,4	101,4	112,6
	Nov.	77,7	95,7	90,7	101,2	115,2	82,1	82,2	97,3	114,4	92,6	129,0	92,8	111,4
	Dez.	62,8	73,7	89,2	100,6	84,8	76,1	61,1	73,6	102,5	75,2	102,5	67,5	98,4
1986	Jan.	49,0	45,3	94,7	90,5	111,0	74,1	46,6	89,4	111,9	89,0	130,1	83,2	110,1
	Febr.	37,2	37,2	93,0	98,7	109,2	80,5	45,0	98,4	120,4	98,0	138,8	96,6	116,8
	März	63,5	67,1	91,4	97,2	91,5	74,7	62,6	90,5	118,0	92,4	128,1	91,2	113,8
	April	88,1	113,7	93,8	87,3	82,7	73,2	91,8	94,8	123,5	100,9	145,6	103,7	117,0
	Mai	86,5	109,0	91,4	81,9	66,7	83,4	90,4	85,3	116,4	91,0	97,8	91,2	110,1
	Juni	88,0	114,1	90,6	78,5	76,1	77,0	93,5	93,5	118,2	93,1	124,3	101,7	113,9
	Juli	90,3	117,5	86,7	77,0	74,4	80,5	95,3	78,3	116,0	73,3	73,4	92,2	107,9
	Aug.	79,1	103,0	84,7	75,8	69,1	81,0	86,0	77,7	104,3	60,7	72,0	78,0	99,7

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1.

Darstellung nach der Systematik der Wirtschaftszweige Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Index der Nettproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile
1980 = 100

Jahr Monat	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				Investitionsgüter produzierendes Gewerbe										Ver- brauchs- güter produ- zierendes Gewerbe
	Her- stellung, Ver- arbeitung und Ver- edlung von Flach- glas	Holzbe- arbeitung	Zell- stoff-, Holz- schliff-, Papier- und Pappeer- zeugung	Gummi- ver- arbeitung	Stahl- ver- formung; Ober- flächen vered- lung, Härtung	Stahl- und Leicht- metall- bau, Schien- nen- fahr- zeug- bau	Ma- schinen- bau	Straßen- fahr- zeug- bau, Repara- tur von Kraft- fahr- zeugen usw.	Schiff- bau	Elektro- technik, Repara- tur von elek- trischen Geräten für den Haushalt	Fein- mecha- nik, Optik, Her- stellung von Uhren	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herstel- lung von Büroma- schinen, Datenver- arbeitungs- geräten und -einrich- tungen	Fein- keramik	
kalendermonatlich															
1983	91,1	88,0	109,0	99,5	86,7	89,7	92,6	108,0	95,0	98,3	87,5	92,5	133,8	91,3	
1984	89,9	92,7	119,6	104,4	91,1	84,0	93,0	107,3	83,1	105,8	91,0	97,1	172,0	91,5	
1985	95,7	89,5	120,1	111,3	97,0	81,6	99,1	119,0	86,7	118,0	99,3	101,7	213,5	91,0	
1985	Aug.	89,6	81,7	115,4	85,8	89,9	76,7	83,4	85,5	75,4	100,7	73,8	90,1	184,0	81,8
	Sept.	105,2	101,3	122,8	117,6	99,9	89,4	106,0	118,9	91,8	127,3	101,4	107,8	246,2	91,4
	Okt.	123,5	106,8	128,7	128,6	111,5	100,7	114,9	137,6	96,7	136,1	113,7	122,9	281,4	104,9
	Nov.	111,1	89,4	125,8	115,0	97,4	93,2	106,7	132,9	88,1	130,4	107,7	106,4	294,8	89,6
	Dez.	88,6	73,9	98,9	93,7	76,5	112,5	123,3	103,6	70,4	116,4	100,2	89,3	256,5	72,2
1986	Jan.	100,1	85,8	123,5	115,2	103,2	65,8	85,6	128,1	79,5	110,7	95,7	103,1	163,5	86,8
	Febr.	88,8	81,6	119,3	116,7	101,9	64,4	92,7	128,0	80,4	118,6	103,4	102,6	210,6	89,2
	März	90,3	85,1	118,5	117,1	102,3	69,4	101,2	122,0	79,5	121,4	105,6	102,8	225,0	90,2
	April	115,0	102,0	127,7	128,1	115,9	81,4	112,3	145,6	90,0	132,9	113,8	118,9	248,9	100,6
	Mai	88,7	87,3	118,3	106,2	93,1	74,1	97,1	119,9	75,8	113,6	97,3	97,7	197,5	89,0
	Juni	115,0	96,4	129,3	113,8	102,3	85,3	109,5	130,0	90,1	124,8	106,4	110,3	231,1	87,4
	Juli	103,9	92,7	126,7	98,5	100,7	80,1	107,1	115,9	64,1	120,3	99,1	108,7	207,9	86,4
	Aug.	87,1	75,9	120,8	93,2	85,2	72,8	86,8	91,4	62,5	102,6	81,8	86,5	171,7	79,4
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt															
1983	91,1	88,0	108,9	99,2	86,6	89,7	92,6	107,8	95,0	98,2	87,4	92,5	133,9	91,3	
1984	89,9	92,7	119,2	104,3	90,9	83,9	92,9	107,1	83,0	105,7	90,9	97,1	172,2	91,5	
1985	96,2	89,9	120,6	112,0	97,7	81,7	99,5	119,6	87,3	118,6	99,8	102,3	214,1	91,4	
1985	Aug.	88,0	79,3	109,8	82,1	86,3	75,6	81,4	83,1	73,1	97,3	72,2	87,0	182,9	79,2
	Sept.	106,3	102,0	121,8	118,0	99,6	91,2	107,5	120,3	91,5	127,6	102,4	108,5	246,2	92,8
	Okt.	117,0	101,7	123,3	120,8	104,8	97,5	110,2	130,0	91,9	129,5	108,4	116,2	274,2	100,3
	Nov.	115,4	92,3	128,0	118,7	101,1	96,1	110,1	138,0	91,2	134,3	111,8	110,2	301,7	92,0
	Dez.	92,6	76,5	103,5	98,5	82,7	112,1	124,6	107,5	72,8	120,7	102,4	94,3	249,9	74,9
1986	Jan.	99,0	83,1	120,8	112,1	100,1	64,6	82,7	124,8	78,1	107,7	93,3	100,2	159,9	84,4
	Febr.	95,0	87,0	126,6	124,4	107,9	69,4	99,6	138,0	85,6	126,5	111,2	109,2	227,4	95,7
	März	91,4	88,0	120,1	119,8	105,7	69,3	102,7	122,2	80,5	123,9	106,5	105,7	226,6	91,5
	April	112,4	100,8	127,2	125,1	113,5	80,6	111,6	144,2	88,5	131,3	113,0	116,7	248,3	99,6
	Mai	97,1	94,3	128,5	117,4	103,2	77,8	100,1	129,0	84,4	122,0	102,0	106,3	207,5	92,9
	Juni	121,0	99,1	130,3	117,3	105,5	86,8	112,4	134,2	91,5	127,7	108,7	114,1	233,9	90,2
	Juli	96,5	87,3	121,6	90,8	93,8	76,5	102,1	108,7	59,6	113,5	94,2	101,7	199,1	81,7
	Aug.	85,8	75,4	116,6	93,6	83,4	72,1	86,5	89,3	61,7	100,7	80,9	85,4	171,4	78,5

Jahr Monat	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe										Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe			
	Her- stellung, Ver- arbeitung und Ver- edlung von Hohlglas	Holzver- arbeitung	Her- stellung von Musik- instru- menten ¹⁾	Papier- und Pappeer- verarbeitung	Drucke- rei, Fertig- fertigung	Her- stellung von Kunst- stoff- waren	Leder- er- zeugung	Lederver- arbeitung (ohne Her- stellung von Schuhen)	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Be- kleidungs- gewerbe	Er- nährungs- gewerbe	Tabak- ver- arbeitung	
kalendermonatlich														
1983	94,4	81,5	92,7	100,0	94,4	104,5	121,4	78,8	86,3	89,4	82,3	100,5	96,6	
1984	101,1	80,7	93,1	102,8	98,7	111,2	115,5	76,6	88,9	91,7	82,4	101,8	99,4	
1985	105,5	74,9	94,7	106,2	99,6	116,4	106,3	73,7	84,3	94,5	80,8	103,9	102,6	
1985	Aug.	106,0	61,9	79,9	94,7	92,6	105,9	72,4	62,1	98,3	68,2	77,8	97,6	103,6
	Sept.	111,9	82,1	108,8	108,5	100,9	121,3	107,8	83,1	110,0	102,5	97,6	102,4	103,0
	Okt.	117,8	89,2	122,9	120,9	114,1	135,1	129,3	95,2	106,2	114,5	91,6	128,2	118,4
	Nov.	112,3	80,0	106,7	107,8	106,3	120,8	115,8	87,8	80,9	100,6	79,0	118,5	110,2
	Dez.	97,7	69,6	95,9	92,3	106,2	95,7	85,9	66,5	62,0	80,4	67,9	103,9	80,7
1986	Jan.	106,3	68,8	84,3	115,6	97,4	117,8	115,9	69,5	81,1	101,6	86,7	103,1	105,7
	Febr.	98,0	72,8	80,2	106,4	93,2	115,8	113,5	75,1	79,6	99,5	87,6	93,1	103,4
	März	105,5	75,6	88,9	104,2	99,2	116,5	106,9	75,0	79,3	99,3	89,7	93,7	93,4
	April	111,8	85,0	101,0	118,1	106,0	134,1	123,8	78,4	78,1	109,1	84,2	106,6	106,6
	Mai	104,8	69,5	83,3	97,3	94,9	116,6	95,8	57,9	63,8	86,8	59,0	100,0	86,7
	Juni	108,5	77,7	94,6	109,6	99,4	127,1	110,4	69,5	62,6	97,8	69,8	103,4	99,9
	Juli	115,7	75,5	97,7	112,0	98,8	125,9	97,3	72,2	66,1	92,3	88,0	105,9	114,8
	Aug.	104,0	50,8	83,5	102,3	93,9	110,0	57,1	59,4	89,7	63,4	69,1	99,1	107,6
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt														
1983	94,2	81,5	92,4	100,1	94,4	104,3	121,2	79,0	86,1	89,3	82,4	100,3	96,7	
1984	100,7	80,8	93,1	102,9	98,5	111,2	115,6	76,7	88,8	91,8	82,4	101,8	99,3	
1985	105,9	75,4	95,1	106,9	100,1	117,0	107,0	74,1	85,1	95,2	81,3	104,2	103,2	
1985	Aug.	101,8	60,3	76,8	91,4	90,0	103,1	70,5	60,1	95,9	66,1	75,6	95,5	101,4
	Sept.	110,4	82,6	109,2	109,5	101,9	122,7	109,0	84,0	109,5	102,9	97,9	104,0	104,2
	Okt.	112,7	84,4	116,1	114,4	109,1	127,9	122,0	90,3	100,6	108,3	86,9	123,3	114,2
	Nov.	114,7	83,2	110,4	111,4	109,9	125,4	120,2	90,1	85,2	104,6	82,2	122,0	113,7
	Dez.	101,2	72,2	100,3	97,3	108,8	99,7	90,0	69,3	66,3	84,6	70,6	105,3	81,4
1986	Jan.	103,9	66,5	82,0	112,3	94,5	114,0	113,6	67,8	79,5	98,8	84,8	100,7	100,9
	Febr.	103,7	77,7	84,9	113,3	100,0	123,9	121,8	80,1	84,2	106,1	93,7	100,3	111,5
	März	107,0	78,1	91,5	108,1	100,7	119,9	108,0	77,0	82,8	102,3	90,9	95,2	96,2
	April	111,5	83,5	99,0	115,5	105,1	132,0	122,2	76,7	75,7	107,2	83,0	105,7	106,6
	Mai	115,4	76,7	92,5	104,2	99,5	124,9	107,6	65,2	71,8	94,7	66,5	102,4	88,2
	Juni	110,1	79,9	97,8	113,5	101,5	130,8	114,8	73,0	63,8	100,4	71,2	105,9	100,3
	Juli	110,2	70,4	91,4	104,9	93,8	118,3	89,9	66,7	61,1	88,4	83,1	101,2	110,6
	Aug.	100,9	50,7	82,9	101,6	92,8	110,0	56,7	59,6	88,6	62,7	68,6	98,1	108,0

1) Einschl. Spielwaren, Schmuck, Füllhaltern, Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmabors.

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte ¹⁾								Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. ²⁾	ins- gesamt ²⁾	darunter		Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. ²⁾	ins- gesamt ²⁾
							Personal- aus- gaben	Bau- maß- nahmen						
1982	246 617	1 953	3 474	224 210	153 048	548 184	177 244	40 957	208 938	1 933	3 036	199 642	145 779	478 209
1983	248 720	1 815	4 261	228 287	151 651	555 458	182 143	37 727	216 781	1 813	3 608	206 901	150 315	500 140
1984	253 851	1 692	4 482	234 296	154 710	568 012	184 945	36 278	225 204	1 680	3 725	216 062	155 830	521 481
1985	258 745	1 517	4 355	241 780	162 591	585 912	190 682	36 926	235 979	1 497	4 261	225 711	163 452	547 822
1984 4. Vj . .	63 493	303	924	64 064	42 008	148 684	45 561	12 727	62 328	363	774	57 065	41 773	140 196
1985 1. Vj . .	72 717	490	1 216	56 245	30 736	142 810	44 909	4 825	50 586	431	1 275	51 008	30 039	114 745
2. Vj . .	61 684 _r	381	870	54 514 _r	32 999	130 896 _r	39 909	7 210	58 744	374	843	51 923 _r	33 849	126 183 _r
3. Vj . .	59 396	375	1 029	56 270	35 364	132 068	40 298	9 809	61 862	380	1 261	54 207	36 021	133 366
4. Vj . .	64 949	271	1 240	66 721	44 318	154 569	46 784	13 269	64 788	312	882	60 592	44 407	148 051
1986 1. Vj . .	68 628	447	1 027	58 585	32 506	142 075	45 764	4 936	51 322	403	1 305	53 274	30 451	117 636
2. Vj . .	63 125	347	968	56 891	35 027	136 735	42 366	7 765	64 433	339	376	53 956	35 671	135 151

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme ³⁾ 4)						Fundierte Schulden ⁴⁾ 5)					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt	Bund ⁶⁾		ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt
							zusammen	dar- .: Lasten- ausgleichs- fonds				
1982	+ 37 174	-	+ 559	+ 24 026	+ 6 447	+ 68 206	308 476,7	2 339,4	5 226,0	187 185,2	97 245,5	598 133,5
1983	+ 31 475	-	+ 368	+ 21 637	+ 2 684	+ 56 165	341 636,4	1 831,8	5 592,0	209 991,1	99 932,6	657 152,1
1984	+ 28 305	-	+ 865	+ 19 381	+ 1 238	+ 49 789	365 532,0	1 646,7	6 458,0	229 224,7	101 155,9	702 370,6
1985	+ 22 386	-	- 174	+ 15 855	+ 1 125	+ 39 192	392 355,3	1 574,0	6 287,0	246 268,4	102 048,1	746 958,8
1984 4. Vj . .	+ 2 407	-	+ 207	+ 9 708	+ 463	+ 12 785	365 531,9	1 646,7	6 458,0	229 224,5	101 342,2	702 566,6
1985 1. Vj . .	+ 9 599	-	+ 10	- 1 000	+ 189	+ 8 798	377 380,0	1 628,4	6 468,0	230 463,3	101 354,8	715 666,1
2. Vj . .	+ 13 169	-	- 185	+ 3 655	- 128	+ 16 511 _r	384 332,7	1 656,4	6 285,0	237 712,9	101 148,0	725 478,6
3. Vj . .	+ 51	-	-	+ 3 531	+ 742	+ 4 323	387 287,0	1 643,6	6 285,0	237 397,2	101 879,5	732 848,7
4. Vj . .	- 432	-	-	+ 9 629	+ 347	+ 9 545	392 355,3	1 574,0	6 287,0	246 368,1	102 159,3	747 169,6
1986 1. Vj . .	+ 13 016	-	+ 58	- 169	+ 565	+ 13 469	398 195,2	1 585,9	6 345,0	248 568,3	102 639,2 _r	755 747,7 _r
2. Vj . .	+ 970	-	- 195	+ 667	+ 219	+ 1 661	397 597,6	1 619,5	6 152,0	249 180,6	103 425,4	756 355,6

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer (E. u. K.) 100 %	Gewerbe- steuer- umlage ⁷⁾	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer ⁸⁾	(Zuschlag zur) Grund- erwerb- steuer	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt ⁹⁾	darunter Stadt- staaten ¹⁰⁾
	A	B								
1983	431,1	6 336,1	26 184,4	- 4 358,4	21 826,0	23 494,4	1 214,9	494,2	53 796,8	4 258,1
1984	435,3	6 667,5	28 320,1	- 4 146,0	24 174,1	24 297,1	967,6	560,2	57 101,8	4 486,5
1985	439,5	6 926,4	30 758,5	- 4 508,3	26 250,2	26 340,2	903,3	593,5	61 453,1	5 102,1
1984 3. Vj . .	117,3	1 948,5	6 853,2	- 1 038,8	5 814,5	5 391,3	237,6	140,4	13 649,7	1 122,6
4. Vj . .	108,0	1 426,8	7 244,5	- 1 971,6	5 272,9	11 760,0	189,3	106,6	18 863,6	1 144,4
1985 1. Vj . .	103,2	1 600,4	7 449,0	- 106,8	7 342,1	1 512,5	240,2	180,4	10 978,9	1 242,2
2. Vj . .	109,5	1 827,3	7 576,7	- 1 091,3	6 485,4	6 116,3	219,0	158,1	14 915,6	1 206,7
3. Vj . .	116,1	2 033,1	7 632,4	- 1 112,3	6 520,1	5 856,2	209,4	138,7	14 873,6	1 272,4
4. Vj . .	110,7	1 465,6	8 100,4	- 2 197,9	5 902,5	12 855,2	234,7	116,2	20 685,0	1 380,9
1986 1. Vj . .	102,9	1 650,0	7 476,9	- 92,1	7 384,8	1 575,3	239,6	181,6	11 134,0	1 198,0
2. Vj . .	107,5	1 974,6	7 951,1	- 1 082,1	6 869,0	6 327,9	216,5	167,7	15 663,2	1 220,5

1) Bis einschl. 1984 Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik ab 1985 kumulierte Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik; kommunale und staatliche Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen bis 1985 in den Jahresdaten (z.T. schätzungsweise) enthalten, in den Vierteljahresdaten nicht Erläuterungen zu den Ausgabe-/Einnahmeararten siehe Fachserie 14, Reihe 3 1, Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts und Reihe 2, Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte - 2) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene - 3) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln - 4) Ohne Schulden (Aufnahme/Tilgung) bei Verwaltungen und Innere Darlehen. - 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums - 6) Einschl. der ab 1 1980 mitübernommenen LAF-Schulden - 7) An Bund/Länder abgeführt - 8) Soweit den Gemeinden zugeflossen - 9) Nach der Steuerverteilung. - 10) Nur gemeindlicher Bereich

Löhne und Gehälter

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter im Handwerk

Monat	Alle erfaßten Gewerbebezüge										
	insgesamt	Kraftfahrzeugmechaniker	Schlosser	Tischler	Bäcker	Fleischer	Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	Elektro-	Maler und Lackierer	Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	
Bezahlte Wochenstunden											
Vollgesellen											
1984	Mai	41,1	40,7	42,0	41,3	42,1	41,1	40,8	41,2	40,7	40,6
	Nov.	41,1	40,4	42,1	41,4	42,3	41,2	40,8	41,4	40,5	40,9
1985	Mai	40,9	40,5	41,8	41,0	42,3	41,1	40,3	41,0	40,4	40,4
	Nov.	41,1	40,7	42,4	41,0	42,3	41,2	40,8	41,5	40,4	41,3
1986	Mai	41,0	40,4	42,0	40,9	42,3	41,2	41,1	41,0	40,3	40,5
Junggesellen											
1984	Mai	40,9	40,5	41,6	41,4	41,5	41,2	40,7	40,3	40,5	40,6
	Nov.	41,0	40,3	41,7	41,3	41,4	41,1	40,7	41,0	40,2	40,8
1985	Mai	40,8	40,6	41,0	41,4	41,4	41,1	40,1	40,6	40,2	40,5
	Nov.	41,0	40,7	41,5	41,1	41,7	41,3	40,5	41,2	40,2	40,9
1986	Mai	40,8	40,2	41,5	40,9	41,7	41,3	40,5	40,3	40,2	40,4
Übrige Arbeiter											
1984	Mai	41,9	41,2	42,1	41,5	42,5	42,7	41,4	42,4	42,5	41,0
	Nov.	41,8	41,0	42,2	41,7	42,5	42,6	41,0	42,0	41,7	40,2
1985	Mai	41,6	40,9	41,7	41,6	42,2	42,6	40,4	41,6	42,2	41,1
	Nov.	41,9	41,4	42,8	42,4	42,3	42,6	40,6	41,6	40,7	41,7
1986	Mai	41,8	41,0	42,1	42,2	42,5	42,8	40,9	41,3	41,5	40,9
Alle Arbeiter											
1984	Mai	41,1	40,7	41,9	41,4	42,1	41,3	40,8	41,1	40,8	40,6
	Nov.	41,1	40,4	42,0	41,4	42,1	41,4	40,8	41,4	40,6	40,9
1985	Mai	40,9	40,5	41,7	41,2	42,1	41,3	40,3	40,9	40,5	40,4
	Nov.	41,2	40,7	42,3	41,2	42,2	41,4	40,7	41,4	40,4	41,3
1986	Mai	41,0	40,4	41,9	41,1	42,2	41,4	41,0	40,9	40,4	40,5
Bruttostundenverdienste DM											
Vollgesellen											
1984	Mai	15,69	15,02	15,63	15,70	15,05	15,49	16,56	15,28	15,88	16,61
	Nov.	15,82	15,11	15,78	15,75	15,19	15,68	16,67	15,47	16,01	16,85
1985	Mai	16,00	15,43	16,04	16,02	15,28	15,73	16,80	15,79	16,03	16,95
	Nov.	16,20	15,56	16,23	16,10	15,43	15,92	16,99	16,05	16,32	17,25
1986	Mai	16,41	15,90	16,52	16,44	15,77	16,06	17,04	16,17	16,47	17,47
Junggesellen											
1984	Mai	12,63	11,98	12,90	12,84	11,62	11,63	13,24	12,45	13,76	13,48
	Nov.	12,73	12,02	12,95	12,79	11,77	11,73	13,41	12,72	13,82	13,47
1985	Mai	12,93	12,36	13,28	13,03	11,83	11,89	13,56	12,79	14,10	13,87
	Nov.	13,04	12,43	13,22	13,04	11,98	11,93	13,90	13,04	14,11	13,86
1986	Mai	13,26	12,65	13,64	13,42	12,22	12,05	13,86	13,19	14,58	14,12
Übrige Arbeiter											
1984	Mai	13,57	12,72	13,55	13,86	12,55	12,20	14,31	14,26	14,58	14,80
	Nov.	13,65	12,79	13,87	13,81	12,72	12,40	14,41	14,41	14,48	14,74
1985	Mai	13,79	13,04	14,13	14,05	12,79	12,27	14,70	14,24	14,89	14,63
	Nov.	13,85	13,28	14,22	14,07	12,67	12,55	14,72	14,30	14,68	14,72
1986	Mai	14,07	13,33	14,39	14,56	12,87	12,83	14,92	14,23	14,94	15,21
Alle Arbeiter											
1984	Mai	15,01	14,35	14,89	15,03	14,03	14,34	15,85	14,66	15,65	15,93
	Nov.	15,11	14,41	15,04	15,01	14,15	14,48	15,97	14,87	15,73	16,02
1985	Mai	15,32	14,78	15,36	15,32	14,27	14,57	16,14	15,11	15,82	16,23
	Nov.	15,46	14,86	15,46	15,32	14,33	14,70	16,34	15,37	16,02	16,41
1986	Mai	15,72	15,19	15,79	15,78	14,66	14,96	16,40	15,49	16,24	16,71
Bruttowochenverdienste DM											
Vollgesellen											
1984	Mai	645	611	656	648	634	637	676	629	647	675
	Nov.	650	610	664	652	643	646	681	640	648	690
1985	Mai	654	625	671	657	646	647	677	647	648	684
	Nov.	666	633	688	661	653	655	692	666	660	713
1986	Mai	672	643	693	673	668	662	701	663	665	707
Junggesellen											
1984	Mai	517	486	537	532	482	479	539	502	558	547
	Nov.	522	485	540	529	487	482	546	522	556	550
1985	Mai	528	502	545	540	490	489	544	519	568	562
	Nov.	535	505	549	536	500	493	563	537	568	568
1986	Mai	540	509	565	549	510	497	561	532	585	571
Übrige Arbeiter											
1984	Mai	569	525	570	576	533	521	592	605	619	606
	Nov.	570	524	586	576	541	529	591	606	605	592
1985	Mai	574	533	590	585	541	523	594	593	628	601
	Nov.	581	549	609	597	536	535	598	594	598	613
1986	Mai	588	546	605	614	547	549	610	587	620	622
Alle Arbeiter											
1984	Mai	618	584	624	621	590	593	647	602	639	648
	Nov.	622	583	632	621	596	599	652	615	638	655
1985	Mai	627	599	640	631	601	603	650	619	640	656
	Nov.	637	605	653	631	605	609	665	637	648	677
1986	Mai	645	614	662	648	619	620	673	633	656	676

Siehe auch Fachserie 16, Reihe 3

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1983 D	115,8	113,2	112,8	113,4	113,0	111,0	113,2	113,9	112,7	136,5
1984 D	119,2	116,4	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4	141,0
1985 D	121,8	118,7	118,3	120,9	118,4	117,4	114,2	120,1	118,5	146,1
1985 Aug.	121,9	118,6	118,2	120,0	118,8	117,8	113,9	120,5	117,9	147,5
1985 Sept.	122,1	118,8	118,5	120,5	118,9	117,9	114,2	120,6	118,4	147,5
1985 Okt.	121,9	118,6	118,2	119,7	119,0	118,0	113,9	120,9	118,5	147,9
1985 Nov.	121,9	118,5	118,2	119,6	119,0	117,9	113,7	120,9	118,9	148,0
1985 Dez.	121,5	118,1	117,7	117,8	119,2	117,8	113,8	121,2	117,3	147,9
1986 Jan.	121,2	117,7	117,4	115,8	119,8	118,1	113,9	121,8	115,7	148,0
1986 Febr.	120,6	117,1	116,7	113,2	120,0	118,3	114,0	122,0	113,9	147,8
1986 März	120,1	116,5	116,1	110,9	120,2	118,4	114,0	122,3	112,1	148,0
1986 April	119,4	116,1	115,6	108,9	120,7	118,5	113,9	122,8	111,6	145,1
1986 Mai	118,6	115,3	115,0	106,5	120,9	118,6	114,0	123,0	110,4	144,6
1986 Juni	118,5	115,1	114,8	105,6	121,1	118,7	114,2	123,4	110,2	144,7
1986 Juli	117,7	114,3	114,0	102,8	121,4	118,7	113,8	123,7	108,2	144,0
1986 Aug.	117,5	114,2	113,9	102,6	121,6	118,8	112,9	124,0	108,9	143,0
1986 Sept.	117,5	114,3	114,0	102,9	121,8	118,7	112,9	124,2	109,5	142,3

Jahr Monat	Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)		Mineralöl erzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter elektrischer Strom	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- werke ⁴⁾		
1983 D	125,8	127,3	123,8	119,3	120,2	115,7	110,8	110,2	103,5	113,5
1984 D	129,5	131,7	127,7	124,5	131,9	117,7	115,3	114,7	114,0	117,8
1985 D	132,8	133,9	129,4	127,8	133,7	119,9	119,9	118,9	110,9	122,3
1985 Aug.	134,8	133,6	129,6	122,7	122,1	119,9	120,1	119,3	108,8	123,0
1985 Sept.	134,8	133,8	129,6	124,9	131,1	120,1	120,2	119,3	107,9	122,7
1985 Okt.	134,9	132,6	129,8	123,7	125,2	120,4	120,1	118,8	103,8	122,8
1985 Nov.	134,9	132,6	129,8	125,2	128,8	120,4	119,9	118,4	101,8	122,6
1985 Dez.	134,9	132,7	129,8	118,8	116,0	120,4	120,8	119,4	99,1	122,7
1986 Jan.	135,4	132,8	130,6	111,5	105,0	120,6	120,4	118,9	98,9	122,8
1986 Febr.	135,4	132,8	130,6	102,2	93,8	120,7	119,9	118,4	96,0	124,1
1986 März	135,7	132,8	130,6	94,4	89,2	121,1	119,3	117,7	95,4	124,6
1986 April	135,7	132,8	130,6	88,4	83,1	121,4	118,9	117,4	95,1	125,2
1986 Mai	135,7	127,0	130,6	81,0	65,6	121,6	118,4	116,8	94,4	125,5
1986 Juni	136,7	127,0	130,6	78,9	58,6	121,6	116,4	114,5	94,6	126,0
1986 Juli	138,3	125,2	130,6	70,1	44,8	121,7	114,2	112,8	91,8	125,7
1986 Aug.	138,3	125,2	130,6	71,2	52,1	121,7	113,3	111,8	89,7	125,8
1986 Sept.	138,4	125,4	130,6	73,1	54,6	121,7	113,0	111,6	89,6	125,7

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)				
		zusammen	darunter Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerbliche Arbeitsmaschinen	Kraft- maschinen	Land- maschinen	
1983 D	114,9	111,2	109,9	117,9	118,3	115,0	115,2			114,1
1984 D	118,1	114,0	114,2	119,1	119,5	118,0	118,5	116,9	117,8	119,9
1985 D	123,6	117,9	119,1	121,0	120,9	122,0	123,0	120,1	120,0	123,2
1985 Aug.	124,4	118,4	120,3	121,4	121,3	122,6	123,6	120,4	119,8	123,0
1985 Sept.	124,4	118,7	120,3	121,5	121,4	122,8	123,8	120,4	121,3	123,6
1985 Okt.	124,7	118,9	120,4	122,0	122,1	123,1	124,1	120,7	121,3	124,5
1985 Nov.	124,7	119,1	120,3	122,2	122,3	123,2	124,3	121,1	121,3	124,6
1985 Dez.	125,0	119,0	120,4	122,1	122,2	123,3	124,4	122,2	121,4	124,8
1986 Jan.	125,5	119,3	120,4	122,5	122,5	124,3	125,5	121,6	121,8	125,2
1986 Febr.	127,0	119,1	120,0	122,7	122,8	124,5	125,8	121,9	122,3	125,4
1986 März	128,1	119,0	119,5	123,0	122,8	124,8	126,1	122,3	122,3	125,7
1986 April	128,9	119,0	119,1	123,6	123,5	125,6	127,0	122,7	124,1	126,1
1986 Mai	129,3	119,2	119,0	123,9	123,7	126,0	127,5	123,3	124,1	126,2
1986 Juni	129,9	119,1	118,7	124,5	124,6	126,3	127,9	123,8	124,8	126,6
1986 Juli	129,8	119,4	118,7	124,9	125,0	126,7	128,2	123,9	124,8	126,8
1986 Aug.	130,0	119,4	118,6	125,2	125,4	126,9	128,4	124,0	124,8	126,9
1986 Sept.	129,9	119,3	118,2	125,3	125,5	127,0	128,6	124,1	124,8	127,3

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren		Eisen- Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen; Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter feinme- chanische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Kraft- rader ⁵⁾	Teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1983 D	113,8	112,8	115,9	114,9	110,1	110,5	111,9	113,8	111,1	113,9	103,5
1984 D	117,5	117,3	117,8	120,3	111,4	112,5	115,2	117,1	113,2	118,1	102,2
1985 D	121,4	121,8	120,5	126,4	113,0	114,9	118,6	119,2	115,6	121,6	103,2
1985 Aug.	122,0	122,6	120,8	126,5	113,1	115,2	118,9	119,7	115,8	122,8	103,1
1985 Sept.	122,1	122,6	120,9	126,5	113,1	115,2	118,9	119,6	115,8	122,6	103,0
1985 Okt.	122,1	122,7	121,0	126,5	113,1	115,6	119,3	119,8	115,8	121,8	102,6
1985 Nov.	122,1	122,7	121,0	126,7	113,0	115,5	119,1	119,8	115,7	121,0	102,0
1985 Dez.	122,9	123,9	121,1	126,7	113,0	115,8	119,1	120,0	115,2	120,5	102,4
1986 Jan.	123,6	124,5	122,1	127,7	113,3	116,5	120,3	120,1	115,9	120,0	101,5
1986 Febr.	124,0	124,6	122,9	127,8	113,4	116,8	121,0	120,2	116,3	119,3	101,1
1986 März	124,3	124,9	123,3	127,8	113,6	116,8	121,0	120,3	116,5	118,5	100,8
1986 April	124,7	125,3	123,6	127,8	114,0	117,1	121,5	120,8	116,3	116,4	100,7
1986 Mai	124,7	125,3	123,7	127,8	114,1	117,3	122,0	120,9	116,3	114,7	100,2
1986 Juni	124,9	125,5	123,7	127,8	114,2	117,4	122,2	121,1	116,5	114,0	100,4
1986 Juli	125,1	125,9	123,6	127,8	114,4	117,7	122,5	121,4	116,3	113,2	100,4
1986 Aug.	125,8	127,0	123,6	127,8	114,3	117,9	122,5	121,3	116,7	112,8	100,8
1986 Sept.	126,5	127,9	123,7	128,7	114,3	118,2	122,6	121,4	117,5	112,2	100,8

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff, 6) Zellstoff, Papier und Pappe	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1983 D	113,6	108,7	96,0	114,5	106,9	111,3	109,5	106,3	116,6	108,3
1984 D	116,7	109,5	94,9	117,5	115,8	116,0	112,8	109,7	118,5	124,4
1985 D	120,2	110,3	94,0	120,4	121,0	120,5	117,6	110,8	123,2	128,4
1985 Aug.	121,2	110,0	93,9	121,0	120,9	120,5	118,2	111,6	124,1	129,2
1985 Sept.	121,1	110,0	94,1	121,1	120,4	120,2	118,3	111,8	124,8	128,4
1985 Okt.	121,2	110,3	94,1	121,3	119,7	120,4	118,4	111,7	124,5	128,8
1985 Nov.	121,2	110,5	93,9	121,4	118,9	120,3	118,4	111,3	124,7	128,6
1985 Dez.	121,2	110,5	94,1	121,4	118,0	120,2	118,2	111,0	124,9	128,7
1986 Jan.	121,5	110,4	94,3	122,3	117,6	119,8	118,5	111,7	124,5	128,3
1986 Febr.	122,0	110,1	94,5	122,8	117,6	120,2	118,9	111,5	124,8	127,7
1986 März	122,1	109,9	94,4	123,1	117,5	120,4	119,0	111,4	124,7	127,7
1986 April	122,5	110,0	94,8	123,5	117,8	120,2	119,1	111,0	124,8	127,5
1986 Mai	122,9	110,2	94,9	123,8	117,2	120,1	119,7	110,8	124,8	127,3
1986 Juni	123,3	110,1	95,0	124,0	117,0	120,1	120,4	110,9	124,8	127,1
1986 Juli	123,6	110,0	95,1	124,2	116,7	120,2	120,4	110,6	124,7	127,0
1986 Aug.	123,5	110,2	95,0	124,2	115,7	120,1	120,5	110,8	124,8	126,9
1986 Sept.	123,6	110,2	95,0	124,4	115,4	120,0	120,3	110,6	124,8	126,9

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schälmühlen- erzeugnisse	Milch, Butter und Käse	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1983 D	110,5	110,4	112,0	112,4	111,5	109,9	111,7	112,1	131,2	113,5
1984 D	113,9	113,7	116,2	115,9	113,5	106,0	108,9	110,7	128,5	117,8
1985 D	117,5	117,6	118,9	118,5	112,7	99,5	107,1	110,5	130,0	119,9
1985 Aug.	117,6	117,6	119,3	118,8	112,5	98,3	107,1	110,8	128,5	120,3
1985 Sept.	117,6	117,7	119,3	118,9	112,5	97,2	107,4	110,8	132,9	120,4
1985 Okt.	118,1	118,4	119,2	119,2	112,1	97,3	107,5	110,5	132,9	120,4
1985 Nov.	118,4	118,8	119,1	119,3	111,9	97,1	107,4	110,2	133,0	120,4
1985 Dez.	118,4	118,7	118,8	119,4	112,0	97,6	107,4	110,4	132,9	120,5
1986 Jan.	118,6	118,7	118,9	119,7	112,1	98,5	107,4	109,9	132,9	120,8
1986 Febr.	118,7	118,8	118,9	119,9	112,2	98,4	107,2	109,5	132,9	120,9
1986 März	118,8	118,9	118,8	120,2	112,2	98,0	107,0	109,2	132,9	121,1
1986 April	119,5	119,8	118,8	120,4	112,1	97,8	106,8	108,7	132,9	121,3
1986 Mai	119,7	120,0	118,8	120,6	112,1	97,9	106,8	108,8	134,0	122,2
1986 Juni	119,7	119,9	118,6	120,7	112,3	97,8	106,5	109,1	134,2	122,4
1986 Juli	120,2	120,6	118,3	121,0	111,9	96,2	106,3	109,3	134,2	122,4
1986 Aug.	120,2	120,6	118,0	121,2	110,9	95,1	106,2	108,9	134,2	122,5
1986 Sept.	120,2	120,7	117,8	121,4	110,9	95,7	106,1	108,6	134,2	122,5

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter - 3) In den Preisindizes für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. - 4) Ohne Ferrolegierungswerke. - 5) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotoren sowie Verbrennungsmotoren für Krafträder - 6) Ohne Preisrepräsentanten für Holzschliff.

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

Alle privaten Haushalte¹⁾

1983 D	115,6	115,7	114,3	113,0	118,3	115,6	124,5	113,7	115,6	117,1	111,4	118,5
1984 D	118,4	118,4	116,0	115,7	122,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1985 D	121,0	121,0	116,9	118,4	126,8	123,9	133,4	117,7	119,7	123,2	116,2	125,7
1985 Aug.	120,7	121,1	116,0	118,3	126,6	124,3	131,8	118,0	119,8	123,2	115,6	126,3
Sept.	120,9	121,4	116,2	118,8	127,5	124,5	134,3	118,1	120,1	122,4	115,7	126,3
Okt.	121,1	121,6	115,9	119,1	127,3	124,7	133,4	118,2	120,2	123,5	115,8	126,4
Nov.	121,3	121,8	116,1	119,7	127,8	124,8	134,5	118,5	120,3	123,6	116,3	126,4
Dez.	121,4	121,7	116,4	119,7	127,2	125,0	132,3	118,4	120,4	123,6	116,8	127,0
1986 Jan.	121,6	121,7	117,1	119,8	126,5	125,3	129,2	118,5	120,9	122,5	117,9	129,3
Febr.	121,3	121,3	117,7	120,1	125,6	125,6	125,7	118,8	121,1	120,2	118,1	129,5
März	121,0	121,0	117,7	120,2	125,4	125,8	124,4	118,9	121,2	118,1	118,1	129,7
April	120,9	120,8	118,2	120,3	124,9	126,0	122,3	119,0	121,3	117,3	118,1	129,7
Mai	120,9	120,7	118,5	120,5	123,9	126,1	118,6	118,9	121,3	117,5	118,1	129,9
Juni	121,1	120,9	118,9	120,5	123,2	126,3	116,0	119,0	121,4	118,9	117,9	130,6
Juli	120,5	120,5	118,4	120,6	122,1	126,8	112,0	119,1	121,5	117,9	117,3	130,6
Aug.	120,2	120,5	117,2	120,7	122,6	126,8	113,1	119,2	121,5	117,2	117,1	130,4
Sept.	120,4	120,7	117,0	121,0	122,5	126,9	112,4	119,3	121,8	118,3	117,2	130,4

4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höheren Einkommen²⁾

1983 D	116,0	116,1	114,0	113,2	117,8	115,2	125,5	114,1	114,4	117,5	113,0	121,4
1984 D	118,7	118,8	115,7	115,9	122,2	119,5	129,9	116,5	116,9	120,3	115,6	123,7
1985 D	121,5	121,6	116,6	118,7	126,2	123,2	134,8	118,4	118,7	123,3	117,7	129,0
1985 Aug.	121,4	121,7	115,7	118,7	126,0	123,5	133,0	118,7	118,8	123,3	117,3	129,6
Sept.	121,5	121,9	115,7	119,2	126,9	123,8	135,8	118,8	119,0	122,3	117,4	129,6
Okt.	121,6	122,1	115,5	119,5	126,7	123,9	134,7	118,9	119,2	123,5	117,5	129,7
Nov.	121,9	122,3	115,7	120,0	127,1	124,1	135,9	119,1	119,3	123,5	117,9	129,7
Dez.	122,0	122,2	116,0	120,1	126,6	124,2	133,5	119,0	119,4	123,5	118,4	130,3
1986 Jan.	122,3	122,3	116,9	120,2	125,9	124,5	130,1	119,2	120,0	122,3	119,2	132,7
Febr.	122,1	122,0	117,6	120,5	125,2	124,8	126,3	119,5	120,2	119,8	119,5	132,9
März	121,7	121,7	117,6	120,6	124,9	125,0	124,6	119,6	120,3	117,4	119,5	133,0
April	121,6	121,5	118,1	120,7	124,4	125,1	122,3	119,7	120,4	116,7	119,6	133,0
Mai	121,6	121,5	118,3	120,9	123,5	125,3	118,2	119,6	120,4	116,9	119,7	133,2
Juni	121,8	121,7	118,5	120,9	122,8	125,5	115,0	119,7	120,5	118,5	119,5	134,0
Juli	121,4	121,4	118,1	120,9	121,8	125,7	110,5	119,8	120,5	117,5	119,1	134,0
Aug.	121,0	121,3	116,8	121,1	122,1	125,9	111,4	119,9	120,6	116,6	119,0	133,8
Sept.	121,2	121,5	116,5	121,4	122,0	126,0	110,4	120,0	120,8	117,7	119,1	133,8

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen³⁾

1983 D	115,6	115,8	114,0	113,4	118,7	115,8	126,1	113,6	119,3	116,8	112,9	117,3
1984 D	118,4	118,3	115,7	116,3	123,1	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1985 D	120,9	121,0	116,6	119,1	127,3	124,2	135,0	117,7	123,3	122,3	117,7	125,1
1985 Aug.	120,7	121,1	115,7	119,1	127,2	124,6	133,8	117,9	123,4	122,2	117,3	125,9
Sept.	120,9	121,3	115,9	119,6	128,0	124,8	135,9	118,0	123,6	121,3	117,4	125,9
Okt.	121,0	121,5	115,6	119,9	127,9	125,0	135,2	118,2	123,7	122,5	117,4	125,9
Nov.	121,3	121,7	115,8	120,5	128,3	125,1	136,1	118,4	123,8	122,5	117,9	126,0
Dez.	121,4	121,7	116,1	120,5	127,9	125,3	134,4	118,3	123,9	122,4	118,3	126,9
1986 Jan.	121,6	121,7	116,9	120,6	127,3	125,6	131,8	118,4	124,1	121,2	119,1	129,3
Febr.	121,4	121,3	117,5	120,9	126,7	125,9	128,8	118,7	124,3	118,7	119,5	129,5
März	121,0	121,0	117,4	121,0	126,5	126,1	127,5	118,8	124,4	116,0	119,5	129,8
April	121,0	120,8	117,9	121,2	126,0	126,2	125,5	118,9	124,6	115,1	119,5	129,7
Mai	120,9	120,8	118,1	121,4	125,2	126,4	122,2	118,9	124,6	115,4	119,6	129,8
Juni	121,2	121,0	118,4	121,4	124,7	126,6	119,8	119,0	124,7	117,0	119,4	130,8
Juli	120,7	120,6	117,9	121,4	123,8	126,8	116,2	119,1	124,8	115,9	119,0	130,8
Aug.	120,3	120,6	116,7	121,6	124,1	127,0	116,7	119,2	124,8	115,1	118,9	130,7
Sept.	120,4	120,7	116,5	121,9	124,0	127,2	115,8	119,3	124,9	116,3	119,0	130,6

Fußnoten siehe folgende Seite

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern⁴⁾

1983 D	115,8	116,0	113,3	112,8	119,1	116,2	126,5	113,5	124,6	116,2	113,0	114,8
1984 D	118,7	118,7	115,4	115,5	123,4	120,8	130,1	115,7	126,8	117,5	117,1	116,8
1985 D	121,1	121,2	116,1	118,3	127,7	125,0	134,7	177,5	128,4	119,0	119,7	120,0
1985 Aug.	120,7	121,3	114,7	118,4	127,9	125,3	134,3	117,8	128,5	118,9	118,7	120,6
1985 Sept.	120,8	121,6	114,6	118,8	128,4	125,6	135,6	117,9	128,8	118,4	118,7	120,7
1985 Okt.	120,7	121,7	114,1	119,2	128,5	125,8	135,4	118,1	128,8	119,0	118,8	120,7
1985 Nov.	121,0	121,9	114,4	119,5	128,8	126,0	136,0	118,4	128,9	119,0	119,7	120,7
1985 Dez.	121,3	121,9	114,9	119,5	128,7	126,1	135,2	118,3	129,0	118,9	120,7	121,4
1986 Jan.	121,7	121,9	116,0	119,6	128,6	126,4	134,2	118,5	129,3	118,4	122,6	122,6
1986 Febr.	121,9	121,9	116,8	119,9	128,4	126,7	132,6	118,7	129,5	117,1	122,7	122,8
1986 März	121,8	121,9	116,7	120,0	128,4	127,0	131,9	118,8	129,6	115,7	122,4	123,1
1986 April	121,9	121,8	117,4	120,2	128,0	127,1	130,2	118,9	129,7	115,2	122,4	123,1
1986 Mai	122,0	121,7	117,8	120,3	127,6	127,3	128,2	119,0	129,8	115,5	122,7	123,3
1986 Juni	122,2	121,8	118,3	120,3	127,3	127,5	126,9	119,2	129,9	116,3	122,3	124,5
1986 Juli	121,7	121,6	117,6	120,3	126,9	127,7	124,7	119,2	129,9	115,4	121,3	124,5
1986 Aug.	121,0	121,5	115,6	120,4	127,0	127,9	124,5	119,4	130,0	114,8	120,8	124,4
1986 Sept.	120,9	121,6	115,2	120,8	126,9	128,1	123,7	119,5	130,1	115,4	120,9	124,4

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1983 D	114,1	.	112,4	113,4	117,7	116,5	121,2	113,5	114,0	127,0	117,0	113,3
1984 D	117,0	.	115,0	116,2	122,2	121,0	125,6	115,9	116,5	128,6	119,7	116,4
1985 D	118,5	.	114,7	119,0	126,5	125,3	129,9	117,8	118,2	130,0	121,8	119,3
1985 Aug.	117,6	.	112,8	119,1	126,1	125,7	127,2	118,0	118,4	130,3	122,2	119,5
1985 Sept.	117,7	.	112,4	119,4	127,2	126,0	130,7	118,1	118,7	130,4	122,4	119,7
1985 Okt.	117,4	.	111,6	119,8	127,0	126,2	129,6	118,2	118,9	129,7	122,5	120,0
1985 Nov.	117,9	.	112,2	120,4	127,6	126,3	131,2	118,4	119,0	129,7	122,7	120,5
1985 Dez.	118,1	.	112,8	120,5	126,9	126,5	128,2	118,3	119,2	129,7	122,5	120,9
1986 Jan.	118,7	.	114,2	120,6	126,1	126,8	124,0	118,5	119,4	131,2	122,7	121,2
1986 Febr.	119,1	.	115,0	120,9	125,3	127,1	119,7	118,7	119,6	132,0	123,2	121,4
1986 März	119,0	.	114,7	121,1	125,1	127,4	118,2	118,9	119,8	132,6	123,5	121,5
1986 April	119,5	.	115,8	121,2	124,7	127,6	116,0	119,0	119,9	132,7	123,7	121,8
1986 Mai	119,8	.	116,8	121,3	123,6	127,8	111,4	119,1	120,0	132,9	123,9	121,9
1986 Juni	120,2	.	117,8	121,4	122,9	127,9	108,0	119,2	120,1	132,9	124,0	122,0
1986 Juli	119,3	.	116,1	121,4	121,9	128,2	103,3	119,3	120,3	132,5	124,1	122,1
1986 Aug.	118,4	.	113,9	121,5	122,6	128,4	105,4	119,3	120,4	132,5	124,6	122,1
1986 Sept.	118,3	.	113,4	121,9	122,7	128,6	105,5	119,5	120,4	132,5	124,6	122,2

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7.

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 665 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 148 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 575 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 192 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 5) Bedarfsstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr; Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke. — 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. — Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. — 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck). — 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfisch, und Blumen. — 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaues, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt.

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)
1980 = 100

Jahr Monat	Neubau								
	Wohngebäude				Büro- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Einfamilien -	Mehrfamilien -	Gemischt- genutzte -			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
1983 D	111,2	110,7	111,4	111,5	112,6	111,1	112,9	112,1	113,7
1984 D	114,0	113,4	114,3	114,3	115,8	113,8	115,7	115,0	116,3
1985 D	114,5	113,8	114,8	115,0	116,8	114,3	116,5	115,9	117,2
1983 Aug.	112,3	111,8	112,5	112,6	113,7	112,2	114,0	113,2	114,9
Nov.	112,5	111,9	112,7	112,8	114,1	112,4	114,3	113,6	115,1
1984 Febr.	113,0	112,4	113,3	113,4	114,9	112,9	114,9	114,1	115,6
Mai	114,2	113,6	114,5	114,5	115,9	114,0	116,0	115,4	116,6
Aug.	114,4	113,8	114,7	114,7	116,2	114,2	116,0	115,4	116,6
Nov.	114,2	113,6	114,5	114,5	116,1	114,0	115,7	115,2	116,2
1985 Febr.	114,2	113,6	114,4	114,5	116,3	114,0	115,8	115,3	116,4
Mai	114,2	113,5	114,5	114,7	116,5	113,9	116,2	115,5	116,8
Aug.	114,8	114,0	115,1	115,3	117,1	114,5	116,9	116,2	117,6
Nov.	114,9	114,1	115,3	115,5	117,3	114,7	117,2	116,4	118,0
1986 Febr.	115,2	114,4	115,6	115,8	117,8	114,9	117,6	116,9	118,4
Mai	116,1	115,2	116,4	116,6	118,6	115,7	118,5	117,7	119,4
Aug.	116,7	115,8	117,0	117,3	119,3	116,3	119,5	118,4	120,6

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden			
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Ein- familiengebäude mit Schönheitsreparaturen	Mehr- familiengebäude		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen					mit	ohne	
1983 D	99,5	99,5	99,4	106,9	100,9	99,8	115,6	115,1	115,3	114,6
1984 D	100,8	100,9	100,8	108,4	102,5	101,1	119,2	118,7	119,0	118,0
1985 D	102,6	102,5	102,8	108,7	102,9	101,5	121,5	120,9	121,1	119,9
1983 Aug.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,7	100,6	116,8	116,4	116,5	116,1
Nov.	99,9	99,9	99,8	107,9	101,6	100,4	117,0	116,5	116,7	115,9
1984 Febr.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,8	100,4	117,6	117,0	117,4	116,0
Mai	100,8	100,9	100,7	108,8	102,7	101,3	119,2	118,7	119,0	118,1
Aug.	101,2	101,2	101,2	108,7	102,8	101,4	119,9	119,5	119,7	119,0
Nov.	101,3	101,3	101,3	108,3	102,7	101,1	120,2	119,6	119,9	118,9
1985 Febr.	101,6	101,5	101,7	108,0	102,3	100,9	120,5	119,9	120,3	118,7
Mai	102,4	102,2	102,6	108,3	102,6	101,2	121,1	120,5	120,8	119,4
Aug.	103,0	102,8	103,2	109,1	103,2	101,8	122,0	121,4	121,6	120,7
Nov.	103,5	103,3	103,7	109,2	103,5	102,2	122,2	121,6	121,8	120,8
1986 Febr.	104,2	103,9	104,4	109,6	104,3	102,7	122,9	122,2	122,4	121,4
Mai	104,8	104,7	105,0	110,6	105,4	103,7	123,7	123,0	123,1	122,5
Aug.	105,0	104,9	105,0	111,3	105,7	104,3	124,5	123,9	123,9	123,6

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4
1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Kaufwerte für Bauland

Jahr ¹⁾ Vierteljahr	Baulandarten insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland ²⁾		
	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²
1983	73 172	76 402	88,52	55 860	47 303	119,91	8 251	14 248	46,07	9 061	14 851	29,29
1984	66 245	68 501	87,72	49 247	41 125	121,95	6 960	11 893	45,09	10 038	15 483	29,56
1985	62 382	75 815	78,69	48 957	41 146	116,09	5 747	12 641	39,94	7 678	22 028	31,08
1985 1. Vj	13 397	6 407	76,49	10 490	8 708	115,17	1 272	3 146	38,64	1 635	4 553	28,66
2. Vj	14 644	16 987	78,85	11 533	9 316	112,27	1 319	2 582	44,21	1 792	5 088	35,24
3. Vj	13 603	16 521	72,48	10 572	8 932	108,06	1 341	2 816	38,23	1 690	4 773	26,12
4. Vj	15 052	17 615	81,26	11 599	9 760	120,65	1 504	2 753	40,19	1 949	5 102	28,07
1986 1. Vj	12 694	14 307	84,40	9 986	8 252	121,37	1 186	2 211	49,56	1 522	3 843	25,08

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 5.
1) Jahresergebnis mit Nachmeldungen. - 2) Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.